

58/KOMM XXIII. GP

Kommuniqué

des Untersuchungsausschusses betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen (1/GO XXIII. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll (1/GO) 21. Sitzung, 22.02.2007 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen hat am 13. Juni 2007 auf Antrag der Abgeordneten Dr. Günther **Kräuter**, Mag. Dr. Maria Theresia **Fekter**, Mag. Werner **Kogler**, Mag. Ewald **Stadler** und Mag. Gernot **Darmann** einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniqué zu veröffentlichen.

PROTOKOLL
Untersuchungsausschuss
betreffend
Beschaffung von Kampfflugzeugen

21. Sitzung / öffentlicher Teil

Donnerstag, 22.02.2007

Gesamtdauer der Sitzung:

09:06 Uhr – 22:41 Uhr

Hinweis: Allfällige von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobene und vom Untersuchungsausschuss anerkannte Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger in das Protokoll werden in späteren Protokollen angeführt.

Wien, 2007 06 14

Jochen Pack

Schriftführer

Dr. Peter Pilz

Obmann



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

betreffend

Beschaffung von Kampfflugzeugen



PROTOKOLL

(verfasst vom Stenographenbüro)

21. Sitzung/ öffentlicher Teil

Donnerstag, 22. Feber 2007

Gesamtdauer der 21. Sitzung:
9.06 Uhr – 22.41 Uhr

Lokal VI

Die Beratungen des Untersuchungsausschusses hinsichtlich der Beschaffung von Kampfflugzeugen beginnen um 9.06 Uhr und finden bis 10.57 Uhr unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. (s. dazu gesonderte Auszugsweise Darstellung; „nichtöffentlicher Teil“.)

10.58

Obmann Dr. Peter Pilz nimmt die unterbrochene nichtöffentliche Sitzung – um 10.58 Uhr – als **medienöffentliche** Sitzung **wieder auf** und gibt bekannt, dass der Ausschuss geprüft habe, ob die drei möglichen Gründe zum Beschluss, die Befragungen vertraulich durchzuführen, noch vorliegen, und zu dem einstimmigen Schluss gekommen sei, dass diese Voraussetzungen nicht mehr vorliegen und die Fragen an Frau Rumpold daher ab jetzt **öffentlich** gestellt werden.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Frau Rumpold, ist es richtig, dass zu keinem Zeitpunkt – wie von Gusenbauer behauptet – ein Geldfluss Richtung BZÖ gegangen ist?

Erika Rumpold: Niemals. Es ist richtig.

Obmann Dr. Peter Pilz: Da jetzt fast alles geklärt ist: noch Restfragen? – Kollege Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Rumpold, bevor ich zu meinen ursprünglichen Fragen, die ich gestellt habe, zurückkehre: Sie haben bisher nur Zahlungsflüsse an Parteien verneint.

Gab es Zahlungsflüsse auch an **Privatpersonen** oder **private Institutionen**? (*Erika Rumpold: Nein!*) – Es gab keinerlei Zahlungsflüsse an Privatpersonen? (*Erika Rumpold: Nein!*) – Können Sie ausschließen, dass aus diesen Mitteln, die Sie von EADS über Herrn Steininger bekommen haben, irgendwelche Motivationsprovisionen oder dergleichen bezahlt wurden? **Erika Rumpold:** Kann ich ausschließen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nun frage ich Sie – was ich Sie bereits im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefragt habe –, da Sie rund 6,6 Millionen € von EADS über Herrn Steininger bekommen und Sie bejaht haben, dass Sie diese Gelder alle in Ihre Buchhaltung aufgenommen haben, nochmals: Wie haben Sie die von Eurofighter über Herrn Steininger erhaltenen rund 6,6 Millionen €, die Sie in die Buchhaltung aufgenommen haben, laut Ihrer Buchhaltung ausgegeben?

Erika Rumpold: Und ich sage Ihnen wieder: Diese Frage kann ich nicht beantworten, ohne ein Geschäftsgeheimnis zu verletzen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Unter Hinweis auf § 9 Abs. 1 der Verfahrensordnung des Untersuchungsausschusses **verlange** ich nunmehr von Ihnen, dass Sie die Gründe Ihrer Weigerung dem Ausschuss gegenüber glaubhaft machen.

Erika Rumpold: Das haben wir bereits.

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Rumpold, ich möchte Sie nur auf einen Unterschied hinweisen: Sie haben jetzt einen Verweigerungsgrund genannt – Betriebs- und Geschäftsgeheimnis –, was Ihr gutes Recht ist. Kollege Stadler hat von seinem Recht auf Grund der Verfahrensordnung Gebrauch gemacht, dass er von Ihnen verlangt, das glaubhaft zu machen, das heißt, konkret zu begründen, warum diese konkrete Frage

auf Grund des Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses nicht beantwortet werden kann. – Das müssen Sie nicht, aber er hat das Recht, Ihnen diese Frage zu stellen.

Frau Rumpold, die Rechtsfragen, ob etwas glaubhaft gemacht wird oder nicht, entscheidet der Ausschuss und nicht wir hier von der Vorsitzführung her. Ich lasse mich in diesem Fall gern vom Verfahrensanwalt beraten. – Bitte.

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Ich darf das wiedergeben, was mir von Frau Rumpold gesagt wurde. Sie beruft sich hinsichtlich der Glaubhaftmachung auf Punkt 10 dieses Vertrages, den Sie auszugsweise vorgelegt hat.

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Rumpold beruft sich beim Betriebs- und Geschäftsgeheimnis auf diese letzte Seite des Vertrages zwischen Herrn Steininger und Frau Rumpold vom 27. März 2002. Ich lese diesen Punkt vor:

Punkt 10 – Verschiedenes: Es ist der „100 % Communications“ untersagt, urheberrechtlich geschützte oder vertrauliche Geschäftsvorgänge, Unterlagen und Informationen schriftlicher oder mündlicher Natur, die von Erhard P. Steininger während der Dauer des vorliegenden Vertrages oder danach übermittelt wurden oder zur Kenntnis gelangten, Dritten bekanntzugeben. – Zitatende.

Ich verheimliche hier nicht meine Rechtsmeinung. Das ist einer der Fälle, die wir bereits einige Male behandelt haben, nämlich eine Vereinbarung zwischen zwei Vertragspartnern über Geheimhaltung, die, wie wir es auch im Fall der Eurofighter GmbH im Detail hier besprochen haben, nichts mit den Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen, also einem inneren Geheimnis eines Unternehmens zu tun hat.

Darüber haben wir uns bereits eine sehr klare Rechtsansicht gebildet und auf Grund dieser Rechtsansicht auch das Bezirksgericht Wien-Innere Stadt erfolgreich befasst. Der Beschluss des Bezirksgerichtes genau zu dieser Argumentation liegt Ihnen ja schriftlich vor. – Das dazu.

Frau Rumpold, nach wie vor gibt es das Ersuchen des Kollegen Stadler, Ihren Verweigerungsgrund dem Ausschuss glaubhaft zu machen. Sie müssen das nicht, aber Sie haben die Möglichkeit, das jetzt glaubhaft zu machen. (*Erika Rumpold: Es ist dieser Vertragspunkt!*)

Ich wiederhole nur: Frau Rumpold sagt, es ist dieser Vertragspunkt. Das nehmen wir in dieser Form zur Kenntnis.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Da ich in dem bereits sogar in Medien bekannten Umstand, dass 6,6 Millionen € an die Auskunftsperson beziehungsweise ihre Agentur geflossen sind, keine urheberrechtlich geschützte Information, keinen urheberrechtlich geschützten Geschäftsgang und keine urheberrechtlich geschützte Unterlage erkenne, ferner darin auch keine vertrauliche Information, keinen vertraulichen Geschäftsvorgang und keine vertrauliche Unterlage erkennen kann, weil das bereits in den Medien nachvollziehbar von der Auskunftsperson selbst dargestellt wurde, stelle ich den **Antrag** an den Hohen Ausschuss, er möge beschließen, dass die Weigerung der Auskunftsperson **nicht** rechtmäßig ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir sind jetzt genau an diesem Punkt angelangt: Die Beurteilung der Zulässigkeit einer Aussageverweigerung ist eine Rechtsfrage. Bevor ich darüber abstimmen lasse, frage ich jetzt auch formell den Herrn Verfahrensanwalt, ob er eine Stellungnahme dazu abgeben möchte. – Bitte.

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Durch die Verweigerung der Aussage auf die von Abgeordnetem Mag. Stadler gestellte Frage wurden keine Umstände

konkretisiert, die die Frage, ob und inwieweit der Aussageverweigerungsgrund des Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisses vorliegen könnte – dargetan.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir kommen zur Abstimmung. (*Abg. Dr. Fekter: Nein, Wortmeldungen!*) – Bitte, Frau Kollegin Fekter.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es ist üblich, dass vor einer geschäftsordnungsmäßigen Abstimmung jeder Fraktion die Gelegenheit gegeben wird, zu argumentieren.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir haben das zwar das letzte Mal nicht so gehalten (*Abg. Dr. Fekter: Auch!*), und ich möchte an und für sich in einem konkreten Procedere, wo wir uns bereits im Croquis befinden, dass ... (*Abg. Dr. Fekter: Also eine Wortmeldung diesbezüglich müssen Sie zulassen!*) – Lassen Sie mich ausreden, sonst haben wir wieder das Problem mit der Betragensnote! Ich werde das in diesem Fall zulassen, um uns schlicht und einfach Streit im Ausschuss zu ersparen – aber nur aus diesem Grunde! – Bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Herr Ausschussvorsitzender, es ist auch im Plenum Usance, dass, wenn sich jemand zur Geschäftsordnung zu Wort meldet, jede Fraktion vom Präsidenten/von der Präsidentin das zugesprochen bekommt. (*Obmann Dr. Pilz: Ich bitte darum!*)

Die Frage nach den Ausgaben, nämlich Aufschlüsselung der Ausgaben bei einem PR-Konzept, umfassen meiner Meinung nach beziehungsweise der Rechtsauffassung meiner Fraktion sehr wohl Geschäftsgeheimnisse. Wenn man PR-Konzepte als Gesamtpaket im Detail aufschlüsseln muss, wie man das Geld ausgegeben hat, legt man automatisch das Konzept offen. Dass sich die Auskunftsperson auf das Geschäftsgeheimnis beruft, halte ich für gerechtfertigt, und daher werden wir einer Beugestrafe diesbezüglich **nicht** zustimmen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Nur in aller Kürze, weil das einfach gesagt werden muss: Ich halte es wirklich schon für schwer erträglich, dass dann, wenn eine an sich vereinbarte Vorgangsweise, die noch dazu rechtlich einwandfrei auch vom Vorsitzenden in aller epischen Breite, vom Verfahrensanwalt bestätigt, vorliegt, Frau Kollegin Fekter als eine Anwältin der Auskunftsperson auftritt. Ich würde wirklich bitten, Frau Fekter, überlegen Sie sich einmal Ihr Verhalten! (*Abg. Dr. Fekter: Ich will nur rechtsstaatlich vorgehen!*)

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Ich darf nur eine ganz kurze Anmerkung dazu machen. Ich halte den Einwand der Frau Abgeordneten Dr. Fekter nicht für so unbegründet, dass er hier und auch für die spätere Entscheidung durch das Bezirksgericht Wien-Innere Stadt nicht Beachtung finden könnte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Kurz zu dem Auszug aus dem Vertrag, der vorliegt, insbesondere zu dem letztgenannten Punkt des Vertrages, Nr. 10, was die Geheimhaltung von vertraulichen Informationen, mündlich wie schriftlich, betrifft. Was, wenn nicht das, macht glaubhaft, dass es eine Vereinbarung zur Geheimhaltung bezüglich des Geschäftsgeheimnisses gibt, auf die sich Frau Rumpold beruft!

Obmann Dr. Peter Pilz (zur Geschäftsbehandlung): Dann werde ich auch noch persönlich und im Namen meiner Fraktion kurz Stellung dazu beziehen.

Es ist für die Arbeit des Ausschusses von zentraler Bedeutung, ob wir erfahren, ob es über die festgestellten etwa, möglicherweise weniger als 2 Millionen € für Inserate und Schaltungen in Printmedien und elektronischen Medien, Geldflüsse an

Entscheidungsträger und Versuche, mit diesen Geldern die politische Entscheidung und die Typenentscheidung zu beeinflussen, gegeben hat. Ich als Mitglied dieses Ausschusses will mich nicht damit zufriedengeben, dass das schlicht und einfach geleugnet wird – zu Recht oder zu Unrecht. Wir wollen das **überprüfen** können. Und um das überprüfen zu können, müssen wir feststellen, wofür dieses Geld, das ja offensichtlich der Werbungs- und Überzeugungsarbeit für Eurofighter diente, ausgegeben worden ist.

Wir wissen zum heutigen Zeitpunkt, dass es nicht nur um Inserate und Schaltungen geht, nicht nur um eine Road-Show geht, sondern auch um die direkte Beeinflussung von Regierungsmitgliedern. Wir werden auf diesen Punkt etwa im Falle des Infrastrukturministers Mag. Reichhold noch zurückkommen. Aber wir wissen, wir können derzeit nicht ausschließen, ob ein wesentlicher Teil dieses Geldes zur Beeinflussung, und zwar zur ungesetzlichen Beeinflussung von Entscheidungsträgern verwendet oder missbraucht worden ist.

Sollte dies der Fall sein, handelt es sich für einen eindeutig im „**Code of Business Conduct**“ beschriebenen **Nichtigkeitsgrund** für den Kaufvertrag. Deshalb ist eine Aussage zu dieser Frage des Kollegen Stadler von **entscheidender Bedeutung** für die zukünftige Arbeit des Ausschusses. Es handelt sich hiebei nicht um irgendeine Frage, sondern um eine **Schlüsselfrage**.

Die Frage, ob Gelder zur Beeinflussung von Entscheidungsträgern verwendet worden sind, mögen Eigentümer von Firmen als Betriebsgeheimnis sehen, aber: Im Sinne des Ausschusses kann so etwas nicht als Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis geduldet werden, und wir werden auch weiterhin Fragen dazu stellen. Wir haben versucht, uns dieser Fragestellung von zwei Seiten zu nähern: von Seiten des Vertragspartners Steininger und von Seiten der Vertragspartnerin Rumpold. Wir wissen auf Grund dieses uns zur Verfügung gestellten Dokuments, dass das die beiden Vertragspartner sind. Wenn beide Vertragspartner zu dieser Schlüsselfrage des Untersuchungsausschusses die Aussage verweigern, aus genau diesem Grund über einen der Vertragspartner bereits eine Beugestrafte verhängt worden ist (*Abg. Dr. Fekter: Nicht rechtskräftig!*) – nicht rechtskräftig, vollkommen richtig –, dann ist es nur naheliegend, dass die **zweite** Vertragspartnerin vom Ausschuss ebenso behandelt wird wie der bereits vom Bezirksgericht Wien-Innere Stadt befasste **erste** Vertragspartner.

Ich gehe davon aus, dass der Untersuchungsausschuss alle Beteiligten an diesen aufklärungswürdigen Vorgängen gleich behandelt. Deshalb bin ich der Meinung, dass uns hier nach der Verfahrensordnung überhaupt keine andere Möglichkeit übrig bleibt, zumal das Gericht in eindeutiger Weise gewürdigt hat, was unter **Geschäftsgeheimnis** zu verstehen ist. – Ich erspare mir jetzt die ausführliche Zitierung des gerichtlichen Beschlusses; ich gehe davon aus, dass er der Öffentlichkeit ebenso bekannt ist wie dem Ausschuss im Detail.

Das ist meine Begründung, warum ich es für richtig halte, jetzt in das Verfahren in Richtung Bezirksgericht Wien-Innere Stadt einzutreten.

Ich sage nur noch eines persönlich dazu – und habe das mit Herrn Dr. Strasser vorhin auch sehr ausführlich besprochen –: Der Ausschuss geht mit derart schwerwiegenden Eingriffen in Persönlichkeitsrechte nicht leichtfertig um. Es ist unsere Aufgabe, so sparsam wie möglich mit diesen Maßnahmen umzugehen. Das Gericht hat sich im Fall Steininger durchaus in begründeter Zurückhaltung – und das führt der Richter auch schriftlich an – mit, zumindest vorläufig, einer Geldstrafe begnügt. Aber wir müssen andererseits die Verfahrensordnung und die Strafprozeßordnung ernst nehmen. Wenn uns der Gesetzgeber Mittel zur Durchsetzung unserer Wahrheitsfindungsinteressen zur

Verfügung gestellt hat, dann gibt es Situationen, in denen uns schlicht und einfach **keine anderen Mittel** zur Verfügung stehen. Und genau an diesem Punkt sind wir meiner persönlichen Meinung nach jetzt. Deswegen treten wir jetzt in dieses Verfahren ein. Frau Kollegin Fekter und auch andere haben dazu zu Recht Stellung genommen.

Kollegin Fekter, bitte – ich weise nur darauf hin, dass es an und für sich üblich ist, eine Geschäftsordnungsrede mit einer Runde zu beschränken.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Es ist etwas Formales. – Wir haben dann ja wahrscheinlich mehrere Anträge, und ich möchte darum ersuchen, zu jedem Antrag eine Stellungnahme zuzulassen, weil wir differenziert abstimmen werden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das werden wir selbstverständlich so halten. Sie werden die Möglichkeit erhalten, Ihr Abstimmungsverhalten in jedem einzelnen Fall zu begründen. (Der Obmann berät sich kurz mit Verfahrensanwalt Dr. Strasser.)

Ich wiederhole: Wir sind jetzt bei dem Verfahrenspunkt, wo der Herr Verfahrensanwalt eine Stellungnahme zur konkreten Frage und ihrer rechtlichen Bewertung abgegeben hat. Ich habe eine Runde von Wortmeldungen zur Geschäftsordnung zugelassen, und wir kommen jetzt zur **Abstimmung**.

Ich ersuche jene Mitglieder des Ausschusses, die der Ansicht sind, dass die Verweigerung der Aussage durch Frau Rumpold gerechtfertigt ist ... (Abg. Mag. **Stadler**: Ich habe gesagt: **nicht rechtmäßig ist!**) – Diejenigen, die der Meinung sind, dass er nicht rechtmäßig ist, ersuche ich, dagegen zu stimmen. – Ich wiederhole das, damit nichts Furchtbartes passiert. (Abg. Dr. **Fekter**: Wiederholen Sie die konkrete Frage, um die es ja geht, Herr Vorsitzender!) – Frau Kollegin Fekter, ich bin dabei!

Die konkrete Frage, die wir behandeln, ist: Wie haben Sie die von Eurofighter über Herrn Steininger erhaltenen rund 6,6 Millionen €, die Sie in die Buchhaltung aufgenommen haben, laut Ihrer Buchhaltung ausgegeben?

Ich ersuche jene Mitglieder des Ausschusses, die der Ansicht sind, dass die Verweigerung der Aussage durch Frau Rumpold gerechtfertigt ist, um ein Zeichen der Zustimmung. – Dies ist die **Minderheit**. Die Auskunftsperson ist daher **zur Aussage verpflichtet**.

Frau Rumpold, ich mache Sie darauf aufmerksam, dass, falls Sie weiterhin die Aussage verweigern sollten, dieser Ausschuss bei Gericht die Verhängung einer Beugestrafe beantragen kann. Das Bezirksgericht Wien-Innere Stadt kann in sinngemäßer Anwendung des § 160 der Strafprozeßordnung eine **Beugestrafe** bis zu **1 000 €** und bei weiterer Weigerung in wichtigen Fällen eine **Beugehaft** bis zu **sechs Wochen** verhängen.

Frau Rumpold, ich frage Sie daher an diesem Punkt noch einmal, ob Sie zur Aussage bereit sind?

Erika Rumpold: Ich kann mich nur wiederholen: Ich kann Fragen bezüglich des Vertrages und alles, was im Zusammenhang mit dem Verkauf der Eurofighter steht, nicht beantworten, ohne ein Geschäftsgeheimnis zu verletzen. Ich kann es nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich nehme an diesem Punkt zur Kenntnis, dass sie **nicht** zur Aussage bereit sind. Da Sie die Aussage verweigern wollen, muss ich Sie noch einmal ersuchen, dem Ausschuss die Gründe hiefür anzugeben. Liegt jetzt ein Antrag von Abgeordneten vor, eine Beugestrafe ... – Kollege Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hoher Ausschuss! Herr Vorsitzender! Ich stelle den **Antrag** nach § 21, an das Gericht den Antrag zu stellen, eine **Beugestrafe** zu verhängen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Mir liegt damit der Antrag des Abgeordneten Mag. Stadler vor, beim Bezirksgericht Wien-Innere Stadt die Verhängung einer Beugestrafe über Frau Rumpold zu beantragen.

Ich lasse sogleich über diesen Antrag **abstimmen**.

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Gegenprobe: Wer ist dagegen? (*Abg. Dr. Fekter: Es gibt laut Geschäftsordnung keine Gegenprobe!*) – Ja, ist egal. – Das ist mit **Mehrheit angenommen**.

Ich ersuche die Parlamentsdirektion, diesen Antrag an das Gericht auszufertigen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Rumpold! Ich frage Sie nun wiederum in Wiederholung dessen, was ich Sie im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefragt habe, wo Sie das bestätigt haben, was „NEWS“ berichtet hat – dass Sie von EADS über Herrn Steininger einen Betrag von 6,598 Millionen € bekommen haben –, worauf ich Sie gefragt habe – ich zitiere wörtlich –:

Wie viele von diesen 6,598 Millionen € haben Sie tatsächlich für werbliche Maßnahmen verwendet?

Erika Rumpold: War das jetzt die Frage?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das war die Frage, und die habe ich jetzt wiederholt.

Erika Rumpold: Jetzt wiederhole ich mich wieder: Ich kann diese Frage nicht beantworten, ohne Geschäftsgeheimnisse zu verletzen. (*Abg. Mag. Stadler: Frau Rumpold!*) Und ich möchte eines noch aufklären: „NEWS“ hat nicht berichtet, sondern „NEWS“ hat damals ein Exklusiv-Interview von mir bekommen – mit Fotomaterial. Das wollte ich nur klarstellen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mir liegt ein Bericht vor, in dem Sie zitiert werden, aber ich glaube, das ist ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist jetzt wirklich unerheblich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist nicht wirklich der entscheidende Punkt.

Frau Rumpold, ich verlange von Ihnen gemäß § 9 Abs. 1 der Verfahrensordnung des Untersuchungsausschusses, Ihre Weigerungsgründe dem Ausschuss gegenüber glaubhaft zu machen.

Erika Rumpold: Laut dem Vertragspunkt 10 in meinem Vertrag, der Verschwiegenheitsklausel.

Obmann Dr. Peter Pilz: So, wir sind am selben Punkt wie vorher.

Ich stelle wieder fest, dass die Beurteilung der Zulässigkeit einer Aussageverweigerung eine Rechtsfrage ist.

Ich werde jetzt wieder eine Geschäftsordnungsrede machen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darf ich zuerst den Antrag stellen?

Ich stelle den **Antrag** gemäß § 9 Abs. 2, der Untersuchungsausschuss möge über die Rechtmäßigkeit der Weigerung entscheiden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das wäre auch ohne Antrag geschehen. Das kann bei einer Aussageverweigerung auch ohne Antrag geschehen. Das ist im Moment nicht unser Geschäftsordnungsproblem.

Ich werde jetzt eine kurze Runde von Stellungnahmen durchführen lassen und dann den Herrn Verfahrensanwalt ersuchen, auch dazu eine Stellungnahme abzugeben.

zur Geschäftsordnung

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Die Verfahrensordnung sieht ein Aussageverweigerungsrecht vor, wenn es sich um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse handelt. Sie ist diesbezüglich wesentlich datenschützerischer als beispielsweise die Zivilprozessordnung oder die Strafprozessordnung. Das heißt, die Verfahrensordnung hat sehr wohl eine Regelung, dass Geschäftsgeheimnisse durch diesen Ausschuss nicht zwangsweise hinterfragt werden können.

Wenn man jetzt bei einer PR-Agentur im Detail nach werblichen Ausgaben bezüglich eines Gesamtauftrages und eines Gesamtkonzeptes fragt, dann kann man damit sehr wohl Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse offenlegen, denn man muss nur so lange fragen, bis man jede einzelne Werbemaßnahme strategisch hinterfragt hat.

Ich halte daher diese Fragestellung des Kollegen Stadler und die dazu gehörige Aussageverweigerung, sage ich einmal, in Kombination für rechtens, auch wenn ich es zutiefst bedauere, dass wir nicht erfahren, wie die Gelder geflossen sind. Aber im Hinblick auf die Verfahrensordnung, die ja vorsieht, dass sich eine Auskunftsperson entschlagen kann, wenn sie sich auf Berufs- und Geschäftsgeheimnisse beruft, ist dieser Entschlagungsgrund bei der Frage, die Kollege Stadler gestellt hat, aus unserer Sicht rechtens.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Wie schon zuvor möchte ich sagen, dass die Verschwiegenheitsklausel laut Vertrag zwischen Herrn Steininger und der Firma „100 % Communications“ für meine Fraktion eine ausreichende Glaubhaftmachung im Sinne der Verfahrensordnung ist. – Danke.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): In aller Kürze: Ich möchte nur grundsätzlich festhalten, dass es jedes Verständnis für militärische Geheimnisse, technische Spezifikationen im Interesse von Firmen und dergleichen gibt, auch im Zusammenhang mit Gegengeschäften, allerdings diese Kernfrage des Ausschusses, was mit Werbemillionen – und es geht um mehr als 50 Millionen Schilling, die ungeklärt sind! – passiert ist, kann man nicht so, wie Sie das darstellen, Frau Kollegin Fekter, hier als Betriebs- und Geschäftsgeheimnis verkaufen, weil es die zentrale und essenzielle Frage der Untersuchung ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die von der Auskunftsperson vorgelegte Unterlage, die einen Auszug aus dem Vertrag zwischen Steininger und der Auskunftsperson darstellt, regelt in Punkt 10 dieses Vertrages lediglich urheberrechtlich geschützte oder vertrauliche Geschäftsvorgänge.

Der Umstand, wie viel ausdrücklich für Werbemaßnahmen ausgegeben wurde, ist kaum mehr vertraulich, da zunächst von einer Werbeagentur sogar bewusst die Publizität für die Maßnahme hergestellt werden soll, daher kann es sich also materiell um keine vertrauliche Information mehr handeln.

Das Zweite ist, dass es darüber sogar Untersuchungen einer entsprechenden Agentur gibt, die von der Vertrauensperson beziehungsweise anderen aus dem Umfeld bereits öffentlich kommentiert wurden.

Das Dritte ist, dass – und das ist der zentrale Punkt für diesen Ausschuss – genau dieses Faktum vom Plenum des Nationalrates mit Beschluss als Untersuchungsgegenstand festgelegt wurde. Das ist der zentrale Ansatzpunkt. Wir haben uns unter anderem, aber vorrangig, an den Auftrag des Nationalrates zu halten, und der Auftrag des Nationalrates lautet, genau diese Fakten aufzuklären.

Daher ist das ein zentrales Aufklärungsmoment, wo ein derartiges Geschäftsgeheimnis, das privat durchaus so gesehen werden kann, nicht mehr einen rechtmäßigen Verweigerungsgrund darstellen kann.

Obmann Dr. Peter Pilz: Seitens meiner Fraktion stelle ich ergänzend zu dem, was ich vorhin gesagt habe, Folgendes fest:

Es liegt ja eine Focus-Untersuchung vor, die sehr genau aufschlüsselt, welche Inserate und Schaltungen im Detail – also, vorgenommenen Inserate und Schaltungen – welchen maximalen Wert haben. Da bei einzelnen Medien davon auszugehen ist, dass wesentlich günstigere Preise vereinbart wurden, handelt es sich um eine nicht aufgeklärte Summe von mindestens 4 Millionen €.

Zum Zweiten liegen mir Unterlagen vor über die Schaltung aber spätere Weigerung zur Bezahlung durch die Firma „100 % Communications“, sodass nicht einmal klar ist, ob es überhaupt zur Bezahlung dieser Inserate in vollem Umfang, wie in diesem Fall zum Beispiel beim „Standard“, gekommen ist.

Es wäre daher wichtig für den Ausschuss, zu wissen, wie viel real für welche konkreten Zwecke ausgegeben worden ist, und die Antwort auf diese Frage wird uns von der dazu befugten und dazu fähigen Auskunftsperson nicht gegeben. Wir sind damit, nachdem es (*Abg. Dr. Fekter: „Focus“ ist noch gar nicht gefragt worden! Und der „Standard“ ist auch noch nicht gefragt worden! Vielleicht gibt es eine Auskunft dazu!*) zu allen Punkten, Frau Kollegin Fekter, auch zu diesem Punkt ausführliche Meldungen zur Geschäftsordnung gegeben hat, damit am Ende und ich frage den Herrn Verfahrensanwalt, ob er eine Stellungnahme dazu abgeben möchte.

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: In gleicher Weise wie in Anziehung der zuvor gestellten Frage bin ich der Auffassung, dass es an der Geltendmachung von konkreten Umständen fehlt, die die Prüfung ermöglichen könnten, ob und inwieweit ein Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis vorliegt oder nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke für die Stellungnahme.

Wir kommen zur **Abstimmung**.

Ich ersuche jene Mitglieder des Ausschusses, die der Ansicht sind, dass die Verweigerung der Aussage durch Frau Rumpold gerechtfertigt ist, um ein Zeichen der Zustimmung. – Das ist die **Minderheit**. Die Auskunftsperson ist daher zur **Aussage verpflichtet**.

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Rumpold, ich mache Sie wiederum darauf aufmerksam, dass, falls Sie weiterhin die Aussage verweigern sollten, dieser Ausschuss bei Gericht die Verhängung einer Beugestrafe beantragen kann.

Das Bezirksgericht Wien-Innere Stadt kann in sinngemäßer Anwendung des § 160 StPO eine **Beugestrafe** bis zu **1 000 €** und bei weiterer Weigerung in wichtigen Fällen eine **Beugehaft** bis zu **sechs Wochen** verhängen.

Frau Rumpold, ich frage Sie, ob Sie zur Aussage bereit sind.

Erika Rumpold: Ich berufe mich nochmals auf meine Verschwiegenheitspflicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich stelle fest, Sie sind **nicht** zur Aussage bereit.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich stelle neuerlich den **Antrag**, an das Bezirksgericht Wien-Innere Stadt den Antrag auf Verhängung eines Beugemittels zu stellen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Mir liegt wieder der Antrag des Abgeordneten Mag. Stadler vor, beim Bezirksgericht Wien-Innere Stadt die Verhängung einer Beugestrafe über Frau Rumpold zu beantragen.

Ich lasse sogleich über diesen Antrag **abstimmen**.

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist mit **Mehrheit angenommen**.

Ich ersuche auch in diesem Fall die Parlamentsdirektion, den Antrag an das Gericht auszufertigen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich hätte eine weitere Frage: Frau Rumpold: Kennen Sie Herrn Peter Ott? (**Erika Rumpold:** Nein!) – Haben Sie mit der PR-Studio Ott-Agentur im Zusammenhang mit EADS zusammengearbeitet? (**Erika Rumpold:** Nein!) – Haben Sie mit Frau Keglevich zusammengearbeitet? (**Erika Rumpold:** Nein!) – Kennen Sie Frau Keglevich? (**Erika Rumpold:** Nein!) – Ich halte Ihnen einen Auszug aus dem Terminkalender des vormaligen Ministers Ing. Matthias Reichhold vom 17. April 2002 vor. Ich lasse Ihnen diesen Auszug in Kopie bringen. (*Ein Mitarbeiter des FPÖ-Klubs überbringt der Auskunftsperson ein schriftliche Unterlage.*)

Frau Rumpold, Sie haben diesen Kalenderauszug des Herrn Reichhold eingesehen. Erinnern Sie sich an diesen Termin vom 17. April 2002 beim damaligen Bundesminister Reichhold?

Erika Rumpold: Selbstverständlich. Ich habe das auch bei meinem Exklusiv-Interview im Oktober bereits gesagt, dass wir auch beim Herrn Bundesminister Reichhold präsentieren waren.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich nehme das gerne zur Kenntnis, nur ersetzen Interviews in verschiedenen Medien keine Aussage vor dem Ausschuss.

Erika Rumpold: Es ist nicht irgendein Interview, es war **das** Interview, das ich einmalig gegeben habe – möchte ich festhalten, Herr Stadler.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Lassen wir es dabei! Sie sind da als Guest des Herrn Bundesministers Reichhold, gemeinsam mit Herrn Dr. Bergner von EADS, DaimlerChrysler angeführt. – Waren Sie bei diesem Gespräch dabei?

Erika Rumpold: Ja, wie bei allen anderen Präsentationsgesprächen – bei Herrn Bürgermeister Michael Häupl oder Herrn Gusenbauer auch.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gehen wir der Reihe nach vor: Was war der Inhalt dieses Gesprächs mit Herrn Bergner bei Bundesminister Reichhold?

Erika Rumpold: Das Unternehmen EADS zu präsentieren.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie hat sich das abgespielt?

Erika Rumpold: Mit Daten, Fakten, Zahlen, wie man ein Unternehmen eben präsentiert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer hat das Unternehmen präsentiert?

Erika Rumpold: Herr Doktor Bergner.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie diese Präsentation, die Sie für EADS und im konkreten Fall für Herrn Dr. Bergner durchgeführt haben, im Rahmen dieser so genannten Road Show durchgeführt?

Erika Rumpold: Auch, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was bedeutet in diesem Zusammenhang „auch“? Das heißt, Sie hatten noch andere Geschäftsgrundlagen?

Erika Rumpold: Präsentationstermine, selbstverständlich, nicht nur bei Politikern.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, aber bleiben wir jetzt einmal beim Termin bei Herrn Reichhold. Dieser Termin war Teil dieser Road Show, die Sie durchgeführt haben? (*Erika Rumpold: Ja!*) – Sie haben im nichtöffentlichen Teil der Sitzung dieses Ausschusses gesagt, dass Sie für Ihre Leistung ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Entschuldigen Sie, Kollege Stadler, wir zitieren hier nicht, was im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gesagt worden ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist im Bankenausschuss bereits hinreichend geklärt worden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist aber hier nicht hinreichend geklärt worden, und ich stelle vom Vorsitz aus fest, dass wir nicht zitieren, was im nichtöffentlichen Teil gesagt worden ist. Stellen Sie einfach Ihre Frage und wir werden sehen, was beantwortet wird!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben zu einem anderen Zeitpunkt einmal gesagt, dass Sie ein Agentur-Honorar in Höhe von 15 Prozent erhalten haben.

Erika Rumpold: Ich habe nicht gesagt: „erhalten“. Es ist **üblich** in Österreich, 15 Prozent Agentur-Honorar ... (*Abg. Mag. Stadler: 5 Prozent?*) – 15! Und: Ich habe nicht gesagt, ich habe es erhalten. Sie müssen schon richtig zitieren.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich frage Sie ja danach.

Erika Rumpold: Nein, Sie haben gesagt, ich hätte „erhalten“.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Rumpold, es ist gut, wenn Sie mir sagen, was ich zu tun habe. Ich bin dankbar für jeden Hinweis.

Erika Rumpold: Es liegt mir fern, Herr Stadler, Ihnen zu sagen, was Sie zu tun haben. Sie tun es sowieso.

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Rumpold – da hat sie Recht – hat gesagt, dass das „üblich ist“. Sie hat keine Antwort auf eine mögliche Frage, wie viel sie selbst erhalten hat, gegeben. – Nur, damit wir das klar bei Protokoll haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir belassen es dabei. Die 15 Prozent sind also **üblich**.

Sind auch im konkreten Geschäft 15 Prozent Honorar abgerechnet worden?

Erika Rumpold: Ich verstehe die Frage nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sind in diesem Geschäftsfall, wo Sie für EADS Werbemaßnahmen getätigkt haben, von Ihrer Agentur auch die üblichen 15 Prozent abgerechnet worden? (*Erika Rumpold: Nein!*) – Sonstern? Können Sie uns

einen Prozentsatz nennen, in welcher Höhe Sie hier abgerechnet haben? (**Erika Rumpold:** *Nein!*) – Warum nennen Sie keinen Prozentsatz?

Erika Rumpold: Ich muss mich wieder wiederholen: Ich kann diese Frage nicht beantworten, ohne dass ich ein Geschäftsgeheimnis verletzen würde.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich stelle Ihnen jetzt – nur für das Protokoll – die Frage noch einmal: Wie hoch war der Prozentsatz, den Sie im konkreten Geschäftsfall für Werbemaßnahmen für EADS beziehungsweise Eurofighter abgerechnet haben?

Pardon, ich präzisiere noch einmal: Wie hoch war der konkrete Prozentsatz, den Sie im konkreten Geschäftsfall für Werbemaßnahmen für EADS beziehungsweise Eurofighter als **Honorar** Ihrer Agentur abgerechnet haben?

Erika Rumpold: Diese Frage kann ich nicht beantworten, ohne ein Geschäftsgeheimnis zu verletzen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Unter Hinweis auf die früher bereits zitierten Bestimmungen ersuche ich Sie, diesen Weigerungsgrund glaubhaft zu machen.

Erika Rumpold: Ich berufe mich auf den Vertragspunkt 10, die Verschwiegenheitsklausel.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Vorsitzender, ich ersuche um Klärung durch den Ausschuss, ob die Weigerungsgründe rechtens sind oder nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich bitte, mir zuerst die Frage schriftlich vorzulegen. (*Abg. Mag. Stadler schreibt die Frage nieder.*)

Nach dieser Frage ist übrigens Ihre Fragezeit zu Ende, Herr Kollege Stadler.

Obmann Dr. Peter Pilz: Die Frage lautet: Wie hoch war der konkrete Prozentsatz, den Sie für Ihre Werbemaßnahmen für EADS beziehungsweise Eurofighter als Honorar für Ihre Agentur abgerechnet haben?

Das ist die konkrete Frage. – Die Aussage darauf ist verweigert worden.

Eine Frage nach einer zusätzlichen Begründung beziehungsweise Glaubhaftmachung ist nicht gestellt worden. (*Abg. Mag. Stadler: Ist gestellt worden! – Abg. Dr. Fekter: Hat er schon gestellt!*) Entschuldigung, ist gestellt worden. An der Berufung auf diesen Paragraphen des Vertrages hat sich nichts geändert.

Ich mache die übliche Runde. Frau Kollegin Fekter hat sich zu Wort gemeldet. – Bitte.

zur Geschäftsordnung

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Die erste Frage des Kollegen Stadler betraf Buchhaltungsdaten, die zweite Frage des Kollegen Stadler betraf den werblichen Anteil des Gesamtvertrages, jetzt sind wir beim Anteil des Agentur-Honorars. Das heißt, im Hinblick auf das Gesamtpaket des Vertrages kann Kollege Stadler so fortsetzen und der Konkurrenz damit sämtliche Geschäftshintergründe offenlegen.

Ich halte es für **gerechtfertigt**, dass sich die Auskunftsperson auf das Berufs- und Geschäftsgeheimnis bezieht, weil es im Hinblick auf ein Werbe-, Marketing- und Betreuungskonzept einfach gerechtfertigt ist, öffentlich den Konkurrenten dieses Konzept **nicht** darzulegen. Wiewohl ich aber betonen möchte, dass ich es zutiefst

bedaure, dass wir keinerlei Aussagen bezüglich der im Raum stehenden Verdachtsmomente bekommen. Ich hätte mir auch gewünscht, dass die Auskunftsperson, sozusagen zu ihrer eigenen Entlastung, uns etwas mitteilt.

So sehr ich das bedauere, bin ich aber bemüht, rechtsstaatlich korrekt und gemäß der Verfahrensordnung vorzugehen. Wenn gemäß der Verfahrensordnung die Möglichkeit besteht, sich auf Geschäftsgeheimnisse zu berufen und die Auskunftsperson das tut, dann respektiere ich das und halte eine Beugestrafe für nicht gerechtfertigt.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Vorweg möchte ich festhalten, dass ein Verdachtsmoment ausgeräumt wurde, da ganz konkret ausgesagt wurde, dass es keine Geldflüsse zu irgendeiner Partei gegeben hat.

Des weiteren möchte ich – auch auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole – ebenfalls wieder sagen, dass es eindeutig begründet wurde mit der Vertragsklausel der Verschwiegenheitspflicht, und aus diesem Grund ist das für mich glaubhaft gemacht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Darmann, aber Sie beantragen nicht, dass der Ausschuss jetzt seine Tätigkeit beendet, weil alles positiv geklärt ist?

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Nein, ich wollte nur etwas klarstellen, damit das nicht so im Raum stehen bleibt. Auch wenn Sie das gerne hätten, Herr Vorsitzender.

Obmann Dr. Peter Pilz: Mit Ihrer Unterstützung werden wir in unserer Arbeit fortsetzen. Noch eine Wortmeldung? – Kollege Haimbuchner, bitte.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Herr Vorsitzender! Ich möchte einmal bezüglich dieses Gerüchtes und dieses Teufelskreises, in dem wir uns auf Grund der Argumentation von Frau Dr. Fekter befinden, ein bisschen was aufklären. Das wäre in Zukunft so: Ich könnte mir in jedem Vertrag Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse vereinbaren und dann verweigere ich ganz einfach die Aussage. Also da wäre jedes Gerichtsverfahren bar jeglichen Rechtsstaates.

Deswegen muss ich Ihnen ganz offen und ehrlich eines sagen, Frau Kollegin ... (*Abg. Dr. Fekter: Wir sind nicht bei Gericht! Wir gehen nach der Verfahrensordnung vor!*) – Nein, jetzt rede ich einmal! Die Verfahrensordnung kenne ich schon. Schauen Sie, die Sache ist die, das wäre gegen jeglichen Rechtsstaat, denn da vereinbare ich ganz einfach in einem Vertrag: Das ist ein Geschäftsgeheimnis! Aus, Schluss, basta! Und dann schreibe ich in Zukunft vielleicht noch explizit hinein bei irgendwelchen militärischen Beschaffungsaktionen, dass ich **nicht** verpflichtet bin, vor dem Untersuchungsausschuss eine Aussage zu treffen.

Also bitte, ich möchte nur einmal die Vernunft ansprechen, dass das so einfach **nicht** möglich ist. Es wurde noch dazu im Beschluss des Bezirksgerichtes Innere Stadt Wien ausdrücklich festgehalten: Die Wichtigkeit einer Aussage ist entscheidend auch für das Recht der Aussageverweigerung. Das hat vorerst auch der Verfahrensanwalt relativ deutlich dargelegt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Frau Kollegin Fekter reklamiert regelmäßig bei diesen Runden das Betriebs- und Geschäftsgeheimnis aus ihrer Sicht.

Ich möchte demgegenüber festhalten, dass ein **PR-Konzept** – so haben Sie das jetzt nämlich genannt; nicht einmal die Ziffern dazu – seinem Wesen nach dazu dient, nach außen zu drängen und beobachtet werden kann, sodass etwas Geheimes in dem Kontext ja nur eine PR-Tätigkeit sein kann, die Entscheidungsträger im Geheimen beeinflusst. Also das kann es ja wohl nicht sein.

Abschließend, Herr Kollege Darmann: Einen Nicht-Zahlungsstrom an eine Partei werden wir dann feststellen können, wenn alles offen gelegt wird.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich möchte uns nur beglückwünschen zu unserem vorigen Beschluss, dass die Medienöffentlichkeit wieder hergestellt ist, weil das wirklich für sich spricht, was Frau Kollegin Fekter immer einwendet.

Obmann Dr. Peter Pilz: Die Beurteilung der Zulässigkeit einer Aussageverweigerung ist, wie wir alle wissen, eine Rechtsfrage. Bevor ich darüber abstimmen lasse, frage ich daher den Herrn Verfahrensanwalt, ob er eine Stellungnahme dazu abgeben möchte.

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Nach Lage des Falles kann die Honorarhöhe **kein Geschäftsgeheimnis** im Sinne des Gesetzes darstellen. Es bestehen keinerlei konkrete Anhaltspunkte, die aus der Honorarhöhe einen Rückschluss auf irgendein Geschäftsgeheimnis zulassen würden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke schön. Ich möchte an diesem Punkt nur eines feststellen: Ich glaube – wir werden dann gleich im vorgesehenen Procedere fortschreiten –, dass wir durchaus in der Lage sind, noch sehr, sehr viele Fragen zu stellen, auf die uns Frau Rumpold keine Antwort geben wird.

Wir sind jetzt bei der dritten Frage, und ich ersuche zu berücksichtigen, dass für die gerichtliche Beurteilung die Qualität der Aussageverweigerung und erst in zweiter oder dritter Linie die mögliche hohe Anzahl der Fragen entscheidend sein kann und wird. (Zwischenruf der Abg. Dr. Fekter.) Kollegin Fekter, außer es ist wirklich für das Verfahren notwendig. (Abg. Dr. Fekter: Ja!) Ja, dann bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Auf Grund der Aussage des Verfahrensanwaltes, dass er eine Honorar-Forderung als kein Geschäftsgeheimnis betrachtet, habe ich meine Meinung geändert und schließe mich dem Verfahrensanwalt an, und meine Fraktion wird entsprechend abstimmen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke vielmals.

Ich setze das Verfahren fort. Wir kommen zur **Abstimmung**.

Ich ersuche jene Mitglieder des Ausschusses ... (Abg. Mag. Darmann: Herr Vorsitzender!) Nein, wir sind jetzt mitten im Verfahren, es tut mir Leid. Wir sind bereits im Abstimmungsvorgang, jetzt sind keine Wortmeldungen mehr zulässig.

Ich ersuche jene Mitglieder des Ausschusses, die der Ansicht sind, dass die Verweigerung der Aussage durch Frau Rumpold gerechtfertigt ist, um ein Zeichen der Zustimmung. – Das ist die **Minderheit**. Die Auskunftsperson ist daher zur **Aussage verpflichtet**.

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Rumpold, ich mache Sie auch diesmal darauf aufmerksam, dass, falls Sie weiterhin die Aussage verweigern sollten, dieser Ausschuss bei Gericht die Verhängung einer Beugestrafe beantragen kann. Das Bezirksgericht Innere Stadt Wien kann in sinngemäßer Anwendung des § 60 der Strafprozeßordnung eine **Beugestrafe** bis zu **1 000 €** und bei weiterer Weigerung in wichtigen Fällen eine **Beugehaft** bis zu **sechs Wochen** verhängen.

Frau Rumpold, ich frage Sie, ob Sie jetzt zur Aussage bereit sind.

Erika Rumpold: Ich wiederhole mich wieder: Bei allem, was mit dem Verkauf der Eurofighter in Österreich und mit meinem Vertrag mit Herrn Steininger zu tun hat, kann ich diese Fragen nicht beantworten, ohne ein Geschäftsgeheimnis zu verletzen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt, Sie sind auch jetzt nicht zur Aussage bereit. Gibt es einen Antrag? – Kollege Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich stelle den **Antrag**, beim Bezirksgericht Wien Innere Stadt die Verhängung einer Beugestrafe wegen der nicht gerechtfertigten Verweigerung der Aussage zu beantragen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Mir liegt des Antrag des Abgeordneten Stadler vor, beim Bezirksgericht Wien Innere Stadt die Verhängung einer Beugestrafe über Frau Rumpold zu beantragen.

Wir kommen zur **Abstimmung**. – Mit **Mehrheit angenommen**.

Ich ersuche die Parlamentsdirektion, auch diesen Antrag an das Gericht auszufertigen. Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Namens unserer Fraktion möchte ich einige wenige Fragen stellen.

Sie haben uns vorgelegt – und das ist auch bei Protokoll – die letzte Seite eines Vertrages zwischen Herrn Steininger und Ihnen.

Können Sie sagen, was der Zweck dieses Vertrages war beziehungsweise ist?

Erika Rumpold: Den Konzern EADS werblich und pressetechnisch, pressearbeitstechnisch für ein Jahr werblich zu begleiten in Österreich.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wer sind die Vertragspartner dieses Vertrags?

Erika Rumpold: Die „100% Communications“, also unsere Agentur, und Erhard Steininger von der BOFORS.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wer hat den Vertrag miteinander verhandelt?

Erika Rumpold: Herr Steininger und ich.

Obmann Dr. Peter Pilz: Von wem stammt der Vertragsentwurf?

Erika Rumpold: Von meiner Seite, aber auch von Herrn Steininger.

Obmann Dr. Peter Pilz: Hat jemand für Sie Ihren Vertragsentwurf angefertigt?

Erika Rumpold: Überprüft, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wer war das?

Erika Rumpold: Meine Anwältin, Frau Mag. Huberta Gheneff.

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Gheneff also. Hat sie den Vertragsentwurf gemacht oder hat sie Ihren Entwurf überprüft?

Erika Rumpold: Den Entwurf.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie hat den Entwurf verfertigt?

Erika Rumpold: Es ist üblich bei mir, dass ich jeden Vertrag überprüfen lasse beziehungsweise sie dann auch korrigiert oder ausbessert.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. Also Vertrag Gheneff, so wie Sie es beschrieben haben, Vertragsabschluss zwischen Steininger und Ihnen.

Können Sie trotzdem noch einmal für den Ausschuss in Öffentlichkeit sagen, über welche genaue Summe dieser Vertrag abgeschlossen worden ist?

Erika Rumpold: Um rund 6,5 Millionen € Gesamtwerbebudget.

Obmann Dr. Peter Pilz: Mussten Sie jemandem gegenüber dann im Detail die Ausgaben aus diesem Budget abrechnnen?

Erika Rumpold: Es wurde immer Projekt für Projekt abgearbeitet, mit vorheriger Durchsicht natürlich und Controlling.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wem gegenüber haben Sie abgerechnet?

Erika Rumpold: Der Kommunikationsabteilung von EADS.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das war aber nicht Ihr Vertragspartner.

Erika Rumpold: Nein, weil wir jeden Schritt, jeden öffentlichen Schritt selbstverständlich mit EADS, mit der Kommunikationsabteilung, abgesprochen haben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Aber mir geht es um die rechnungsmäßige Abrechnung.

Erika Rumpold: Rechnungstechnisch wurde alles Finanzielle mit Herrn Steininger besprochen und abberufen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und wem gegenüber wurde abgerechnet?

Erika Rumpold: Mit Herrn Steininger.

Obmann Dr. Peter Pilz: Haben Sie Herrn Steininger die einzelnen Rechnungen vorgelegt? (**Erika Rumpold:** *Selbstverständlich!*) – Hat Herr Steininger Ihnen das Gesamtbudget zur Verfügung gestellt oder ist das Zug um Zug gewesen?

Erika Rumpold: Projektbezogen. Zug um Zug.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wie viele Projekte hat es da gegeben?

Erika Rumpold: Wir hatten in unserer Konzeption zwölf Projekte. Abschnitte.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kann man sich das so vorstellen, dass etwa die Buchung von Inseraten ein Projekt war?

Erika Rumpold: Ein Teil davon.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und kann man sich das so vorstellen, dass der Versuch, etwa Mitglieder der Bundesregierung zu überzeugen, auch ein Projekt war? (**Erika Rumpold:** *Nein!*) – Haben Sie Herrn Bergner auf die Termine, bei denen beabsichtigt war, Mitglieder der Bundesregierung, wie etwa den Herrn Mag. Reichhold, zu überzeugen, vorbereitet?

Erika Rumpold: Wir haben niemanden „überzeugt“, wir haben das Unternehmen EADS ***präsentiert***.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann stellen wir die Frage so: Haben Sie Herrn Bergner zum Zwecke einer möglichst gelungenen Präsentation des Eurofighters etwa bei Herrn Mag. Reichhold persönlich vorbereitet? (**Erika Rumpold:** *Ja!*) – Haben Sie ihn auf die Person des Ministers vorbereitet?

Erika Rumpold: Was meinen Sie mit „Person“?

Obmann Dr. Peter Pilz: Na ja, dass man halt sagt, wer das ist und wie er so ist und in welcher Partei er ist. Der Herr Bergner hat uns ja geschildert, Österreich war ihm fremd.

Erika Rumpold: Sie meinen die Kunden-Dossiers? Ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Die österreichische Politik war ihm fremd, er brauchte Personen, die sich hier auskennen. Und er hat uns auch erzählt, dass er von Ihnen unterstützt worden ist bei der konkreten Vorbereitung dieser Gespräche.

Erika Rumpold: Es werden von uns immer vor den Terminen von Gesprächspartnern Kunden-Dossiers angelegt. Das beinhaltet den Lebenslauf. Das ist einfach.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie uns so schildern, mit welchen Angaben Sie Herrn Bergner auf die Präsentation bei Herrn Mag. Reichhold vorbereitet haben?

Erika Rumpold: Seine Funktion, sein Werdegang. Das war's.

Obmann Dr. Peter Pilz: Eigentlich Daten, die man aus dem Internet auch beziehen kann?

Erika Rumpold: Wenn Sie so wollen, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und dafür sind Sie bezahlt worden? (*Erika Rumpold: Auch!*) – Aha.

Hatten Sie zu diesem Zeitpunkt den Eindruck, dass Herr Steininger zu viel Geld hat?

Erika Rumpold: Wie war die Frage?

Obmann Dr. Peter Pilz: Hatten Sie diesem Zeitpunkt den Eindruck, dass Herr Steininger zu viel Geld hat? Zu viel Geld?

Erika Rumpold: Nein, der Eindruck ist nie entstanden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann müssen wir Herrn Steininger fragen, ob er keinen Internetanschluss hat.

Hat Ihr Vertrag beinhaltet, Überzeugungsarbeit bei politischen Entscheidungsträgern zu leisten? (*Erika Rumpold: Nein!*) – Diese Frage beantworten Sie also jetzt.

Erika Rumpold: Diese Frage kann ich speziell beantworten. Selbstverständlich. Ich habe keine Überzeugungsarbeit geleistet. Generell.

Obmann Dr. Peter Pilz: Hat Ihr Vertrag die Präsentation und die Darstellung des Produktes Eurofighter bei den politischen Entscheidungsträgern beinhaltet?

Erika Rumpold: Auch diese Frage kann ich jetzt nicht beantworten, ohne ein Geschäftsgeheimnis zu verletzen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir kommen jetzt wieder an den Punkt, an dem wir vorher waren. Sie wissen, Frau Rumpold, dass wir jetzt wieder die Fragen stellen müssen in Bezug auf eine mögliche Aussageverweigerung. Ich möchte aber, damit hier nicht leichtfertig wieder eine Beugestrafe beantragt wird, Ihnen die Möglichkeit geben, das vielleicht anders zu beantworten.

Haben Sie bei Ihrer Präsentation für EADS in Deutschland den deutschen Vertretern darüber Auskunft gegeben, über welche Möglichkeiten Ihre Firma im Kontakt zu Mitgliedern der österreichischen Bundesregierung verfügt?

Erika Rumpold: Zu dem Zeitpunkt war es nicht wichtig.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie haben in diesem „NEWS“-Exklusivinterview erklärt – ich zitiere nur den relevanten Teil des Satzes –: „Durch die politischen Kontakte meines Mannes“ und dann steht auch noch: „meine Vorgeschichte bei den Medien“, aber mir geht es um das, „durch die politischen Kontakte meines Mannes kam er“, nämlich Herr Steininger, „auf unsere Agentur.“

Können Sie diese **politischen Kontakte** beschreiben?

Erika Rumpold: Haben wir auch schon eingangs gemacht. Ich lege Wert auf: **politische Kontakte:** nicht: Parteikontakte. Durch die Vorgeschichte von meinem Ehemann, Gernot Rumpold, als Bundesgeschäftsführer der FPÖ hat er natürlich in jedes Couleur Kontakte in die Politik. Das meinte ich damit.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie mir schildern, mit welchen parteilosen Politikern er Kontakt hatte, wenn Sie so darauf Wert legen?

Erika Rumpold: Weil Sie das in eine Richtung drehen wollen, Herr Pilz.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich will es in gar keine Richtung drehen. Ich kann Ihnen nur sagen – aber das wissen Sie ja –, dass mir keine geschäftlichen oder politischen Kontakte zwischen Herrn Rumpold und den Grünen etwa bekannt sind.

Erika Rumpold: Sagen **Sie**.

Obmann Dr. Peter Pilz: Für andere Fraktionen kann ich das nicht beurteilen. Aber das Wesentliche ... (*Heiterkeit und Zwischenrufe.*) – Dazu, wenn es notwendig ist, wird jedes Mitglied unserer Fraktion unter Wahrheitspflicht alles offen legen bis zur letzten Kaffeerechnung, die wir selbst übernommen haben. Das werden wir keine Probleme haben. (*Neuerliche Heiterkeit.*)

Dann wiederhole ich noch einmal meine Frage: Sind in Ihrem Vertrag, den Sie mit Herrn Steininger abgeschlossen haben, auch Bestimmungen enthalten über Präsentationen in der Politik und Werbung für Eurofighter in der österreichischen Politik? (*Erika Rumpold: Auch! Ja!*) – Können Sie sagen, in welcher Art und Weise das im Vertrag enthalten ist?

Erika Rumpold: Präsentationstermine bei wichtigen Entscheidungsträgern und Politik.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie sagen, welche sonstigen Präsentationstermine noch stattgefunden haben?

Erika Rumpold: Ich zitiere wieder aus meinem Interview. Wir waren bei verschiedenen Wirtschaftsunternehmen präsentieren. Das war Kapsch, das war Alpine, das war Porr, das waren verschiedene Wirtschaftszweige. Das war die Stadtgemeinde Wien – da waren wir sogar dreimal vorgeladen zum Präsentieren beim Herrn Bürgermeister Häupl und Sepp Rieder damals –, quer durch, Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung. Das waren alles offizielle Präsentationstermine.

Obmann Dr. Peter Pilz: Haben Sie mit bei sonstigen Regierungsmitgliedern Präsentationstermine gehabt?

Erika Rumpold: Meines Wissens nach nicht. Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Haben Sie beim Verteidigungsminister eine Präsentation gehabt?

Erika Rumpold: Das müsste nach der Typenentscheidung gewesen sein. Ich weiß es nicht wirklich.

Obmann Dr. Peter Pilz: In Ihrem Interview sagen Sie, es gab eine Präsentation beim damaligen Infrastrukturminister Matthias Reichhold und bei Verteidigungsminister Herbert Scheibner.

Erika Rumpold: Dann wird es so gewesen sein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wann hat diese Präsentation bei Verteidigungsminister Scheibner stattgefunden?

Erika Rumpold: Das muss **nach** der Typenentscheidung gewesen sein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie uns ein Datum nennen? (*Erika Rumpold: Nein!*) – Können Sie ein Datum eruieren und dem Ausschuss schriftlich mitteilen?

Erika Rumpold: Kann ich, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich komme zu einem nächsten Punkt. – Entschuldigung, meine Fragezeit ist zu Ende.

Gibt es von Seiten der ÖVP Fragewünsche? – Kollege Mitterlehner, bitte.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Frau Rumpold! Welche Kontakte haben Sie vorher mit dem Herrn Steininger gehabt? Der ist offensichtlich auf Sie das erste Mal bei dieser Angelegenheit zugekommen.

Erika Rumpold: Absolut keine Kontakte vorher.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Welche Referenzprojekte haben Sie in diesem Bereich? Es geht ja um militärische Angelegenheiten.

Erika Rumpold: Zu diesem Thema habe ich überhaupt keine Referenz gehabt.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Da gab es keine Referenz?

Erika Rumpold: Woher? Ich bin nicht zuständig für den Verkauf von Eurofightern jedes Jahr.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Könnten Sie Ihre Agentur beschreiben? Sie haben gesagt, Sie haben zum damaligen Zeitpunkt zwölf Mitarbeiter gehabt.

Welche Umsatzentwicklung hat diese Agentur gehabt? Wann haben Sie diese Agentur oder dies Firma gegründet? Und welchen Anteil hat in etwa dieser 6,6 Millionen Auftrag?

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Rumpold, haben Sie die Frage jetzt gehört?

Erika Rumpold: Ich weiß nicht, über welche Firma er spricht.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Ich spreche von dieser Firma „100 % Communications“.

Erika Rumpold: Wann die gegründet wurde? Anfang 2001.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Welche Umsatzentwicklung hat diese Firma in etwa in diesen Jahren jetzt gehabt? Sie haben gesagt, jetzt haben Sie fünf Mitarbeiter?

Erika Rumpold: Bitte, die Frage.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Welche Umsatzentwicklung? Sie haben gesagt, Sie haben eine Firma.

Erika Rumpold: Auch diese Frage kann ich nicht beantworten, ohne ein Geschäftsgeheimnis zu verletzen.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Die Umsatzentwicklung der Firma?

Erika Rumpold: Na, selbstverständlich.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Also ich weiß nicht, was das für ein Geschäftsgeheimnis ist. Ist Ihnen bekannt, dass im Bereich der Agenturen Rankings erstellt werden, wo in etwa die Etatwerte und die Umsatzwerte gegenübergestellt werden.

Erika Rumpold: Dann haben Sie ein Nachschlagewerk. Dann schauen Sie nach beim Ranking.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Da ist mir Ihr Unternehmen nicht aufgefallen, daher: Können Sie mir irgendeine Andeutung geben, wie Herr Steininger auf Sie gekommen ist?

Erika Rumpold: Nein. Ist mir nicht möglich.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Wer hat den das Briefing gemacht im Zusammenhang mit der Präsentation oder mit den Aufgaben?

Erika Rumpold: Ich verstehe die Frage nicht.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Es ist üblich, wenn ein Auftrag ausgeschrieben wird, dass es zur Erfüllung des Auftrags einmal eine Art Angebot gibt – und da nennt man das Briefing.

Erika Rumpold: Welches Angebot?

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Sie haben ja gesagt, Sie haben ...

Erika Rumpold: Welche Ausschreibung? Es hat keine Ausschreibung gegeben.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Es hat gar keine Ausschreibung gegeben? (*Erika Rumpold: Nein!*) – Sie haben einfach, weil Sie so bekannt sind und weil Sie ...

Erika Rumpold: Nicht ich habe, sondern der Herr Steininger ist an uns herangetreten.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): ... keine Geschäftskontakte gehabt haben mit dem Herrn Steininger. Lassen Sie mich einmal fragen.

Erika Rumpold: Aber bitte nicht so aggressiv.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Diese Bewertung ist ***nicht*** Gegenstand der Darstellung!

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Rumpold, wenn Sie der Meinung sind, dass in Ihre Persönlichkeitsrechte eingegriffen wird, wenden Sie sich an den Verfahrensanwalt. Ob die Befragung zu aggressiv durchgeführt wird, werde sonst ich beurteilen, und ich komme zu dem Urteil, dass diese Befragung ***nicht aggressiv*** ist – und bitte fortzusetzen.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Ich darf meine Frage noch einmal wiederholen. Frau Rumpold: Wer hat den Auftrag, den Sie erfüllen sollten für EADS oder Eurofighter, umfasst, beschrieben, Ihnen dargestellt?

Erika Rumpold: Herr Steininger.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Warum haben Sie dann aber bei EADS präsentiert?

Erika Rumpold: Weil Herr Steininger dort anzutreffen war, und er wollte, dass es vor der Kommunikationsabteilung passiert.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Hat neben Ihnen noch jemand angeboten? Es ist üblicherweise bei einem Etat-Volumen in dieser Größenordnung ja üblich, dass da mehrere Firmen anbieten im Wettbewerb.

Hat es da noch jemand anderen gegeben?

Erika Rumpold: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Üblicherweise trifft man ja die Kollegen dort vor Ort.

Erika Rumpold: Ich habe niemanden getroffen.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Sie haben ausschließlich in dieser Form präsentiert? (*Erika Rumpold: Ja!*) – Jetzt würde es mich trotzdem interessieren – Sie haben ja ein Unternehmen –: Welche Referenzkunden gibt es sonst in dem Bereich? Für wen haben Sie, außer für die Freiheitliche Partei damals, noch gearbeitet?

Erika Rumpold: Diese Frage kann ich nicht beantworten.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Ist auch ein Geschäftsgeheimnis?

Erika Rumpold: Auch ein Geschäftsgeheimnis.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Also ich muss sagen, das Geschäftsgeheimnis ist schon sehr weit.

Erika Rumpold: Es möchte nicht jeder Kunde genannt werden. Es gibt in unserer Branche tatsächlich Menschen, die halten sich an Verträge.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Ja, ich nehme es einmal so zur Kenntnis. (*Erika Rumpold: Danke!*) – Jetzt etwas anderes noch. Welche Verträge haben Sie nachher in der Weise noch abgewickelt mit Herrn Steininger? War das der einzige?

Erika Rumpold: Das war der einzige Vertrag, ja.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Bei wem haben Sie in der Wirtschaftskammer dann noch einen Präsentationstermin gehabt? Sie haben das genannt vorher.

Erika Rumpold: Die Wirtschaftskammer ist sogar an uns herangetreten, wir mögen präsentieren. Das war ...

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Wer? Ich bin an sich in der Wirtschaftskammer, daher interessiert es mich.

Erika Rumpold: Ich kenne Sie, Herr Mitterlehner, ich kenne Sie. Wir waren auch schon gemeinsam essen. (*Abg. Dr. Mitterlehner: Wir?*) – Ja! (*Heiterkeit.*)

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Das wird ja immer besser!

Erika Rumpold: Damals habe ich noch für den „NEWS“-Verlag gearbeitet.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Aber ich war nicht einmal mit dem „NEWS“-Verlag irgendwie ...

Erika Rumpold: Wir waren im Do & Co essen. (*Heiterkeit.*)

Erika Rumpold: Erika Pregl (*phonetisch!*) war mein Name.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Dann müssen Sie irgendwie ein anderes Aussehen gehabt haben.

Erika Rumpold: Ja, habe ich auch. Ich hatte vor meiner Krebserkrankung lange Haare.

Obmann Dr. Peter Pilz: Entschuldigen Sie, Frau Rumpold, aber das ist eindeutig ein Geschäftsgeheimnis, und ich bitte, nicht weiter darüber zu berichten. (*Neuerliche Heiterkeit.*)

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Jetzt bin ich selber überrascht.

Erika Rumpold: Nein, nein, es stimmt. Ich schwöre.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Das muss ich wirklich prüfen. Aber das ist nicht der Gegenstand meiner Frage, sondern der Gegenstand meiner Frage ist ...

Erika Rumpold: Ein Herr Lohberger oder Lohmeier.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Beim Herrn Lohberger haben Sie präsentiert? Auf dessen Einladung?

Erika Rumpold: Der wollte, dass präsentiert wird. Ich war persönlich nicht dabei, aber ich weiß sehr wohl, dass Herr Dr. Bergner bei ihm war präsentieren.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Ah, der Herr Bergner. Das ist ein Unterschied.

Erika Rumpold: Warum ist das ein Unterschied?

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Ich glaube nicht, dass der Herr Bergner Repräsentant Ihres Unternehmens ist, oder?

Erika Rumpold: Das Unternehmen EADS wurde auch vor der Wirtschaftskammer präsentiert.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Aber nicht jetzt im Zusammenhang mit Ihnen und gemeinsam mit dem Herrn Bergner, wie Sie sagen.

Erika Rumpold: Warum soll ich mich der Wirtschaftskammer präsentieren? Ich bin **Mitglied**, ich zahle dort.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Sie haben vorher gesagt: Ich habe im Rahmen dieses Auftrages eine Reihe von Unternehmen, eine Reihe von Politikern ... – Sie haben den Herrn Häupl genannt, noch dazu zweimal den Herrn Häupl, den Herrn Gusenbauer und so weiter genannt und auch die Wirtschaftskammer und daher einen klaren Zusammenhang hergestellt.

Erika Rumpold: EADS haben wir präsentiert.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Jetzt sagen Sie wieder „wir“. Genau auf das wollte ich jetzt hinaus. Waren Sie dabei? Und bei wem haben Sie präsentiert? Das ist ein Unterschied, der Herr Bergner

Erika Rumpold: Bei der Wirtschaftskammer war ich persönlich nicht dabei, da war Herr Dr. Bergner alleine. Er hat einige Termine auch alleine gemacht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können wir Folgendes festhalten, damit das jetzt einmal klar ist: Ist es richtig, dass von Ihrer Firma bei der Präsentation vor der Wirtschaftskammer niemand dabei war? Ist das richtig? – Es geht um „dabei gewesen“.

Erika Rumpold: Ist richtig, ja.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Ja, danke. Genau das wollte ich jetzt eigentlich wissen. (*Erika Rumpold: Auch vom Zimmermann war ...!*) – Damit vorerst einmal genug der Fragen. (*Heiterkeit.*)

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich möchte noch einmal auf das Interview in „NEWS“ vom 2. 11. 2006 zurückkommen, in dem Sie sagen: Herr Erhard Steininger war Ihnen vorher nicht bekannt. Das ist schon mehrfach gefragt worden; das ist jetzt geklärt.

Sie sagen aber in diesem Interview im nächsten Textteil: „Die Firma Bofors, für die er tätig war, lobbyierte seit Jahren für EADS.“

Wie hat Ihnen Herr Steininger das vermittelt?

Erika Rumpold: Indem er gesagt hat, dass er EADS gut kennt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Da Sie sagen, seit Jahren lobbyierte er für EADS: Wie muss man sich das vorstellen?

Erika Rumpold: Dann habe ich das wahrscheinlich falsch interpretiert.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Na ja, Sie sagen da wörtlich: „Die Firma Bofors, für die er tätig war, lobbyierte seit Jahren für EADS.“ – Da sind wir im Jahr 2002, im März. „Seit Jahren“, wie muss ich mir das also vorstellen? Zwei oder drei Jahre oder so?

Erika Rumpold: Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber wie war das? Ist Herr Steininger zu Ihnen gekommen und hat gesagt: „Grüß Gott, ich bin ...“?

Erika Rumpold: Er hat sich als Berater von EADS vorgestellt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja! Und da wird er ja, damit Sie ihm überhaupt vertrauen – Sie haben da Herrn Steininger zum ersten Mal gesehen –, zu Ihnen gesagt haben – und das ist plausibel –: „Ich lobbyiere“, das ist ja grundsätzlich nichts Schlechtes, „ich lobbyiere seit Jahren für EADS“. So wird er sich wohl vorgestellt haben. Denn er wird sich ja nicht so vorgestellt haben: „Ich habe jetzt gerade in dem Metier angefangen“?

Erika Rumpold: Nein. Ich hatte den Eindruck, dass er sich in diesem Geschäft, in dieser Branche, sehr wohl sehr, sehr gut auskannte. Und darauf habe ich wahrscheinlich zurückgeschlossen, dass er schon länger für EADS tätig ist.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Hat Ihnen also Herr Steininger erklärt: „Ich bin von EADS“?

Erika Rumpold: Er ist Berater von EADS. So hat er sich vorgestellt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja. Und Sie werden gefragt haben: wie lange sind Sie das schon?, oder so etwas.

Erika Rumpold: Habe ich nicht gefragt, nein.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Warum sagen Sie dann ...?

Erika Rumpold: Weil ich es angenommen habe, eben durch seine extreme Fachkenntnis. Ich komme nicht aus dieser Branche, deswegen weiß ich nicht ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Dann gleich dazu: Sie sagen, Sie kommen nicht aus der Branche; und gerade vorhin haben Sie gesagt, Sie haben überhaupt keine Referenz. Jetzt versuchen wir einmal, uns das vorzustellen.

Am 14. März 2002 hat es das erste Meeting mit EADS gegeben. Und am 27. März, also wenige Tage später, ist es zu einer Vertragsunterzeichnung ...

Erika Rumpold: Nein, dazwischen habe ich präsentiert.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): In wenigen Tagen ist es zu einer Vertragsunterzeichnung über 100 Millionen ATS gekommen – um bei Schillingbeträgen zu bleiben.

Warum hat eigentlich eine Referenz überhaupt keine Rolle gespielt?

Erika Rumpold: Das müssen Sie Herrn Steininger fragen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber diese Frage wird doch releviert worden sein, auch was die Auftragshöhe und so weiter betrifft?

Erika Rumpold: Ich kann Ihnen diese Frage nicht beantworten. Das müssen Sie wirklich Herrn Steininger fragen, warum er uns ausgewählt hat. Das müssen Sie bitte ihn fragen!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber Sie haben vorhin auch ausgesagt, dass Sie mit Herrn Rauen direkt in mehrfachen Gesprächen (**Erika Rumpold:** Ja!) die Vertragsbestandteile verhandelt haben. Diese mehrfachen Gespräche müssen ja innerhalb dieser ...

Erika Rumpold: Nicht die Vertragsbestandteile, sondern **öffentliche Auftritte:** Wie präsentieren wir uns? – Oder: Herr Rauen hat auch bei der Hochwasserkatastrophe einen persönlichen Brief an alle Medien geschrieben, der veröffentlicht wurde, weil ja zu dem Zeitpunkt das auch eine Phase war, abrufbar, alle Inseratenschaltungen damals sofort freigegeben haben für karitative Einrichtungen. Da hat er einen offiziellen Brief geschrieben, der nur von ihm lektoriert wurde, und, und, und.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie haben also ständig Kontakt mit Herrn Rauen gehabt, das ist schon klar. Aber wie oft haben Sie mit Herrn Rauen Kontakt gehabt in dieser Phase, diesen wenigen Tagen ...

Erika Rumpold: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): ... vom 14. März 2002 bis 27. März 2002?

Erika Rumpold: Ein Mal war er anwesend bei der ersten Präsentation.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Kommen wir jetzt zu dem, was man wohl Controlling oder wie auch immer nennen könnte, zur Überprüfung der Leistungen Ihrer Agentur. Das ist für mich auch so eine vollkommen unübliche – und das ist gelinde gesagt – Vorgangsweise.

Sie haben gesagt, Sie haben die einzelnen Aufträge immer mit EADS abgewickelt. Und in Ihrem Interview haben Sie gesagt, BOFORS hat „immer pünktlich bezahlt“. Wie muss man sich das vorstellen?

Sie legen Sie der Werbe- und Marketingstelle von EADS Ihre Einzelrechnungen vor, von mir aus über ein Inserat oder einen Spot in einer Zeitung, und Herr Steininger bezahlt sie pünktlich. Wie muss man sich das vorstellen?

Erika Rumpold: Er hatte ständig Kontakt mit der Kommunikationsabteilung.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Hat es in der Zeit – und darauf möchte ich jetzt hinaus – nie irgendeine Auseinandersetzung, eine Unklarheit gegeben? Ist das immer ...

Erika Rumpold: Na selbstverständlich gibt es ... Natürlich gibt es verschiedene Meinungen. Aber man hat sich dann immer geeinigt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wie hat sich das dann abgespielt? Wo haben Sie sich mit wem geeinigt?

Sie haben gesagt, Herr Steininger, also BOFORS, hat ***immer*** pünktlich bezahlt. Das spricht nicht sehr für eine Nicht-Einigung in einzelnen Fällen.

Erika Rumpold: Nein, ich spreche jetzt davon, dass meinetwegen der öffentliche Auftritt, dass die Präsentation vom Layout her anders sein sollte. Solche Dinge wurden diskutiert.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Hat es – noch einmal: bei 100 Millionen ATS! – irgendwann einmal einen Streitfall gegeben?

Erika Rumpold: Bezuglich was?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Dass der Auftrag nicht so wie gewünscht erfüllt worden ist. Denn das wäre ja an sich eine, wie soll ich sagen, sehr plausible Situation.

Erika Rumpold: Nie! Also es hat nie Beanstandungen unserer Seite oder umgekehrt ... (*Abg. Dr. Kräuter: Nie?*) – Nein, nein!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Da hat also irgendeine Stelle bei EADS immer einfach anerkannt, und Herr Steininger von BOFORS hat pünktlich bezahlt? (*Erika Rumpold: So war es!*) – Haben Sie eigentlich nähere Kenntnis gehabt – oder haben Sie sie – über die Aufgabenstellung, die Herr Steininger gehabt hat von Seiten ...?

Erika Rumpold: Ich weiß eben, dass er Berater war, bei EADS, oder ist; ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Na ja, Berater für welche Geschäftsfelder? – Sie haben mit Herrn Steininger doch intensiv Kontakt gehabt, auch Vertragsverhandlungen und so weiter. Sie werden ja davon Kenntnis haben, wofür er eigentlich zuständig war.

Erika Rumpold: Ich denke mir einmal: die begleitenden Maßnahmen für den Verkauf der Eurofighter in Österreich.

Ich habe selber aus den Medien erfahren, dass Herr Steininger vor seiner EADS-Zeit für SAAB gearbeitet hat. Also von daher wahrscheinlich die Erfahrungswerte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich möchte Ihnen ein bisschen weiterhelfen. Herr Bergner hat unter anderem – ich habe das vorhin schon erwähnt: „Stolpersteine“ ausräumen müssen, aber darauf möchte ich jetzt nicht hinaus – auch Marktanalyse betrieben.

Es ist, glaube ich, sehr naheliegend, dass sich Herr Steininger mit Ihnen ausführlich – wenn Sie eben als PR-Agentur da einsteigen – über die Marktsituation besprochen hat. Jetzt haben Sie aber überhaupt keine Referenz, was Kampfflugzeuge und den Markt von Kampfflugzeugen betrifft.

Erika Rumpold: So oft werden in Österreich keine Kampfflugzeuge gekauft. Woher soll ich die Referenzen haben?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wie hat sich denn dann Herr Steininger mit Ihnen über die Marktsituation besprechen können?

Erika Rumpold: Es war ein normaler Werbeauftrag, den wir abgearbeitet haben.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nein, wir waren jetzt gerade bei ...

Erika Rumpold: Sie müssen sich vorstellen, das ist wie ein neues Einführungsprodukt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nein, wir waren jetzt gerade beim Punkt Marktanalyse, einer Aufgabe, die Herr Bergner eindeutig für Herrn Steininger definiert hat. Herr Steininger hat sich dann einer PR- und Werbeagentur bedient, die aber keine Referenzen gehabt hat, und hat sich mit Ihnen, wie Sie sagen, über Marktgegebenheiten beraten.

Jetzt frage ich Sie: Wie können Sie Marktkenntnisse haben?

Erika Rumpold: Ich habe nie gesagt, dass ich keine Referenzen gehabt habe.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, und trotzdem hat dann niemand reklamiert, bei Ihrem Honorar in dieser Höhe? Und Herr Steininger hat pünktlich bezahlt?

Erika Rumpold: Wie war das jetzt: nachher? Nachher hat niemand reklamiert? Was soll wer reklamieren?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Frau Rumpold! Es war doch **Markt-Analyse** eines der entscheidenden Kriterien Ihrer ganzen Auftragssituation.

Erika Rumpold: Wer sagt das? – Ich habe das nie behauptet.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber, bitte, Herr Steininger war ja für Markt-Analyse zuständig.

Erika Rumpold: Das müssen Sie Herrn Steininger fragen!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie sind als PR-Agentur beauftragt, und Sie bekommen 6,6 Millionen € anstandslos von der Firma BOFORS bezahlt.

Erika Rumpold: Und wo liegt das Problem?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Weil Sie keine Referenz dazu gehabt haben!

Erika Rumpold: Wer sagt das?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie selber!

Erika Rumpold: Ich habe vorhin schon gesagt ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie haben gesagt: Sie haben keine Referenz.

Erika Rumpold: Ich habe nie gesagt, dass ich keine Referenzen habe! Ich habe gesagt: Ich habe Kunden, die nicht genannt werden **möchten**. Das ist auch so üblich.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das ist ohnehin im Protokoll: Sie haben gesagt, Sie haben keine Referenz in dem Metier. – Darum frage ich mich: Wie kann man ...

Erika Rumpold: In dem Metier natürlich nicht!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Na ja, eben!

Erika Rumpold: Wer verkauft schon Abfangjäger jedes Jahr?!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Darum frage ich mich ja, warum Herr Steininger Ihnen 6,6 Millionen €, binnen weniger Tage verhandelt, bezahlt haben kann.

Erika Rumpold: Weil wir wahrscheinlich alle Voraussetzungen erfüllt haben, die Herr Steininger für eine Agentur gesucht hat.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Noch einmal zurück zu dem Besuch bei diesem Nobelheurigen Zimmermann; das war am 23. April 2002. Sie wollten ja vorhin die Frage nicht beantworten, welche politischen Entscheidungsträger bei dieser Heurigen-Einladung anwesend waren. Sie haben gesagt, dass viele Wirtschaftstreibende, von Herrn Kapsch bis, glaube ich, zu Herrn Wolf ...

Erika Rumpold: Eder/VOEST-Alpine und so weiter.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): ... Androsch und so weiter waren anwesend. Ungefähr 13 Personen.

Erika Rumpold: Ja. Übrigens: Solche Veranstaltungen mache ich jedes Monat, also nicht nur für EADS.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Es war zum Beispiel Herr Westenthaler dort anwesend. Waren weitere Politiker anwesend?

Erika Rumpold: Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Mir kommt vor, das ist ja doch sehr auffällig.

Erika Rumpold: Ich weiß es *nicht!*

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wenn Sie immer wieder solche Veranstaltungen haben, ist es einmal klar: Man kennt sich, und man weiß, das sind Wirtschaftsleute. Politiker stechen da eben hervor, das ist einfach eine ganz andere – unter Anführungszeichen – „Qualität“ der Anwesenden.

Ist Ihnen da niemand aufgefallen?

Erika Rumpold: Ich weiß es nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich glaube, da ist auch nicht mehr an Antworten zu erwarten. – Kollege Darmann, bitte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Frau Rumpold! Dem Ausschuss ist jetzt bekannt, dass Sie im Jahr 2002 eine Geschäftsbeziehung mit Herrn Steininger gehabt haben. Deren Inhalt war eine Beratung und PR für EADS. – Stimmt das so weit? (*Erika Rumpold: Ja!*) – Für diese Beratungs- und PR-Tätigkeit haben Sie Herrn Steininger auch Rechnung gelegt, wie wir soeben gehört haben.

Erika Rumpold: Ja. Er war ja mein Vertragspartner.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Genau. Jetzt wurde – gerade heute wieder auch vom Herrn Vorsitzenden – in den Raum gestellt sowie auch öfters in den Medien behauptet, dass es Ungereimtheiten bei der Abrechnung gegeben habe.

Ich möchte Sie fragen: Ist Ihre Buchhaltung aus dem Jahr 2002 bereits von der Finanzbehörde geprüft worden? (*Erika Rumpold: Ja!*) – Hat es von Seiten der Finanzbehörde irgendwelche Beanstandungen gegeben. (*Erika Rumpold: Nein!*) – Das zu dieser interessanten Behauptung, dass es da irgendetwas gegeben haben möge.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, damit ist wiederum alles aufgeklärt ...

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sie brauchen sich darüber nicht immer so lustig zu machen, Herr Vorsitzender und Kollege!

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein. Wenn Sie Stellungnahmen treffen, die Ihre eigene Bewertung sind, dann nehme ich dazu lieber so Stellung, als mit Ihnen eine Diskussion zu beginnen, was mir als Vorsitzendem nicht zusteht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Rumpold, Sie haben uns geschildert, wie der Kontakt zur Wirtschaftskammer zustande kam, nämlich dass Herr Lohberger an Sie herangetreten sei.

Erika Rumpold: Nicht an mich persönlich herangetreten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): An Ihre Agentur?

Erika Rumpold: Ich weiß es nicht mehr, ob der Erstkontakt ... – Ja, der Erstkontakt war sicher so, dass die Wirtschaftskammer Kontakt bei EADS gesucht hat. Auf alle Fälle!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, die Wirtschaftskammer ist zunächst an EADS herangetreten und hat um eine Präsentation ersucht. Und dann ist man von EADS an Sie herangetreten? Oder von der Wirtschaftskammer an Sie herangetreten?

Erika Rumpold: An uns ist niemand von der Wirtschaftskammer herangetreten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wieso haben Sie dann eine Präsentation organisieren können, wenn niemand an Sie herangetreten ist?

Erika Rumpold: Weil die Wirtschaftskammer an EADS **oder** Herrn Steininger herangetreten ist, dass wir dort auch präsentieren mögen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): „Wir“ – ist jetzt gemeint, die EADS sollte sich da präsentieren?

Erika Rumpold: Nein. Mit „wir“ ist gemeint: Weil ich ja fast bei allen Terminen mit war – außer ich war irgendwie anderweitig verhindert –, hat Herr Dr. Bergner selbstverständlich Präsentationstermine auch allein wahrgenommen. Und in dem Fall war es so.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben gerade gesagt, es ist niemand an Sie herangetreten. Woher wussten Sie dann ...?

Erika Rumpold: Nicht an meine Agentur!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Woher wussten Sie dann von dem Termin?

Erika Rumpold: Weil ich Präsentationsunterlagen vorbereiten musste.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Sie wussten aber davon, dass diese ...?

Erika Rumpold: Dass es einen Termin geben wird! Genau.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha, gut. – Wer ist von der Industriellenvereinigung an Sie oder an EADS herangetreten?

Erika Rumpold: An mich ist die Industriellenvereinigung nicht herangetreten. Wir haben eingeladen: Heuriger Zimmermann.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Sie sind an die Industriellenvereinigung herangetreten?

Erika Rumpold: Genau. Einladung zum Heurigen Zimmermann, und sie waren da.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat es dort auch eine Präsentation gegeben? – Nicht beim Heurigen Zimmermann, sondern bei der Industriellenvereinigung.

Erika Rumpold: Vor Ort, ja, hat es auch gegeben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dort waren Sie dabei, bei dieser Präsentation? (**Erika Rumpold:** Ja!) – Wer war Ihr Kontaktmann bei der Industriellenvereinigung?

Erika Rumpold: Das war damals Lorenz Fritz.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Generalsekretär Lorenz Fritz höchstpersönlich. Er war ja auch Gast beim Heurigen Zimmermann am 23.? (**Erika Rumpold:** Ja!) – Wer hat diesen Abend bezahlt?

Erika Rumpold: Das war in unserem Werbebudget.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, die Bezahlung ging von Ihnen, aus diesem Werbebudget, an den Heurigen Zimmermann?

Erika Rumpold: Gehörte zum Projekt Road Show, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn wir nun davon ausgehen – ich möchte das nur für das Protokoll präzisieren –, dass keinerlei Zahlungen an Parteien gegangen sein sollen, keinerlei Zahlungen an Privatpersonen oder Privatinstitutionen: Können Sie auch Zahlungen an die Wirtschaftskammer oder an die Industriellenvereinigung ausschließen? (**Erika Rumpold:** Ja!) – Gut.

Ich frage Sie nun zu einem anderen Bereich. Haben Sie im Zuge dieses Geschäftsfalles, und zwar im weitesten Sinne, auch Aufgaben gehabt im Zusammenhang mit Lobbying für Gegengeschäfte? (**Erika Rumpold:** Nein!) – Waren Sie im Zusammenhang mit dem hier als Untersuchungsgegenstand feststehenden großen Geschäftsfall, der Anschaffung des Eurofighters, auch für MAGNA tätig? (**Erika Rumpold:** Nein!) – Für Herrn Schlaff? (**Erika Rumpold:** Nein!) – Für AVL? (**Erika Rumpold:** Nein!) – Hat Ihr Geschäftskontakt zu AVL, der dem Haus bekannt ist, eine Querverbindung zur Eurofighter-Anschaffung gehabt?

Erika Rumpold: Meines Wissens nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Waren Sie für FACC tätig? (**Erika Rumpold:** Nein!) – Ich komme nun zu einem anderen Bereich meiner Fragestellung und versuche, das zunächst einmal so zu klären.

Ist Ihnen der Besuch des Herrn Finanzministers Karl-Heinz Grasser am 11. Juni 2001 im EADS-Werk bekannt geworden?

Erika Rumpold: 2000?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): 2001. (**Erika Rumpold:** Nein!) – Nicht, dass Sie dort dabei waren; aber ist Ihnen später einmal mitgeteilt worden, dass der Herr Finanzminister, bei dem Sie augenscheinlich auch einen Termin organisiert haben (**Erika Rumpold:** Nein!), schon in Manching war? (**Erika Rumpold:** Nein!) – Haben Sie für EADS-Vertreter beziehungsweise Eurofighter-Vertreter beim Herrn Finanzminister einen Termin organisiert? (**Erika Rumpold:** Nein!) – Das haben Sie nicht gemacht? Wieso ist Ihnen ausgerechnet der Finanzminister „entgangen“? War es dort nicht notwendig, einen Termin zu machen?

Erika Rumpold: Was soll ich vor dem Finanzminister präsentieren?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das Unternehmen! Weil der Finanzminister ja der ist, der das finanzieren musste!

Erika Rumpold: Das war nicht notwendig.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das war nicht notwendig? Das heißt, er war schon überzeugt von diesem Produkt?

Erika Rumpold: Nein, er war nicht überzeugt. Ich weiß es nicht, ich denke nicht für den Herrn Bundesminister Grasser damals. Aber wir waren dort sicher **nicht** präsentieren.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut, aber Sie haben ja gesagt, Sie haben die Aufgabe gehabt, bei allen Entscheidungsträgern zu lobbyieren! Jetzt sind Sie bei einem unzuständigen Entscheidungsträger namens Reichhold gewesen. Sie waren beim zuständigen Entscheidungsträger ...

Erika Rumpold: Ich war nicht dort.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben aber gerade dem Ausschuss bestätigt, dass Sie mit dabei waren.

Erika Rumpold: Ich **war nicht** bei Herrn Bundesminister Grasser präsentieren.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein: bei Reichhold. (*Erika Rumpold: Ja!*) – Ja, also Sie waren – ich halte es jetzt nur fest – beim sachlich **unzuständigen** Minister Reichhold, mit dem Herrn Bergner. Sie waren beim sachlich zuständigen Minister Scheibner, mit Vertretern von EADS respektive Eurofighter. Aber Sie waren **nicht** beim sachlich zuständigen Minister Grasser?

Erika Rumpold: Ich war nicht bei Herrn Bundesminister Grasser in dieser Angelegenheit.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was sich jetzt für mich und wahrscheinlich für den Ausschuss als Frage aufdrängt, ist, warum Sie ausgerechnet bei einem der wichtigsten Entscheidungsträger, nämlich beim **finanzierenden** Minister, **keinerlei** Bedarf gesehen haben, Eurofighter respektive EADS oder die Firma Eurofighter GmbH zu präsentieren.

Erika Rumpold: Ich kann mich nur wiederholen: Ich war nicht dort!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mich interessiert die Motivenlage: warum Sie diesen wichtigen Entscheidungsträger ausgelassen haben, wenn nicht sogar **den** wichtigsten Entscheidungsträger.

Erika Rumpold: Das war so. Wir waren nicht dort.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das glaube ich schon, aber ...

Erika Rumpold: Wir waren nicht dort. Ich weiß nicht, worauf Sie hinaus wollen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich möchte nur wissen, warum Sie es unterlassen haben, diesen wichtigsten Entscheidungsträger zu kontaktieren. (*Abg. Dr. Fekter: Wenn man mit der Antwort nicht zufrieden ist, fragt man noch zehn Mal!*)

Erika Rumpold (*bespricht sich kurz mit ihrer Vertrauensperson Dr. Rami*).

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bitte?

Erika Rumpold: Entschuldigung – was?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Warum Sie es unterlassen haben, diesen wichtigsten Entscheidungsträger zu kontaktieren?

Erika Rumpold: Es gab keinen Grund! Für mich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wurde Ihnen von anderer Seite gesagt, wen Sie kontaktieren sollen? (*Erika Rumpold: Nein!*) – Das haben Sie immer selbst entschieden?

Erika Rumpold: Ich weiß es nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer hat das entschieden, an wen von den politischen Entscheidungsträgern herangetreten wird?

Erika Rumpold: Gemeinsam wurde das mit der Kommunikationsabteilung und mit unserer Agentur besprochen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, wenn Sie ...

Erika Rumpold: Nach Vorschlägen von uns.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben Vorschläge gemacht? (*Erika Rumpold: Ja!*) – Und bei diesen Vorschlägen ist Ihnen nicht aufgefallen, dass der

Finanzminister bedeutend sein könnte? (**Erika Rumpold:** Nein!) – Ist Ihnen nicht aufgefallen? (**Erika Rumpold:** Nein!) – Das halte ich für bemerkenswert für die Qualität der angebotenen Leistung.

Hat die Firma Eurofighter auch nie gesagt: Zum Herrn Finanzminister müssen wir noch gehen, weil er das Ganze ja finanzieren muss?

Erika Rumpold: Nicht zu unserer Agentur, nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, man kann davon ausgehen, dass die Firma Eurofighter, die nachweislich Kontakt zum Finanzminister hatte, das an Ihrer Agentur **vorbei** gemacht hat.

Erika Rumpold: Müssen Sie EADS fragen, nicht mich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir haben schon gefragt. Die haben diesen Termin schon bestätigt.

Erika Rumpold: Dann haben Sie eh die Antwort.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, das ist an Ihnen komplett vorbeigegangen? (**Erika Rumpold:** Ja!) – Es ist komplett an Ihnen vorbeigegangen. – Das dient sehr zur Erhellung all dieser Vorgänge.

Nun kommen wir zurück zu diesem „Susi Sorglos-Paket“, das Sie für Herrn Bergner offensichtlich geschnürt haben.

Herr Bergner hat uns geschildert, dass er keinerlei Kontakte in Österreich hatte, keinerlei Einsicht hatte in die politischen Zusammenhänge und nicht wusste, wer die wichtigsten Entscheidungsträger sind. Und daher hätten Sie ein „Susi Sorglos-Paket“ angeboten. – Können Sie sich an dieses Angebot erinnern?

Erika Rumpold: Natürlich. Ich habe es ja präsentiert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, das ist jetzt etwas anderes als das, was Sie bei der Firma EADS präsentiert haben, dieses „Susi Sorglos-Paket“?

Erika Rumpold: Das ist unsere Konzeption gewesen. Das ist damit gemeint.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mich interessiert jetzt nur, ob es sozusagen zu dem Werbepaket, das Sie bei EADS präsentiert haben, noch ein zweites Paket, nämlich dieses so genannte „Susi Sorglos-Paket“ gab?

Erika Rumpold: Nein. Das war beinhaltet.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, das Werbepaket war das „Susi Sorglos-Paket“. – Aha.

Erika Rumpold: Ich nehme es an, dass er es so gemeint hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ach so, er hat das Werbepaket als „Susi Sorglos-Paket“ betrachtet.

Erika Rumpold: Ich kenne den Sager nicht. Ich habe ihn selber zum ersten Mal gehört.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Da gibt es also nur **einen** Leistungsumfang, den Sie abrechnen konnten. – Ist das richtig? (**Erika Rumpold:** Nein!) – Sondern?

Erika Rumpold: Wir haben in Phasen gearbeitet, in zwölf Phasen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Schon, aber diese Werkleistung, die Sie angeboten, die Sie präsentiert haben, die Herr Bergner als „Susi Sorglos-Paket“

bezeichnet, hat sich zwar in Phasen untergliedert, aber es gab außer diesem Leistungspaket kein anderes Leistungspaket? (**Erika Rumpold:** Nein!) – Sehr gut.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich erlaube mir noch kurz ergänzende Fragen.

Sie haben also gemeinsam mit Herrn Bergner in mehreren Anlässen den Eurofighter präsentiert. Erzählen Sie das einmal, wie Sie das Flugzeug präsentiert haben: Was haben Sie da vorgestellt an der besonderen Leistungsfähigkeit des Eurofighter?

Erika Rumpold: Herr Dr. Pilz, ich kann keinen Eurofighter präsentieren. Ich bin kein Fachmann auf diesem Gebiet. Ich kann nur Präsentationen aufbereiten, gesamt den EADS-Konzern präsentieren, weil EADS hat ja nicht nur die Eurofighter.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gut. Verstehe schon. Herr Bergner hat also den Eurofighter präsentiert, und Sie haben praktisch für den Rahmen gesorgt und für das Zustandekommen der Termine und so weiter.

Erika Rumpold: Präsentationsmaterialien und so, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Hatten Sie schon vorher persönlichen Kontakt zu Herrn Ing. Reichhold? Haben Sie den schon gekannt vor der Präsentation? (**Erika Rumpold:** Nein!) – Hat Ing. Reichhold Mann ihn gekannt?

Erika Rumpold: Ich nehme es an, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Haben Sie den Herrn Verteidigungsminister Scheibner schon vorher gekannt? (**Erika Rumpold:** Ja!) – Wie lange haben Sie ihn schon gekannt?

Erika Rumpold: Drei Jahre vorher.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wie würden Sie so Ihr Verhältnis beschreiben: freundschaftlich, oder ein politisches Naheverhältnis, oder distanziert?

Erika Rumpold: Was meinen Sie mit „politischem Naheverhältnis“?

Obmann Dr. Peter Pilz: Na ja, politisches Naheverhältnis: Es gibt ja Hinweise, dass er damals Mitglied der FPÖ war. (**Erika Rumpold:** Hinweise?) – Ja.

Erika Rumpold: Ich habe weder zu irgendeiner Partei noch zu irgendeinem Wirtschaftsunternehmen ein Naheverhältnis, außer zu meinem Ehemann. Das möchte ich noch einmal klarstellen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich möchte nur wissen: Was hat EADS eigentlich interessiert, welche besonderen Voraussetzungen für diese Tätigkeit haben Sie mitgebracht? Eine Möglichkeit wäre: freundschaftliche Beziehungen.

Erika Rumpold: Das wäre zu weit gegriffen. Ich kannte den Herrn Scheibner von ein, zwei Veranstaltungen, die ich im „NEWS“-Haus gemacht habe, aber nicht näher.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie haben auf die Fragen des Kollegen Mitterlehner recht konkret geantwortet. Ich möchte es nur in einem Punkt präzisieren. Mir geht es nicht darum, ob es irgendwelche Referenzprojekte gibt, die Sie uns jetzt nicht nennen wollen, sondern: Welche Referenzprojekte haben Sie der Firma EADS genannt?

Erika Rumpold: Da berufe ich mich wieder auf das Geschäftsgeheimnis, das ich verletzen würde.

(*Der Obmann berät sich mit Verfahrensanwalt Dr. Strasser.*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich setze fort in der Befragung.

Hat die Firma EADS bei der Vergabe des Auftrages an Ihre Firma gewusst, dass Sie für die Freiheitliche Partei gearbeitet haben?

Erika Rumpold: Nein. Ich nehme an, sicher nicht. (**Obmann Dr. Pilz:** Sicher nicht?) – Sicher nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Warum können Sie das ausschießen? Es muss doch einen Grund geben, dass man ...

Erika Rumpold: Weil es diesbezüglich nie Fragen gab oder irgend etwas.

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Rumpold, es ist etwas anderes, ob Sie sagen, Sie wissen es nicht, oder Sie können ...

Erika Rumpold: Weil es diesbezüglich – Herr Pilz, Sie müssen mich auch aussprechen lassen – nie Fragen dazu gegeben hat. Sonst wäre EADS ja an mich herangetreten und hätte gefragt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Trotzdem, ich weise Sie nur – nicht zu meiner, sondern zu Ihrer Sicherheit – darauf hin: Wenn Sie etwas mit Sicherheit ausschließen, und es stellt sich später bei anderen Befragungen heraus, dass das **nicht** der Realität entspricht, müssen wir uns mit dieser Frage weiter beschäftigen.

Also können Sie das ausschließen, dass EADS, Ihre Gesprächspartner bei EADS wussten, dass Ihre Firma für die FPÖ gearbeitet hat?

Erika Rumpold: Entschuldigung: Könnten Sie noch einmal die Frage wiederholen?

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie ausschließen, dass Ihre Gesprächs- und Verhandlungspartner von EADS vor dem Abschluss des Vertrags mit Ihnen gewusst haben, dass Ihre Firma für die FPÖ gearbeitet hat?

Erika Rumpold: Von meiner Wahrnehmung her von damals kann ich es ausschließen, dass sie es wussten. Was sie wirklich wussten, das weiß ich nicht. Ich weiß nicht, was ein anderer weiß. Und außerdem hat die „100 % Communications“ noch nie für irgendeine Partei, und schon gar nicht für die FPÖ, gearbeitet. Das wollte ich auch klarstellen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich möchte jetzt nicht zurückkommen auf diesen Satz: Durch die politischen Kontakte meines Mannes kam er, nämlich Steininger, auf unsere Agentur, weil das zu der Frage führen würde, welchen Grund Steininger gehabt haben sollte, diese Kontakte vor seinem Auftraggeber EADS zu verheimlichen. Aber das müssen wir die Vertreter von EADS und noch einmal den Herrn Steininger fragen. Da werden Sie uns ganz offensichtlich nicht weiterhelfen können.

Ich habe nur noch einige kurze ergänzende Fragen: Haben Sie im Zusammenhang mit der ganzen Abwicklung Eurofighter Kontakte mit Herrn Westenthaler gehabt?

Erika Rumpold: Im Zusammenhang mit den Eurofightern? (**Obmann Dr. Pilz:** Ja!) – Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das können Sie mit Sicherheit ausschließen? (**Erika Rumpold:** Mit Sicherheit!) – Wissen Sie, ob sich Herr Westenthaler mit Herrn Bergner getroffen hat?

Erika Rumpold: Meines Wissens nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und diese 6,6 Millionen € sind die komplett ausgegeben und abgerechnet worden?

Erika Rumpold: Ja natürlich abgerechnet.

Obmann Dr. Peter Pilz: Aber auch komplett ausgegeben? Ist das richtig?

Erika Rumpold: Zum Teil, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Was heißt „zum Teil“? Sind die 6,6 Millionen € komplett ausgegeben worden?

Erika Rumpold: Sind ausgegeben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sind ausgegeben und abgerechnet worden, und zwar zur Gänze. Ist das richtig?

Erika Rumpold: Zur Gänze.

Obmann Dr. Peter Pilz: Also nicht zum Teil. – Wie viel davon ist vor der Typenentscheidung ausgegeben worden?

Erika Rumpold: Diese Frage kann ich nicht beantworten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Warum können Sie diese Frage nicht beantworten?

Erika Rumpold: Ohne ein Geschäftsgeheimnis zu verletzen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich werde mich wieder kurz mit dem Verfahrensanwalt beraten.

(Der Obmann berät sich erneut mit Verfahrensanwalt Dr. Strasser.)

Herr Dr. Strasser, ist das Ihrer Meinung nach eine Frage, wo als Grund für die Verweigerung der Antwort das Geschäfts- und Betriebsgeheimnis angeführt werden kann?

Erika Rumpold: Ich antworte noch einmal.

Obmann Dr. Peter Pilz: Bitte.

Erika Rumpold: Es wurde restlich ausgegeben, das Budget, inklusive meines Agentur-Honorars natürlich.

Obmann Dr. Peter Pilz: Jetzt habe ich Sie nicht genau verstanden. Könnten Sie die Antwort ausnahmsweise wiederholen?

Erika Rumpold: Könnten Sie bitte vorab noch einmal die Frage stellen zu meinem Werbebudget, ob es ganz ausgegeben wurde?

Obmann Dr. Peter Pilz: Das war meine erste Frage, die haben Sie schon beantwortet. Die Frage, die Sie nicht ...

Erika Rumpold: Da möchte ich gerne noch etwas richtigstellen oder hinzufügen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, fügen Sie!

Erika Rumpold: Würden Sie mir bitte noch einmal die Frage stellen?

Obmann Dr. Peter Pilz: Die Frage ist bei Protokoll. Sie wollen etwas hinzufügen; ich gebe Ihnen die Möglichkeit dazu – bitte.

Erika Rumpold: Es wurde das gesamte Werbebudget ausgegeben, inklusive meines Agentur-Honorars.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja. (Abg. Dr. **Fekter:** Sie haben zweimal nachinsistiert: Wurde alles ausgegeben?, und sie hat gesagt: teilweise. Und damit es da kein Missverständnis gibt, hat sich das „teilweise“ ...) Ja, ich glaube, das ist damit geklärt! Das ist ja das Recht, und ich habe Frau Rumpold auch die Möglichkeit dieser Klarstellung gegeben.

Die Frage, um die es jetzt gegangen ist, war: Wie viel von diesem Budget ist vor der Typenentscheidung ausgegeben worden?

Ich ersuche Herrn Dr. Strasser um eine Stellungnahme, ob es sich dabei um ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis handeln könnte.

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Darf ich vorweg fragen, ob Frau Rumpold bei ihrer Aussage bleibt. (*Erika Rumpold: Ja!*)

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Ich sehe keinen Zusammenhang zwischen der Beantwortung dieser Frage und einem Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. – Die Beurteilung der Zulässigkeit einer Aussageverweigerung ist eine Rechtsfrage.

Ich habe den Verfahrensanwalt bereits um eine Stellungnahme ersucht, und diese Stellungnahme ist erfolgt.

Ich wiederhole zur Sicherheit meine Frage noch einmal – die Frage hat gelautet –: Wie viel von diesem Budget – ich habe Bezug genommen auf diese etwa 6,6 Millionen € – ist vor der Typenentscheidung ausgegeben worden?

Gibt es dazu Geschäftsordnungs-Wortmeldungen? – Kollegin Fekter, bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Nachdem der Verfahrensanwalt in seiner Definition der Geschäftsgeheimnisse zu der Auffassung kommt, dass das kein Geschäftsgeheimnis ist, wenn man nach einem Zeitpunkt fragt, schließen wir uns dieser Auffassung an.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gibt es noch weitere Wünsche, dazu eine Stellungnahme abzugeben? – Das ist ganz offensichtlich nicht der Fall.

Wir kommen zur **Abstimmung**.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die der Ansicht sind, dass die Verweigerung der Aussage durch Frau Rumpold gerechtfertigt ist, um ein Zeichen der Zustimmung. – Das ist nicht der Fall. Es gibt **keine Zustimmung**. Die Auskunftsperson ist daher zur Aussage **verpflichtet**.

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Rumpold, ich mache Sie auch diesmal darauf aufmerksam, dass, falls Sie weiterhin die Aussage verweigern sollten, dieser Ausschuss bei Gericht die Verhängung einer Beugestrafe beantragen kann. Das Bezirksgericht Innere Stadt Wien kann in sinngemäßer Anwendung des § 160 der Strafprozeßordnung eine **Beugestrafe** bis zu **1 000 €** und bei weiterer Weigerung in wichtigen Fällen eine **Beugehaft** bis zu **sechs Wochen** verhängen.

Frau Rumpold, ich frage Sie, ob Sie jetzt zur Aussage bereit sind.

Erika Rumpold: Ich kann diese Fragen nicht beantworten, ohne ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich stelle damit fest, dass Sie **nicht** zur Aussage bereit sind.

Ich stelle daher den **Antrag**, beim Bezirksgericht Innere Stadt Wien die Verhängung einer Beugestrafe über Sie zu beantragen.

Ich lasse über diesen Antrag sogleich abstimmen.

Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist **einstimmig angenommen**.

Ich ersuche die Parlamentsdirektion, den Antrag an das Gericht auszufertigen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Rumpold, ich habe jetzt nur noch einen letzten kleinen Fragekomplex.

Wir beschäftigen uns ja mit der Frage, ob Gelder – in welcher Form auch immer – der FPÖ beziehungsweise dem späteren BZÖ in diesem Zusammenhang zugute gekommen sind, und ich frage Sie: Waren im Jahr 2002 Schulden der FPÖ bei Ihrer Firma offen?

Erika Rumpold: Ende des Jahres 2002 ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Um welche Schulden in welcher Höhe handelt es sich dabei?

Erika Rumpold: Auch hier wiederhole ich mich: Es waren um die 9 Millionen Schilling. – Schilling waren es damals, glaube ich, noch. 9 Millionen Schilling gesamt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wie viel davon ist in der Zwischenzeit von der FPÖ an Sie bezahlt worden?

Erika Rumpold: Es wurde ein Teil beglichen – und ein Teil ist noch ausständig, sagt man dazu, oder?

Obmann Dr. Peter Pilz: Von wem ist dieser Teil beglichen worden?

Erika Rumpold: Das weiß ich nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: War das die Bundes-FPÖ?

Erika Rumpold: Ich weiß es nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sind die Schulden vom FPÖ-Parlamentsklub noch offen?

Erika Rumpold: Die sind offen, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sind die Schulden des BZÖ-Kärnten oder der Landesgruppe Kärnten noch offen?

Erika Rumpold: Ich weiß es nicht genau, ob die noch offen sind.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich kann und darf mich nicht auf die vertrauliche Sitzung beziehen, ich kann Sie jetzt nur in öffentlicher Sitzung fragen. Also: Parlamentsklub offen, Bundespartei: offen oder nicht offen, Bundes-FPÖ?

Erika Rumpold: Ich kann da sicher nicht ganz sicher ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Wissen Sie nicht.

Und Kärnten? Landesgruppe Kärnten? Noch offen oder nicht?

Erika Rumpold: Sind sicher Rechnungen offen, auf alle Fälle.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es sind noch Rechnungen in Kärnten offen.

Erika Rumpold: Ja, mit Sicherheit.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay, meine Zeit ist um, aber das waren ohnehin meine letzten Fragen.

Gibt es noch Fragen? – Bitte.

Abgeordneter Jakob Auer (ÖVP): Frau Rumpold, Sie haben dargelegt, dass die 6,6 Millionen €, die dieser Auftrag umfasst hat, Ihrerseits ordnungsgemäß verbucht wurden. (**Erika Rumpold:** *Selbstverständlich!*) – Wurde hier auf Grund dieser Ihrer vorgelegten Verbuchungen eine finanzamtliche Prüfung vorgenommen? (**Erika**

Rumpold: Wie bitte?) – Wurden seitens des zuständigen Finanzamtes Ihre Betriebsausgaben oder Darstellung in der Buchhaltung überprüft? (*Erika Rumpold: Ja! Selbstverständlich!*) – Gab es hier seitens des Finanzamtes eine 100-prozentige Anerkennung der Darstellung oder wurden Privatausgaben herausgenommen?

Erika Rumpold: Bis jetzt läuft sie einwandfrei, die Prüfung. Wir haben die Prüfung seit rund zwei Jahren im Haus, durch die verschiedenen Firmen, durch die „Media Connection“ und die „100 % Communications“.

Abgeordneter Jakob Auer (ÖVP): Und bisher gab es keine Beanstandungen?

Erika Rumpold: Bis jetzt nicht, nein.

Abgeordneter Jakob Auer (ÖVP): Noch eine Zusatzfrage: Nachdem aus der Sicht von EADS offensichtlich Ihre Werbeagentur für diese Firma erfolgreich war – das Werbekonzept –, gibt es diese Firma „100 % Communications“ noch immer? (*Erika Rumpold: Ja!*) – Welche weiteren Aufträge haben Sie von anderen Firmen bisher erhalten, ohne dass Sie jetzt ins Detail gehen?

Erika Rumpold: Ich kann diese Frage nicht beantworten, ohne ein Geschäftsgeheimnis zu verletzen.

Abgeordneter Jakob Auer (ÖVP): Gibt es personell eine Aufstockung oder eine Verringerung Ihres Personals, seit Sie diesen Auftrag an die genannte Flugzeugfirma abgewickelt haben?

Erika Rumpold: Nach wie vor gleich.

Abgeordneter Jakob Auer (ÖVP): Nach wie vor gleich? (*Erika Rumpold: Ja!*) – Gut, danke.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Frau Rumpold! Es war jetzt lange Zeit die Rede von den Präsentationen, die Sie mit begleitet haben. Einmal sprachen Sie von der Präsentation der Firma EADS, und einmal war dann wieder die Rede von der Präsentation der Eurofighter.

Sie haben auf die Frage des Herrn Vorsitzenden, wie denn das gewesen sei, geantwortet, Sie könnten keinen Eurofighter präsentieren.

Erika Rumpold: Kann ich heute auch noch nicht.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Können Sie die Firma EADS präsentieren?

Erika Rumpold: Könnte ich darstellen. Was ich nach fünf Jahren noch im Kopf habe, könnte ich den Konzern darstellen, ja. Ich glaube schon, doch.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Handelt es sich bei den Präsentationen, von denen Sie uns hier erzählt haben, inhaltlich immer um dieselbe, um die gleiche Präsentation? (*Erika Rumpold: Ja!*) – Es gab also eine Präsentation, die Sie erarbeitet haben EADS betreffend, und in derselben Präsentation die Eurofighter betreffend?

Erika Rumpold: Die Eurofighter wurden separat noch einmal präsentiert mit den möglichen Gegengeschäften; da war ich aber nicht dabei.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Wer war dann mit?

Erika Rumpold: Herr Dr. Bergner.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Bei Reichhold wurde EADS präsentiert – oder die Eurofighter?

Erika Rumpold: Der Konzern EADS.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Da war von Eurofightern keine Rede? (*Erika Rumpold: Nein!*) – Sie sagten dann im Zuge unseres Gesprächs heute am Vormittag, dass Sie meinen, auch bei Scheibner gewesen zu sein. (*Erika Rumpold: Ja!*) – Und Sie sagten uns zu, dass Sie uns den Termin noch bekannt geben (*Erika Rumpold: Ja!*), waren aber der Meinung, dass der **nach** dem Typenentscheid war.

Hat diese Präsentation Ihrer Meinung nach Sinn gemacht,? Oder, muss man so sagen: Wurde Scheibner EADS präsentiert oder Eurofighter?

Erika Rumpold: Der Konzern EADS. Und ich sage Ihnen auch, warum ich mir da nicht sicher bin. Ich bin zu dieser Zeit schwer erkrankt und musste für kurze Zeit ins Krankenhaus. Danach hat es noch ein paar Präsentationen gegeben, nach der Typenentscheidung. Ich bilde mir ein, dass Herr Bundesminister Scheibner damals dabei war.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Wer war dann noch zu überzeugen?

Erika Rumpold: Diese Frage kann ich nicht beantworten, ohne das Geschäftsgeheimnis zu verletzen.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Wo waren hier noch Präsentationen **nach** dem Typenentscheid?

Erika Rumpold: Ich kann auf diese Frage nicht antworten, ohne das Geschäftsgeheimnis zu verletzen.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Aber Scheibner, ja?

Erika Rumpold: Ja. Habe ich bestätigt, aber ich weiß nicht mehr den Zeitpunkt.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Gut. Den kriegen wir von Ihnen. – Und die anderen, späteren Präsentationen können Sie uns nicht sagen?

Erika Rumpold: Außer jene, die ich im Interview vom Oktober des Vorjahres bekannt gegeben habe.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Im „NEWS-Exklusiv“? (*Erika Rumpold: Genau!*) – Eine Frage habe ich jetzt noch. Im Laufe des heutigen Vormittags haben Sie einmal davon geredet, dass dieser Hochwasserbrief inhaltlich vom Herrn Rauen selber gemacht wurde.

Erika Rumpold: Mmh. Und wir ihn graphisch umgesetzt haben, weil wir ja jede Zeitung anpassen mussten mit dem Layout.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Worum ging es da?

Erika Rumpold: Er hat seine Erschütterung zum Ausdruck gebracht in den österreichischen Medien über die Katastrophe – es war eine furchtbare Katastrophe, wenn Sie sich noch erinnern – und wollte damit auch ankündigen, dass jede einzelne Schaltung, die wir weiterhin geplant haben, selbstverständlich sofort zur Verfügung gestellt wird für karitative Einrichtungen wie die Caritas und so weiter. Und das hat er in diesem Brief mitgeteilt, diesem offenen Brief.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): EADS hat Schaltungen der Caritas und so weiter bezahlt?

Erika Rumpold: EADS hat den eigenen Mediaplan, die letzte Tranche des Mediaplans zur Verfügung gestellt für karitative Einrichtungen, damals bei der Hochwasserkatastrophe.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Im Rahmen des Vertrages mit Ihnen (*Erika Rumpold: Ja!*) wurden die letzten Schaltungen

Erika Rumpold: ... nicht mit Imagesujets von EADS, wie geplant, gemacht, sondern wurden sofort freigemacht für karitative Einrichtungen, die das sehr dankbar angenommen haben.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Also die Schaltungen waren so gestaltet, dass inhaltlich dort eine Werbung für die Caritas gemacht werden konnte. (*Erika Rumpold: Auch Caritas! Er waren so viele Vereinigungen dabei!*) Was hat das jetzt mit Hochwasser zu tun?

Erika Rumpold: Weil die damals die Einrichtungen – Sie können sich vielleicht erinnern an diesen Katastrophen-Guide im „NEWS“-Verlag, wo sich die Menschen alle hinwenden können, wo Spendengelder ... – Ich weiß nicht, inwieweit wir damals informiert waren.

Es gab Spendentelefone, und, und und. Das Land Niederösterreich hat mitgemacht. Alle waren sie dabei.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Diesen letzten Teil haben Sie gestaltet (*Erika Rumpold: Die letzte Tranche!*), gemacht, bezahlt bekommen. Und inhaltlich wurde es gestaltet von den karitativen Organisationen.

Erika Rumpold: Von denen haben wir direkt die Sujets dann bekommen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ) (zur *Geschäftsbehandlung*): Ich **beantrage**, dass der Ausschussvorsitzende dem Ausschuss oder den Ausschussmitgliedern beziehungsweise den Fraktionen die Informationen zur Verfügung stellt, die angeblich über die Abrechnung diverser Medienschaltungen der Firma „100% Communications“ zur Verfügung gestellt hat; vermutlich in seiner Funktion als Ausschussvorsitzender oder als Privatperson; das wissen wir nicht. Auf jeden Fall würde es, glaube ich, für die Ausschussarbeit wichtig sein, dass alle Fraktionen diese Informationen erhalten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich verfüge über eine Reihe von Informationen als Mandatar dieses Hauses, nicht als Ausschussvorsitzender. Diese Informationen sind mir **nicht** als Ausschussvorsitzendem zugeleitet worden. (*Abg. Dr. Fekter: Sie betreffen aber den Ausschuss und sind der Wahrheitsfindung dienlich!* – *Abg. Mag. Darmann: Sie betreffen den Ausschuss!*)

Wenn Sie persönlich vorstellig werden und mich persönlich auf Ebene zwischen den Klubs darum ersuchen, dann können wir durchaus darüber reden, aber einer Beschlussfassung des Klubs unterliegen meine **privaten Unterlagen** mit Sicherheit **nicht**.

Dieser Antrag ist geschäftsordnungsmäßig **nicht** zulässig und steht damit auch nicht zur Verhandlung. (*Abg. Dr. Fekter: Wir würden es trotzdem gerne sehen!*) – Ich weiß, dass Sie es trotzdem gerne sehen würden. Wenn Sie fleißig „scharfe“ Fragen stellen, dann werden Sie auch von uns dazugehörende Unterlagen bekommen. (*Abg. Mag. Darmann: Das ist sehr „lustig“!*) Ja. (*Abg. Dr. Fekter: Pilz verheimlicht im Ausschuss Unterlagen, weil er nicht an der Wahrheitsfindung interessiert ist!*)

Kollege Stadler, haben Sie noch Fragen? – Bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Rumpold, Sie haben auf die Frage des Vorsitzenden geantwortet, dass Sie keinerlei Kontakt zu Herrn Westenthaler hatten.

Erika Rumpold: Das ist so nicht richtig! Im Zusammenhang mit Eurofighter.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja eben, im Zusammenhang mit Eurofighter. Natürlich! (*Abg. Dr. Fekter: Da muss man schon genau sein!*) Es ist immer alles, was wir hier thematisieren, im Zusammenhang mit Eurofighter.

Erika Rumpold: Nein, das sehe ich anders, Herr Stadler.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was sehen Sie anders? Das, was wir hier thematisieren, steht im Zusammenhang mit Eurofighter. Alles andere hat uns ***nicht*** zu interessieren! (*Erika Rumpold: Dann fragen Sie auch nicht!*)

Das heißt, Sie haben diese Kontakte verneint. Ich möchte Ihnen nur die Gelegenheit geben, das eventuell zu überdenken. Herr Westenthaler und andere haben hier im Ausschuss schon bestätigt, dass Herr Westenthaler von Ihnen zum Heurigen am 23.4.2002 eingeladen wurde.

Erika Rumpold: Von mir sicher nicht. Vielleicht von meinem Mann?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer vertritt jetzt die Agentur? (*Erika Rumpold: Beide!*) – Aha! – In welcher Funktion vertritt Ihr Mann die Agentur?

Erika Rumpold: Er ist auch Gesellschafter der Agentur.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber mit der Geschäftsführung sind sie betraut?

Erika Rumpold: Auch! Mein Mann ist auch Geschäftsführer. Jeder hat seine Agenden. Das ist so üblich in Firmen, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ergibt sich nur nicht aus dem Handelsregister. Würden Sie uns das bitte erläutern? (*Erika Rumpold: Ich muss hier nichts erläutern!*) Abseits des Handelsregisters gibt es auch noch Geschäftsordnungsregelungen? (*Erika Rumpold: Bitte?*)

Ich korrigiere: Ich habe einen aktuellen Auszug aus dem Firmenbuch bekommen. Dort ist er mit eingetragen.

Das heißt, Ihr Gatte hat eventuell den Herrn Westenthaler eingeladen?

Erika Rumpold: Nehme ich an. Da müssen Sie meinen Gatten fragen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das werden wir tun! Darum frage ich Sie ja, ob eventuell Ihr Gatte ihn eingeladen hat. Er hat jedenfalls die Einladung über Ihre Agentur bekommen.

Eine andere Sache betrifft Ihre eventuellen Anbahnungstätigkeiten für den Gegeschäftsbereich.

Können Sie ausschließen, dass Sie im Bereich der Gegengeschäfte in irgendeiner Weise tätig geworden sind?

Erika Rumpold: Ja, kann ich ausschließen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Können Sie das auch für Ihren Gatten ausschließen?

Erika Rumpold: Auf alle Fälle, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben mit den Gegengeschäften zum Eurofighter-Vertrag überhaupt nichts zu tun gehabt.

Erika Rumpold: Nein, überhaupt nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nur zur Klarstellung: Hat dieses Abendessen in „Niky's Kuchlmasterie“ mit Schlaff und Gorbach nichts mit dem Eurofighter zu tun gehabt? (**Erika Rumpold:** *Absolut nicht!*) – Nur mit Russland-Geschäften? (**Erika Rumpold:** *Bitte?*) – Nur mit Russland-Geschäften?

Erika Rumpold: Was hat das hier zu sagen?!?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Eh nicht, das ist nur eine Frage von mir gewesen, eine rhetorische.

Erika Rumpold: Wir reden ja nur über Eurofighter, nicht?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Eine letzte Frage: Hat es im Zusammenhang mit Eurofighter auch Lobbying im Bereich des Innenministeriums gegeben? (**Erika Rumpold:** *Wie bitte?*) – Hat es im Zusammenhang mit dem hier in Rede stehenden Anschaffungsprojekt auch Lobbying Ihrerseits beziehungsweise seitens Ihrer Agentur, durch Sie oder durch Dritte, im Bereich des Innenministeriums gegeben?

Erika Rumpold: Entschuldigung, würden Sie die Frage wiederholen?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat es für das hier in Rede und in Untersuchung stehende Anschaffungsgeschäft auch Lobbying durch Sie, durch Ihre Agentur oder durch Dritte, die Ihrer Agentur zuzurechnen sind, im Bereich des Innenministeriums gegeben? (**Erika Rumpold:** *Nein!*) – Hat es keinerlei Kontakte diesbezüglich gegeben? (**Erika Rumpold:** *Keinerlei!*) – Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe wirklich nur eine letzte, ganz kurze, ergänzende Frage, weil von meinem Kollegen die laufende Prüfung der Finanzbehörden bei Ihnen angesprochen worden ist.

Habe ich das richtig verstanden, dass diese Prüfung noch im Gange ist?

Erika Rumpold: Seit zwei Jahren, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und die ist noch nicht abgeschlossen?

Erika Rumpold: Diese Woche kommt sie zum Abschluss, hat sie uns versprochen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt, es liegt noch kein Ergebnis dieser Prüfung vor? (**Erika Rumpold:** *Nein!*) – Damit ist das, glaube ich, soweit klar. Ich habe keine weiteren Fragen.

Gibt es sonst noch Fragewünsche? – Kollege Murauer, bitte.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Frau Rumpold! Wenn Sie solche Verträge abschließen, Geschäftsvereinbarungen schließen, ist der Punkt 10 immer Bestandteil eines solchen Vertrages? Oder haben Sie auch andere Verträge, wo Sie diese Geheimhaltungspflichten nicht haben?

Erika Rumpold: Immer Bestandteil. Ja.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Das heißt, in Ihrer Branche ist es üblich, dass man (**Erika Rumpold:** *Durchaus!*) diese Position hineinnimmt, weil man bestimmte Dinge dann nicht sagen soll, darf oder es nicht üblich ist.

Erika Rumpold: PR-Strategien und so weiter – selbstverständlich, ja.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Wenn Sie eine PR-Agentur unterhalten, haben Sie auch eine Plattform im Internet, die man eventuell abrufen kann, um zu schauen, was Sie alles anbieten, was Ihre besonderen Leistungen sind?

Erika Rumpold: Zum heutigen Zeitpunkt nicht mehr, nein. Wir hatten sie einmal, aber wir haben jetzt keine mehr.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Dann schließt sich dem eine Frage an: Wenn ich jetzt Ihr Institut, Ihre Firma in Anspruch nehmen möchte und ich Sie heute nicht getroffen hätte, wie käme ich zu Ihnen?

Erika Rumpold: Ein bisschen Geduld, in zwei Wochen ist unsere neue Homepage fertig.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Also im Moment ist es nicht möglich, Sie über Internet zu erreichen?

Erika Rumpold: Es müsste schon abgedreht sein. – Meines Wissens nein.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Das war früher der Fall. Also Sie hatten früher eine Internet-Adresse beziehungsweise eine entsprechende Homepage?

Erika Rumpold: Ja, selbstverständlich.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Seit wann haben Sie diese nicht mehr? Ungefähr.

Erika Rumpold: Das wird jetzt alles neu aufgesetzt. Rund zwei Wochen.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Sie hatten sicher mit Herrn Generalmajor Wolf Kontakt. (*Erika Rumpold: Nein!*) – Nicht? (*Erika Rumpold: Nie gesehen!*) – Und auch nie gesprochen? (*Erika Rumpold: Nie gesprochen!*) – Auch mit seiner Gattin nicht?

Erika Rumpold: Wer ist seine Gattin? – Aber egal, nein, kenne ich nicht.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Na ja, mit der er verheiratet ist.

Erika Rumpold: Kenne ich nicht. Alles, was ich jetzt den Medien natürlich entnehme, selbstverständlich, aber habe ich nie getroffen, kenne ihn nicht.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Haben Sie einmal mitgearbeitet bei den Air-Shows, die er veranstaltet hat? Waren Sie da dabei? (*Erika Rumpold: Nein, nie!*)

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Der Auftrag war in Summe 6,5 Millionen €, der Kollege Stadler weiß das ganz genau.

Haben Sie neben diesem großen Auftrag auch noch andere Aufträge bearbeitet?

Erika Rumpold: Wie meinen Sie das?

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Dass eine andere Firma Ihre PR-Initiativen in Anspruch genommen hat zu diesem Zeitpunkt?

Erika Rumpold: Also andere Kunden. Ja, natürlich haben wir bestehende Kunden weiter betreut. Natürlich.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Also Sie haben auch andere Firmen dann noch betreut und andere Aufträge erledigt? (*Erika Rumpold: Selbstverständlich!*) – Die Folge daraus war, dass Sie Ihr Personal von fünf auf zwölf Mitarbeiter aufgestockt haben? Jetzt haben Sie wieder fünf Mitarbeiter? Sehe ich das richtig?

Erika Rumpold: Wobei das Freelancing natürlich nach wie vor da ist, Redakteure und Graphiker, immerzu griffbereit, ein sehr guter Pool.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Aber direkt bei Ihnen sind sie nicht? (**Erika Rumpold:** Ja!) – Von diesen zwölf Mitarbeitern oder von der Differenz auf zwölf, von diesen sieben Mitarbeitern, waren da auch welche für die FPÖ tätig?

Erika Rumpold: Nein. Nicht bei der „100% Communications“. Nein.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Haben die besondere Beziehungen zur FPÖ unterhalten?

Erika Rumpold: Ich frage meine Mitarbeiter nicht nach der Parteizugehörigkeit.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Rein geschäftlich! Privat können sie bei jeder Partei mitarbeiten.

Erika Rumpold: Sie meinen Kunden?

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Nein, nein, die Mitarbeiter! Ob die Mitarbeiter bei der FPÖ gearbeitet haben?

Erika Rumpold: Nein! Das schließe ich aus.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Ist Ihnen nicht aufgefallen?

Erika Rumpold: Es sind viele Ex-Kollegen von mir dabei. Nein, kann ich ausschließen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ein paar abschließende Fragen hätte ich noch, Frau Rumpold, im Zusammenhang mit ein paar Personen.

Den Herrn Air-Chief Wolf kennen Sie überhaupt nicht?

Erika Rumpold: Jetzt aus den Medien.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Warum mich das eigentlich ein bisschen wundert: Sie haben den Werbeauftrag gehabt (**Erika Rumpold:** Ja!), und in dieser Zeit hat es ja auch von Herrn Wolf Seitenlange Interviews und Darstellungen gegeben. Er ist ja für den Eurofighter sehr viel aufgetreten. Da denke ich mir, das müsste Ihnen ja aufgefallen sein.

Wenn man die eigene Arbeit verfolgt, und dort und da ist ein Inserat, das verifiziert man ja, weil man ja Rechnungen legt, dann muss einem doch auffallen – Sie haben ja auch ein Kommunikationssystem, werden ja auch den Begriff „Eurofighter“ jeden Tag eingeben –, dass es da jemanden gibt, der ganz in Ihrem Interesse, weil Sie ja auch möglichst Eurofighter promoten wollen, Seitenlange Interviews gibt.

Ist Ihnen das nie aufgefallen?

Erika Rumpold: Wo wären Seitenlang Interviews gewesen? (**Abg. Mag. Stadler:** Im „Kurier“! – **Abg. Dr. Fekter** – in Richtung des Abg. Mag. Stadler –: Zu dem damaligen Zeitpunkt!) Jeden Tag oder was, dass es mir aufgefallen wäre?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Es kommt mir eben nicht besonders plausibel vor, wenn ich das so sagen darf, wenn man eine Werbekampagne ...

Erika Rumpold: Ich war die Werbeagentur!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, eben!

Erika Rumpold: Ich bin nicht die technische Entscheidung gewesen (**Abg. Dr. Kräuter:** Genau deswegen!) oder Militär oder was. Ich habe damit nichts zu tun. Also warum sollte ich diese Herren kennenlernen?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Frau Rumpold! Genau deswegen ist es für mich nicht plausibel. Wenn Sie als Firma eine Kampagne machen und es etwas Unterstützendes in den Medien gibt – man verändert ja auch Inserate; Sie haben das

dann im Zuge der Hochwasserkatastrophe auch gemacht, und so weiter –, ist es nicht besonders plausibel, wenn als Unterstützung, ohne dass man selbst Geld aus dem Gesamtvertrag aufwenden muss, eine Stimme auch ...

Erika Rumpold: Herr Kräuter! Ich kenne Herrn Wolf **wirklich nicht**.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, aber wie haben Sie dann verifiziert, was im Zuge Ihrer Inserate sonst noch in der öffentlichen Darstellung von Eurofighter gelaufen ist?

Erika Rumpold: Dazu brauche ich nicht den Herrn Wolf, dass er mir die Marketingstrategie erklärt, wie das funktioniert.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Haben Sie sich überhaupt nicht interessiert während Ihrer Werbekampagne, was in Printmedien und so weiter sonst zu diesem Thema stattfindet?

Erika Rumpold: Es dürfte schon, wenn Sie richtig sagen – ich meine nicht, dass Sie Lügen verbreiten –, es dürfte sicherlich Interviews gegeben haben, aber sicher nicht in diesem Ausmaß, denn die wären mir dann aufgefallen. Sie sagen, täglich sind da meterlange Artikel von Herrn Wolf erschienen. Das glaube ich aber nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wie stelle ich mir Ihre Werbeagentur vor, die einen großen Auftrag realisiert und nicht beobachtet, was in dieser Zeit sonst öffentlich gesagt wird zu dem Thema, wo man diesen großen Auftrag hat?

Erika Rumpold: Ich kann nur wiederholen: Ich kenne den Herrn Wolf nicht. Noch nie getroffen!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber heißt das, dass Sie überhaupt nicht irgendwie verfolgt haben, was zum Thema ansonsten in Zeitungen ...?

Erika Rumpold: Herr Kräuter, ich kenne den Herrn Wolf nicht!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das habe ich zwar jetzt nicht gefragt, sondern ob Sie im Zuge Ihres Auftrages ...

Erika Rumpold: Ich muss Ihnen ja nicht meine PR-Strategie hier erklären, oder? Das ist mein Job.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, aber kann es eine PR-Strategie sein, einen großen Auftrag für Marketing anzunehmen ...

Erika Rumpold: Das müssen Sie schon mir überlassen, meine Geschäftspraktiken!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): ... und sich dann nicht zu kümmern, was sonst noch zu diesem Thema in den Medien vorkommt?

Erika Rumpold: Ich darf wiederholen: Ich kenne den Herrn Wolf nicht!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Kennen Sie den Herrn Wolff mit zwei „f“ von der Firma Eurofighter? – Es gibt einen Herrn Wolff mit zwei „f“.

Erika Rumpold: Kommunikationsabteilung. Ich bin mir nicht sicher, habe ich vorhin erwähnt, ob der dabei war bei ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja. Aber den kennen Sie. Und wie haben Sie mit dem zu tun gehabt?

Erika Rumpold: Ich glaube, der war nur einmal dabei bei dieser Präsentation. Mein Ansprechpartner war, was die Texte und alles angeht, Herr Hoeveler.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber Herrn Wolff kennen Sie?

Erika Rumpold: Habe ich gesagt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Kennen Sie Herrn Sichrovsky? (**Erika Rumpold:** Wen?) – Herrn Sichrovsky. (**Erika Rumpold:** Ja, vom ...) – Hat der irgendein Honorar oder irgendeine Bezahlung in Zusammenhang mit Eurofighter nach Ihrem Wissen bezogen, für irgendeine Vermittlungstätigkeit oder irgendetwas? (**Erika Rumpold:** Nein!) – Herrn Peter Maute kennen Sie. Das haben Sie schon vorhin ...

Erika Rumpold: Nein, kenne ich nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Kennen Sie nicht? (**Erika Rumpold:** Nein!) – Haben Sie mit Herrn Mensdorff-Pouilly Kontakt gehabt? (**Erika Rumpold:** Mit wem?) – Dem Grafen Mensdorff-Pouilly? (**Erika Rumpold:** Nein, nie!) – Nie? (**Erika Rumpold:** Nie!) – Nie Kontakt gehabt? Sowieso nicht oder nur im Zusammenhang mit Eurofighter nicht? (**Erika Rumpold:** Nie!)

Kennen Sie eine Frau Angelika Kauffmann?

Erika Rumpold: Angelika?, nein. Wer ist das?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, ich wollte Sie fragen, ob Sie Angelika Kauffmann kennen.

Erika Rumpold: Wer ist das?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Kennen Sie nicht?

Erika Rumpold: Angelika Kauffmann? Nein.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Danke.

(*Abg. Dr. Fekter: Kennen Sie die Schauspielerin? Das war eine Fangfrage!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Da es noch weitere Fragen gibt, werden wir jetzt eine kurze Pause machen, weil diese gewünscht wird.

Ich **unterbreche** die Sitzung bis 13.15 Uhr.

13.09

*(Die Sitzung wird um 13.09 Uhr **unterbrochen** und um 13.19 Uhr **wieder aufgenommen**.)*

Obmann Dr. Peter Pilz nimmt – um 13.19 Uhr – die Sitzung **wieder auf** und erteilt Abg. Stadler das Wort.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Rumpold, Sie haben nach mehrfachen Fragen des Kollegen Kräuter gesagt, Sie kennen Herrn Generalmajor Wolf nicht. – Nun halte ich Ihnen die Aussage des Generalmajors Wolf in der 7. Sitzung dieses Ausschusses vom 15.12.2006 vor; im Protokoll auf Seite 19.

Auf meine Frage hin, ob er Sie kennt, hat Herr Generalmajor Folgendes ausgesagt:

„Ich hatte einmal, soweit erinnerlich – es könnte irgendeine Veranstaltung gewesen sein – Kontakt mit Frau Rumpold; auch mit Herrn Rumpold, und kenne daher diese beiden Personen.“ – Ende des Zitats.

Wollen Sie Ihre Aussage korrigieren?

Erika Rumpold: Ich korrigiere sie nicht, weil ich den Herrn Wolf nicht kenne und auch nie getroffen habe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Es ist nur wichtig, dass wir dann bei der Bewertung der Glaubwürdigkeit Sie mit dieser (*Erika Rumpold: Ja!*) Aussage konfrontiert haben.

Ich möchte Sie – denn das könnte jetzt von Bedeutung sein – fragen, ob Ihnen die Firma Eurofighter oder die Firma EADS – umgekehrt: die Firma EADS oder vielleicht Eurofighter oder der Herr Steininger jemals den **Code of Business Conduct** gezeigt oder zugänglich gemacht hat oder auf diesen Code of Business Conduct verwiesen hat. (*Erika Rumpold: Nein!*) – Sie wissen, was das ist, dieser Code of Business Conduct? (*Erika Rumpold: Ja!*) – Sie kennen auch den Inhalt dieses Code of Business Conduct? (*Erika Rumpold: Ja!*) – Daher hätten Sie gewusst, wenn es ein Zu widerhandeln gibt, dass Sie unter Umständen von diesem Code of Business Conduct erfasst werden? (*Erika Rumpold: Ja!*)

Eine letzte Frage: Ist es möglich, dass das Honorar, das Sie mit der Firma EADS beziehungsweise mit Herrn Steininger abgerechnet haben, dieses Agentur-Honorar, von dem Sie gesagt haben, dass branchenüblich 15 Prozent seien, dass Ihr Honorar im konkreten Geschäftsfall deutlich höher war als die 15 Prozent? (*Erika Rumpold: Nein!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist es weniger als 15 Prozent?

Erika Rumpold: Diese Frage kann ich nicht beantworten, ohne das Geschäftsgeheimnis zu verletzen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist es statt „deutlich höher“ oder nur „höher“ als 15 Prozent?

Erika Rumpold: Noch einmal: Ich kann diese Frage nicht beantworten (*Abg. Mag. Stadler: Schauen Sie, das ist ...*), sonst würde ich das Geschäftsgeheimnis verletzen. (*Abg. Mag. Stadler: Ja ...*) Ich kann es nicht!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich werde in diesem Zusammenhang jetzt nicht wieder das gesamte Procedere in Gang setzen (*Erika Rumpold: Bitte!*), denn Ihre Weigerung ist **auch** eine Antwort. – Das will ich nur dazu sagen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Frau Rumpold, in der ersten Jahreshälfte 2001 wird die „100 % Communications“ gegründet. – Warum eigentlich? Mit welchem Geschäftszweck?

Erika Rumpold: Zum damaligen Zeitpunkt betreute die „Media Connection“, unsere Hauptagentur, den Kunden FPÖ, und ich wollte, dass es bei zukünftigen Kunden keine Überschneidungen gibt mit der Partei, mit Parteiwerbungen. Deswegen wurde die „100 % Communications“ gegründet.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Hat es vertragliche Bestimmungen mit der Freiheitlichen Partei gegeben, die die „Media Connection“ binden, dass keine weiteren Aufträge außerhalb dieser Sphäre angenommen werden dürfen?

Erika Rumpold: Kann ich mir nicht vorstellen. Ich weiß es nicht, aber: Kann ich mir sicher nicht vorstellen. (*Abg. Mag. Stadler: Es ist aber so!*)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das wäre ja immerhin eine Erklärung.

Erika Rumpold: Sie haben gesagt, dass die Agentur „gebunden ...“? – Was war die? Die MCA war „gebunden ...“?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): An den Hauptauftraggeber Freiheitliche Partei, und zwar dahin gehend, dass keine anderen Aufträge hereingenommen werden dürfen. (Abg. Mag. **Stadler:** Ohne Zustimmung der Partei!)

Erika Rumpold: Wie jetzt? Ohne Zustimmung oder mit Zustimmung? Was jetzt?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dass keine Aufträge hereingenommen werden dürfen.

Erika Rumpold: Das kann ich ausschließen, diesen Punkt, bei dem Vertrag MCA.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Könnte die Formulierung so bestanden haben in dem Geschäftsverhältnis, dass ohne Zustimmung der Freiheitlichen Partei keine Aufträge hereingenommen werden dürfen?

Erika Rumpold: Ich kenne den Vertrag nicht – oder kannte den Vertrag nicht; den gibt es ja nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die „Media Connection“ und die „100 % Communications“ können insoweit als Schwesterfirmen bezeichnet werden, als sie ja dauernd den gleichen Geschäftssitz haben. – Ist das richtig?

Erika Rumpold: Die haben den gleichen Geschäftssitz, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Selbst der Bürowechsel in die Mahlerstraße wurde gemeinsam vollzogen? (**Erika Rumpold:** Ja!) – So, zu dieser Steuerprüfung: Bezieht sich die jetzt ... – denn Sie sagen ja (**Erika Rumpold:** Ja?), was eigentlich sehr beachtlich ist, dass schon seit zwei Jahren die Steuerbehörde prüft. – So hatten Sie es gesagt.

Erika Rumpold: Wahrscheinlich dauert es so lange. Ich weiß nicht, was da ist. Aber die „100 %“, übrigens, ist fertig geprüft.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aha, das haben Sie mittlerweile herausgefunden? (**Erika Rumpold:** Ja!) – Also gut – das ist ja genau auch der Hintergrund der Frage –: Die „100 %“ ist fertig geprüft. (**Erika Rumpold:** Ja!) – Wann ist die fertig geprüft worden?

Erika Rumpold: Sie wurde jetzt fertig gestellt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Jetzt fertig gestellt? – Das heißt, Sie haben einen Steuerbescheid bekommen, oder woran erkennen Sie die Fertigstellung?

Erika Rumpold: Indem, dass die zuständige Referentin meint, morgen haben wir den Abschluss. (Abg. Dr. **Fekter:** Die Schlussbesprechung?) Ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist die Referentin der Finanzbehörde?

Erika Rumpold: Die uns prüft, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Also morgen haben Sie ein Abschlussgespräch. – Gut.

Und vor zwei Jahren, also Anfang 2005, hat diese Prüfung begonnen?

Erika Rumpold: Ja. Mit den ... Ich denke mir einmal, ja – also nicht festlegen oder sonst was –, dass es damals mit den FPÖ-Streitigkeiten zu tun gehabt hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und das ist so eine Betriebsprüfung der „100 % Communications“?

Erika Rumpold: Und der „Media Connection“ damals, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wurde da alles in die Ziehung genommen: umsatzsteuerrechtliche Fragen, ...?

Erika Rumpold: Alles. Alles, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Alle steuerlich relevanten Dinge? (**Erika Rumpold:** Alle, selbstverständlich!) – Da Kollege Darmann da immer so eigenwillige Schlüsse zieht: Wenn aber das Ergebnis dieser Prüfung noch nicht bekannt sein kann, frage ich Sie jetzt, wie hoch – nicht: wie hoch, sondern: mit welchem Gewinnausweis die „100% Communications“ der Steuerbehörde gegenübergetreten ist?

Erika Rumpold: Ich berufe mich wieder auf das Geschäftsgeheimnis.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dafür mag man ein Verständnis entwickeln.

So, jetzt habe ich noch eine andere Frage im Zusammenhang mit Ihren Berufungen auf das Betriebs- und Geschäftsgeheimnis: Sie haben heute hier mehrmals gesagt – also mindestens zwei Mal, in einer bestimmten Abwehrhaltung, wortwörtlich –, alles, was im Zusammenhang mit dem Eurofighter-Verkauf steht, unterliege dem Betriebs- und Geschäftsgeheimnis, soweit es Ihre Tätigkeiten betrifft. – Ich habe das so mitgeschrieben. (**Erika Rumpold:** Vertragspunkt 10!)

Halten Sie das aufrecht?

Erika Rumpold: Vertragspunkt 10 meines Vertrages mit Herrn Steiniger!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, okay. – Dann haben Sie mehrmals gesagt, auch wieder wortwörtlich: „wie ich schon in meinen Interview gesagt habe“ – Sie zitieren sich selber aus dem Interview. (**Erika Rumpold:** Ja!)

In diesem Interview aber sagen Sie eingangs – das ist heute noch nicht releviert worden – auf die erste Frage hin, und zwar wortwörtlich:

„Ich kann aber das gesamte Werbebudget bekannt geben: ...“ – Das sind diese 6,6 Millionen €.

Weiter: „Auch den zugehörigen Mediaplan lege ich gerne vor.“

Ich halte Ihnen das hier so wiedergegebene Zitat vor: „Auch den zugehörigen Mediaplan lege ich gerne vor.“

Sie werden es uns nicht verübeln, wenn wir den Eindruck gewinnen müssen, dass Sie den zugehörigen Mediaplan so gerne **nicht** vorgelegt haben. Im Übrigen ist er immer noch ausständig.

Und im Kontext mit meinen Fragen davor frage ich Sie jetzt: Mit wem haben Sie – außer allenfalls mit Ihrer Vertrauensperson, dem Herrn Anwalt Rami – Ihre Aussage hier, als Auskunftsperson nach der Geschäftsordnung des Hauses, vorbesprochen?

Erika Rumpold: Entschuldigung: was vorbesprochen? Das Interview?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, nicht das Interview, sondern Ihre Aussage heute hier. Haben Sie das mit einzelnen Personen vorbesprochen? (**Erika Rumpold:** Nein!) – Mit niemandem?

Erika Rumpold: Warum sollte ich etwas vorbesprechen?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Na ja, weil Sie hier ankündigen – das ist ja noch nicht ewig her, drei Monate –, dass Sie „den zugehörigen Mediaplan“ „gerne“ dem Ausschuss „vorlegen“. – Ihr Zitat!

Was ist in den drei Monaten, nicht ganz drei Monaten, passiert? – Aber vielleicht kommen wir in eine neue Runde, wo sie ihn, wenn Sie sich jetzt erinnern, dann doch gerne vorlegen würden? – Ich meine, Sie kennen Ihr Zitat, ich muss es Ihnen nicht vorhalten. Ich lasse es Ihnen aber gerne bringen. Es ist **Ihre Aussage!**

Erika Rumpold: Kann ich es nochmals sehen?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, bitte! Ich habe das hier sogar gelb angemalt. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*) Ja, das ist immer das gleiche „NEWS“-Interview, nur genau die Stelle ist noch nicht gefragt worden heute, sozusagen das selbstreferenzielle Interview, auf das heute dauernd Bezug genommen wurde.

Ich mache aber schon darauf aufmerksam, dass die Auskunftsperson ihren Eindruck wiedergeben muss und nicht die Vertrauensperson hier als Einflüsterer zu agieren hat. (Abg. Dr. **Fekter:** Herr Kollege Kogler!)

Erika Rumpold: Kann ich die Frage einmal noch hören, bitte?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie sagen dort – Sie haben es ja an der gelb markierten Stelle, nehme ich an, wiedererkannt –, dass Sie dem Ausschuss gerne den Mediaplan vorlegen. So.

Erika Rumpold: Dass ich ihn vorlegen **kann**, jederzeit, habe ich geschrieben, und nicht: werde.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Also jetzt haben wir das gerade, ich kann es Ihnen noch einmal bringen lassen.

Erika Rumpold: Na, na, **kann**, nicht werde. Ich **kann** ihn vorlegen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): „Auch den zugehörigen Mediaplan lege ich gerne vor.“

Erika Rumpold: *Kann ich vorlegen.* Sie müssen den ganzen Satz lesen!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, hier steht:

Erika Rumpold: Kann ich vorlegen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Lege ich gerne vor.

Erika Rumpold: Zum heutigen Zeitpunkt: Ich **kann** auf diese Frage (Abg. Mag. **Kogler:** Sie können, ja, ja!) nicht antworten ohne Verletzung des ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Na, also das Zitat, ich halte das jetzt noch einmal fest, und wenn man das dem Ausschuss, selbst ein „NEWS“-Interview den Ausschussunterlagen beilegen muss. Das ist ja hier, dem ist ja nicht widersprochen worden. Die Frage lautet ja an der Stelle bereits: Was ist zwischen – das ist ja ein Faktum, was da hier wiedergegeben wird (*Erika Rumpold: Ja!*) –, was ist zwischen November 2006 und Feber 2007 passiert, dass Sie heute hier zumindest **bisher** – vielleicht ist das in den nächsten paar Minuten schon anders – den Eindruck vermitteln, den zugehörigen Mediaplan nicht gerne vorzulegen? Dass Sie einen vorlegen **können**, zumindest **können sollten**, ist natürlich in Ihrem Interesse, möglicherweise auch im Ausschussinteresse und der Aufklärungsarbeit, aber bis jetzt ...

Erika Rumpold: Zum jetzigen Zeitpunkt ist es mir nicht möglich, auf diese Frage zu antworten, sonst könnte ich das Geschäftsgeheimnis nicht wahren.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, nein, das ist kein philosophisches Spiel, das ist ganz einfach. Die Frage steht das dritte Mal im Raum: Was ist zwischen

November und Februar passiert, dass Sie jetzt da den Mediaplan nicht gerne vorlegen? Es ist offensichtlich, dass Sie ...

Erika Rumpold: Na, Herr Kogler, ich kann diese Frage nicht beantworten.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Warum können Sie diese Frage nicht beantworten?

Erika Rumpold: Aus Schutz. Aus Schutz, wegen des Geschäftsgeheimnisses.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie wollen den Plan nicht vorlegen, weil Sie sich ...

Erika Rumpold: Ich kann es nicht, sonst kann ich nicht gewährleisten ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, die Frage geht aber ... Trotzdem langsam. Der Herr Vorsitzende ist ja gnädig mit uns beiden, und wir sind hier im Dialog, wir führen das fort.

Ich frage Sie nicht mehr nach den Begründungen, warum Sie ihn jetzt tatsächlich nicht vorlegen. Das haben wir durchzelebriert. Da wird sich jetzt auch noch das Bezirksgericht damit beschäftigen. So ist es nun einmal. Die Frage geht in eine andere Richtung und hat nur mit Ihrer eigenen Sphäre zu tun und nicht mit Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen: was inzwischen passiert ist. Oder haben Sie damals irgendwelche Umstände übersehen? Das kann ja auch noch sein.

Erika Rumpold: Ich kann Ihnen auf diese Frage keine Antwort geben, ohne dass ich das Betriebsgeheimnis verletzen würde.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es gibt ja nur zwei Möglichkeiten: Entweder sind Sie selber zu einem anderen Schluss gekommen, als Sie in diesem Interview ankündigen, sich verhalten zu wollen – oder es hat jemand in diese Richtung mit Ihnen gesprochen und auf Sie eingewirkt.

Erika Rumpold: Ich kann mich nur wieder wiederholen, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, Moment, das brauchen Sie gar nicht. Ich sage nur: Beides kann kein Betriebs- und Geschäftsgeheimnis sein, ob Sie mit jemandem sprechen, wie Sie sich hier verhalten sollen, oder ob Sie selber aus irgendwelchen Motiven, die wir hier gar nicht im Detail zu erforschen haben, zu einem anderen Schluss kommen. Die Frage war ja nur, wie das gekommen ist. Wenn Sie es nicht beantworten wollen, werden wir es jetzt auch zur Kenntnis nehmen. (**Erika Rumpold:** Ich bitte darum!) – Der Vollständigkeit halber sage ich nur, dass das jetzt schon eine eher abenteuerliche Interpretation von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen ist und dass wir gar nicht weiter ergründen wollen, was denn Ihr Betrieb und Ihr Betreiben von Geschäften ist, wenn das auch schon ein Geheimnis ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Na vielleicht ist der Betrieb das Geheimnis.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wir kennen jenen Vertragstext, der Sie verpflichtet, zu schweigen, also die Vertraulichkeit normiert. Was ist die Rechtsfolge dieser Bestimmung? Gibt es in Ihrem Vertrag ein Pönale, wenn Sie diese Vertraulichkeit verletzen?

Erika Rumpold: Ich kann diese Frage nicht beantworten.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie wissen aber schon, dass Sie sich der Aussage auch entschlagen können, wenn erhebliche finanzielle Nachteile durch eine Aussage ...?

Erika Rumpold: Ist mir durchaus bewusst, Frau Fekter, nur, es tut mir leid, ich kann auf diese Fragen nicht antworten, weil ...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Weil Geschäftsgeheimnis kann das ja keines sein, das ist ein Vertragsinhalt.

Erika Rumpold: Ja, auch der gehört dazu, Vertragsinhalte, ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aber wenn zum Beispiel diese Schweigepflicht keinerlei Rechtsfolge hätte, nachdem wir ja den Vertrag nicht kennen.

Erika Rumpold: Ich kann auf diese Frage nicht antworten, ohne das Geschäftsgeheimnis zu verletzen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Die „FOCUS“-Analyse hat ergeben, dass nur ein gewisser Teil werblich öffentlich wahrgenommen wurde.

Erika Rumpold: Ich habe Sie schwer verstanden, Entschuldigung.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Die „FOCUS“-Analyse, die im Hinblick auf Inserate, Medienschaltungen et cetera gemacht wurde, hat ergeben, dass nur ein Teil des Betrages, der vertragsgegenständlich ist in Ihrem Fall, öffentlich wahrgenommen wurde. Haben Sie diese Zahl, wo immer steht, „FOCUS“ sagt 2 Millionen und in Wirklichkeit hat die Rumpold 6,6 Millionen bekommen, haben Sie diese Differenz von „FOCUS“ nachvollziehen können?

Erika Rumpold: Ich weiß nicht, woher diese Zahl kommt oder woraus sie resultiert.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Naja, „FOCUS“ ist ja an und für sich ein seriöses Screening-Instrument im Hinblick auf die Werbewirksamkeit dessen, was sozusagen geschaltet wird, also aus unserer Sicht glaubwürdig.

Können Sie uns sagen, war in der „FOCUS“-Analyse unter Umständen etwas vergessen, ausgelassen?

Erika Rumpold: Mit Sicherheit bei dieser Summe, mit Sicherheit wurden Dinge ausgelassen. Ich kenne nur den Bericht nicht, ich habe ihn nie gesehen, was der beinhaltet.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Jetzt müsste ich wieder den Vorsitzenden bitten, ob er uns nicht sozusagen diese Unterlage zur Verfügung stellt. (Zwischenbemerkung von Obmann Dr. Pilz.) Na vielleicht stellt ihr dann die konkreten Fragen dazu.

Frau Rumpold, eine andere Sache, und zwar: Es hat ja eine Marktstudie gegeben, eine Marktanalyse über die Lobbytätigkeiten der Mitbewerber, über die Aktivitäten werbemäßig der Mitarbeiter. Im Hinblick auf diese Marktanalyse ist zutage getreten, dass SAAB Gripen beispielsweise sehr intensiv geworben hat im Vorfeld. War Ihnen diese Marktanalyse bekannt? (*Erika Rumpold: Ja!*) – SAAB Gripen hat 4 Millionen € in das Lobbying gesteckt.

Haben Sie die Aktivitäten sozusagen von der Konkurrenz diesbezüglich beobachtet? (*Erika Rumpold: Natürlich!*)

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie sind da die einzige Werbefachfrau herinnen. Können Sie uns das ein bissel erläutern – also nicht irgendeine Beziehung –, wie Sie als Konkurrenzunternehmen wahrgenommen haben, dass SAAB sozusagen Lobbying betreibt?

Erika Rumpold: SAAB war sehr präsent: ob es in Form von Advertorials war, Veranstaltungen oder Anzeigenschaltungen, sie waren intensiv wirklich präsent.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Welche Art von Veranstaltungen beispielsweise?

Erika Rumpold: Ich war nur auf zwei Präsentationen, genauso, natürlich mit den Erfahrungswerten von den Jahren zuvor.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Präsentationen für wen: für die Medien? Waren Sie damals als Journalistin dort, oder wie war das?

Erika Rumpold: Nein, nein, ich war nie Journalistin, nein, nein. Das war Zufall. In irgendeinem Palais war damals von SAAB aus eine Veranstaltung, die habe ich mir angehört.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wer war dort noch vertreten?

Erika Rumpold: Ich weiß es heute nicht mehr.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Waren Politiker dort?

Erika Rumpold: Ich weiß es heute nicht mehr, es tut mir leid.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Waren die SAAB-Aktivitäten ähnlich gelagert wie dann Ihre Aktivitäten? (*Erika Rumpold: Ja!*) – Das heißt also, die haben 4 Millionen € hineingesteckt und EADS hat sich dann angestrengt und hat daraufhin 6,6 Millionen in das Lobbying gesteckt.

Sind diese Summen in dieser Branche in der Größenordnung üblich?

Erika Rumpold: In dieser Branche kann ich nicht sagen, weil ich die Branche ja vorher nicht kannte. Aber es ist durchaus bei einer Produkteinführung in den Markt – in dem Fall war es ja auch so – durchaus üblich, ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Waren Sie nur in Österreich tätig – oder auch in den Nachbarländern, sage ich einmal, Tschechien hat sich auch um Flieger bemüht, Ungarn hat sozusagen Fliegerbeschaffung betrieben ...? (*Erika Rumpold: Nein!*) – Nur Österreich.

Die Aktivitäten der Konkurrenz – diese Marktanalyse war ja im Vorfeld –, sind die dann von den Mitbewerbern sozusagen eher zurückgeschraubt worden, oder war die Marktbearbeitung permanent auch noch bis zur Typenentscheidung vorhanden oder auch nach der Typenentscheidung noch vorhanden?

Erika Rumpold: Dazu kann ich nichts sagen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Haben Sie in Ihrem Umfeld aktive sozusagen Konkurrenzbeobachtung betrieben?

Erika Rumpold: Gehört zu unserem Job dazu. Selbstverständlich.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es ist ja so, dass Sie im Zusammenhang mit Ihren Werbemaßnahmen und Aktivitäten ein Gesamtkonzept vorgelegt haben. Sie haben schon gesagt, es bestand aus zwölf Projekten für ein Jahr. Wie muss man sich das vorstellen? Waren die dann zur Gänze abgeschlossen, oder hat es da noch Nachbearbeitung gegeben, oder war das nur das eine Jahr und dann war Schluss?

Erika Rumpold: Es war bis Dezember 2002, und dann war es vorbei.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich habe jetzt noch eine Frage zu Ihrer Finanzamtsgeschichte: Welches Finanzamt ist für Sie zuständig? (*Erika Rumpold: Das erste!*) – 1. Bezirk? (*Erika Rumpold: Ja!*) Und wie heißt Ihre Referentin? (*Erika Rumpold: Die Frau Lang!*) – Danke sehr. (*Erika Rumpold: Bitte!* –

Abg. Mag. Stadler: Das wäre jetzt ein echtes Steuergeheimnis!) – Man kann nachschlagen.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Ich bemühe mich, ganz, ganz kurz zu sein. Ich habe dieser Befragung durch Frau Kollegin Fekter sehr genau zugehört, und da taucht für mich die Frage auf: Hat sich eine andere Anbieterfirma auch an Sie gewandt mit dem Vorhaben, PR für ihr Produkt zu machen, jetzt Fliegerfirma, eine Kampffliegerfirma? (**Erika Rumpold:** Ja!) – Auch andere Firmen haben sich an Sie gewendet?

Erika Rumpold: Ja, Anfang des Jahres SAAB.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): SAAB Gripen hat sich an Sie gewendet?

Erika Rumpold: Ja, Jänner 2002.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Und Sie wurden mit SAAB nicht handelseins, oder?

Erika Rumpold: Wir wurden handelseins, nur es wurde dann ein besseres Angebot gelegt von EADS, was ich selbstverständlich sofort dem damaligen Sprecher in Österreich, Roger Lantz, wo wir heute noch bekannt sind, mitgeteilt habe und der das akzeptiert hat.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Sie haben also dem Sprecher von SAAB, den Namen habe ich ...

Erika Rumpold: Mein Ansprechpartner war damals Roger Lantz von SAAB.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Dem Roger Lantz von SAAB haben Sie gesagt: Es tut mir leid, EADS zahlt mehr!

Erika Rumpold: Der Wortlaut war sicher nicht so, aber so ähnlich. Ein besseres Angebot. Er hat es auch akzeptiert. So ist es in Geschäftssachen.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Wenn Sie den Markt so genau beobachtet haben: Wer hat dann in Österreich SAAB betreut?

Erika Rumpold: Es war Rosam, es war die Publico, glaube ich. Ich bin mir aber nicht sicher. Ich glaube, Rosam/Publico. Ich bin mir aber nicht sicher.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Ich habe es zwar noch nicht verstanden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wolfgang Rosam, Publico.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Also Sie haben auf Grund des besseren Angebotes von EADS die Vertretung übernommen (**Erika Rumpold:** Ja!), also den Auftrag von EADS übernommen, und nicht ... (**Erika Rumpold:** Ja!) – Sie hatten offensichtlich also mit SAAB noch keinen Vertrag.

Erika Rumpold: Doch, für einen Monat, ja.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Entschuldigung. Sie hatten einen Vertrag?

Erika Rumpold: Den ich dann gekündigt habe, ja, im gegenseitigen Einvernehmen, natürlich.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Wie lange hat dieser Vertrag ...? (**Erika Rumpold:** Einen Monat!)

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Einen Monat? Von Jänner 2002 bis zum Februar 2002. Dann sind Sie bei EADS eingestiegen.

Erika Rumpold: Da war die erste Präsentation Anfang März bei EADS, ja.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): War das auch bei SAAB die „100 % Communications“-PR-Agentur?

Erika Rumpold: Selbstverständlich, ja.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Bei dieser Firma sind Sie und Ihr Mann beteiligt, wie ich heute vernommen habe, geschäftsführende Gesellschafter, beide. Und die zweite Firma, von der heute die Rede war, ist die „Media Connection“, die es ja noch gibt. (**Erika Rumpold**: Ja!) Sind Sie dort auch beteiligt? (**Erika Rumpold**: Nein!) – Die gehört Ihrem Mann allein? (**Erika Rumpold**: Ja!) – Gibt es andere Gesellschafter in diesen Firmen? (**Erika Rumpold**: Nein!) – Ich könnte jetzt nachschauen, aber wenn wir ...

Erika Rumpold: Nein, gibt es nicht.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Und haben Sie in der Branche noch mehrere Firmen, die Ihnen gehören?

Erika Rumpold: In dieser Branche, nein.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Haben Sie überhaupt darüber hinausgehend noch andere Firmen? (**Erika Rumpold**: Nein!) – Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe jetzt selbst noch kurze ergänzende Fragen. Erste Frage lautet: Wie hoch war das Auftragsvolumen im Vertrag mit SAAB?

Erika Rumpold: Kann ich jetzt keine Auskunft geben, weil ich es nicht mehr weiß.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie können uns diese Auskunft sicherlich nachliefern.

Erika Rumpold: Ja, kann ich.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt, wir bekommen möglichst schnell von Ihnen schriftlich eine Nachricht, wie hoch die Vertragssumme mit SAAB war. (**Erika Rumpold**: Ja!)

Die zweite Frage in diesem Zusammenhang: Hat „100 % Communications“ an „Media Communications“ Aufträge weitergegeben? Hat es Sub-Aufträge von der einen Firma an die andere gegeben? Und können Sie uns sagen im Rahmen des von uns hier befragten Auftrages, welche anderen Firmen für Leistungen Sub-Aufträge von Ihnen bekommen haben?

Erika Rumpold: Würden Sie bitte die Frage wiederholen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Im Zusammenhang mit dem Auftrag, den wir besprechen, Auftrag von Herrn Steininger, können Sie uns sagen, welche Firmen im Rahmen dieses Auftrages von Ihnen Sub-Aufträge bekommen haben?

Erika Rumpold: Das sind Redakteure, Graphiker und Druckereien für diverse Einladungen natürlich.

Obmann Dr. Peter Pilz: Also ausschließlich Redakteure und Graphiker, das heißt, keine Firmen? (**Abg. Dr. Fekter**: „Druckereien“ hat sie gesagt!)

Erika Rumpold: Druckereien und Zeitschriften.

Obmann Dr. Peter Pilz: Schauen wir noch, dass wir die Aufzählung zusammenbekommen. Also freiberufliche Mitarbeiter, redaktionell, aus dem graphischen Bereich, Layout, Design und so weiter, zweitens natürlich Druckereien, drittens Medienunternehmen.

Gibt es noch Unternehmen, die von Ihnen Aufträge erhalten haben? (**Erika Rumpold: Nein!**) – Das war insofern, glaube ich, eine wichtige Auskunft, weil uns das zum ersten Mal die Möglichkeit gibt, die Mittelverwendung plausibel einzuschränken.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie haben in einer früheren Aussage gesagt, Sie haben auch einen Film produziert. (**Erika Rumpold: Richtig, ja!**) – Das heißt, also auch da hat es sozusagen an Filmunternehmen auch Aufträge gegeben? (**Erika Rumpold: Richtig, ja!**) – Hat es auch an, sage ich einmal, wenn es irgendwo Verpflegung gab bei irgendwelchen Events und Veranstaltungen, Aufträge gegeben an Cateringunternehmen, an Zeltverleih, Hubschrauberservice et cetera?

Erika Rumpold: An Catering, Hubschrauberservice, ja, selbstverständlich, alles inbegriffen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Dann wissen wir von Herrn Bergner, dass er ein Auto zur Verfügung hatte.

Erika Rumpold: Und Büro, selbstverständlich, ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und Büro. Das heißt, es gab auch Aufträge an Autoverleihfirmen, Chauffeur, Personalleasingunternehmen et cetera? (**Erika Rumpold: Richtig, ja!**) – Also von einer Einschränkung, Herr Kollege Pilz, können wir noch nicht wirklich reden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Werden wir schon schaffen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Frau Rumpold, ei diesem SAAB-Vertrag wollte ich noch nachfragen: War da auch jemand zwischengeschaltet bei dem SAAB-Vertrag? Muss man sich das so ähnlich vorstellen wie dann beim Eurofighter-Vertrag?

Erika Rumpold: Ich habe nur mit Herrn Roger Lantz zu tun gehabt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Der ist direkt auf Sie zugekommen? (**Erika Rumpold: Ja!**) – Herr Steininger hat also da noch nichts zu tun gehabt?

Erika Rumpold: Nein. (**Abg. Dr. Kräuter: Nicht?**) – Den kannte ich ja nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ist das ein Vertrag zwischen Herrn Lantz und Ihnen gewesen?

Erika Rumpold: Ich muss genau nachschauen. Ich kann es nicht sagen, was jetzt wirklich am Vertragskopf steht, aber ich nehme an SAAB.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie erinnern sich, dass Herr Lantz der Gesprächs- und Geschäftspartner war?

Erika Rumpold: Nur er war Ansprechpartner.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wenn man so einen Vertrag unterschreibt, wie Sie gesagt haben, stehen ja dann zwei Unterschriften darunter. Und die waren von Herrn Lantz und von Ihnen?

Erika Rumpold: Genau so ist es.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich habe vorhin bei den Namen etwas falsch gesagt, nicht Angelika Kaufmann, sondern Elisabeth Kaufmann.

Kennen Sie Elisabeth Kaufmann?

Erika Rumpold: Bruckberger? Kaufmann-Bruckberger? (**Abg. Dr. Kräuter: Ja!**) – Ja.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Hat sie für Ihre Agentur gearbeitet auch in dieser Zeit?

Erika Rumpold: Warum? Nein, nie.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nicht. (*Erika Rumpold: Nein!*) Haben Sie sonst mit ihr zu tun gehabt in dieser Zeit? (*Erika Rumpold: Privat!*) – Hat sie irgendwelche Kenntnisse über die Vorgänge, die mit dem Eurofighter-Geschäft zu tun haben?

Erika Rumpold: Eine Heurigenwirtin Kenntnisse über Eurofighter? (*Abg. Dr. Kräuter: Ja!*) – Glaube ich nicht, nein.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Glauben Sie nicht?

Erika Rumpold: Nein, kann ich mir nicht vorstellen. Ich spreche privat nie über ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie können ausschließen, dass Frau Elisabeth Kaufmann-Bruckberger Kenntnisse über die Vorgänge hat? (*Erika Rumpold spricht mit ihrer Vertrauensperson.*)

Erika Rumpold: Von meiner Seite ja, kann ich ausschließen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Was hat denn Sie gebissen, Herr Begleiter? (*Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler. – Erika Rumpold: Er hat recht!*) Warum nicht? (*Erika Rumpold: Ich kann es mir nicht vorstellen! – Abg. Mag. Stadler: Kennst du meinen Kenntnisstand?*) – Der Verfahrensanwalt hat kein Problem gehabt, aber ich versuche, es zu präzisieren.

Haben Sie sich mit Frau Elisabeth Kaufmann-Bruckberger beraten und ausgetauscht? So, glaube ich, ist die Frage präzise.

Erika Rumpold: Ich rede privat nie über Geschäfte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Okay. Dann passt das schon. – Letzte Frage noch: Hat die Agentur Schmied & Schmied irgendwie zu tun gehabt mit dem Projekt Eurofighter? (*Erika Rumpold: Nein!*)

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Kein Sub-Auftrag oder so irgendetwas? (*Erika Rumpold: Nein!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Schauen Sie, wenn Sie gut mit uns kooperieren, kommen wir auch weiter, Frau Rumpold. Sie sehen, wie gut man weiterkommt, wenn man mit dem Ausschuss kooperiert.

Ich möchte jetzt auf diesen Auftrag mit SAAB kommen. Sie haben gesagt, Sie haben diesen Auftrag einvernehmlich aufgelöst, im März 2002, haben Sie, glaube ich, gesagt. (*Erika Rumpold: Im Februar!*) – Im Februar, pardon, im Februar 2002. Haben Sie dort schon eine Zusage gehabt von EADS beziehungsweise von Herrn Steininger, dass Sie einen anderen Vertrag bekommen? Sonst werden Sie ja kaum aus dem Vertrag aussteigen.

Erika Rumpold: Nageln Sie mich jetzt bitte nicht fest, ob eine Woche oder zwei Wochen, aber ich hatte sicher schon die fixe Zusage, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben schon die fixe Zusage gehabt, dass ...

Erika Rumpold: Und dann habe ich abgerechnet eben mit SAAB, und das war dann ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das ergibt Sinn. Wie ist SAAB auf Sie gekommen?

Erika Rumpold: Das müssen Sie Herrn Roger Lantz fragen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir haben ihn schon da gehabt. Vielleicht können wir ihn dann noch einmal laden, deswegen von Schweden hierher zu kommen, aber ...

Erika Rumpold: Ich kann nicht für ihn sprechen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, aber haben Sie eine Ahnung, wie die Geschäftsanbahnung stattgefunden hat?

Erika Rumpold: Ja, es war ein Anruf. (*Abg. Mag. Stadler: Von SAAB?*) – Von Herrn Roger Lantz.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Lantz selbst hat Sie angerufen und gesagt: Ich habe Sie in Stockholm gesehen!, oder: Ich habe Sie in Zürich auf dem Flughafen gesehen!, oder: Ich habe Sie im Internet gefunden!? Wie ist der auf Sie gekommen?

Erika Rumpold: Das müssen Sie Herrn Roger Lantz fragen, warum unsere Agentur.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Fragen Sie nie Ihre Kunden: Wie kommen Sie jetzt gerade auf uns?

Erika Rumpold: Aber ich spreche nicht für andere hier. (*Abg. Mag. Stadler: Bitte?*) – Ich spreche nicht für andere hier, für andere Personen. Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Schauen Sie, es gibt ja Unternehmen, die sagen: Ja, wunderbar, dass Sie Vertrauen in uns setzen, aber wie sind Sie auf uns gekommen?, damit man in etwa weiß, in welchem Bereich man sich im Fenster besser darstellen muss. – Machen Sie das nicht? (*Erika Rumpold: Nein!*) – Sie haben einfach nur gesagt: Hurra, Herr Lantz ist am Apparat (*Erika Rumpold: Genau so war es!*), und jetzt gibt es einen Auftrag!?

Erika Rumpold: Genau so war es.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Steininger hatte mit diesem SAAB-Geschäft nichts zu tun? (*Obmann Dr. Pilz: Das ist alles bereits gefragt!*)

Erika Rumpold: Nein, ich kannte ihn ja gar nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich will jetzt nur überleiten. Hat Herr Wiederwohl etwas zu tun gehabt mit ... (*Erika Rumpold: Wer?*) – Herr Wiederwohl. (*Erika Rumpold: Kenne ich nicht!*) – Sind von SAAB bereits Mittel an Sie geflossen in der fraglichen Zeit, wo Sie für SAAB tätig waren?

Erika Rumpold: Ich habe eine Abrechnung gemacht, ja, für Jänner. Für einen Monat, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das haben Sie gesagt. Gut.

Bei diesen Mitteln war Ihr Honorar dabei, und es waren werbliche Tätigkeiten abgerechnet?

Erika Rumpold: Beraterhonorar war es.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es war nur das Beraterhonorar?

Erika Rumpold: PR-Beratung, ja. Nur Beratungshonorar.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dieses Beraterhonorar waren die 15 Prozent, die üblich sind?

Erika Rumpold: Ja, nehme ich an. Ich weiß es nicht mehr. Ich kenne die Summe nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben dafür eine Beratungsleistung gemacht: wo, hier in Österreich oder waren Sie auch ...

Erika Rumpold: In Österreich, Konzeption vorgelegt, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was hat das in etwa dort umfasst, was Sie dort für Beratertätigkeit gemacht haben?

Erika Rumpold: Auch da berufe ich mich wieder auf das Geschäftsgeheimnis.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gehen wir davon aus, dass Sie eine Beratungstätigkeit gemacht haben, die vergleichbar ist mit jener, die Sie für EADS erbracht haben. Dann ist es für mich interessant, dass Sie hier ***nur*** ein Honorar abrechnen, während Sie bei EADS aber außer dem Honorar noch wesentlich mehr abzurechnen hatten und über die Dinge, die man nicht öffentlich nachvollziehen kann, schweigen wollen. – Woher dieser Unterschied?

Erika Rumpold: Ich weiß nicht, von welchem Unterschied Sie reden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Schauen Sie, Sie haben uns, dem Ausschuss, hier mitgeteilt, dass Sie mit SAAB nur das Honorar abgerechnet haben.

Erika Rumpold: Ja, das Beratungshonorar. Ein Werbeaufwand war ja noch nicht entstanden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wann im Februar haben Sie diese einvernehmliche Auflösung durchgeführt?

Erika Rumpold: Jänner/Februar, Jänner bis Februar.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Jänner, Februar waren Sie tätig? (*Erika Rumpold: Jänner bis Februar!*) – In diesen zwei Monaten haben Sie keinerlei

werbliche Tätigkeit veranstaltet?

Erika Rumpold: Schon, aber nicht jetzt in einer Form, die öffentlich auftreten würde. (*Abg. Mag. Stadler: Aha!*) ...materialien zusammengefasst, und, und, und. Alles, was in meinen PR-Bereichen eben vorkommt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, dafür gab es ***nur*** ein Honorar (*Erika Rumpold: Beraterhonorar, ja!*) und sonst nichts. Ich bin zwar noch immer nicht ganz überzeugt, dass ... – Verstehen Sie, worauf ich hinaus will, ist: Bei EADS hatten Sie ein Beraterhonorar, dessen Prozentsatz Sie uns nicht nennen wollen, der aber jedenfalls nicht der übliche 15-prozentige Prozentsatz ist, haben darüber hinaus noch Leistungen abgerechnet. Diese Leistungen sind zu einem Bruchteil durch ein Analyseinstitut nachvollziehbar, zum erheblichen Teil nicht – über diesen erheblichen Teil sagen Sie uns aber nichts. Aber jedenfalls gibt es dort sozusagen einen Mehrbetrag.

Bei SAAB ist das nicht der Fall, und es ist noch nicht ganz geklärt, warum es bei SAAB nur das Honorar war.

Erika Rumpold: Weil es bis dorthin nur ***Beratertätigkeiten*** waren, weil es zu dem Zeitpunkt nur Beratertätigkeiten waren.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie meinen Sie jetzt, wie muss man sich das vorstellen: Beratertätigkeit?

Erika Rumpold: Über das kann ich keine Auskunft geben, sonst würde ich ein Geschäftsgeheimnis verletzen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Na gut, lassen wir das!

Erika Rumpold: Das gilt auch für alle meine Kunden. Das wäre unfair.

Obmann Dr. Peter Pilz: Zwei kurze abschließende Fragen. Die Erste: Noch einmal in Bezug auf diesen Steininger-Vertrag: Ist Ihr Honorar deutlich über den üblichen 15 Prozent gelegen?

Erika Rumpold: Auf diese Frage kann ich nicht antworten, ohne ein Geschäftsgeheimnis zu verletzen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. Das ist damit bei Protokoll. – Ich sage auch, warum ich frage: weil ja die Möglichkeit besteht, dass ein ungewöhnlich hoher Teil als Honorar deklariert wird und es damit in der freien Verfügung der Honorarempfängerin liegt, was mit diesem Geld weiter passiert. Sie kann sich schöne Sachen darum kaufen, sie kann anderen ermöglichen, sich schöne Sachen darum zu kaufen, das steht dann in ihrem persönlichen Belieben, und deswegen ist die Höhe des Honorars mit Sicherheit nicht unerheblich. (*Abg. Dr. Fekter: Keine Polemik aus dem Vorsitz!*) Das ist keine Polemik, das ist die Formulierung der mich bei dieser Frage leitenden Arbeitshypothese. Das ist das eine. Darauf wollen Sie keine Antwort geben. Okay.

Das Zweite ist: Hatten Sie im Zusammenhang ... (*Erika Rumpold spricht mit ihrer Vertrauensperson.*) – Frau Rumpold, ich stelle Ihnen gerade eine Frage! (*Erika Rumpold: Entschuldigung!*) Hatten Sie im Zusammenhang mit diesem EADS-Projekt auch Kontakte mit Herrn Jörg Haider?

Erika Rumpold: Kontakte? Ich habe ihn einmal getroffen für eine Präsentation.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wann hat diese EADS-Präsentation bei Herrn Haider stattgefunden?

Erika Rumpold: Ich weiß nicht mehr genau, aber es ist in meinem Interview enthalten.

Obmann Dr. Peter Pilz: War das vor der Typenentscheidung?

Erika Rumpold: Ich weiß es nicht mehr. Ich weiß es wirklich nicht mehr.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie uns dieses Datum nachliefern? (*Erika Rumpold: Ja!*) – Dann bitte ich darum. Das haben wir jetzt auch bei Protokoll.

Sagen Sie: Welche Rolle hat Herr Dr. Haider in der Draken-Nachfolge ...

Erika Rumpold: Wir waren bei allen Landeshauptleuten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie waren bei allen Landeshauptleuten. Okay. Gut, das schauen wir uns noch im Detail an.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es geht mir um den „Standard“ vom 19.6.2002, da wird über ein Inserat berichtet und die Reaktion der schwedischen Botschafterin darauf, auf ein Inserat der Firma EADS, wo augenscheinlich auch Behauptungen über SAAB angestellt wurden. – Kennen Sie dieses Inserat? (*Erika Rumpold: Nein!*) – Haben Sie dieses Inserat gemacht?

Erika Rumpold: Wenn ich es nicht kenne, weiß ich nicht, ob ich es gemacht habe.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist eine plausible Feststellung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, das muss deswegen nicht sein. Es gibt ja auch Dinge, die die „Media Connection“ erarbeitet hat, wo Frau Rumpold keine Kenntnis davon haben kann.

Das heißt also: Wäre es möglich, dass Sie überprüfen, ob Sie dieses im Juni 2002 geschaltete Inserat, ob das von Ihren Mitarbeitern, Ihrem Mann ...

Erika Rumpold: Kann ich das einmal sehen? Ich muss es vorher sehen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe nur den „Standard“-Bericht über das Inserat da und über die empörte Reaktion der schwedischen Botschafterin darüber. Es war der Samstag vor dem 19.6., im „Standard“.

Erika Rumpold: Also meines Wissens hat es das nicht gegeben, jetziger Stand, von uns her.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es hat dieses Inserat gegeben.

Erika Rumpold: Von uns her! (*Abg. Mag. Stadler: Ah so! Das ist ...*) Aber ich kann es nicht mit Sicherheit sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn Sie eine gegenteilige Erkenntnis gewinnen, wären Sie so nett, sie ebenfalls dem Ausschuss mitzuteilen? (*Erika Rumpold: Ja!*) – Ich werde Ihnen jetzt sagen, um welchen Samstag es sich handeln muss, weil ich jetzt den Termin habe. (*Erika Rumpold: Das finde ich schon!*) Ich sage es Ihnen. Der 19.6. war ein Mittwoch, der Samstag davor war der 15.6. Es muss im „Standard“ vom 15.6. gewesen sein. (*Erika Rumpold: Wo?*) – Im „Standard“. (*Erika Rumpold: Im Wirtschaftsteil oder wo?*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das weiß ich nicht, in welchem Teil. (*Erika Rumpold: Danke!*) Aber es lässt sich der „Standard“ als Gesamtes erfassen. (*Erika Rumpold: Ja!*)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Frau Rumpold, Sie haben gesagt, einer Geschäftsanbahnung mit EADS sind Sie erst dann nähergetreten, als es klar war – oder umgekehrt formuliert: Der Ausstieg aus dem Vertrag mit SAAB ist dann passiert, als die Geschäftsanbahnung schon erfolgt ist mit EADS? (*Erika Rumpold: Ja, richtig!*) – Gleichzeitig sagen Sie, das ist aber wieder aus dem „NEWS“-Interview, Herr Steininger war der Erstkontakt für diese Anbahnung. (*Erika Rumpold: Ja!*) – Hat Ihnen Herr Steininger bei dieser Anbahnung mitgeteilt, dass er selbst, Steininger, auch kurz zuvor eigentlich noch für andere Rüstungsfirmen gearbeitet hat?

Erika Rumpold: Das habe ich aus den Medien erfahren. Nein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich frage nur, weil der Vorgang ein durchaus vergleichbarer ist. (*Erika Rumpold: Habe ich davor nicht gewusst!*)

Abschließend noch etwas ganz anderes: Frau Kollegin Fekter weist immer auf diese Filmproduktion hin, sozusagen Sie unterstützend, dass da das Budget ein bissel aufwachsen mag. Gleichzeitig haben Sie aber gesagt, dass Sie nicht wissen – und da wollte ich fragen, ob das eigentlich so bleiben kann –, dass Sie dann als Werbeagentur nicht wissen, was mit dem Film weiter geschehen sei. Das glaube ich nicht. Wollen Sie uns nicht erklären, was das Schicksal des von Ihnen produzierten Films war? (*Erika Rumpold: Der wurde auf Anfrage von ...*) Weil mehr als die Filmproduktion muss Sie ja interessieren, wie der dann verwendet wurde.

Erika Rumpold: Der wurde auf Anfragen vom Kunden Steininger gemacht, und er durfte ihn an EADS weitergeleitet haben – für hausinterne Präsentationen. Ich weiß es nicht. Da müssen Sie Herrn Steininger fragen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und der Film, was hat der für einen Arbeitstitel gehabt?

Erika Rumpold: Eurofighter für Österreich, glaube ich. Arbeitstitel: Eurofighter für Österreich.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und was für ein Verwendungszweck ist dem zugeschrieben worden? Das muss man als Agentur, die an Produktionen ...

Erika Rumpold: Das entzieht sich meiner Kenntnis. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wie hoch war der Budgetanteil für diesen Film?

Erika Rumpold: Diese Frage kann ich nicht beantworten, ohne Geschäftsgeheimnisse zu verletzen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und den Mediaplan wollen Sie heute tatsächlich nicht vorlegen, so, wie es im „NEWS“ angekündigt ist?

Erika Rumpold: Ich kann es nicht ohne Verletzung der Geschäftsgeheimnisse.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Können Sie nicht. Gut. (Abg. Mag. Stadler: Das haben Sie aber im „NEWS“ noch nicht gewusst! – Erika Rumpold: Jetzt weiß ich es! – Abg. Mag. Stadler: Ah, jetzt wissen Sie es!)

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich möchte nur abschließend etwas feststellen – Sie können gerne dazu Stellung nehmen –: Wenn ich den Befragungen richtig gefolgt bin, dann haben Sie uns eigentlich zu allem mehr oder weniger genau Auskunft gegeben, was Sie bei Ihrem sogenannten Exklusiv-Interview im „NEWS“ bekannt gegeben haben – wie immer das zustande gekommen ist.

Wenn alles, was mit dem Geschäft und mit den Innenverhältnissen zu tun hat, von diesem Punkt 10 Ihres Vertrages mit Herrn Steininger umfasst ist, dann hätten Sie auch diese Äußerungen gegenüber „NEWS“ nicht tun dürfen. Jetzt ...

Erika Rumpold: Außer, es war zwischen dem Kunden Steininger und mir so vereinbart und abgesprochen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und das frage ich Sie jetzt: War mit Herrn Steininger dieses „NEWS“-Interview abgesprochen? (Erika Rumpold: Ja!) – Waren auch die Details dieses „NEWS“-Interviews mit Herrn Steininger abgesprochen?

Erika Rumpold: Ein Detail, ja. (Obmann Dr. Pilz: Wie?) Einige Details.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich frage, ob die gesamten Details dieses Interviews mit Herrn Steininger abgesprochen waren? (Erika Rumpold: Ja!) – Hat Ihnen Herr Steininger ausdrücklich die Genehmigung erteilt, diese Fakten über „NEWS“ der Öffentlichkeit mitzuteilen?

Erika Rumpold: Ich wurde von meiner Verschwiegenheitspflicht entbunden für dieses Interview.

Obmann Dr. Peter Pilz: Haben Sie für diesen Ausschuss Herrn Steininger gefragt, ob er Sie auch für Auskünfte gegenüber diesem Ausschuss von der Verschwiegenheitspflicht entbindet?

Erika Rumpold: Konnte ich nicht. Herr Steininger befindet sich, glaube ich, derzeit nicht in Österreich. Das wissen Sie besser.

Obmann Dr. Peter Pilz: Haben Sie es versucht? (Erika Rumpold: Ja!) – Und Sie haben ihn nicht erreicht? (Erika Rumpold: Nicht erreicht!) – Das heißt, über alles, wo Sie sich heute auf die Verschwiegenheitspflicht berufen haben, sind Sie bereit, sobald Sie Herr Steininger ähnlich wie im Falle des „NEWS“-Interviews von der Verschwiegenheitspflicht befreit, dem Ausschuss gegenüber Auskunft zu geben. (Erika Rumpold: Selbstverständlich!)

Obmann Dr. Peter Pilz: Na, dann sind wir doch wieder bei Herrn Steininger. Sind wir doch gespannt, was uns Herr Steininger wieder sagt. – Das können aber Sie uns mit Sicherheit nicht beantworten.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Frau Rumpold, zwei kurze Fragen. Ich habe Ihren Ausführungen entnommen, dass Ihr Unternehmen bei Vermarktung von Rüstungsfirmen keine Erfahrung hatte. – Das ist richtig so? (*Erika Rumpold: Richtig!*) – Dann kommen hintereinander zwei der größten Rüstungserzeuger Europas auf Ihre Agentur zu und bitten Sie um Mithilfe, ihr Produkt zu vermarkten. (*Erika Rumpold: Mhm!*) Gleichzeitig sagen Sie, Sie können sich nicht vorstellen, wer diese Unternehmen auf Ihr Unternehmen gebracht hat.

Ist das auch so, habe ich das richtig verstanden?

Erika Rumpold: Produktvermarktung ist Produktvermarktung. Ich unterscheide hier nicht, um welches Produkt es geht. Es ist eine normale Werbekampagne gewesen, eine Markteinführung für ein neues Produkt in Österreich.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Es war ein Rüstungsprodukt. (*Erika Rumpold: Ja!*) – Sie haben vorher nie ein Rüstungsprodukt vermarktet, haben Sie selbst gesagt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Prähauser, ich unterbreche kurz einmal, das tue ich immer an diesem Punkt. Wenn etwas mehr als fünf Mal gefragt worden ist, weise ich in aller Höflichkeit darauf hin.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Es hat aber einen Grund, warum ich das fragen musste. Ich wollte eigentlich nur eine Frage noch anbringen: Sie wissen aber schon, dass es in Österreich mehr als zwei Agenturen gibt?

Erika Rumpold: Ich verstehe die Frage jetzt nicht. Warum sollte ich das wissen? Oder was hat das mit mir zu tun?

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Weil Sie sich gewundert haben, dass man ausgerechnet auf Sie zukommt und Sie mit diesen Aufträgen beauftragt.

Erika Rumpold: Was ist da so verwunderlich an mir oder an unserer Agentur? (*Abg. Prähauser: Die Frage ist jetzt die, warum Sie nicht ...*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Die Frage war erstens eine Feststellung, zweitens verdient eine Feststellung keine Gegenfrage.

Gibt es noch irgendeine sachliche Frage, die Sie an Frau Rumpold zu stellen haben?

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Aus meiner Sicht gibt es nur die eine Feststellung, dass jemand ein Geschäft mit einem Rüstungskonzern abwickelt, ohne zu hinterfragen, wie man in diese Reihe genommen wird, und sich keinerlei Gedanken gemacht hat, warum man selbst damit beauftragt wurde. Das heißt, man gibt sich auch der Gefahr hin, Verdächtigungen ausgesetzt zu werden, es hätte Tipps gegeben. (*Erika Rumpold: Nur: Die Kampagne wurde erfolgreich umgesetzt!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Das war eine Feststellung. Frau Rumpold, wollen Sie zu dieser Feststellung noch etwas sagen?

Erika Rumpold: Ja, dass diese Kampagne erfolgreich umgesetzt wurde von Seiten der Agentur.

Obmann Dr. Peter Pilz: Davon konnten wir uns überzeugen. Das stimmt mit den Tatsachen zu 100 Prozent überein.

Gibt es noch weitere Fragen? – Das ist nicht der Fall. Dann danke ich Frau Rumpold für ihr Erscheinen und für die Antworten, die sie gegeben hat, mit dem anderen Teil der möglichen Antworten werden sich andere zu beschäftigen haben. Die Befragung von Frau Rumpold ist damit geschlossen.

(Die Auskunftsperson Erika Rumpold verlässt den Sitzungssaal.)

14.09

Der Obmann **unterbricht** die Sitzung.

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 14.10 Uhr **unterbrochen** und um 14.52 Uhr als **nichtöffentliche Sitzung wieder aufgenommen**; s. dazu gesonderte **Auszugsweise Darstellung**; „**nichtöffentlicher Teil**“.)

15.00

Obmann Dr. Peter Pilz leitet – um 15 Uhr – wieder zum **öffentlichen Teil** der Sitzung über und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Frau **Ministerialrätin Dr. Friederike Schwarzendorfer** in den Sitzungssaal zu bitten.

(Ein Bediensteter der Parlamentsdirektion geleitet die Auskunftsperson in den Sitzungssaal.)

Der Obmann begrüßt Frau **Ministerialrätin Dr. Friederike Schwarzendorfer** als **Auskunftsperson**, dankt für deren Erscheinen, weist diese ausdrücklich auf die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine allenfalls vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Ministerialrätin Dr. Friederike Schwarzendorfer (Bundesministerium für Finanzen): Mein Name: Dr. Friederike Schwarzendorfer; geboren am 16. 3. 1960; Anschrift: 1010 Wien, Bundesministerium für Finanzen; Beruf: Beamtin.

Obmann Dr. Peter Pilz weist die Auskunftsperson, die öffentlich Bedienstete ist, darauf hin, dass sie sich gemäß § 6 der Verfahrensordnung bei ihrer Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheitspflicht berufen dürfe und dass ihre vorgesetzte Dienstbehörde, das Bundesministerium für Finanzen, von ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt worden sei.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung sei Dr. Schwarzendorfer bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen worden.

Der Obmann erklärt weiters, dass Dr. Schwarzendorfer vor Eingang in die Befragung nach der Verfahrensordnung das Recht zusteht, eine persönliche Erklärung zu den Beweisthemen abzugeben und fragt, ob sie davon Gebrauch machen wolle. (*Die Auskunftsperson bejaht dies.*)

Dr. Friederike Schwarzendorfer: Nur ganz kurz zu meiner Positionierung und zu meinen Aufgabenbereichen. Ich bin seit 1995 die Stellvertreterin von Herrn Dr. Herbert Hillingrathner in der Abteilung II/14, jetzt II/7 im Bundesministerium für Finanzen, zuständig für die Budgetbereiche der Ministerien Justiz, Inneres und Landesverteidigung. Damals wie heute war die Abteilung sehr klein. Wir sind nur insgesamt sechs Leute. Meine Referentenzuständigkeit damals war, bis 2003, das Bundesministerium für Justiz über weite Teile. Nachdem Dr. Hillingrathner in den Ruhestand getreten ist, wurde ich mit 1. 12. 2003 mit der Abteilungsleitung betraut.

Herr Dr. Hillingrathner hat, wie er, glaube ich, auch schon in einer früheren Aussage zu Protokoll gegeben hat, das Thema Luftraumüberwachungsflugzeuge weitestgehend

alleine betreut. Das hat sich schon daraus ergeben, dass wir personell sehr, sehr knapp waren. Wie aus den an den Ausschuss übermittelten Unterlagen ersichtlich, hat er mich auch nur sehr punktuell in dem Zeitraum von 2001 bis Ende 2003 beigezogen, sodass ich in den Beschaffungsprozess kaum eingebunden war. Hinzu kommt, dass auch mein Büro zwei Stockwerke über seinem gelegen ist, was auch schon räumlich eine gewisse Distanz geschaffen hat.

Da die Agenden der Abteilung ja nicht nur in der Beschaffung des Luftraumüberwachungsflugzeuges bestanden haben, sondern eben auch andere wesentliche Bereiche zu erfüllen waren, habe ich versucht, während er mit dem Thema total ausgelastet war – vor allem in den heißen Phasen –, den übrigen Abteilungsbereich am Laufen zu halten.

Das ist mein kurzes Eingangsstatement auch zu meiner Positionierung innerhalb der Abteilung. Und jetzt bin ich bereit für Ihre Fragen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke schön. – Der erste Fragesteller ist Kollege Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Doktor, ich möchte Ihnen in Erinnerung rufen, dass es ein Aktenstück gab, das als Verschlussakt bei Ministerialrat Hillingrathner war. Das ist dieses Konvolut, das als so genannte Paketlösung von EADS über den Herrn Bundesminister zum Herrn Dr. Hillingrathner kam, dann von Herrn Dr. Hillingrathner zurückging – ich glaube, im August 2001 – an den Minister, dann verschwunden ist, sodann kam eine Kopie über die Kanzlei wiederum ins Kabinett des Ministers, die auch wiederum verschwunden ist, und dann sind Sie, nach Darstellung des Herrn Sektionschefs Dr. Steger, mit einer weiteren Kopie in die Kanzlei gegangen, um sie dort ordentlich registrieren zu lassen, damit sie nicht wieder in Verstoß kommt.

Können Sie sich an diesen Vorgang erinnern?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Es war nur nicht ganz so in meiner Wahrnehmung, wie Sie es geschildert haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bitte dann schildern Sie mit eigenen Worten, wie es wirklich war!

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Ich habe im Mai 2004 aus der Kanzlei einen Rückstandsausweis bekommen, wo ein bereits protokollierter und registrierter Akt als **offen** aufgeschienen ist. Gleichzeitig hat die Kanzlei eine Aufforderung an Herrn Dr. Hillingrathner gerichtet, dieses Geschäftsstück zu erledigen, weil er damit belastet war. Ich habe gleichzeitig auch eine Aufforderung vom Herrn Sektionschef Dr. Steger bekommen, man möge sich um diesen Rückstand kümmern. Ich habe mit Herrn Dr. Hillingrathner Kontakt aufgenommen, habe an ihn diese Aufforderung weitergeleitet – und er hat daraufhin den auch Ihnen vorliegenden Aktenvermerk gemacht und mir eine weitere Kopie des Akteninhalts gebracht. Und diesen Akteninhalt, also diese Kopie habe ich dann mit der bereits bestehenden Geschäftszahl, die aus dem Jahr 2001 datiert hat, eingelegt mit allen Unterlagen, das heißt, auch mit seinem Aktenvermerk und seiner Kurzstellungnahme dazu – und habe sie eingelegt. Und damit war der Rückstand beseitigt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Doktor, wenn ich Sie jetzt richtig interpretiere, hatte Herr Dr. Hillingrathner eine Kopie dieses Aktenstückes bei sich zu Hause. (**Dr. Schwarzen dorfer:** Ja!) – Wissen Sie, ob Herr Dr. Hillingrathner noch weitere Aktenstücke zu Hause hat?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Da müssen Sie ihn selber fragen, das kann ich nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist das eher ein einmaliger Vorgang gewesen?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Was meinen Sie jetzt mit „einmaliger Vorgang“?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Einmaliger Vorgang, dass ein Aktenstück nur durch sein Privatarchiv ergänzt beziehungsweise vervollständigt werden konnte.

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Ich habe jetzt momentan keine Erinnerung, dass es irgendwie anders war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie Hinweise darauf, dass Dr. Hillingrathner noch weitere Aktenstücke bei sich zu Hause hat?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Da müssen Sie ihn selber fragen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Meine Frage war, ob Sie Hinweise darauf haben.

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Nein, habe ich keine.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie eine Vorstellung, wo dieses Originalaktenstück und dann die erste Kopie gelandet sein könnten?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das haben Sie auch nie rekonstruieren können? (**Dr. Schwarzen dorfer:** Nein!) – Sie wussten, dass es möglich ist, dass Herr Dr. Hillingrathner eventuell eine Kopie bei sich hat?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Herr Dr. Hillingrathner war aufgefordert von der Kanzlei, dieses Aktenstück sozusagen zu bearbeiten und damit den Rückstand zu beseitigen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber zu diesem Zeitpunkt war er schon in Pension.

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Da war er schon in Pension. Und das habe ich an ihn weitergeleitet. Er hatte aber zu diesem Zeitpunkt einen Werkvertrag mit dem Finanzministerium.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist jetzt neu. Herr Dr. Hillingrathner war mit, ich nehme an, 30. 11. 2003 in Pension.

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Ja, mit 30. 11. 2003.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Jetzt hätten Sie mich beinahe bei den Monaten durcheinandergebracht. Der November hat nach wie vor 30 Tage. Er war also mit 30. 11. 2003 in Pension – und hat dann einen Werkvertrag bekommen. Wofür? Für welchen Bereich?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Für den Bereich Luftraumüberwachungsflugzeuge, damit er einfach auch für uns im Ministerium als Auskunftsperson zur Verfügung steht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, wie lange dieser Werkvertrag gedauert hat?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Meiner Erinnerung nach ein Jahr.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, er hat diese Aktenstücke sozusagen rechtens bei sich gehabt, um diese Werkvertragsleistung zu erbringen, die von ihm gefordert war?

Dr. Friederike Schwarzenbörfer: Das ist möglicherweise so, ja, das weiß ich nicht. Das wäre, wenn, vielleicht eine dienstrechtliche Frage oder eine werkvertragliche Frage. (*Obmann-Stellvertreter Mag. Gaßner übernimmt den Vorsitz.*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es ist das Problem, dass wir einiges an Aktenstücken offensichtlich immer nur aus Privatbeständen bekommen. Das verfolgt uns jetzt während der ganzen Ausschusstätigkeit schon. Aber das wäre zumindest eine Erklärung, warum Herr Dr. Hillingrathner dieses Aktenstück bei sich zu Hause in seinen Privatakten hatte.

Die nächste Frage, die ich relevieren möchte, ist diese Sache mit der sogenannten Zeugenabrede. Sie haben noch in Erinnerung, dass über das Kabinett des Bundesministers im November des Vorjahres das Ersuchen ging, zu den einzelnen Beweisthemen dieses Ausschusses sich sozusagen zu einem **gemeinsamen Wording** zu verabreden.

Haben Sie diesen Vorgang noch in Erinnerung? (*Dr. Schwarzenbörfer: Ja!*)

Es hat daraufhin der Sektionschef Dr. Steger aus seiner früheren Erfahrung mit Untersuchungsausschüssen des Parlaments – ich glaube, es war der „Noricum“-Untersuchungsausschuss, wo er diese Erfahrungen gewonnen hat – gesagt, man könnte daraus eine Zeugenabrede herleiten. – Erinnern Sie sich noch?

Dr. Friederike Schwarzenbörfer: Ich war an diesem Tag, wo das Mail eingegangen ist, nicht im Büro.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie haben Sie das empfunden, dieses Herstellen eines gemeinsamen Wordings?

Dr. Friederike Schwarzenbörfer: Ich kann dazu nichts sagen, denn als ich wieder ins Büro gekommen bin und damit konfrontiert war, hatte ich schon am Abend vorher aus den Medien das ganze Schlamassel mitbekommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie bezeichnen was als „Schlamassel“, bitte?

Dr. Friederike Schwarzenbörfer: Also die ganze Aufregung und auch die ganze Öffentlichkeit, die einfach mit diesem Vorgang verbunden war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was bringt Sie zu der Wertung, dass es sich dabei um ein **Schlamassel** handelt?

Dr. Friederike Schwarzenbörfer: Ich nehme das „Schlamassel“ zurück, wenn es als wertend empfunden wurde, und sage, ich habe den Vorgang den Medien entnommen. Juristisch ganz korrekt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es war durchaus ein Schlamassel! Aber mich hat nur Ihre Motivenlage interessiert, wie Sie zu dieser Einschätzung, die durchaus im Ausschuss nicht ohne Widerhall ist, gekommen sind?

Dr. Friederike Schwarzenbörfer: Ich glaube, das ist eine wertende Aussage, und ich möchte hier keine Wertungen abgeben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Lassen wir es dabei.

Eine letzte Frage in meiner ersten Fragerunde. Die bezieht sich auf die Festlegung auf 18 Stück. Ich habe hier ein Dokument, mit der Kennzeichnung „sofort“ bezeichnet, an

Herrn Dr. Christl, von Ihnen als Sachbearbeiterin vom 8. August 2001, wo Sie wie folgt zitiert werden. Ich kann Ihnen dieses Dokument dann auch vorlegen. Es heißt in diesem Dokument – ich zitiere –:

Obwohl nicht schriftlich in der BMF-Note formuliert, wurde gegenüber dem BMLV auch im Gespräch mit BMLV-Vertretern am 20.7.2001 ausdrücklich darauf hingewiesen, dass gemäß der politischen Vereinbarung lediglich eine Systemkonfiguration von 18 Einsitzern und optional 6 Zweisitzern, Schulungsflugzeugen, auszuschreiben ist. Die BMLV-Note geht unverändert von 24 Einsitzern aus. – Zitatende.

Gehen wir der Reihe nach vor. Was ist hier mit „politische Vereinbarung“ gemeint? Welchen Hinweis hatten Sie auf eine politische Vereinbarung?

Dr. Friederike Schwarzenbörfer: Herr Abgeordneter Stadler, wenn Sie sich den Verlauf, die Chronologie der Protokolle und der Unterlagen anschauen, werden Sie sehen, dass ich den Akt, den Sie zitieren, gemacht habe in meiner Funktion als Stellvertreterin. In diesem Akt wird auch ausdrücklich darauf Bezug genommen, dass die Note des BMLV ausgerechnet in der Urlaubszeit bei uns aufgeschlagen ist, und zwar zu einem Zeitpunkt, wo eigentlich bekannt sein musste – das steht auch so in meinem Akt festgehalten –, dass beide in dieser Materie eingearbeiteten Personen aus der Abteilung II/7, nämlich Herr Dr. Tomasch als Referent und Herr Dr. Hillingrathner als Abteilungsleiter, im Urlaub waren. Das heißt, bei mir hat es aufgeschlagen, und ich habe jetzt einfach die Unterlagen durchgesehen, die ich zu diesem Zeitpunkt hatte. Und da gibt es auch einen Vorakt zu dieser Sitzung am 20. 7.; dort wird das vermerkt. Auf das habe ich Bezug genommen. Etwas anderes hatte ich nicht. Das waren meine Informationen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich sehe da nichts von einer Urlaubsproblematik, aber das ist auch nicht wesentlich. Das heißt, Sie haben Ihre Kenntnis einer politischen Vereinbarung – ob sie jetzt bestand oder nicht, wollen wir dahingestellt lassen – nur aus dem Vorakt, den Sie von Herrn Dr. Hillingrathner übernommen hatten. (**Dr. Schwarzenbörfer:** Ja!) – Diese Akten liegen uns vor. Wir haben nur nie erhärten können, ob es eine derartige politische Vereinbarung gab und mit wem sie geschlossen wurde. Das ist unser Problem.

Dr. Friederike Schwarzenbörfer: Das kann ich Ihnen leider auch nicht sagen. Ich habe auf einem Wissensstand, der aktenmäßig dargelegt war, aufgebaut.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Dieser aktenmäßige Wissensstand ging von einer Systemkonfiguration von 18 Einsitzern und optional 6 zweisitzigen Schulungsflugzeugen aus. Nun sagen Sie hier zu Recht, BMLV geht aber weiterhin von 24 Einsitzern aus. Hatten Sie Kenntnis davon, ob das BMLV dann seine Ausschreibung an die Vorgaben des Finanzministeriums angepasst hat oder nicht?

Dr. Friederike Schwarzenbörfer: Das kann ich jetzt nicht mehr auswendig sagen. Ich weiß es nicht, ob sie es dann zurückgenommen haben. Die Typenentscheidung im Ministerrat fiel meiner Erinnerung nach über 24 Stück.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein ist sie nicht, aber das ist ein anderes Kapitel. Oder fragen wir andersherum: Hat dann, bevor die Ausschreibung an die Bieter hinausging, das Finanzministerium noch formell zugestimmt oder nicht?

Dr. Friederike Schwarzenbörfer: Wie gesagt, ich war damit nicht betraut. Den Zustimmungsakt habe auch nicht ich gemacht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer hat ihn bearbeitet?

Dr. Friederike Schwarzenbörfer: Da müssen Sie am besten Herrn Dr. Hillingrathner fragen, der ohnehin nach mir dran kommt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nachdem Sie ja unmittelbar nicht im Verantwortungsbereich waren – ich lasse das jetzt so dahingestellt –, möchte ich Sie nur fragen, ob Sie trotz Ihres nur am Rande Eingebundenseins ein paar Wahrnehmungen zu Fragestellungen haben, die speziell im Finanzministerium immer releviert wurden. Ich beginne relativ spät, Sie waren ja an sich ab 2001 da oder dort schon dabei. Da hat es Verhandlungsgruppen gegeben, wie aus den anderen Aussagen hervorgeht. Ich beginne aber jetzt mit Juni, Juli 2002, also genau zu diesem Beweisthema.

Die erste Frage ist: 28. Juni 2002. Unseren Aufzeichnungen nach hat das BMF von der Finanzprokuratur – ich glaube, über die Person des Herrn Hillingrathner – eine gutachterliche Stellungnahme verlangt bezüglich Mengengerüstsänderungen, in dem Fall bei der Abfalljägerbeschaffung. Ist Ihnen da etwas in Erinnerung?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Da gab es ein Gutachten von der Finanzprokurator, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Genau. Eigentlich hat es sogar zwei gegeben. Im August ist ja auch noch eines gekommen. Das ist unser Wissensstand. Ich wollte Sie nur fragen, ob Sie da eine Wahrnehmung haben ob das Ministerium von sich aus aktiv geworden ist. Damals war die Abteilung noch II/14. Stimmt das? (**Dr. Schwarzen dorfer:** Ja!) – Haben Sie etwas bemerkt, dass Ihre Abteilung aktiv geworden ist bei der Finanzprokuratur, oder ist diese gutachterliche Stellungnahme aus freien Stücken eingeflattert?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Ich kann jetzt nicht sagen, ob das hier abgefordert worden ist. Das kann ich nicht sagen. Da müsste ich vermuten, wer da mit wem gesprochen hat. Da müsste ich vermuten.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, das hilft uns nicht weiter, weil wir selber wahrscheinlich schon mehr Vermutungen haben. Aber es ist Ihnen jetzt nicht bekannt gewesen, dass es eigentlich eine kürzere und eine längere gutachterliche Stellungnahme gegeben hat? Die erste ist eben dann am 1. Juli eingetrudelt, die zweite war an irgendeinem Augusttag, jedenfalls schon nach dem Hochwasser, glaube ich. Haben Sie zwei in Erinnerung?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Ich habe jetzt momentan nur eine in Erinnerung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber das Thema, das deckt sich mit dem, was ich sage: Mengengerüstsänderungen, beschaffungsrechtliche Fragen letztlich.

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Ja. Vergaberechtliche Fragen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja genau. Sehr richtig. Und welches ist Ihnen da eher in Erinnerung, wenn Sie zeitlich versuchen, zuzuordnen: das von Juni, Juli oder dass dann im August? Das kann ich ohne Hintergedanken vorhalten. Wir wissen von der Existenz von den beiden. Das geht auch aus den Akten hervor.

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Also ich habe das Gutachten vom 1. Juli.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist Ende Juni in wenigen Tagen erstellt worden. Haben Sie in der Abteilung damals darüber diskutiert, nachdem dort ja auch erkennbar war, dass es darum geht, dass mit Mengengerüst – das klingt so technisch – in erster Linie gemeint war, weniger Stückzahl zu bestellen?

Haben Sie da eine Diskussion in Erinnerung in Ihrer Abteilung?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Herr Dr. Hillingrathner hat mich gefragt, wie ich das sehe, rein von der vergaberechtlichen Seite her, ob es grundsätzlich möglich sei, da

Veränderungen vorzunehmen. Und ich habe damals gemeint: Ja, im Hinblick darauf, dass es ein Rüstungsgeschäft ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Weil da andere vergaberechtliche Vorschriften zur Geltung kommen? (**Dr. Schwarzen dorfer:** Ja!) – Haben Sie später dann – das ist jetzt ein Vorgriff auf einen anderen Zeitraum – einmal über die, wie ich mich zu erinnern glaube, vom BMLV in Auftrag gegebenen Gutachten **Aicher** einerseits und **Holoubek** andererseits diskutiert? Da ist es genau um diese Fragestellungen dann auch noch gegangen.

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Da habe ich keine Diskussionen mehr in Erinnerung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay. Gut, dann können wir uns das auch ersparen. Der Hintergrund der Frage ist natürlich der, dass uns immer wieder verwundert hat, dass schon vor dem Hochwasser derartige Fragestellungen im Zentrum releviert wurden vom politischen Ablauf her. Es ging immer um diese 18 und 24 Stück im Zentrum. Haben Sie diese 18-und-24-Stück-Debatte genauer in Erinnerung?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Nein. Die habe ich auch nicht verfolgt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und dass sich Ihr Kollege Hillingrathner dazu veranlasst sah, schon im Jahr 2001 einen Aktenvermerk zu machen – einen „*pro domo*“-Vermerk, also für Ihr Haus –, wo er schreibt, dass 18 Stück schon auf politischer Ebene vereinbart seien?

Hat er Ihnen da einmal etwas erzählt, dass 18 Stück schon politisch vereinbart seien?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Ich kann mich an ein konkretes Gespräch nicht erinnern. Es kommt nur immer wieder in diesen Aktenvermerken heraus.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das haben auch Sie wahrgenommen.

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Das habe auch ich wahrgenommen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Weil Sie auch phasenweise befasst waren. Okay. Aber unmittelbare Wahrnehmungen haben Sie keine? (**Dr. Schwarzen dorfer:** Nein!)

Jetzt aber tatsächlich in die Phase der Vertragsverhandlungen und da als erstes die Fragestellung, wie intensiv der Kontakt mit dem Kabinett war seitens der Abteilung, also im Wesentlichen mit Herrn Dr. Christl.

Haben Sie da selber – also Hillingrathner natürlich schon – Kontakt gehabt mit Herrn Dr. Christl, allenfalls mit Herrn Dr. Traumüller in diesen Fragen?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: In den Fragen der Vertragsverhandlungen selbst: nein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich sage immer gleich den Themenbereich dazu. Bei der nächsten Frage geht es mir um das, was hier im Ausschuss als **Lieferfähigkeit** respektive **Lieferunfähigkeit** der Firma EADS/Eurofighter diskutiert wird.

Herr Dr. Traumüller vermerkt – das ist mit den Akten Ihres Hauses übermittelt worden – im Frühjahr 2003 – das liest sich wie ein Gedächtnisprotokoll, weil es halt nur Frühjahr 2003 heißt –, also er hält fest, dass ein ursprünglich geplanter Liefertermin mit Jänner 2006 vorgesehen gewesen sei, dann aber eine Lieferung erst Mitte Mai in Aussicht zu nehmen ist.

Haben Sie zu dieser Frage der Lieferfristverschiebung eine Erinnerung oder Wahrnehmung?

Dr. Friederike Schwarzenbörger: Absolut nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Überhaupt keine?

Dr. Friederike Schwarzenbörger: Nein. In der Phase habe ich Herrn Dr. Hillingrathner kaum gesehen. Er war mit dem Thema einfach so ausgelastet.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben es gesagt. Ich glaube Ihnen das aufs Wort, und wir müssen auch zeitökonomisch vorgehen. Dann ist die Frage, die in der Zeit von Ihrer Abteilung auch sehr stark behandelt wurde, die Frage eines so genannten Vertrages 1 und Vertrages 2. Das ist Ihnen wahrscheinlich schon geläufig durch die Aktenlage?

Dr. Friederike Schwarzenbörger: Ja. Das habe ich ja vorgefunden: V 1 und V 2.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Genau. Mit dieser Sache kann es ja eine mehrfache Bewandtnis haben. Haben Sie einmal – das hat tatsächlich wieder mit vergaberechtlichen Fragen zu tun – Diskussionen geführt, nachdem Sie da schon gefragt wurden, wie die Stückpreisenentwicklung ist, nämlich ursprünglich waren ja 24 auf Grund der Angebotseinhaltung zu bestellen – auch die Typenentscheidung und der Ministerratsvortrag hat sich auf dieses Mengengerüst bezogen –, dann kam das Hochwasser, und es waren nur mehr 18 Stück. Dann hat es die Herbstverhandlungen gegeben, und wir sind, glaube ich, schon im Frühjahr 2003. Und zwischenzeitig hat es eben allerlei Expertisen gegeben.

Ist Ihnen eine Debatte in Erinnerung, inwieweit die Frage der zuordenbaren Stückpreise von Relevanz ist? Also auch nach der Mengenreduktion von 24 auf 18? Ist da nichts in Erinnerung?

Dr. Friederike Schwarzenbörger: Nein. Also da war ich überhaupt nicht eingebunden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dann ist Vertrag 1 und Vertrag 2 nur mehr insofern und allgemein jetzt für mich von Relevanz: Haben Sie da Debatten wahrgenommen, dass zunächst Kostenbestandteile oder Preisbestandteile – welche Seite des Vertrages halt betrachtet wird – von dem Vertrag 1 – im Wesentlichen nackte Flugzeuge plus oder minus ein paar Teile – in den Vertrag 2 – ist so genannte Systemteile, Logistik, Ausbildung; ob es dann so war, ist eine andere Frage –, verschoben hätten werden sollen? (**Dr. Schwarzenbörger:** Nein!)

In einem dritten Vertrag, in einem Vertrag, der dann gar nicht von diesen V 1-, V 2-Leistungsbestandteilen umfasst ist? Ist mit Ihnen einmal darüber geredet worden über das Ansinnen, auch einen dritten Vertrag ... (**Dr. Schwarzenbörger:** Nein!)

Dann eigentlich schon zum Schluss kommend, und wahrscheinlich ist auch die Zeit bald vorbei, die Frage um politische Preis- oder Kostenvorgaben. Das hat ja dann jetzt aber erst in der Öffentlichkeit eine gewisse Relevanz erreicht. Vielleicht wieder ein kleines Schlamassel. Haben Sie in Erinnerung, dass es bei den Debatten in Ihrem Haus einen Wunsch – billiger machen sowieso, das wäre ja nur zu verständlich –, eine Debatte darüber gegeben hat, oder haben Sie irgendwen in Erinnerung, der gesagt hat, der Preis dieser V 1 plus V 2 schon an dieser Stelle sollte tunlichst 2 Milliarden € nicht übersteigen.

Dr. Friederike Schwarzenbörger: Also wann das aufgetaucht ist oder ob das aufgetaucht ist, das kann ich nicht sagen, denn das wird einfach überlagert durch spätere Diskussionen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ab einem bestimmten Zeitpunkt? (**Dr. Schwarzen dorfer:** Nein!) – Sie haben überhaupt nie davon Kenntnis erlangt? Wenn Sie sagen, zu einem späteren Zeitpunkt. Was zu einem späteren Zeitpunkt?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Dass es ein Preis sein sollte, das ist einfach aus den späteren Diskussionen herausgekommen, nachträglich. Zum Zeitpunkt der Vertragswerbung habe ich das nicht gehört und habe das auch nicht mit Dr. Hillingrathner diskutiert.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und ist Ihnen dieses Aktenstück untergekommen? Es war eigentlich eine Arbeitsberechnungsgrundlage des Dr. Hillingrathner, die aber veraktet wurde, dass er festhält, dass der Herr Bundesminister – aber jetzt für Landesverteidigung – keine Weisung, aber ein politisches Wollen formuliert hätte, dass der Preis unter 2 Milliarden zu halten sei, und allenfalls andere Kostenbestandteile woanders unterzubringen sind. Ist Ihnen diese ...

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Meinen Sie diesen Aktenvermerk, der jetzt in die Öffentlichkeit gekommen ist?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, genau. Aber eigentlich muss ich Sie ja fragen, ob Ihnen der früher untergekommen ist.

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Nein, den, Herr Abgeordneter Kogler, haben wir gefunden, nachdem er in der Öffentlichkeit zitiert wurde. Wir haben Ihnen zwar die Unterlagen alle hinübergeschickt, aber ich habe sie im Detail nicht durchgelesen. Und erst, wie die Diskussion in der Öffentlichkeit über diesen Aktenvermerk losgebrochen ist, haben wir ihn zu suchen begonnen, ob wir das irgendwo in den Unterlagen haben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber das Haus, nämlich das BMF, hat es übermittelt. Das war kein BMLV-Akt, das war ein BMF-Akt. (**Dr. Schwarzen dorfer:** Das stimmt!) – Aber Sie haben dann versucht, ihn im Haus noch einmal zu finden.

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Wir haben eine exakte Kopie der Unterlagen, die wir herübergeliefert haben, in derselben Ordnung, und dort haben wir nachgeschaut, ob das irgendwo drinnen ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Daraus schließe ich ja, dass Sie genaue Erinnerung jetzt aus der Perspektive Frühjahr 2003 ja nicht haben und damals überhaupt nicht mit dem nicht in Berührung gekommen sind.

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Nein, habe ich nicht gehabt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Fairerweise müsste ich ja das fragen. Sie haben jetzt nur auf diese ..

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Nein, sondern wir haben es gesucht auf Grund der Datumsangabe, dass das ein Vermerk vom 1.4. gewesen sein soll. Dann haben wir halt – unsere Unterlagen sind ja chronologisch nach Datum geordnet – zu suchen begonnen, und dann haben wir es gefunden. Ich hatte keine Erinnerung oder eigentlich auch keine Kenntnis, dass das da ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben auch keine Diskussionen darüber wahrgenommen oder auch nur Statements? Da muss ich Sie auch über diese Zeit nicht weiter fragen, denn in Wahrheit müssen wir ja die Perspektive von damals rekonstruieren. Das gilt wahrscheinlich für die meisten anderen Zusammenhänge auch.

Ich glaube, so gut Sie konnten, haben Sie jetzt einmal mir geholfen, aber vielleicht ergibt sich noch für die anderen KollegInnen etwas. – Danke.

Obmann-Stellvertreter Maq. Kurt Gaßner: Die Nächste ist Frau Kollegin Fekter. – Bitte.

Abgeordnete Maq. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Frau Dr. Schwarzenendorfer, Sie haben gesagt, sie haben von Hillingrathner diesen Akt, den wir da so lange gesucht haben, zur Rekonstruktion bekommen, weil er ihn zu Hause hatte. Haben Sie für diese Rekonstruktion den Akt von Hillingrathner in Papierform oder auf einem Speichermedium bekommen?

Dr. Friederike Schwarzenendorfer: Ich habe eine Papier-Kopie bekommen.

Abgeordnete Maq. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Eine Papier-Kopie? (**Dr. Schwarzenendorfer:** Ja!) Das heißt, Dr. Hillingrathner hat zu Hause das Papier, also die authentischen Akten.

Dr. Friederike Schwarzenendorfer: Er hatte offensichtlich eine Papier-Kopie, ja.

Abgeordnete Maq. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Dann bei den Vertragsverhandlungen nach der Typenentscheidung im Sommer – das war ja für uns ziemlich, sage ich einmal, überraschend, dass da so intensiv gearbeitet wurde im Sommer, denn die Typenentscheidung war im Juli und bis September war man schon fast fertig mit den Details der Vertrages –, waren Sie da eingebunden? (**Dr. Schwarzenendorfer:** Nein!) – In keiner Weise? (**Dr. Schwarzenendorfer:** Nein!)

Es ist uns mitgeteilt worden, dass das Finanzministerium gewisse Dinge urgirt oder – das findet sich auch in den Akten – eingebracht hat, beispielsweise den Einredeverzicht. Waren Sie da involviert? (**Dr. Schwarzenendorfer:** Nein!) – Das hat alles Hillingrathner mit der Finanzprokuratur gemacht?

Dr. Friederike Schwarzenendorfer: Meiner Information nach ja, aber am besten, Sie fragen ihn selbst, wer wann wo dabei war. Ich war definitiv **nicht** dabei.

Abgeordnete Maq. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, das war die Zeit, da war er ja noch im Amt, und dann, im Jahr 2003, hat er dann die Akten zurückgestellt, die er mit nach Hause genommen hat? Oder wenn Sie jetzt Akten brauchen zum ...

Dr. Friederike Schwarzenendorfer: Die liegen alle bei uns ein; die sind im Ministerium.

Abgeordnete Maq. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, er hat eine Kopie mit nach Hause genommen?

Dr. Friederike Schwarzenendorfer: Die Originalakten. – Ich kann nicht sagen, welche Akten er sich in seiner Aktivzeit kopiert hat – das weiß ich nicht – und ob er solche kopiert hat.

Abgeordnete Maq. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie hatten damals einen Rückstandsausweis bekommen – den haben wir auch gesehen diesen Rückstandsausweis –, das war aber eben nur eine Zeile. Wie muss man sich das kanzleitätigkeitsmäßig vorstellen, wenn ein Akt, sagen wir, mehrere Abteilungen durchläuft oder öfter hin und her geht? Wird dann jedes Mal wieder eine Zeile gemacht? Oder sieht man immer nur die letzte Zeile? Oder wie schaut das aus?

Dr. Friederike Schwarzenendorfer: Ich bin keine Kanzleikraft. – Normalerweise können Sie entweder auf der Karteikarte oder im KIS nachverfolgen, welche Stationen der ...

Abgeordnete Maq. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das kann man nachverfolgen?

Dr. Friederike Schwarzenendorfer: Das kann man nachverfolgen, welche Stationen der Akt durchlaufen hat.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, wenn Hillingrathner ein ganzes Jahr lang noch einen Werkvertrag hatte, dann war er ja bei den Vertragsverhandlungen. Dann war die Unterbrechung, dann haben wir Nationalratswahl gehabt, und dann im März ist es wieder losgegangen mit noch einmal Verhandlungen. Die hat alle Hillingrathner abgewickelt und nicht Sie?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Ja, aber da war er noch aktiv! Er ist in Pension gegangen mit 1.12.2003, und der Vertrag ...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): 2003! Aha! Das heißt also, Sie waren wirklich nur so richtig aktiv involviert bei der Rekonstruktion dieses Aktes? (**Dr. Schwarzen dorfer:** Ja!) – Dr. Hillingrathner ist zu den Sitzungen immer alleine gegangen? Da waren Sie nicht dabei?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Ich war jedenfalls – das sieht man ganz genau – bei den wenigsten Sitzungen dabei.

Obmann-Stellvertreter Mag. Kurt Gaßner: Nächster Fragesteller ist Herr Abgeordneter Kuzdas.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Frau Dr. Schwarzen dorfer, ich möchte zurückkommen auf die Stückzahlreduktion, weil mir noch nicht ganz klar ist, wann tatsächlich diese Entscheidung getroffen wurde. Es gibt auf der einen Seite den Akt, den Kollege Kogler zitiert hat, und es gibt auf der anderen Seite das Argument Hochwasser 2002.

Ich frage Sie: Welchen Zusammenhang hat das Hochwasser 2002 mit der Stückzahlreduktion, wenn die Zahlungen erst im Jänner 2007 zu fließen beginnen?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Das müssen Sie die damals entscheidenden Politiker fragen. Ich kann das nicht sagen.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Sie haben da in Ihrem Bereich keine Wahrnehmung gemacht? (**Dr. Schwarzen dorfer:** Nein!)

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Sind Ihnen irgendwelche Auswirkungen dieser Reduktion auf die Finanzierung bekannt?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Auf die Finanzierung? – Ich weiß nicht genau, was Sie meinen.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Auf die Finanzierungskosten beziehungsweise auf den Preis.

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Wie sich die Preisgestaltung entwickelt hat, das war Teil dieser Vertragsverhandlungen. Dazu kann ich nichts sagen. Wie ich schon ausgeführt habe, war ich da nicht dabei.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Gut, dann frage ich Sie etwas anderes.

Im Abschlussbericht der Bewertungskommission werden Gripen und Eurofighter Typhoon gegenübergestellt mit unterschiedlichen Zahlungsvarianten: bei Lieferung, in fünf Jahren und in neun Jahren. Die Kosten-Nutzen-Gegenüberstellung ergibt für zwei Zahlungsvarianten den Gripen als Bestbieter und für eine Variante den Eurofighter Typhoon als Bestbieter.

Können Sie uns erklären, wie es zu dieser Entscheidung – neun Jahre, das heißt 18 Halbjahresraten – gekommen ist?

Dr. Friederike Schwarzenbörger: Ich weiß nicht, wer wissentlich diese Entscheidung getroffen hat. Noch einmal: Ich habe bestimmte Aktenlagen vorgefunden, und wer wann dann diese 18 Halbjahresraten angesagt hat – das ist es oder ist es nicht –, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Warum gerade neun Jahre und nicht länger? Kann das irgendwie mit Maastricht-Kriterien zusammenhängen?

Dr. Friederike Schwarzenbörger: Nein, sondern mit einer haushaltsrechtlichen Sache. Im Bundeshaushaltsgesetz wird ein Ratenkauf, sage ich einmal, dann nicht als Finanzschuld gewertet und bleibt so lange Verwaltungsschuld, als der Finanzierungszeitraum zehn Jahre nicht übersteigt. Und daraus ergeben sich die neun Jahresraten.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Sind aus Ihrer Erfahrung Ratenzahlungen, wenn der Bund etwas kauft, üblich? (**Dr. Schwarzenbörger:** Ja!) – Ist es auch üblich, dass der Bund die Finanzierung dem Bieter überträgt?

Dr. Friederike Schwarzenbörger: Also jetzt einmal ganz abstrakt gesprochen: Wenn Sie einen Rüstungskauf tätigen, der eine gewisse hohe Summe hat, und Sie wollen Ratenzahlungen leisten, dann ist es normalerweise die Sache des Bieters oder Lieferanten, wie er das vorfinanziert. Und das wird sich natürlich im Preis auswirken.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ja, aber ist es nicht so, dass der Bund in der Regel bessere Finanzierungskonditionen bekommt als ein privates Unternehmen? Das heißt, die Finanzierungskosten sind, wenn ich sie einem Privaten übertrage, höher als wenn ich sie selbst finanziere.

Dr. Friederike Schwarzenbörger: Normalerweise, würde ich sagen, ja. Aber es können auch andere Interessen dahinterstecken, warum man Ratenkäufe macht, etwa um im Budget Finanzierungsspitzen zu vermeiden.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ja, das mit den Ratenkäufen ist schon klar, aber warum im konkreten Fall die Auslagerung der Finanzierung an den Bieter – im Wissen, dass die Finanzierungskosten höher sind?

Dr. Friederike Schwarzenbörger: Das kann ich Ihnen nicht sagen, das weiß ich nicht. Die Entscheidung ist gefallen. Da müssen Sie die fragen, die bei der Entscheidung dabei waren. Ich war es nicht.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Wissen Sie, wer an dieser Entscheidung mitgewirkt hat? **Dr. Friederike Schwarzenbörger:** Ganz genau können Sie sicherlich Dr. Hillingrathner fragen; er war dabei, das weiß ich. Die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur war auch eingebunden und hat ihre guten Dienste geleistet.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Zu den Zahlungen noch etwas: Es gibt ein Schreiben von Herrn Reinhold Faltlhauser vom 28. 5. 2003. Das war der Zeitraum, knapp bevor Sie Abteilungsleiterin wurden, wenn ich das richtig ...

Dr. Friederike Schwarzenbörger: Nein, das war nicht so knapp! Ich habe die Abteilung mit 1. 12. 2003 übernommen.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Okay, aber es war im gleichen Jahr. – An Herrn Dr. Hillingrathner und an Herrn General Bauer; ich lese Ihnen das vor: Die von Ihnen gewünschte Verschiebung der ersten zwei Zahlungen der Republik Österreich vom März 2006 und September 2006 auf 15. Januar 2007 wird von Eurofighter GmbH unter der Voraussetzung akzeptiert, dass der sonstige Inhalt der am 14. 5. 2003 paraphierten Verträge sich dadurch nicht ändert, insbesondere die Zahlung

an Eurofighter GmbH davon nicht berührt wird. In der Neuberechnung des Preises, mit Finanzierungskosten, werden die oben genannten Aspekte berücksichtigt. – Zitatende.

Wer hat diese Verschiebung der ersten beiden Zahlungen von März und September auf Jänner 2007 angeordnet?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Wissen Sie, warum die Zahlungen verschoben wurden?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Aus der Rekonstruktion der Unterlagen, die ich gelesen habe: Einmal ist irgendwo gestanden, es sollen keine Zahlungen in der Legislaturperiode bis 2006 aufscheinen.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Das heißt, es sollten die ersten Zahlungen für den Eurofighter nicht zum Wahlkampfthema werden. Kann man das so interpretieren?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Das ist ein Schluss, den ich nicht ziehen würde. Das ist Ihre Interpretation, Herr Abgeordneter, das ist nicht meine – ausdrücklich!

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Welche Neuberechnung des Preises – wie es Herr Faltlhauser anspricht – hat es auf Grund dieser Zahlungsverschiebung gegeben?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Nochmals: Ich weiß es nicht. – Ich kann es nur wiederholen: Ich war **nicht** eingebunden. Ich weiß nicht, welche Auswirkungen das hatte. Da müssen Sie jene fragen, die dabei waren.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich glaube, an der Stelle ist es sinnvoll – denn das beginnt sich jetzt durchzuziehen –, dass wir das zur Kenntnis nehmen, dass es da Vertretungen gegeben hat und so weiter, aber wir einen Großteil der Fragen an Herrn Hillingrathner zu richten haben. (*Abg. Mag. Kuzdas: Okay, dann frage ich keine ...!*)

Vielleicht sollten wir einen Weg finden, möglichst bald zur Befragung von Herrn Hillingrathner zu kommen, weil wir ja nicht nach Ersatzantworten suchen, sondern nach den Antworten derer, die daran beteiligt waren. (*Dr. Schwarzen dorfer: Ad fontes!*) – Jawohl.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Doktor, Sie erinnern sich noch an den Aktenvorgang zur Formulierung eines **Code of Business Conduct?** (*Dr. Schwarzen dorfer: Ja!*) – Da waren Sie mit eingebunden?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Da war ich mit eingebunden, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dieser Code of Business Conduct hat insgesamt drei Hauptpunkte, Hauptelemente gehabt. Sie erinnern sich noch? (*Dr. Schwarzen dorfer: Ja!*) – Nun ist dieser Vorschlag von Ihnen, das heißt vom Finanzministerium, an das Verteidigungsministerium gegangen. (*Dr. Schwarzen dorfer: Ja!*) Einge holt hat die Unterschriften der einzelnen Anbieter aber nur das Verteidigungsministerium. (*Dr. Schwarzen dorfer: Ja!*)

Hat es dabei noch Rücksprachen mit Ihnen gegeben?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Ich weiß von keiner.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat es Rücksprachen gegeben bei der Abänderung dieses Code of Business Conduct?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Auch davon weiß ich nichts.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich bringe Ihnen folgenden Umstand zur Kenntnis. Es gibt einen unterfertigten Code of Business Conduct – nennen wir ihn einfach nur **Business Code** – von Eurofighter vom 22. 1. 2002, irrtümlich aber mit 22. 1. **2001** bezeichnet. Es geht aber aus der Fußnote hervor, dass es der Computer richtig ausgedruckt hat, nämlich: 22. 1. **2002**.

Dieser beinhaltet nun einen Punkt 4, der in den anderen Entwürfen, die unterfertigt wurden, **nicht** enthalten ist, die identisch sind mit dem, was Sie im Finanzministerium gemeinsam mit einem Anwalt und einem Professor entwickelt haben.

Dann gibt es aber – und das haben wir jetzt wiederum aus den Akten des Finanzministeriums – ein weiteres unterfertigtes Exemplar der Firma Eurofighter vom 12. 9. 2002, also acht Monate später. Dieses Exemplar wiederum ist zwar ein Aktenstück des Verteidigungsministeriums, wir haben es aber – sagt mir mein Mitarbeiter – aus den Aktenkonvoluten des Finanzministeriums heraus bekommen.

Darf ich Ihnen die zwei Exemplare einmal vorbringen lassen?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Ja, nur habe ich hier ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mir geht es darum: Welches von diesen zweien ist jetzt nach Auffassung des Ministeriums das gültige Exemplar? Ist nach der **Lex-posterior-Regel** davon auszugehen, dass das letztunterfertigte das *gültige* ist?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Herr Abgeordneter, ich habe hier ein unterfertigtes vom 22. 1. 2001; das von Ihnen jetzt angesprochene zweite ist mir **nicht präsent**. Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Doktor, was hier mit „22. 1. 2001“ beschriftet ist, trägt ein irrtümliches Datum. Es handelt sich da um das Jahr **2002**.

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Ich habe hier auch keinen Vermerk, dass es 2002 ist. Der Kollege hat mir das herausgesucht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Völlig korrekt. Und wenn Sie sich dieses Exemplar genauer anschauen, dann entdecken Sie auf der Seite 2 einen Punkt 4 ...

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: ... der bei uns nicht drinnen war, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): ... der bei Ihnen nicht drinnen war und der im Grunde die vorstehenden Bestimmungen aushebelt, der nämlich die zentrale Sauberkeitsbestimmung im Punkt 3 aushebelt.

Nun gibt es aber – und das haben wir aus den Aktenunterlagen des Finanzministeriums – ein weiteres Exemplar, das augenscheinlich – ich vermute, von Herrn Bischoff – mit einer Paraphe abgezeichnet ist, aber dann wiederum von Eurofighter unterfertigt ist; das trägt das Datum 12. 9. 2002. – Ich bringe es Ihnen einmal vor, damit Sie es vergleichen können, bitte. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Hier ist dieser ominöse Punkt 4 interessanterweise wieder nicht mehr drinnen. Das heißt: In dem Moment, als man sich sicher war, dass man den Auftrag bekommt und sich die Bemühungen sozusagen gelohnt haben, war es nicht mehr erforderlich, den Punkt 4 in diesem Business Code zu haben.

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Ich kann dazu nichts sagen, weil mir das bis jetzt einfach nicht präsent war. Ich weiß es schlichtweg nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn ich Ihnen das jetzt aber vorlege, und da Sie ja sozusagen auch eine ... – Sie sind ja Juristin, von der Ausbildung her?

(**Dr. Schwarzenbacher:** Ja!) – Sie haben also auch ein gewichtiges Wörtchen darüber mitzureden, welche dieser beiden Vertragszusatzbestimmungen die gültige ist.

Wäre meine Auffassung verquer, wenn ich sage, es muss nach der Lex-posterior-Regel davon ausgegangen werden, dass die spätere Abmachung die frühere verdrängt?

Dr. Friederike Schwarzenbacher: Da ich nicht weiß, wo das heraus ist, kann ich dazu nichts sagen. Ich weiß nicht, in welchem Zusammenhang ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gehen Sie davon aus, dass diese Abmachung authentisch von dem Vertragspartner unterfertigt wurde. Jetzt haben Sie zwei von einem Vertragspartner unterfertigte Exemplare, einmal **mit** Punkt 4 – gegen das, was Sie vorgeschlagen haben –, einmal **ohne** Punkt 4, identisch mit dem, was Sie vorgeschlagen haben.

Welche dieser beiden Abmachungen – wenn es jetzt zu einem Konfliktfall kommt, ob Ausstiegsgründe vorliegen oder nicht – würden Sie als die maßgebliche bezeichnen: die frühere oder die spätere?

Dr. Friederike Schwarzenbacher: Ohne das im Gesamtkontext zu sehen ... – Wir haben ja unsere Forderung gestellt, man möge diese Unterschrift bereits mit der Anbotseinhaltung erwirken.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Jetzt haben wir da zwei Exemplare.

Dr. Friederike Schwarzenbacher: Ist das eine Anbot – und das andere Vertrag? Oder ...?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein. Noch einmal: Das hat nichts damit zu tun. Das ist eine eigene Abmachung, die aber den gesamten Bietervorgang bis zum Abschluss betrifft; das geht ja aus diesem ganzen Business Code hervor, dass dieser nicht begrenzt ist.

Diese beiden Dokumente sind miteinander identisch bis auf den Punkt 4. Nun hat EADS diesen Punkt 4 augenscheinlich – wie, das werden wir noch herausbekommen – ergänzt gehabt. Das Ministerium hat das offensichtlich so ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Wie soll Frau Schwarzenbacher, wenn sie das eine nicht kennt, beurteilen, welche ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie kennt es ja! Sie hat es ja da. Sie hat das ergänzte Exemplar da, und das nicht ergänzte Exemplar ist ja von ihr, gemeinsam mit anderen, entwickelt worden. Mir geht es jetzt darum, welches von diesen beiden Exemplaren das **rechtmäßige** ist.

Dr. Friederike Schwarzenbacher: Das kann ich so nicht beurteilen, ohne den Gesamtkontext zu kennen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, der Vertragsinhalt ist ja da. – Das hat nichts mit dem Vertragsinhalt zu tun.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler! Wenn sie sagt, sie kann das so nicht beurteilen, dann ist das auch eine Antwort.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es ist auch eine Antwort. – Ich stelle nur fest, dass wir hier Spitzenbeamte haben, die nicht in der Lage sind, zu erklären, ob eine frühere oder eine spätere Abmachung die gültige ist.

Dr. Friederike Schwarzenbacher: Wir können das **theoretisch** erörtern, Herr Abgeordneter. (*Abg. Mag. Stadler: Bitte!*) Wir können die juristische Regel erörtern,

dass eine spätere Abmachung eine frühere **ersetzt**, vorausgesetzt, dass beide die Zeichnungsberechtigung haben und auch der Zweite, der unterschreibt, die entsprechende Zeichnungsberechtigung hat, dass er tatsächlich dem Dokument jenes Gewicht verleiht, das die erste Unterschrift aufhebt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, und um das zu wissen, hätten wir, ehrlich gesagt, keine Auskunftsperson gebraucht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ach, bist du da ganz sicher?

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja! Was diese Regeln betrifft schon, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich möchte jetzt nicht mit dir in eine Diskussion über die hypothetischen Überlegungen, die dann von Kollegin Fekter angestellt würden, eintreten.

Zu diesem Exemplar vom 12. 9.: Kennen Sie die Paraphe über dem Datum?
(**Dr. Schwarzen dorfer:** Nein!)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich frage Sie ja nur.

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Kenne ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Kennen Sie die Untertierung, die neben dem Stempel ist?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Auch das kenne ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nun möchte ich Sie ...

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Der **dominus litis** des Vertrages war das **Verteidigungsministerium**.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, schon. Aber wir haben diese Unterlagen nicht vom Verteidigungsministerium, sondern die haben wir jetzt aus **Ihrem** Ministerium.

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Das mag sein. Wir waren aufgefordert, alles zu senden; das haben wir getan. Das ist eben jetzt da drinnen. Das weiß ich nicht; ich habe diese Stöße Papier nicht mehr im Einzelnen durchgelesen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Doktor, es ist ja kein Vorwurf! Sie sollen uns nur helfen, die Dinge leichter zu interpretieren.

Nächste Frage: „Information für Herrn Staatssekretär Dr. Finz“. Diese wurde von Ihnen gemeinsam mit Herrn Dr. Hillingrathner im März 2004 erstellt; es geht aber um den hier maßgeblichen Untersuchungszeitraum. Ich lese Ihnen das vor – es geht um die Rechnungshof-Überprüfung –:

„Der Prüfauftrag des RH dürfte beinhalten, alles und vor Allem alle Schriftstücke, Infos, Weisungen, Akten, externe Korrespondenzen, FAX- und Mailbestätigungen etc einzusehen, alle Verhandlungsschritte und internen Überlegungen bzw. Gründe für die Gestaltung der einzelnen Vertragspunkte nachzuvollziehen.“

Und jetzt kommt die zentrale Passage: „Offenbar sollen allfällige Ungereimtheiten oder Einflussnahmen von politischer Ebene in Richtung einer bestimmten Produktauswahl oder Hinweise auf korruptive Indizien aufgedeckt werden. Da Dr. Pilz immer wieder vertrauliche Unterlagen oder interne ‚Nonpapers‘ vorlegt, existiert auch die Angst, es könnten von ihm Verhandlungsunterlagen oder Korrespondenzen des BMF vorgelegt werden, die die RH-Prüfer nicht erfaßt haben.“ – Ende des Zitats.

Gehen wir der Reihe nach vor: Welche politischen Einflussnahmen meinen Sie hier?

Dr. Friederike Schwarzenbörger: Darf ich das noch einmal hören?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich kann es Ihnen auch vorlegen. Dann können Sie es studieren.

Dr. Friederike Schwarzenbörger: Bitte, ja. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler, wenn das – so wie es ausschaut – 2004 ist, dann sind wir **nicht** im Rahmen des Beweisthemas.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, es bezieht sich auf den vorgängigen Prüfungszeitraum. Dass das Aktenstück aus dem Jahr 2004 ist, ist klar; aber es bezieht sich auf die Entscheidung. Und so werden auch alle meine Fragen formuliert sein, nur keine Sorge.

Verfahrensanwalt Dr. Gottfried Strasser: Darf ich dazu sagen, dass sich die Ausführungen in dieser Information ja ausschließlich auf den Prüfungsauftrag des Rechnungshofes beziehen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist völlig richtig. Mir geht es jetzt um die Überlegungen, die hier im Zusammenhang mit der Typenentscheidung anzustellen sind. – Aha, meine Redezeit ist erschöpft. Ich muss Ihnen später dieses Aktenstück eventuell noch einmal vorlegen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Von unserer Seite nur eine kurze Frage: Wissen Sie, auf welche Art und Weise die BAWAG als finanzierte Bank ausgewählt worden ist? Haben Sie irgendeine Kenntnis darüber?

Dr. Friederike Schwarzenbörger: Nur nachträglich aus den Stellungnahmen, die die Bundesfinanzierungsagentur gegenüber dem Rechnungshof abgegeben hat.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und was wissen Sie in diesem Zusammenhang?

Dr. Friederike Schwarzenbörger: Die Bundesfinanzierungsagentur hat gesagt, sie hätte bei vier Banken nachgefragt, zwei österreichischen und zwei ausländischen, und hätte eben dann die BAWAG/P.S.K. als die mit den besten Konditionen ermittelt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay, ich wollte nur das wissen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Zu diesem Business Code und dem, was da für Herrn Kollegen Stadler so unheimlich schwer zu verstehen ist: Es hat im Anbot bereits eine Formulierung gegeben, in der der Punkt 4 – das heißt, die gesamte Länge – drinnen war. Das mussten die anbietenden Firmen akzeptieren und unterfertigen (*Abg. Mag. Stadler: Punkt 4 nicht!*), und das haben die Firmen auch akzeptiert. (*Abg. Mag. Stadler: Aber nicht Punkt 4!*) Dieser Text des Angebotes ist 1 : 1, hundertprozentig, in den Vertragsinhalt übernommen worden, der ist in den Vertrag richtiggehend hineinkopiert worden.

Darüber hinaus ist aber dann irgendwo in den Verteidigungs-Akten einmal ein Schriftstück – kein Akt, sondern ein **Schriftstück** – aufgetaucht, das weder Teil eines Aktes noch Vertragsgegenstand noch Angebotsgegenstand noch Vertragsinhalt geworden ist – es war eben irgendwo in den Akten –, und da war ein Teil dieser Verhaltensregeln nicht dabei. (*Abg. Mag. Stadler: Es ist umgekehrt!*) Daher hätten wir gern gewusst, wie es zu solchen Differenzen kommt.

Aber relevant ist das, was im Angebot und im Vertrag drinnen ist – und das ist 1 : 1 und die gesamte Länge! (*Abg. Mag. Stadler: Umgekehrt!*) Ich habe hier Anhang A-8 Teil A, und da ist der Punkt 4 voll und ganz drinnen. Eurofighter hat es unterfertigt. (*Abg.*

Mag. Stadler: Ja, eben! Aber mit Punkt 4 heben Sie ja den 3er aus!) – Das lese ich nicht so!

Frau Dr. Schwarzenbörfer, ich frage Sie jetzt noch einmal: Können Sie inhaltlich juristisch zu diesen Verhaltensregelungen etwas sagen? Ist das in Ihrer Abteilung diskutiert worden?

Dr. Friederike Schwarzenbörfer: Im Sinne dieser punktuellen Zuziehung hat es auf einmal geheißen: Da wird dir ein Rechtsanwalt einen Formulierungsvorschlag für so einen **Code of Business Conduct** schicken; schau dir den bitte durch, weil der Minister so etwas möchte. – So war's.

Ich habe mir das eben durchgesehen. Es liegt ja alles im Akt ein. Er hat mir ein Telefax geschickt, und das habe ich mir angeschaut. Ich habe gemeint, dass das, wenn man hier irgendwelche verbotenen Einflussnahmen verhindern möchte, ein Text ist, der dazu geeignet erscheint. (*Abg. Dr. Fekter: Danke!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben ein Exemplar, in dem dieser Punkt 4 aufgenommen wurde? (**Dr. Schwarzenbörfer:** Ja!) – Der deckt sich **nicht** mit dem, was das Ministerium vorgeschlagen hat. Ist das richtig? – Nur, damit wir es noch einmal beim Protokoll haben.

Dr. Friederike Schwarzenbörfer: Wir haben eine Fassung an die Landesverteidigung hinübergeschickt, die diesen Punkt 4 nicht hatte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): **Nicht** beinhaltet hat! Das ist der zentrale Punkt, halten wir das so fest.

Alles andere werden wir dann mit Herrn Wall vom Verteidigungsministerium klären müssen.

Dr. Friederike Schwarzenbörfer: Ich kann auch nicht sagen, wie der Punkt 4 hineingekommen ist. Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, ja. Das habe ich Sie auch nicht gefragt, das werden wir nur mit Herrn Wall klären können.

Ich komme zurück zu dieser Information an den Herrn Staatssekretär Dr. Finz: Einflussnahme von politischer Ebene in Richtung einer bestimmten Produktauswahl kann sich nur auf die Typenentscheidung beziehen – weil das war die Produktauswahl. Welche Hinweise hatten Sie auf Einflussnahme von der politischen Ebene?

Dr. Friederike Schwarzenbörfer: Das war eine Formulierung, die eine Interpretation des Rechnungshofes beinhaltet hat. Ich habe selbst keine wie immer gearteten Hinweise auf eine politische Einflussnahme gehabt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Rechnungshof kann es aber auch nicht gewesen sein, denn der Rechnungshof hat ja zu dem Zeitpunkt erst mit der Prüfung begonnen.

Dr. Friederike Schwarzenbörfer: Das hat sich aus den Gesprächen mit den Vertretern des Rechnungshofes abgezeichnet.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Welche Hinweise hatten Sie auf „korruptive Indizien“ in Bezug auf die Typenentscheidung?

Dr. Friederike Schwarzenbörfer: Auch keine.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Auch das kam vom Rechnungshof?

Dr. Friederike Schwarzenbörfer: Wenn ich das so lese und das im Nachhinein rekonstruiere, muss ich sagen: Aus den Gesprächen, die wir mit dem Rechnungshof

hatten, heraus haben wir für den Herrn Staatssekretär Finz versucht, auch die tieferliegenden Prüfintentionen des Rechnungshofes darzustellen. Das war unsere Wahrnehmung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und dort hat der Rechnungshof von „korruptiven Indizien“ gesprochen?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Ob das so gefallen ist, das weiß ich nicht mehr. Das würde ich auch nicht beschwören.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es ist ja immerhin die Information für einen Staatssekretär, der ja davon ausgehen muss, dass das, was da drinnen steht, auch wirklich ein sachliches Substrat hat.

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Der Rechnungshof hatte sicherlich den Prüfauftrag, das umfassend zu prüfen und eben auch dahin gehend zu prüfen, ob es da irgendwelche Einflussnahmen gegeben hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist eher in Sollensform formuliert. Deswegen hat mich ja auch die Formulierung so beeindruckt, dass offenbar aufgedeckt werden soll, nämlich korruptive Indizien bei der Produktauswahl genauso wie die Einflussnahme auf der politischen Ebene in Richtung der Produktauswahl.

Sie sagen, Sie hatten keinerlei sachliche Erkenntnisse damals um ...

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Nein, nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein im Sinne: Sie hatten keinerlei sachliche ...

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Wir hatten keinerlei, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ferner ist davon die Rede, dass Herr Dr. Pilz – da ist, nehme ich, an unserer Ausschussvorsitzender hier gemeint – immer wieder vertrauliche Unterlagen und **interne Non-Papers** vorlegt.

Was war damit genau gemeint, mit diesen „Non-Papers“, die Herr Dr. Pilz immer wieder vorlegt?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Das war eine Befürchtung des Rechnungshofes, dass der Rechnungshof möglicherweise irgendetwas nicht sieht, was aber dann Herr Dr. Pilz vielleicht doch hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Datto mit vertraulichen Unterlagen?

(**Dr. Schwarzen dorfer:** Unterlagen!) – Hier steht „vertrauliche Unterlagen“, dass Herr Dr. Pilz „vertrauliche Unterlagen“ und „interne Non-Papers“ vorlegen könnte, die der Rechnungshof nicht sieht.

Von wem ist diese Befürchtung ausgegangen?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Vom Rechnungshof.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Letzte Frage. Sie waren ja auch Guest dieser ominösen „Gipfelsieg-Feier“ in Langenlebarn. (**Dr. Schwarzen dorfer:** Ja!) Ich frage Sie jetzt nicht zu diesen infantilen Belustigungen, die dort stattgefunden haben, sondern: Haben Sie einen Kenntnisstand oder eine Wahrnehmung darüber gehabt, wer die Kosten dieser Veranstaltung zu tragen hat?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Nein. Ich kann Ihnen auch über den Umfang dieser Veranstaltung nicht wirklich Auskunft geben, denn ich bin mindestens zwei bis zweieinhalb Stunden zu spät gekommen, weil ich arbeiten musste.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gehen wir davon aus, dass Sie eine der Co-Autorinnen dieses Code of Business Conduct waren.

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: „Co-Autor“ wäre viel zu viel gesagt, sondern ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber Sie haben es letztlich mit abgezeichnet, den Text genehmigt?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Ich habe gesagt, das ist ein Text, der, glaube ich, den Intentionen Rechnung trägt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Lassen wir den Ghostwriter (*Dr. Schwarzen dorfer: Das wäre nicht richtig!*), diesen Professor und den Anwalt einmal beiseite. Aber Sie haben gesagt: Jawohl, das kann so geschehen!? (*Dr. Schwarzen dorfer: Ja!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): In Kenntnis dieses Business Code: Würden Sie darin ein Problem sehen, dass EADS die Kosten dieser Veranstaltung getragen hat?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Das ist eine rechtliche Beurteilung, wo ja die Diskussionen auch in der Öffentlichkeit laufen und wo es durchaus unterschiedliche Meinungen gibt, auch Rechtsmeinungen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Welche wäre die Ihre? Haben Sie eine Meinung dazu als sozusagen Genehmigerin des Business Code?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Also, ich würde mich eher jener Meinung anschließen, die sagt, wenn man es streng nach den Buchstaben des Gesetzes nimmt, ja, so wie es Funk geäußert hat, aber im Hinblick auf die Verhältnismäßigkeit dessen, was vielleicht das Fest gekostet hat – ich schließe mich da Funk an und auch dem Zivilrechtsprofessor Kletecka –, wird das wahrscheinlich für die Anwendung nicht ausreichen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wieso formulieren Sie das dann in dieser apodiktischen Jedwede-Form? Verstehen Sie mich? Die Formulierung ist sehr apodiktisch, meiner Ansicht nach zu Recht. Es wird da nicht auf bestimmte Relationen Bezug genommen, sondern sehr apodiktisch formuliert.

Kein Anbieten, kein Gewähren von Vorteilen. – Sie haben ja diese Formulierungen sogar vor sich. (*Dr. Schwarzen dorfer: Ja!*) Sozusagen in der Fassung ohne Punkt 4, weil der Punkt ja alles, was zuvor unter Punkt drei gesagt wird, ja nur relativieren sollte – was ja dann Gott sei Dank nicht geschehen ist.

Wenn Sie sich diese Formulierungen vor Augen halten und als eine der zuständigen Beamtinnen jetzt die Entscheidung zu treffen haben und Ihrem Minister – in dem Fall jetzt nicht dem Minister, sondern dem Haus hier, dem Ausschuss – eine Einschätzung abgeben sollten, ob dieser Vorgang in Langenlebarn und die Kostentragung durch die EADS diesem Business Code widerspricht oder nicht: Zu welcher Einschätzung würden Sie kommen?

Dr. Friederike Schwarzen dorfer: Ich würde meinen – juristisch; aber Sie wissen: drei Juristen – sechs Meinungen – , es würde eher ***nicht*** ausreichen, wenn Sie mich ganz persönlich fragen, und nicht als Stimme des Finanzministers.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie wäre dann in Zukunft so ein Business Code abzufassen, um jede Form von Geschenkannahmen und Vorteilsannahmen auszuschließen? – Nicht nur, um es auszuschließen, sondern um die Rechtsfolgen der Vertragsnichtigkeit auszulösen?

Dr. Friederike Schwarzendorfer: Ich glaube, dass man auch den Code of Business Conduct in einem Gesamtzusammenhang sehen muss. Sie fragen mich nach meiner persönlichen juristischen Einschätzung. (Abg. Mag. **Stadler:** Richtig!) – Ich glaube, dass es darauf ankommt, ob da das Mittel geeignet ist, tatsächlich eine Beeinflussung zu erreichen. Und da ist etwas Nachgängiges gewesen. Das Fest war **nach** dem Vertragsabschluss, es war **nicht** unmittelbar in der Entscheidungsfindung eine Zuwendung. Und daraus ziehe ich den juristischen Schluss – man kann es vielleicht auch anders sehen, aber wir sind hier in einer juristischen Diskussion –, dass es daher wohl **nicht** ausreicht, diesen Code of Business Conduct in Gang zu setzen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das Argument der sozusagen Nicht-mehr-Beeinflussbarkeit hat etwas für sich, ja. Diese Nachgängigkeit und das Argument der Nicht-mehr-Beeinflussbarkeit hat etwas für sich. – Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich danke auch.

Gibt es noch weitere Fragen? – Ich schaue streng in die Runde, sehe aber keine.

Frau Dr. Schwarzendorfer, dann danke ich für Ihre Auskünfte, für Ihr Kommen! Diesmal war es ja zum Glück nicht so lange. Sie sind in Ehren entlassen! – Danke schön.

(*Die Auskunftsperson Dr. Schwarzendorfer verlässt den Sitzungssaal.*)

16.09

Obmann Dr. Peter Pilz: Jetzt haben wir geschäftsordnungsmäßig nichts zu besprechen. (Abg. Dr. **Fekter:** O ja! Ihre Akten, die Sie uns angekündigt haben!)

Wir werden irgendwann in einer Pause sicherlich eine „Aktenbörse“ veranstalten, wo alle aufgerufen sind, ihre Akten mitzunehmen, und da können wir dann tauschen und schauen, was herauskommt. Aber ich gehe davon aus, Frau Kollegin Fekter, auch Sie werden etwas zu bieten haben. Wir werden uns dann einen Termin für eine „Börse“ ausmachen. (Heiterkeit.)

Kollege Darmann, bitte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Zur Geschäftsordnung eine kurze Frage. Wir haben, glaube ich, hier im Ausschuss vereinbart, dass wir vom Bundesministerium für Landesverteidigung diesen Geheimhaltungsvertrag zwischen der Republik Österreich und Steininger anfordern, um uns zu vergewissern, dass es das auch gibt. Wie weit ist da der Stand dieser Anforderung?

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich werde mich dann gleich bei der Parlamentsdirektion erkundigen. Danke für den Hinweis. Ich weiß es im Moment nicht, aber wir werden das gleich klären.

16.10

Obmann Dr. Peter Pilz ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Dr. Herbert Hillingrathner** in den Saal zu bitten.

(*Die Auskunftsperson Dr. Hillingrathner wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.*)

Der Obmann begrüßt Herrn **Dr. Herbert Hillingrathner** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, weist diesen auf die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweissaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Ministerialrat i. R. Dr. Herbert Hillingrathner: Mein Name: Herbert Hillingrathner; geboren am 5. Jänner 1940; Adresse: 1180 Wien; Beamter im Ruhestand.

Obmann Dr. Peter Pilz weist Dr. Hillingrathner, der öffentlich Bediensteter ist, darauf hin, dass dieser sich gemäß § 6 der Verfahrensordnung bei seiner Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheitspflicht berufen dürfe und dass seine vorgesetzte Dienstbehörde, das Bundesministerium für Finanzen, von seiner Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt worden sei.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung sei Dr. Hillingrathner bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen worden. Sollte auf eine konkrete Frage seiner Meinung nach ein Aussageverweigerungsgrund schlagend werden, möge er sich zur Besprechung der weiteren Vorgangsweise an den Verfahrensanwalt oder an ihn als Obmann wenden.

Nach der Verfahrensordnung habe Dr. Hillingrathner das Recht, vor Eingang in die Befragung eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich möchte eine Stellungnahme abgeben zu einer Aussendung der ÖVP, als Erstes zum Abgeordneten Murauer gegen Kräuter vom 31. Jänner 2007. Der Abgeordnete Murauer schreibt hier, ich habe bisher jede Anschuldigung zurückgenommen. – Da möchte ich den Ausschuss oder den Abgeordneten Murauer fragen, was der Ausschuss darunter versteht und welche Anschuldigungen gemeint sind.

Ferner heißt es: So zog Hillingrathner heuer ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Hillingrathner, einen Moment! Was Ihnen zusteht und wo Sie auch Zeit haben, ist eine **persönliche Erklärung** zum Beweisthema. Wenn der Ausschuss der Meinung ist, unter allen Sanktionsmöglichkeiten den Abgeordneten Murauer in den Aussagestand zu holen, dann werden wir darüber einen Beschluss fassen und dann werde ich den Vorsitz in besonders freundlicher Art und Weise führen.

Das ist aber noch nicht der Fall, und deswegen, Herr Hillingrathner, können weder Sie noch ich Fragen an den Kollegen Murauer, zumindest im Rahmen dieses Ausschusses, stellen. (*Abg. Murauer: Umgekehrt kann man fragen!*) Richtig, Herr Kollege Murauer hat sehr wohl das Recht, dann Sie zu fragen, und ich bitte, das nicht als Ungerechtigkeit zu empfinden. Das entspricht einfach der Verfahrensordnung.

Wollen Sie noch eine persönliche Erklärung abgeben?

Dr. Herbert Hillingrathner: Kann ich das ohne Fragen zu diesem Thema machen?

Obmann Dr. Peter Pilz: Selbstverständlich können Sie das.

Dr. Herbert Hillingrathner: Die Frage muss nicht beantwortet werden. Dann führe ich aber dazu aus – Zitat –:

„So zog Hillingrathner heute“ – Anmerkung von mir: 31.1.2007 – „seine erst gestern“ – Anmerkung wieder von mir: 30.1.2007 – „getätigte Aussage zurück, wonach es eine

Weisung von Platter an ihn“, also Hillingrathner, „gegeben hat und betonte zudem, dass es zu keiner Verlagerung der Anschaffungs- in die Betriebskosten gekommen ist“.

Ich zitiere weiter: „Die Frage ist, ob – und wenn von wem – sich Hillingrathner hier instrumentalisieren lässt“, so Murauer abschließend“.

Dazu möchte ich sagen: Am 30.1.2007 machte ich keine Aussage, schon gar nicht zu dem mir nicht mehr erinnerlichen Thema im Sinne des Vermerks vom 1.4.2003.

Zweitens: Eine offenbar aus dem Ausschuss der Presse zugespielte Anmerkung zu einer Tabelle vom 1.4.2003 ist weder eine Aussage noch eine Anschuldigung. Ich konnte daher am 31.1.2007 keine Aussage oder Anschuldigung zurückziehen.

Drittens: Ich habe niemals behauptet, auch nicht in der Anmerkung, von Bundesminister Platter jemals eine Weisung erhalten zu haben.

Viertens: Ich habe nie behauptet, auch nicht in der Anmerkung, dass Anschaffungs- in Betriebskosten verlagert worden sind.

Fünftens: Ich werde von niemandem instrumentalisiert.

Sechstens: Ich habe den Sachverhalt bei den nachfragenden Medien richtiggestellt und nichts widerrufen oder relativiert. Ich bin auch nicht zurückgerudert. Im Übrigen konnten sich weder ich noch meine früheren Mitarbeiter an den Vermerk vom 1.4.2003 erinnern. Er wurde im BMF erst nach längerem Suchen in den Kopien der an den Ausschuss übermittelten Unterlagen gefunden.

Zu einer zweiten Aussendung, zu der des Herrn Abgeordneten Gahr, in der es heißt:

„Im Eurofighter-Untersuchungsausschuss werden zudem auch alte Rechnungen beglichen“, so ÖVP-Abgeordneter Gahr. „Gerade der seit 2001 pensionierte Finanzbeamte Hillingrathner ist das beste Beispiel dafür, wie im Ausschuss zuerst unseriöse Behauptungen aufgestellt werden. Sämtliche Aussagen musste der Beamte bei genauerem Nachfragen wieder relativieren oder zurücknehmen!“ – Zitatende.

Dazu möchte ich sagen:

Erstens: Ich wurde erst 2003 pensioniert und nicht 2001.

Zweitens: Ich bin kein Finanzbeamter. Ich mache keine Steuerbescheide.

Drittens: Meine inkriminierten Aussagen würde ich bei gleichen Befragungsverhältnissen wieder so oder ähnlich formulieren. Nur: Wenn aus meinen Aussagen Schlussfolgerungen gezogen werden, die nicht zutreffen, muss ich im Interesse der Wahrheitsfindung relativieren beziehungsweise korrigieren, und zwar die medialen Schlussfolgerungen – und nicht meine Aussagen.

Viertens: Da ich nicht zu Primitivreaktionen neige, begleiche ich auch keine „alten Rechnungen“. Gegenüber Bundesminister Platter sehe ich keinen rationalen Grund hierfür, da die Zusammenarbeit zwischen BMLF-BMF unter seiner Amtsführung bestens klappte.

Im dritten Absatz dieser Aussendung des Abgeordneten Gahr heißt es – ich zitiere –:

„Für mich ist es außerdem traurig, dass in diesem Ausschuss rechtschaffene Personen aus Beamtenschaft, Wirtschaft und Politik in ein negatives öffentliches Licht gestellt werden.“

Ich möchte dazu sagen: Genau das geschah nun mit mir! Ich bin **betroffen und traurig**, dass ich unter Berücksichtigung dieser Aussage und jener in der Öffentlichkeit, insbesondere mehrmals im Fernsehen, offenbar die einzige nicht rechtschaffene Person in diesem Ausschuss bin.

Ergebnis der Analyse: Aus meiner Sicht enthalten diese beiden Presseaussendungen sechs Fehler und drei unrichtige Schlussfolgerungen.

Im Gegenzug ersuche ich den Ausschuss um Nachsicht, wenn ich unter Stress und großteils unvorbereitet über jahrelang zurückliegende Ereignisse manchmal unsauber oder missverständlich formuliere oder Daten und Jahreszahlen verwechsle. Da ich zwangsrekrutiert zum Nulltarif und unter Wahrheitspflicht verhalten bin, dem Untersuchungsausschuss mit dem Ziel der Wahrheitsfindung Rede und Antwort zu stehen, ersuche ich um Fairness auch mir gegenüber, vor allem in der Darstellung für die Öffentlichkeit. Ich opfere viel Lebenszeit, habe Kosten, die nicht abgegolten werden, und kann mich, wie in der Aktivzeit gehabt, trotz offizieller Einladung und Zusage wieder einmal nicht um meine Mutter kümmern, deren 89. Geburtstag, vielleicht ihr letzter, heute Nachmittag in einem Pflegeheim im Waldviertel offiziell gefeiert wird.

Dann möchte ich noch zur Berichterstattung der Medien ausführen: Da ich immer wieder Falschmeldungen, unrichtige Interpretationen oder selektive, aus dem Zusammenhang gerissene beziehungsweise unvollständige Darstellungen meiner Aussagen, teils unter Weglassung der Kernaussagen oder wesentlicher Teile von Sachverhalten, beobachte, bemühe ich mich um Richtigstellung, wenn ich den Eindruck habe, dass damit der Sache, mir oder allenfalls dritten Personen geschadet wird.

Da Medien glauben, „unfehlbar“ zu sein beziehungsweise eigene Fehler nicht eingestehen, wird man stigmatisiert, indem man Aussagen angeblich „widerrufen“, „relativiert“ hat oder „zurückgerudert ist“. Als Beispiel möchte ich das von Herrn Abgeordneten Prähauser thematisierte Schießfest erwähnen.

Es wurde in der Presse nahezu nicht erwähnt, dass ich unter Wahrheitspflicht systematisch zum Fest und zu den Details befragt wurde – mit der Folge, dass der geneigte Leser annimmt, ich hätte von mir aus im Ausschuss aus Jux und Tollerei losgeplaudert. Ich habe auch zum Beispiel nie gesagt, dass auf der Scheibe des Bundesministers Platter das Porträt des Finanzministers Grasser abgebildet war.

Zu den weiteren Schlussfolgerungen wer, womit auf was geschossen hat, oder über Besäufnisse, darauf will ich gar nicht eingehen.

Der letzte Punkt, zum Ersuchen des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses Dr. Pilz auf Übermittlung weiterer, eventuell auch privater Unterlagen: Da ich im BMF derzeit durch die dringenden umfangreichen Arbeiter der Budgeterstellung und Budgetverhandlungen keinerlei Support habe, konnte ich trotz Bemühens nicht die erbetenen Unterlagen in einer für den Ausschuss brauchbaren Form aufbereiten. Ich ersuche daher den Vorsitzenden, die Vorlage dieser Unterlagen im Wege des BMF einzufordern. – Danke.

Obmann Mag. Dr. Peter Pilz: Okay. Das nehmen wir so zur Kenntnis.

Erster Fragesteller ist Herr Kollege Kogler. – Bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Dr. Hillingrathner, ich glaube, für die Mehrzahl der Abgeordneten sprechen zu dürfen, wenn wir an Ihrer Integrität **nicht** zweifeln und auch **nicht** den Eindruck erwecken wollten, dass Sie da irgendwie hier locker etwas daherplaudern, was mit der Wahrheitspflicht nichts zu tun hätte, und

andere Dinge mehr. Also, seien Sie unseres – jedenfalls meines – Respekts sicher. Und Sie haben ja auch schon einiges beigetragen zur Wahrheitsfindung.

Ich muss jetzt trotzdem nachfragen: Das Letzte, was Sie gesagt haben, dass Sie nämlich auf Grund der Dichte der Budgetverhandlungen jetzt nicht weitere Unterlagen beisteuern können, worauf bezieht sich das: auf die aktuelle Phase?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein. Herr Dr. Pilz hat gebeten um Aufzeichnungen von mir, die allenfalls der Ausschuss nicht hat. Und ich bekomme von meinem Büro nicht einmal in einer Woche einen Rückruf, weil die Herrschaften bis 22 Uhr am Abend sozusagen wie die Wilden arbeiten. Sie haben nichts davon, wenn ein paar Papierln daherflattern, noch dazu unsystematisch. Wenn, dann sollen sie so aufbereitet sein, dass Sie etwas damit anfangen können. Außerdem ist es vielleicht fair auch gegenüber meinem Arbeitgeber, dass er weiß, welche Unterlagen ich hier herübergeben werde.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist eh alles sehr nachvollziehbar.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe wirklich viele Stunden bereits investiert, da ein System und eine Ordnung zu schaffen. Nur: Ich habe auch keine private Kopieranstalt und so weiter zu Hause, also ich bitte um Verständnis.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Uns ist bekannt – aus anderen Aufzeichnungen –, dass Sie nach Ihrem Ausscheiden aus dem aktiven Stand weiter einen Werkvertrag hatten.

Dr. Herbert Hillingrathner: Jawohl, ein Jahr lang.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Läuft der immer noch? Oder ist es jetzt ein neuer Werkvertrag?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein. Man wollte offiziell, dass dieser Vertrag verlängert wird. Ich habe abgelehnt, weil ich, muss ich sagen, zum Teil um 3 € in der Stunde mehr gearbeitet habe als Aktiver, und da hatte ich keine Lust mehr.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber trotzdem fühlen Sie sich noch so verpflichtet oder zugehörig, dass Sie sagen: mein Büro!?

Dr. Herbert Hillingrathner: Gut, ich bin leider offenbar ein Beamter, der halt eine gewisse Dienst-Ethik hatte. (*Abg. Mag. Kogler: Nicht „leider“!*)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay. Das hätten wir geklärt: Der Werkvertrag wurde eigentlich aus Ihren Motiven heraus nicht verlängert. (*Dr. Hillingrathner: Jawohl!!*) – Danke.

Dann kommen wir zum eigentlichen Kern.

Die Zeiten haben sich ein bisschen verschoben. Sie kennen sich ja bei den Beweisthemen besser aus. Ich möchte jetzt nicht mit jenem Aktenstück beginnen, das ja offensichtlich schon gar nicht durch Ihr Zutun das Licht der Öffentlichkeit erblickt hat, sondern mit einem anderen Bereich, und zwar mit der Debatte, die hier im Ausschuss unter dem Titel „Lieferfähigkeit respektive Lieferunfähigkeit“ der Firma EADS/Eurofighter firmiert.

Haben Sie anlässlich der Vertragsverhandlungen, beginnend mit Sommer 2002 bis hinein in das Frühjahr 2003, Wahrnehmungen – zum Teil waren Sie ja auch beteiligt – über den Hergang, wie es zu den jeweiligen zwischenvertragsentwürflichen Lieferterminen gekommen ist?

Denn ursprünglich – wir erinnern uns: in der Angebotseinholung, Typenentscheidung, Zuschlag, Ministerratsvortrag – ist man immer davon ausgegangen, das 2005 das Lieferjahr war. Wie hat sich das aus Ihrer Sicht dargestellt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe schon einmal im Ausschuss erklärt: Für mich war die Lieferunfähigkeit primär **kein Thema**. Es hat sich nur dann ergeben, dass das Bundesministerium für Landesverteidigung im September die Vertragverhandlungen eingestellt oder abgeschlossen gehabt hat, mit wenigen Themen. Und dann waren ja bekanntlich Wahlen, und es gab eine neue Regierung, und praktisch fünf Monate oder sechs Monate lang ist nichts passiert. Das war schon einmal ein Verzug, der in den Lieferzeiten berücksichtigt werden musste: immerhin 30 Monate Mindestvorlaufzeit.

Und dann wollten wir meiner Erinnerung nach die erste Lieferung im Jänner 2007, und da hat die Firma EADS erklärt, ab diesem Zeitpunkt produziert sie nur mehr Tranche II und kann uns daher das Flugzeug nicht liefern, erst gegen Jahresmitte. Und daher hat sich der Liefertermin, glaube ich, Mai 2007 ergeben. Damit wurde alles nach hinten geschoben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ihrer Erinnerung nach war die Vorlaufzeit vom Vertragsabschluß 30 Monate bis zur Erstlieferung?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja. Minimum-Zeit.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich habe da eine handschriftliche Aufzeichnung – diesmal sind die Unterlagen zu diesem Beweisthema ein bisschen chaotisch übermittelt worden –, da steht: Lieferung 31 Monate nach – mit stenographischem Kürzel – Vertragsabschluss möglich.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, ich habe gesagt: 30 und 31, diese beiden Zahlen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das wird von Ihnen sein? (**Dr. Hillingrathner: Ja!**) – Demnach würde sich aus der Perspektive des Frühjahrs 2003 und dem geplanten Vertragsabschluss schon Monate davor, mit dem tatsächlich stattgefundenen, nämlich 1. Juli 2003, Jänner 2006 ergeben, mit 30 Monaten oder 31. Das können wir beide jetzt nachrechnen.

Mir geht es jetzt aber noch um zusätzlich Folgendes: Herr Traumüller, damals vom Kabinett des Herrn Bundesministers, hat sich veranlasst gesehen, im Frühjahr 2003 – näher hat er das nicht terminiert; das ist uns so übermittelt worden – ein Schriftstück zu verfassen, wo er Folgendes schreibt – und ich wollte Sie jetzt noch einmal zu Ihren Wahrnehmungen dazu fragen; ich kann Ihnen das auch gerne bringen lassen –:

„... für die Verschiebung der Lieferungen um 18 Monte“ – und jetzt kommt's aber! – „(ursprünglich geplanter erster Lieferungstermin war Jänner 2006,...“, schreibt Traumüller.

Können Sie sich daran erinnern, dass Jänner 2006 ursprünglich geplant war?

Dr. Herbert Hillingrathner: Herr Abgeordneter, es wurden mehrmals die Terminziele umgestoßen, und für mich hat das absolut keine Relevanz gehabt, außer dass man es dann im Vertrag berücksichtigt, weil ich da keinen Einfluss gehabt habe auf die Steuerung der Liefertermine. Das war Landesverteidigung und vielleicht politische Ebene. – Ich kann dazu mehr nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es ist mir schon klar, wie Sie das begründen. Nur: Im zweiten Teil dieses Klammerausdrucks schreibt Traumüller – und auch da frage ich Sie nach ihren Erinnerungen und Wahrnehmungen –, nämlich an den Herrn Bundesminister für Finanzen mit der Anrede „Lieber Chef!“ – das habe ich Ihnen zuvor vorenthalten –:

„... aus produktionstechnischen Gründen halten wir mittlerweile“ – es hat sich also offenkundig ständig verzögert – „bei einer ersten Lieferung im Mai 2007).“

Das heißt, es ist nachvollziehbar, dass man sich jedenfalls im Kabinett damit auseinandergesetzt hat, früher zu starten; wo immer das hergekommen ist.

Da sagt aber Herr Traumüller als einer der engsten Mitarbeiter des Herrn Bundesministers: „Lieber Chef!“ „(... aus produktionstechnischen Gründen halten wir mittlerweile bei einer ersten Lieferung im Mai 2007).“

Meine Frage ist, ob Sie dazu eine Wahrnehmung haben, dass auch seitens der Produktions- und Herstellerfirma dieser Verzug hätte erzeugt werden können.

Dr. Herbert Hillingrathner: Meine Wahrnehmung ist nur, dass EADS erklärt hat, sie beginnen mit der anderen Tranche bereits zu produzieren und mit den Vorbereitungen dazu und würden in Schwierigkeiten sein, für uns die bestellten Flugzeuge in der bestellten Konfiguration früher zu liefern. Sie hätten es natürlich können, oder ausborgen von einer anderen Nation, aber das ist ja nicht sinnvoll.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich habe dazu abschließend noch eine Frage: Ist dieses Argument bei Ihnen angelangt, eingetroffen, eher im September, August 2002, oder im Frühjahr 2003, so wie Sie das jetzt ausführen, dass die Zweier-Tranche beginnen und dass wir gleich warten sollen, nämlich auf die Zweier-Tranche?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich schätze, dass war dann thematisiert, glaube ich, ab April 2003. Das Thema wurde ja öfter abgehandelt und nicht einmal.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Seltsam bleibt nur, dass das mit der Begründung, die Zweier-Tranche doch abzuwarten und diesen Leistungsumfang zu bestellen, dann genau wieder nicht eingehalten werden konnte und der Vertrag, der dann letztlich geschlossen wurde, wieder gleichzeitig beinhaltet, dass man die Flieger, die für das erste Jahr vorgesehen sind, erst recht wieder nicht aus der Zweiertranche bekommt. Das war dann ein eigener Vertragsteil.

Aber das werden wir mit anderen weiter ergründen müssen, denke ich.

Ich komme zu den Kosten, und zwar will ich Sie zunächst zu den Stückkosten befragen.

Wir gehen beide davon aus – jetzt am besten und am schnellsten –, dass die vergaberechtlichen Vorfragen soweit klar waren, dass sich in den Stückpreisen nach oben nichts verschieben darf, weil man sonst selbst mit der freiwilligen Angebotseinhaltung ein Problem hätte bekommen können.

Uns liegt ein Info-Aktenstück aus Ihrem Ministerium vor: „Dr. Tomasch/Dr. Schwarzenbörger, ApprobantIn: Dr. Hillingrathner“, aus dem hervorgeht, dass bei 24 Stück Eurofighter – bleiben wir bei den 18 Halbjahresraten – 115,3 Millionen anfallen würden oder, ohne Umsatzsteuer, 96,1 Millionen und bei 18 Stück 99,6 Millionen. Also durchaus eine Verteuerung.

Ich kann Ihnen das zeigen. Woraus ergeben sich diese Zahlen, die hier von Ihnen an das Ministerbüro Christl, in diesem Fall als Info, übermittelt wurden?

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück zur Einsichtnahme vorgelegt.)

Kennen Sie dieses Schriftstück?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich kann mich an dieses Papier nicht mehr erinnern. Nur dem Datum zufolge – das war der 18. März 2003 – war das eine Vor-Information aus dem BM für Landesverteidigung, und offenbar wurden da diese Preise zugrunde gelegt. Meines Wissens waren dann die 18 sogar billiger als die 24.

Diese Tabelle kann nur übernommen worden sein aus Daten des BM für Landesverteidigung, weil wir vom September 2002 bis zu diesem Datum, 18. März 2003, zu diesem Thema keinen Kontakt mit dem Verteidigungsministerium hatten, und wir wussten auch keine Ziffern. Das ist alles im Schrank versperrt gewesen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Also Sie geben zu Protokoll, dass das die Zahlen sind, die Sie vom Verteidigungsministerium übermittelt bekommen haben?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, wir hätten keine solchen Zahlen gehabt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, gut. – Nähern wir uns der Phase des Arbeitsbeginns, eben März/April wieder.

Mit 1. April gibt es mehrere Schriftstücke in einem Akt, und zwar wird da schon ganz deutlich in einem Gesamtvertrag, der aus VI und V II besteht, unterschieden – dann noch in verschiedene Optionen, Systemaufwand und Sonstiges.

Ich kann Ihnen auch das – ich kenne es eh schon bald auswendig – vorlegen lassen.

(*Der Auskunftsperson wird neuerlich ein Schriftstück zur Einsichtnahme vorgelegt.*)

Und dann sind wir wieder bei Betriebsaufwänden, die uns ja hier schon ein paar Mal beschäftigt haben.

Wenn Sie schauen: Das waren die Zahlen, zumindest soweit es den Vertrag und den Systemaufwand betrifft, die mit September 2002 schon festgehalten wurden, und jetzt nehmen Sie am 1.4. sozusagen wieder Leben auf. Das dürfte also das Zwischenergebnis gewesen sein. Stand: 2002.

Ich frage von unten nach oben: Da ist ein Betriebsaufwand über 30 Jahre – da müssen Sie die Summe der letzten beiden Zeilen zusammenzählen, ohne Abgaben –, von deutlich über 1,8 Milliarden angegeben.

Dr. Herbert Hillingrathner: Dieses Papier wurde gemeinsam mit einigen anderen von der Luftzeugabteilung erarbeitet und dem BMF als Diskussionsgrundlage übergeben. Diese Ziffern stammen alle nicht von uns.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, von Hofer. Dessen Name sehen Sie ja oben am Kopf des Papiers. (**Dr. Hillingrathner: Ja!**) – Es wird dann in der nächsten Runde weiter zu fragen sein, weil Sie ja von dort weg verhandeln und dann die Phase beginnt, wie das Ganze dann auf letztlich unter zwei Milliarden in den Preisen kommt.

Aber meine Fragezeit ist zu Ende. Andere werden weiter tun.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Hillingrathner, im Namen meines Klubs darf ich Ihnen sagen: Das müssen Sie missverstanden haben. Immerhin wurde ja in der Aussendung vom Abgeordneten Murauer Ihnen Respekt gezollt. So war das ja nicht. Also es war wahrscheinlich die subjektive Wahrnehmung, so dass das bei Ihnen dann zu negativ angekommen ist.

Ich möchte das nämlich nicht so im Raum stehen lassen, als hätten wir uns da auf Sie eingeschossen. Das war mit Sicherheit **nicht** der Fall, sondern wenn man die Aussendung Murauer genau liest, dann wird man erkennen, dass wir uns diesbezüglich auf die **SPÖ** eingeschossen und Herrn Dr. Hillingrathner Respekt gezollt haben. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kräuter.*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann ersuche ich, mit Herrn Dr. Hillingrathner und nicht mit der SPÖ eine Koalition zu bilden. – Aber: Sie sind am Wort!

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Zur Sache: Es hat sich bei den Vertragsverhandlungen sozusagen das Stimmungsbild „Finanzministerium gegen

Verteidigungsministerium“ so ein bisschen fortgesetzt. Wir haben den Akten entnommen, dass das Finanzressort massiv auf Kostenreduktion gedrängt und dies auch erreicht hat.

Können Sie uns darüber etwas berichten – nach der Typenentscheidung?

(Obmann-Stellvertreter Mag. **Gaßner** übernimmt den Vorsitz.)

Dr. Herbert Hillingrathner: Es hat ein Gespräch gegeben zwischen Finanzminister Grasser und Bundesminister Platter, wo man sich geeinigt hat, den Kaufpreis möglichst unter 2 Milliarden € zu drücken – dann eben 18 Halbjahresraten – und auch die Betriebskosten möglichst unter 50 Millionen € im Jahr zu drücken.

Es waren damals noch – nur als Beispiel – zwei Standorte geplant: Zeltweg und Hörsching, und mehrere Einsatzorte. Und da ist ein Standort gestrichen worden, was eine massive Einsparung gebracht hat.

Diese Ausgangsparameter wurden von politischer Ebene vorgegeben. Es hat dann, wie hier bekannt ist, eine Arbeitsgruppe zwischen Bundesministerium für Landesverteidigung und Finanzministerium gegebenen – unter Vorsitz von General Spinka und meiner Wenigkeit vom Finanzministerium –, wo sehr konstruktiv, muss ich sagen, auch von der Landesverteidigung her, alle möglichen Einsparungen diskutiert wurden.

Es war die klare politische Vorgabe, das Flugzeug muss flugtauglich und einsatzfähig sein. Soweit dürfen die Ersparnisse nicht gehen, dass dann der Betrieb nicht sichergestellt ist.

Das Ergebnis dieser Kommission waren eben dann gewisse Reduzierungen. Das ist, glaube ich, alles nachvollziehbar. Das war dann die Ausgangslage für den Beginn der Vertragsverhandlungen mit der Firma EADS. Also wir hatten dann schon präzisere Vorstellungen, in welche Richtung man geht. Es musste auch der Vertragspartner davon in Kenntnis gesetzt werden. Es haben sich ja dann zum Teil täglich Veränderungen ergeben, denn es ist leicht, mit einem Strich zu sagen, das streiche ich und das nicht, aber der Fachmann muss das im System sehen und womöglich hunderte Ansätze ändern, damit es im System zusammenpasst. – Vielleicht genügt das in dieser Richtung.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): In die juristischen Details waren ja auch die Finanzprokuratur und die Bundesfinanzierungsgesellschaft eingebunden. – Können Sie uns darüber etwas sagen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja. Natürlich bedienen wir uns der – sozusagen – nachgeordneten Dienststellen des Finanzministeriums, wenn wir schon einen Rechtsanwalt des Staates haben, die in kautelarjuristischen Fragen erfahrenen Fachleute der Finanzprokuratur, und ferner die Bundesfinanzierungsgesellschaft, die ja am Kreditwesensektor laufend tätig ist und die Staatsschulden zu finanzieren hat. Wir haben uns also dieser Fachleute bedient.

Ich glaube, der Rechnungshof hat das ohnehin sehr ausführlich dargestellt und kritisiert, warum wir mit diesen Einrichtungen keinen Werkvertrag gemacht haben. Für uns war das nahezu eine Personalunion, zumal die Kollegen früher auch als Abteilung innerhalb des Finanzministeriums positioniert waren und die Kontakte unverändert da waren.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, man hätte einerseits im Finanzressort solche juristischen Dienstleistungen budgetieren und dann mit Werkvertrag die Bundesfinanzierungsagentur bezahlen müssen. – So war das.

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein. Da gibt es überhaupt keine Entgeltlichkeit. Es ist einfach Usance, dass die Herrschaften, die das Fachwissen haben, eben gefragt werden, wie man das geschickt macht. Wir können es alleine auch machen, aber es ist besser, man bedient sich des Know-hows, das im Hause ist – und für mich zählen diese Institutionen letztlich auch **zum Hause**.

Das war gängige Übung, auch bei anderen Verträgen. Wenn wir Fragen gehabt haben, haben wir uns an diese Institutionen gewandt: formlos: telefonisch, per Mail.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Im Rechnungshofbericht ist eben von der Bundesfinanzierungsagentur und ihren – unter Anführungszeichen – „guten Diensten“ die Rede. – Können Sie uns erläutern, was da mit den „guten Diensten“ gemeint ist?

Dr. Herbert Hillingrathner: Die guten Dienste waren schlicht und einfach der Auftrag, eine möglichst preisgünstige oder billige Finanzierung zu finden, die wir als Vertragspartner dann der Firma EADS anbieten können. – Ich kann das nicht einfacher ausdrücken.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Was hat da beispielsweise zu einer Verbilligung geführt? Mit welchen Ideen, die das Finanzressort vielleicht so nicht verfolgt hat, ist die Finanzierungsagentur oder die Prokuratur gekommen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist auch nichts Neues. Ich erinnere, dass ich schon einmal hier gesagt habe, ich habe auch den Draken-Vertrag mitbetreut, in derselben Eigenschaft wie jetzt den Eurofighter. Ich war seinerzeit Staatskommissär bei einer Länderbank Exportbank AG.

Wie wir gesehen haben, dass die Zinsen der Schweden über 9 Prozent für Ratenzahlungen gelegen sind, habe ich dann dort den Vorstandsdirektor gefragt: Könnt ihr das billiger machen? – und außerdem bleibt das Geld in Österreich, auch die Zinsen. Das hat dann dazu geführt, dass ein Drei-Banken-Konsortium das finanziert hat, weit billiger im Zinssatz, und genau dieselbe Methode haben wir jetzt auch angewendet.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Die Tatsache, dass wir einen Einredeverzicht abgegeben und dafür die Zinsen um die Hälfte reduziert haben: Wer hat diese Idee gehabt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Da muss ich mich fast schuldig fühlen. Vielleicht habe ich auch noch ein Stichwort des Herrn Mag. Kocher aufgefangen. Das war ja Neuland. Da hat in mir halt der Kaufmann agiert, und das war die einzige Chance, dass wir rechtskonform diese tollen Bedingungen – nämlich diese Triple-A-Conditions – erhalten konnten.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, der Einredeverzicht war nötig, um eine Triple-A-Kondition zu bekommen, sprich eine staatsgarantierte Kondition – also wie wenn der Staat sozusagen das garantieren würde. Woher hatten Sie die Idee mit dem Einredeverzicht? Wussten Sie damals, dass die Bundesrepublik Deutschland – damals unter Schröder/Fischer – auch bei einem Beschaffungsvorgang eine ähnliche Vorgangsweise gewählt hat?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, das wusste ich nicht. Es ist nur sehr schwierig. Wir hätten das vielleicht überhaupt nicht zustande gebracht, weil wir so aufpassen müssen, dass wir keine Finanzschuld begründen. Das war bei anderen Vertragsverhandlungen auch oft schwierig. Wenn uns das passiert wäre, wäre der Finanzminister vom Parlament als solcher sicher abgesetzt worden.

Ich weiß nur von Seiten des Ministers Androsch, den hat es einmal fast erwischt, mit der Finanzierung der UNO-City. Seitdem war ich da immer auf der Hut. Diese Konstruktion ist eben so gewählt, dass das nicht passiert. Andererseits aber – wir sind ja auch Bankaufsicht – hat auch die Bank gewisse Verpflichtungen aus dem Titel **Kreditwesengesetz** zu übernehmen und kann sich nicht auf zu große Risiken einlassen.

Was die Bank oder EADS gefordert hat, hätte pfeilgerade zu einer Staatsschuld geführt. Wir haben also eine Konstruktion ersonnen, dass wir in keinem Vertragsverhältnis zur Bank stehen, sondern nur zu EADS, und die Zahlungsströme EADS und Bank beziehungsweise das interne Rechtsverhältnis so gestaltet ist, dass beide damit leben können.

Und die erfolgte Zession kann ich nicht verhindern. Ich kann jede Forderung zedieren. Das ist eine übliche Vorgangsweise des Geschäftslebens. Ich hätte sie also nicht verhindern können, und es bedeutet in keiner Weise irgendeine Verbindlichkeit gegenüber der Bank, außer die aus der ursprünglichen Zessionsforderung.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Hatte die P.S.K. nicht selber Triple-A?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein. Keine Bank hätte das machen dürfen, wenn nicht diese Sicherheit des Staates gegeben worden wäre. Alle anderen Konstruktionen, die wir ventiliert haben, wären schon kommerzbankliche Geschäfte gewesen, und da hätten wir nicht mehr die Triple-A-Konditionen bekommen.

Es war ja so, dass unsere Bundesfinanzierungsagentur vier Institute angeschrieben hat, mit der Bitte, ein Offert zu legen. Das wurde auch stark thematisiert. Die Herrschaften haben ja große Erfahrung darin, wer was wo kann, und da sind eben nur zwei Institute – die City Bank und die BAWAG – sozusagen in die engere Auswahl gekommen, wobei die City Bank Forderungen gestellt hat beziehungsweise die Begleiterscheinungen so waren, dass vermutlich nach monatelangen Verhandlungen und teuren Expertisen doch nicht diese günstige Finanzierung zustande gekommen wäre.

Ich will das jetzt nicht im Detail erzählen, aber es ist recht „heavy“, mit Amerikanern, die sehr formal agieren, zu arbeiten. Ich war selbst einmal Staatskommissär, auch bei der City Bank in Österreich. Also ich kann das beurteilen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wie viele Millionen haben wir uns denn durch diese Konstruktion erspart?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich kann von verschiedenen Ziffern ausgehen. Wenn ich die ursprüngliche Zinsbelastung und die jetzige Nettozinsbelastung rechne, dann waren das 127 Millionen €.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): 127 Millionen €, das sind ja fast 2 Milliarden Schilling.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, das ist ein gewaltiger Betrag, und der hat uns schon animiert, dass wir eben so einen Einredeverzicht in Kauf nehmen, der gewisse Erschwernisse bringen würde, wenn es Probleme gibt, aber letztendlich hat die Republik jederzeit die Möglichkeit hat, zu ihrem Recht zu kommen und ihre Forderungen einzuklagen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, das Risiko war ein relativ geringes. – Worin bestand eigentlich das Risiko?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das Risiko besteht zum Beispiel darin, dass EADS nicht produzieren oder nicht rechtzeitig liefern kann oder in Konkurs geht. Nur, das sind ja lauter theoretische Überlegungen. Solche Riesenfirmen haben einen Ruf zu verlieren. Außerdem ist ja auch bekannt, dass wir eine Patronanzerklärung der vier Core Nations gefordert haben, sodass wir wirklich die Sicherheit haben, dass das so, wie wir bestellt haben, auch ausgeliefert wird. – Alles andere ist für mich ehrlich gesagt unvorstellbar.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und haben wir diese Patronanzerklärung bekommen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Die ist im Vertrag drinnen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Hat es noch weitere Ersparnisüberlegungen im Zuge der Vertragsgestaltungen gegeben, also neben der Kostenreduktion durch weniger Flieger, nur einen Standort, weniger Flugstunden und den von Ihnen eben erwähnten auf die Hälfte reduzierten Zinssatz durch die Konstruktion mit Triple-A-Konditionen? – Gab es noch weitere Kostenreduktionsbemühungen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Wir haben auch noch durch eine Haftungseinschränkung über nahezu, glaube ich, 33 Millionen € lukriert. Das ist auch ein gewaltiger Betrag. Die Firma EADS hat ja eine jährliche Eskalation von 4 Prozent begehrts, also Preissteigerung auf Grund des Ratengeschäfts. Das haben wir auf 1 Prozent gedrückt. Insgesamt sind, glaube ich, 305 Millionen € vom Preis letztlich heruntergekommen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Danke, Herr Hillingrathner. Sie haben uns jetzt sehr eindrucksvoll vor Augen geführt, dass Sie erfolgreich verhandelt haben.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, wir waren zumindest zufrieden mit dem Ergebnis.

Obmann-Stellvertreter Mag. Kurt Gaßner: Hoffentlich lesen wir dann morgen nichts anderes.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Herr Dr. Hillingrathner, ich möchte am Beginn noch einmal festhalten, dass ich bei der letzten Aussprache festgehalten habe, dass ich Ihre Aussagen als **seriös** einstufe und Sie keinesfalls den Eindruck erweckt haben, etwas „auszuplaudern“, sondern Sie waren aus meiner Sicht der Wahrheit ziemlich nahe. Natürlich haben Sie die Erfahrung nicht, die wir mit dem Kollegen Murauer haben. Wir haben ja mehrere Presseaussendungen in den letzten Jahren zur Kenntnis nehmen dürfen. Uns würde es nicht so aufregen, sage ich Ihnen ganz offen. (*Dr. Hillingrathner: Danke!*)

Herr Dr. Hillingrathner!, den Vorteil des Einredeverzichtes haben wir jetzt schon kennen gelernt. – Was sind aus Ihrer Sicht die bewusst in Kauf genommenen **Nachteile** bei einem **Einredeverzicht**?

Dr. Herbert Hillingrathner: Die Nachteile sind: Ich muss die an die Bank zedierte Forderung zahlen – egal, was passiert. Also wenn Eurofighter schlecht liefert und ich habe Garantieansprüche, kann ich zum Beispiel keine Kompensation machen, indem ich weniger zahle. Aber ich kann im nächsten Monat nach der Zahlung die Differenz einklagen: also von Eurofighter direkt den Schaden verlangen.

Ich glaube, man muss auch nicht klagen. Man muss sich vorstellen, wenn solche Sachen wirklich eintreten, zeichnet sich das schon Monate vorher ab, und dann wird man entweder eine einvernehmliche Lösung finden oder eine Vertragsänderung machen oder sonst etwas. Es will ja da keiner Prozess führen. – Ich halte das aber alles für theoretische Überlegungen. (*Obmann Dr. Pilz übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Welche Auswirkungen hätte es eigentlich gehabt, wenn der Vertragspartner BAWAG in den von uns nicht gewollten Konkurs gegangen wäre? Was wäre da passiert? – So absurd ist es natürlich nicht, dass irgendetwas passiert.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich nehme an, da wäre nichts passiert, denn erstens einmal hat ja die BAWAG auch gewaltige Rückversicherungen gemacht. Es ist ja nicht so, dass das allein die BAWAG finanziert, überhaupt auf die Langfristigkeit. Zweitens wären die anderen Banken eingesprungen. Das ist so.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Habe ich Sie richtig verstanden, Sie haben zuerst gesagt, Auftrag war einmal in erster Linie, auf einen Kaufpreis von **unter** 2 Milliarden zu kommen. (**Dr. Hillingrathner:** Ja, das war ... Vorgabe!) Wer hat das gewollt, in welcher Form? Man hat ja dann einige Dinge – Sie haben gesagt, Standorte – weggelassen und so weiter.

Hat man dann auch darüber nachgedacht, ob die Effizienz dieser Luftraumüberwachung dadurch leiden würde?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das war Aufgabe der Militärs, und in stundenlangen Diskussionen in dieser Arbeitsgruppe wurde überall das Pro und Kontra dargelegt.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Es hat immer wieder geheißen, man hätte in Zeltweg schon vorab Adaptierungen für die entsprechenden Hallen vorgenommen, allerdings zu Beginn in Blickrichtung Gripen. – Ist Ihnen da etwas bekannt? (**Dr. Hillingrathner:** Nein!)

Ich möchte noch anmerken: Sie haben bei den letzten Ausführungen immer sehr offen und glaubwürdig und auch, wie wir heute wissen, richtig geantwortet. Bei einer Sache sind Sie allerdings nicht richtig gelegen, und zwar habe ich Sie gefragt, ob Sie wissen, wer diese nette Feier bezahlt hat, ob Sie sich vorstellen können, dass das EADS gewesen ist. Da haben Sie gesagt, nein, sie glauben, das wäre Wolf gewesen oder – unter Anführungszeichen – „die Luftwaffe“. – Es war EADS, darf ich Ihnen mitteilen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Danke. Ich habe es in der Zeitung gelesen. Ich hatte keine Ahnung.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Herr Dr. Hillingrathner, wie schätzen Sie von Seiten des Bundesministeriums für Finanzen die Zufriedenheit mit der endgültigen Vertragslösung ein?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist eine schwierige Frage. Ein Ministerium hat nicht zufrieden zu sein; das hat keine „Gefühle“. Jedenfalls haben wir mit dem Kaufpreis von den 1,59 Milliarden € das Ziel erreicht ; den Preis sogar unterschritten. Und das ist ein Festpreis.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Dann frage ich Sie persönlich nach Ihrer Einschätzung und Bewertung der Stellung der Republik Österreich als Vertragspartner in diesem Vertrag: Wie schätzen Sie sie ein? War die Stellung positiv beziehungsweise hat von der Wichtigkeit die Stellung des Vertragspartners Österreich gegenüber EADS überwogen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Mein Eindruck war folgender: EADS hat sich ja als Generalbevollmächtigten einen Herrn Dipl.-Ing. Faltlhauser ausgewählt, der auch schon halb in Pension war – den hat man dann wieder zurückbeordert –, ein sehr geradliniger, korrekter Mann, der keine persönlichen Interessen mehr hatte, fair, aber hart in den Verhandlungen, ein Bergsteigertyp; geht in Österreich auch bergsteigen.

Auch die anderen Herrschaften waren sachlich und fair in der Verhandlung. Da waren manchmal wir, möchte ich sagen, fast unfaire. Österreich war schließlich der erste Exportkunde, und das hat uns sicher geholfen, dass wir so ein gutes Ergebnis hatten.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Wie meinen Sie das, es hat geholfen, dass wir so ein gutes Ergebnis hatten?

Dr. Herbert Hillingrathner: Wenn bei einer Firma die Auftragsbücher voll sind, und ich muss mich anstellen und bekomme vielleicht einmal in drei Jahren oder in fünf Jahren ein Flugzeug, dann ist die Position des Anbieters stärker: Wenn du ihn haben willst, musst du zahlen! – Das ist eben so im Geschäftsleben üblich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Dr. Hillingrathner, Sie waren sehr maßgeblich in die Frage der Entscheidung und der Planung der Liefertermine eingebunden. – Ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein. – Die Liefertermine waren für mich so ziemlich das Uninteressanteste. Ich möchte das hier deponieren.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich möchte Sie mit folgenden Akteninhalten konfrontieren:

Sie haben selbst einen Akt hergestellt, mit dem Datum 30. Juni 2003 – Dr. Hillingrathner, 30. 6. 2003, Dr. Tomasch, offensichtlich kanzleimäßig erfasst –, und darin heißt es wörtlich:

Am 20. März 2003 gaben nach einem gemeinsamen Gespräch Herr Bundesminister für Finanzen Mag. Grasser und Herr Bundesminister für Landesverteidigung Platter den Auftrag für die Bildung einer interministeriellen Arbeitsgruppe – BMLV: Generalleutnant Spinka, BMF: Ministerialrat Dr. Hillingrathner – zur Kostenerfassung und Ermittlung von Einsparungspotenzialen. Es folgten mehrere Besprechungen auf Beamtenebene. – Zitatende.

Sie erinnern sich an diesen Aktenvermerk, den Sie verfasst haben?
(**Dr. Hillingrathner: Ja!**)

Herr Wall hat einen handschriftlichen Aktenvermerk vom 26. April 2003 verfasst, den ich Ihnen vortragen möchte:

„Das BMF hat dem BMLV alle Eckdaten“ – ich muss langsam lesen, weil es ist seine Handschrift, das ist nicht maschinschriftlich erfasst – „für Preise und Finanzierung vorgegeben:

Verschieben der ausverhandelten Daten: erste Zahlung November 2004, erste Lieferung November 2005 und Bezahlung in 18 gleichen Halbjahres-Raten um ein Jahr.

Das heißt: erste Zahlung November 2005, erste Lieferung jedoch mit der Begründung durch Maastricht-Kriterien auf nach Jänner 2007, lieber noch später.

Von Eurofighter wurde ein Lieferplan mit Beginn Mai 2007 vorgelegt. Eurofighter könnte auch vereinbarungsgemäß im November 2005 liefern. Die nunmehrige Lieferverzögerung und Wettbewerbsverzerrung kann ich nicht ganz lesen, was das heißen soll, Wettbewerbsverzerrung könnte es heißen – „hiedurch kann nicht nachvollzogen werden, da Eurofighter die Vorgaben des BMF einhält.“

Im Mai 2007 werden Tranche-2-Luftfahrzeuge geliefert, und es müssen keine Tranche-1-Luftfahrzeuge, wie bei Lieferung November 2005, nachmodifiziert werden.

Werden die nunmehr verhandelten Termine neuerlich verschoben, so wirkt sich das nachhaltig auf Eskalation – ich kann mit dem Begriff in dem Zusammenhang nichts anfangen, zumal er auch falsch geschrieben wurde – und Finanzierung aus.

Das BMLV schließt keine Kreditverträge ab, dies ist Kompetenz des BMF. – 26. April 2003, Wall.“ – Zitatende.

Gehen wir bei diesem Aktenvermerk der Reihe nach vor:

Das heißt, Herr Wall sagt in diesem Aktenvermerk, dass das BMF – das heißt, Sie – verlangt hätten, dass die Liefertermine und damit auch die Zahlungstermine verschoben werden. – Was sagen Sie zu diesem Vorhalt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe nichts anderes als eine politische Weisung umgesetzt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Sie hatten eine politische Weisung, das so zu machen? (**Dr. Hillingrathner:** Ja!) – Von wem ist diese politische Weisung ausgegangen?

Dr. Herbert Hillingrathner: In dieser Periode habe ich zum Herrn Bundesminister Grasser wenig Kontakt gehabt, da ja bekanntlich Dr. Traumüller ab Beginn April 2003 führend mitverhandelt hat und als ehemaliger Kabinettschef beim Minister dann den direkten Kontakt zum Herrn Bundesminister gepflogen hat. – Die meisten Orders habe ich über Dr. Traumüller bekommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, die politische Weisung, das so zu machen, kam von Dr. Traumüller, und Sie nehmen an, im Auftrag des Bundesministers Grasser?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das weiß ich nicht, ob es im Auftrag von Bundesminister Grasser war. Mir hat es Dr. Traumüller eben so übermittelt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt also, das, was da Herr Mag. Wall zusammengeschrieben hat, ist authentisch und beruht auf einer politischen Weisung des Dr. Traumüller. Die von Mag. Wall protokolierte Verschiebung geht auf eine politische Weisung, die von Dr. Traumüller an Sie ergangen ist, zurück, und daher ist die Formulierung authentisch.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja. Ich nehme an, das wird mit Minister Platter akkordiert gewesen sein. – Ich weiß es aber nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut, das ist eine Zusatzinformation (**Dr. Hillingrathner:** Ich weiß es nicht!), dass Sie annehmen, dass diese politische Weisung, die Traumüller an Sie gerichtet hat, wahrscheinlich mit Minister Platter akkordiert war. – Darüber schreibt Herr Mag. Wall nämlich hier nichts.

Nun sagt er im Zusammenhang mit dieser Verschiebung, dass da die Maastricht-Kriterien eine Rolle spielen. – Könnten Sie uns das erläutern?

Dr. Herbert Hillingrathner: Diese Maastricht-Kriterien sind eine sehr schwierige Materie, zu der ich mich am liebsten nicht äußere, denn die meisten kennen sich nicht aus: Ist das bereits jährlich darzustellen als eine Finanzschuld des Staates oder ein Budgetabgang oder nicht?

Das ist immer eine Gratwanderung, ob die EU das dann schluckt oder nicht, weil es geht immer nach den Maastricht-Kriterien um den Umfang der Staatsverschuldung. Wenn wir da jährlich solche Beträge hinzurechnen, tut das natürlich dem Finanzminister weh.

Ich traue mich darüber wirklich keine Auskunft zu geben. – Da ist bei uns Dr. Fleischman der Fachmann dafür, und der hat auch geächtzt, das beurteilen zu müssen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es wird dann der Wunsch aus dem Finanzministerium auf Grund einer politischen Weisung geäußert, keinesfalls vor Jänner 2007 zu liefern, lieber noch später.

Dann schreibt Herr Mag. Wall weiter: Von Eurofighter wurde ein Lieferplan vorgelegt, mit Beginn Mai 2007. – Zitatende.

Das heißt, dass Eurofighter im Grunde vor Mai 2007 gar nicht lieferfähig war. – Ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist sicher **nicht** richtig. Sie haben doch selbst gesagt, sie hätten schon 2005, 2006 liefern können.

Nur, es war offenbar das politische Ziel, die Zahlungen, die ursprünglich 2006 vorgeschlagen waren, ins Jahr 2007 zu ziehen. Und wenn wir dann schon zeitig zu zahlen beginnen, und das Flugzeug wird erst ein Jahr oder eineinhalb Jahre später geliefert, das war dann auch nicht ... – Also, Zahlung und Lieferung sollten ja eine gewisse Harmonie bilden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Jetzt greife ich vor und komme auf den Schlussbereich dieses Aktenvermerks zu sprechen. Da sagt Wall:

Wenn im Mai 2007 geliefert würde, dann wären das Tranche-2-Flugzeuge, während wenn man früher geliefert hätte – also bereits November 2005 –, dann wären das Tranche-1-Flugzeuge – was immer wieder in Abrede gestellt wird; hier sagt es aber Wall sehr deutlich –, die man dann hochmodifizieren müsste. – Zitatende.

Ist diese Darstellung richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Meines Wissens nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wieso ist sie nicht richtig? Wieso irrt Herr Wall hier?

Dr. Herbert Hillingrathner: Da müssen Sie Ministerialrat Wall fragen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich frage Sie jetzt, warum das nicht richtig ist, was Herr Wall schreibt.

Dr. Herbert Hillingrathner: Vielleicht wurde es so kommuniziert. Wir sind nicht wirklich die Tranchen-Spezialisten. Faktum ist, dass wir, wenn ich es genau nehme, keine Tranche bestellt haben, sondern den Leistungsumfang eines Flugzeuges. Und wenn alle geliefert sind, werden alle auf einen Stand modifiziert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist schon richtig, aber halten wir fest, dass wir das, was wir bestellt haben – der Leistungsumfang, den wir bestellt haben –, unter dem Arbeitstitel **Tranche-2-Flugzeuge** sehen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, die Flugzeuge werden alle Tranche 2 sein, aber meines Wissens sind die ersten vier noch Tranche 1. – Also, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, nur: Der Punkt ist der, dass offensichtlich – es sind übrigens nicht die ersten vier, sondern die ersten sechs, da hat mein Mitarbeiter Recht; das ist also auch schon geklärt worden – auf einmal vom Finanzministerium, korrespondierend mit Eurofighter, ein späterer Liefertermin gewünscht war, den offensichtlich das Verteidigungsministerium so **nicht** haben wollte.

Dr. Herbert Hillingrathner: Die Befindlichkeit des Verteidigungsministeriums – entschuldigen Sie – wusste ich nicht und weiß ich auch nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie waren ja mit dem Herrn Spinka eine Art interministerielle Arbeitsgruppe!

Dr. Herbert Hillingrathner: Moment, wann war das?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist 26. April 2003.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das war noch innerhalb der Arbeitsgruppe. (*Abg. Mag. Stadler: Ja!*) – Wir haben ja am 28. noch eine Arbeitsgruppe gehabt. Da haben wir halt einmal offenbar unsere Vorstellung deponiert, und über die ist dann weiter gesprochen worden. Das war nicht das Endergebnis.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wall sagt, dass diese nunmehrige Lieferverzögerung nicht nachvollzogen werden kann.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, das war dann Gegenstand der Besprechung auch in der dritten Arbeitsgruppensitzung. Und da ist halt dann das offenbar so weit bereinigt worden, dass auch das Heer damit leben konnte. – Das sind lauter Zwischenschritte; das hat sich täglich gedreht. Es wurden halt da Vorstellungen deponiert, die zum Teil realisierbar waren und zum Teil nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dann hat man, bereits am 22. April 2003, festgelegt – weil Sie nämlich jetzt von vier Flugzeugen reden, die aber mittlerweile auf sechs Flugzeuge augenscheinlich abgeändert wurden –, dass folgende Lieferzeiten eingehalten werden: 4 Stück Luftfahrzeuge 2007, 12 Stück 2008 und 2 Stück 2009. – Können Sie sich daran erinnern?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist jene Größe, die, glaube ich, im Vertrag steht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die in den Vertrag hineingekommen ist. Und dann ist man eben hergegangen, wenige Tage später, und hat, abgehend vom Vertrag, gesagt: Nein, das steht zwar im Vertrag, aber wir wollen es eigentlich viel später haben.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist mir neu.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das steht aber hier drinnen in dem mir vorliegenden ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Mag sein. Entschuldigung, ich kenne das nicht. Ich weiß auch niemanden, der sie später haben wollte. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wall bezieht sich da auf die Forderungen des BMF. – Das waren **Sie** damals.

Dr. Herbert Hillingrathner: Moment: Dass **wir** es später haben wollten als ...?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja. Und zwar sagt er – offiziell war die Begründung: Maastricht-Kriterien –: Jedenfalls nach Jänner 2007, aber lieber noch später.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, noch später war der Mai.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja (*Dr. Hillingrathner: Und nicht der Erste!*), Mai 2007. Und das korrespondiert mit dem Lieferplan, den dann die Eurofighter vorgelegt hat.

Schauen Sie: Gab es eine Absprache – um es auf den Punkt zu bringen – zwischen dem Finanzminister und Eurofighter, was diesen Lieferplan anlangt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Bitte, da war überhaupt noch kein Kontakt zu Eurofighter. Ich habe, glaube ich, am 1. April oder am 6., 7. April zum ersten Mal mit Eurofighter-Leuten zu tun gehabt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, ich meine jetzt den Finanzminister, weil Sie ja die Weisung dafür – das haben Sie ja vor ein paar Minuten ausgesagt – von Herrn Traumüller bekommen haben. Das muss daher vom Finanzminister ausgegangen sein. Herr Traumüller wird ja nicht nur, weil er schlecht geträumt hat, eine Weisung an Herrn Dr. Hillingrathner weiterleiten.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich würde mich wundern, wenn Minister Grasser das mit Eurofighter ausgemacht hätte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich nicht! Entschuldigen Sie bitte, mich würde das **nicht wundern**.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich weiß schon, nur: Ich kann mir das nicht vorstellen. Und: Ohne Militär geht ja nichts! Militär ist ja das führende Ressort. Und das ist sicher ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Dr. Hillingrathner, da geht eindeutig daraus hervor, dass das Militär einfach vor vollendete Tatsachen gestellt wurde (**Dr. Hillingrathner: Ich weiß es nicht!**) – schlicht und einfach!

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Weil Herr Mag. Wall sich dagegen noch wehrt und sagt, das kann nicht mehr nachvollzogen werden.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich kann dazu keine Aussage machen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir halten aber fest: Die Weisung kam von Dr. Traumüller. Das, was Wall hier beschrieben hat, ist richtig, dass der Wunsch vom Finanzministerium ausgegangen ist.

Sie können aber darüber hinaus nichts sagen, was den tatsächlichen Hintergrund dieses Vorganges anlangt.

Dr. Herbert Hillingrathner: So ist es.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich möchte Sie nun mit etwas anderem konfrontieren, wo ich auch zuvor schon Frau Dr. Schwarzendorfer damit konfrontiert habe. Sie haben gemeinsam mit Frau Dr. Schwarzendorfer eine Information für Herrn Staatssekretär Dr. Finz fertig gestellt, die zu Beginn der Rechnungshofprüfung für Dr. Finz gemacht wurde. Ich zitiere Ihnen die Passage, um die es mir geht. – Ich lese Ihnen den ganzen Absatz vor, wenn Sie wollen:

„Der Prüfauftrag des RH dürfte beinhalten, alles und vor Allem alle Schriftstücke, Infos, Weisungen, Akten, externe Korrespondenzen, FAX- und Mailbestätigungen etc. einzusehen, alle Verhandlungsschritte und internen Überlegungen bzw. Gründe für die Gestaltung der einzelnen Vertragspunkte nachzuvollziehen. Offenbar sollen“ – und jetzt kommt der zentrale Absatz – „allfällige Ungereimtheiten oder Einflussnahmen von politischer Ebene in Richtung einer bestimmten Produktauswahl oder Hinweise auf korruptive Indizien aufgedeckt werden. Da Dr. Pilz immer wieder vertrauliche Unterlagen oder interne ‚Nonpapers‘ vorlegt, existiert auch die Angst, es könnten von ihm Verhandlungsunterlagen oder Korrespondenzen des BMF vorgelegt werden, die die RH-Prüfer nicht erfasst haben. Für diesen Fall wären die Prüfer unglaublich und blamiert und hätten für den Fall erwarteter parlamentarischer Debatten oder Untersuchungsausschüsse ein schwieriges Standing.“ – Ende des Zitats.

Man hat also bereits im Jahre 2004 einen Untersuchungsausschuss erwartet!

Gehen wir der Reihe nach vor: Welche allfälligen Ungereimtheiten und politischen Einflussnahmen haben Sie in Bezug auf die Produktauswahl gemeint, als Sie das verfasst haben?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das kann ich, ehrlich gesagt, nicht mehr sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben keinerlei Vorstellungen, wie Sie ...? – Es war ja immerhin eine Information für ein Regierungsmitglied, wo Sie für Staatssekretär Finz offensichtlich eine entsprechende Unterlage vorbereitet haben!

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich kann nicht mehr sagen, was da der konkrete Hintergedanke war. Sorry!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie andere Erinnerungen daran, was Sie mit „korruptiven Indizien“ gemeint haben, die da – offensichtlich bereits in Erwartung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses – thematisiert wurden?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich nehme an, das waren eher abstrakte Überlegungen, denn wir hatten keinerlei Konnex zu irgendeiner Korruption oder korruptiven Beziehung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, das finde ich jetzt eigenartig: Zwei Spitzenbeamte schreiben an einen Staatssekretär, dass sie erwarten, dass es unter Umständen einen Untersuchungsausschuss geben könnte, dass allfällige Ungereimtheiten aufgedeckt werden sollten, politische Einflussnahmen auf die Produktauswahl aufgedeckt werden sollten und in diesem Zusammenhang aufgedeckt werden könnte, dass es korruptive Indizien gibt. – Das kann ja nicht aus heiterem Himmel erfunden worden sein!

Schauen Sie, wenn Sie mir das als Regierungsmitglied geschickt hätten, dann hätte ich gesagt: Passen Sie auf, Herr Doktor, jetzt kommen Sie einmal her und erklären Sie mir, was Sie hier meinen! – Hat das Herr Dr. Finz gemacht? (**Dr. Hillingrathner: Nein!**) – Hat er nicht gemacht. Also er war offensichtlich durchaus der Meinung, dass das alles irgendwie plausibel ist?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das weiß ich nicht, welcher Meinung **er** war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber Sie haben kein Echo mehr bekommen auf diese ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe kein Echo bekommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und Sie haben keinerlei Erinnerungsvermögen mehr, was Sie damit gemeint haben – ist das **auch** richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ehrlich gesagt, nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha. (**Dr. Hillingrathner: Sorry!**) – Meine Fragezeit ist erschöpft.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kann man das in einer nächsten Runde Herrn Hillingrathner direkt vorlegen, dass er sich das durchliest? Denn – nur eine kurze Bemerkung –: Ich denke mir, wenn ein Staatssekretär so etwas auf den Tisch bekommt, mit dem Hinweis auf mögliche Korruption und so weiter, kann das ja nicht ohne Reaktion bleiben – zumindest entspricht das meiner Vorstellung. (**Abg. Dr. Fekter: Das war ja gedacht zum Abwehren von Korruption!** – Gegenruf des Abg. Mag. **Stadler.**) – Noch spannender!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, dem wird gerade noch nachgegangen.

Wenn die freiheitliche Fraktion erlauben würde, könnten ja wir, die Grünen, dieses Stück gleich vorhalten, dann geht es schneller. (*Zustimmung bei der FPÖ.*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Ist ja vernünftig, gleich da weiterzumachen. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*) – Lesen Sie sich das in Ruhe durch! – (*Zu einem Bediensteten der Parlamentsdirektion:*) Und wenn Kollege Kogler dann mit den Fragen beginnt, dann bitte die Zeit laufen zu lassen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie jetzt eine Erinnerung, was Sie mit „korruptiven Indizien“ gemeint haben könnten?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich lege das so aus – und ich glaube, so war es gemeint –, dass es Ziel des Rechnungshofes war, allfällige Ungereimtheiten oder Einflussnahmen von politischer Ebene in Richtung einer bestimmten Produktauswahl oder Hinweise auf korruptive Indizien aufzudecken. – Das haben wir auf Grund der Formulierung des Rechnungshofes erschlossen, dass er so etwas möchte.

Offenbar bringt das sozusagen die Angst zum Ausdruck, wenn wir gewisse Papiere nicht vorlegen, weil wir sie halt nicht finden oder sie im Moment aus unserem Bewusstsein sind, dass das dann ausgelegt werden könnte: Wir haben etwas zu verbergen. – Und das hatten wir nicht! – So ist das zu verstehen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Noch einmal die Frage: Und Herr Staatssekretär Finz hat keine Reaktion gezeigt auf Grund dieses Informationsstückes?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, denn ich glaube, er hat auch keine Veranlassung gehabt: Das war ja unserer Auffassung nach die Stoßrichtung, die wir vermutet haben, dass sie jene des Rechnungshofes ist, in diese Richtung zu forschen. Er hat ja auch einen klaren Prüfungsauftrag gehabt, nehme ich an, auch in diese Richtung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das war jener vom Bundesminister Scheibner noch? Handelt es sich um jenen Rechnungshofbericht, den das BMLV ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Um den ersten, ja. – Also das, was hier steht, sind nicht unsere Überlegungen, sondern das war nach unserer Auffassung das Ziel des Rechnungshofes, auch das beurteilen oder da Wahrnehmungen machen zu können. Aber das soll nicht heißen, dass wir jetzt angenommen haben, wir haben Unterlagen, die diese Sachen vielleicht bestätigen würden oder ein Indiz für solche Sachen gewesen wären. Die hatten wir auch nicht. Daher war das mehr oder minder harmlos für den Staatssekretär: Wir glauben, das hat auch den Prüfauftrag umfasst – auf Grund des Rechnungshofes eben, was er alles von uns wollte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay. Mir liegt es ja dann gerade nicht vor – das war nur ein Versuch, dass wir gleich weiterkommen an dem Punkt –, andere werden vielleicht wieder darauf zurückkommen.

Wir kommen, Herr Dr. Hillingrathner, zurück auf die verakteten Teile zu den Kosten. Jetzt habe ich Ihnen vorher ein Papier von der Luftzeugabteilung bringen lassen, wo wir übereingestimmt haben, dass Ministerialrat Hofer Ihnen die Zahlen übermittel hat. Jetzt war am Schluss die Frage der Betriebskosten noch offen. Da waren es 1,8 Milliarden und sogar noch mehr für 30 Jahre. – Das hätte ja bedeutet, nach Adam Riese, dass es ein bisschen über 60 Millionen pro Jahr sind.

Und, wie gesagt, aus anderen Aufzeichnungen geht hervor, dass Sie im März, April 2003 Berechnungen – die Abteilungen im BMLV, möglicherweise auch Sie selber korrespondierend – vorgenommen haben.

Jetzt war aber die Situation zuvor so, dass man immer noch von Betriebskosten von 50 Millionen € ausging. – Haben Sie dazu irgendeine Erklärung, warum mit Stand März 2003, eigentlich 1.4., wie es hier steht, immer noch von Betriebskosten von 60 Millionen ausgegangen wird?

Dr. Herbert Hillingrathner: Wie ich gesagt habe, war Stillstand. Und damit wir überhaupt eine Vorstellung haben, haben wir solche Unterlagen erbeten. Nach meiner Erinnerung bezieht sich diese Aufstellung auf 24 Flugzeuge und nicht auf 18. Ich habe hier einen Vermerk, dass das bei 18 Eurofightern 1 792 und 2 150 Millionen € sind – also nicht 2 167 und 2 64... – Das Ganze bezieht sich auf 24 Flugzeuge. – Es war auch, wie Sie vielleicht gesehen haben, sehr schwierig, den Zusammenhang der im Ankaufsgesetz genannten Beträge und dann der Verhandlungsgrundlage herzustellen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das kann nicht ganz sein, da sich diese September-Zahlen meines Wissens bereits auf 18 Flugzeuge bezogen haben. Aber so schnell bin ich jetzt nicht – möglicherweise kommen wir darauf noch einmal zurück.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe hier dezidiert einen Vermerk – Auskunft Scheibner –: 18 Eurofighter, bei denen sind viel die Beträge niedriger.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Bitte? Was können Sie noch ergänzend beitragen? – 18 Eurofighter ...

Dr. Herbert Hillingrathner: 18 Eurofighter, 18 Halbjahresraten – Auskunft Minister Scheibner –: 1 792 und 2 150; ohne Abgaben und mit Abgaben, die Preise. – Daher sind die 2 167,8 für 24 Stück. – Ich glaube, dass das so stimmt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, nein, die 1 792 sind schon im Ministerratsvortrag aufgetaucht und sind auch als falsch kritisiert worden vom Rechnungshof – aber ich muss da selber noch reinschauen.

Nur: Im gleichen Aktenstück befinden sich in der Spalte „Nettopreise“ – im Übrigen, ich lasse Ihnen das gleich vorbringen; das ist jenes Stück, das Ihrer Aussage nach das Schlamassel verursacht hat –, da stehen nämlich auf 18 Stück wieder diese 2,167 Milliarden. Das war ja die übernommene Zwischenverhandlungsvertragsbasis vom September.

Um das geht es jetzt aber genau wieder nicht, das ist nur nebenbei geklärt. Jetzt geht es um diese Anmerkung 3 – in Ihrer Nummerierung –, und da heißt es:

„HBMLV hat beauftragt, die EADS-Nettobestellsumme nominell unter zwei Milliarden Euro zu drücken und den Restbedarf unter Titel ‚Betriebsaufwand‘ zu verbuchen.“

Dann merken Sie selbst noch an – sinniger- und logischerweise –: „Eine Verbilligung ergibt sich dadurch nicht.“

Die Frage dazu: „HBMLV hat beauftragt, ...“

Wen hat der Bundesminister beauftragt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das Verteidigungsministerium. Die Tabelle ist ja nichts anderes als in Kurzform der Inhalt einer Aussprache mehrere Tage zuvor im Verteidigungsministerium.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Jetzt haben Sie aber vorhin bei der Befragung durch den Kollegen Stadler der These nicht widersprochen, die er zusammenfassend formuliert hat, dass das Finanzministerium eigentlich der Urheber dieser zwingenden Idee sei, dass man unter 2 Milliarden kommen soll, zumindest in der Darstellung.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, da muss ich leider wieder relativieren – Entschuldigung ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Macht nichts.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das widerspricht sich ja nicht: Die Idee des Finanzministers war immer, zu sparen, zu sparen oder runterzukommen, und das hat Minister Grasser dem Herrn Minister Platter gegenüber kommuniziert. Und beide Minister sind übereingekommen – das habe ich gesagt –, in einer Aussprache, dass sie eben **unter** 2 Milliarden € gehen wollen. Also das war dann gemeinsamer Wille. Der Verteidigungsminister musste das seinem Haus kommunizieren, und das hat er getan.

Das wurde uns wieder mitgeteilt anlässlich dieser Besprechung – ich weiß nicht, war das am 19. März oder wann –, dass eben der Auftrag besteht innerhalb des Verteidigungsministeriums, unter die 2 Milliarden zu kommen und in dieser Richtung zu verhandeln. – Das war eben ein Vorwegauftrag an die Arbeitsgruppe.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, die schon bestanden hat: auf der einen Seite Spinka ... (**Dr. Hillingrathner:** Ja!) – Gut, wir reden weiter vom Gleichen. – Sie führen aber dementsprechend aus:

„.... zu drücken und den Restbedarf unter Titel ‚Betriebsaufwand‘ zu verbuchen.“

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, wenn es da steht, wird es so gesagt worden sein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wird es so gesagt worden sein. (**Dr. Hillingrathner:** Ja!) – Gut. – Ich muss Ihnen das offensichtlich nicht mehr vorhalten. Sie haben ja ohnehin gesagt, Sie haben das im Haus dann nach längerer Suche wieder gefunden.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe es, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie selber stellen das aber fest als Auftrag und haben selbstverständlich keine Weisung in den Raum gestellt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Na bitte, hier steht eindeutig, ich habe noch einmal gesagt, das ist ein Ergebnis einer Aussprache, also einer ersten Sondierung, am 19. März 2003 – ein Gespräch im Finanzministerium, wo wir einmal vorinformiert worden sind, eben von der politischen Willensbildung und den Beträgen, die das Heer liefert hat; also die Kosten sind da aufgeschlüsselt.

Und dazu habe ich gewisse Anmerkungen gemacht, und die Anmerkung 3 ist eben das, was die Herren Offiziere kommuniziert haben. Ich nehme an, ich habe es nicht aus Jux und Tollerei hingeschrieben. Das ist die Weisung gegenüber den Heeresbediensteten.

Mir kann kein Verteidigungsminister eine Weisung geben, das hat noch nie einer getan – und der Herr Finanzminister umgekehrt auch nicht. Das heißt, wenn zwei Minister eine Vereinbarung haben oder ein Ziel, dann muss jeder das seinen Leuten kommunizieren. Das ist so.

Warum ich das hier hingeschrieben habe, weiß ich nicht, aber ich kann annehmen, aus ganz einem schlichten Grund, damit mein Minister sieht, dass das allenfalls daneben läuft. Und das ist auch nicht mehr zum Tragen gekommen. Ich kann nur wirklich sagen, wenn es Minister Platter so gesagt hat ... – Minister Platter ist wahrscheinlich auch kein Haushaltsrechtler und hat es vielleicht nicht gewusst, was er da sagt, oder es wurde von den Offizieren so kommuniziert. Ich weiß es nicht. Faktum ist, das steht hier und wir haben das alle vergessen gehabt, weil es in den Verhandlungen nicht mehr passiert ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ist gut. Wir haben das jetzt alles bei Protokoll, und so soll es einmal derweil bleiben. Nachdem jetzt aber mittlerweile auch durch dieses Stück geklärt ist, dass sich diese 2.167 Milliarden hier auf 18 Stück beziehen, nehmen die Dinge ihren Lauf. Ich muss Sie dazu gar nicht befragen, weil das andere (*Dr. Hillingrathner setzt an, etwas sagen*) – Moment, da haben wir jetzt Übereinstimmung –, an anderer Stelle und auch aus der Aktenlage hervorgeht, dass die Konstellation Kosten – jetzt geht es nicht mehr um Betriebskosten, weil ich das vorher vorgehalten habe, sondern nur mehr um Stückkosten und sogenannte weitere Systemkosten, Vertrag 1 und Vertrag 2 –, dass hier Kostenpositionen verschoben werden, dass es offensichtlich „gelungen“ ist – unter Anführungszeichen –, von den 2.167 Milliarden auf unter 2 Milliarden zu kommen. Sie haben das vorher bei einer anderen Befragung als Erfolg bezeichnet auch.

Jetzt frage ich Sie: An welchen Positionen, nachdem Sie ja involviert waren, konnte das genau festgemacht werden und konnte das in den Vertragsverhandlungen gelingen?

Dr. Herbert Hillingrathner (in schriftlichen Unterlagen blätternd): Ich möchte sagen, die Positionen sind in einem Überleitungspapier, glaube ich, ausgewiesen, wenn das jetzt da drinnen nicht ist, muss ich schauen. Es wurden 51,4 Millionen Umlaufteile, 3,2 Millionen € Pilotenausrüstung, 36 auf 18, 4,8 Millionen € Reduzierung der Materialerhaltungsbasis, weil die ja vermindert worden ist durch einen Standort. 27 Millionen € logistische Leistungen sind hier zum Beispiel erwähnt auf Grund einer Verhandlung am 21. und 29.4. im BMF. – Das ist alles in Abstimmung mit dem Verteidigungsministerium erfolgt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Auf welche Summe kommen Sie bei diesen Positionen? Weil ich habe das gerade nicht so parat.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich weiß nicht, kennen Sie das Papier, die Preisüberleitung Eurofighter? (*Abg. Mag. Kogler: Nein!*) – Das ist jenes Papier, wo sich keiner mehr ausgekannt hat, das habe ich dann schon als Konsulent gemacht, wo wir vom 2.7.2002, also vom Ministerrat, von 24 Flugzeugen Schritt für Schritt heruntergehen bis zu den einzelnen 59,1 Millionen € – Das müssten Sie aber haben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, ich habe es jetzt nicht bei der Hand. Das ist die Herleitung der Plausibilität der 1,959, die dann den Vertrag gebildet haben?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, und da sind alle Zwischenschritte drinnen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay, gut. Wir können uns das dann ohnehin noch anschauen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich müsste das jetzt zusammenrechnen. Aber ich kann Ihnen so ein Exemplar geben.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Nach der Typenentscheidung hat SAAB einen relativ, sage ich einmal, scharfen Brief geschrieben und plötzlich neue Angebote ins Spiel gebracht. – Ist Ihnen das bekannt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, am Rande ist mir das bekannt. Ich habe auch mit Ministerialrat Wall darüber gesprochen, und er hat gesagt, das sind unseriöse Angebote, die man nicht beachten kann.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es ist so, dass dann, kurz vor der Vertragsunterfertigung ist Saab Gripen nämlich im Mai, und zwar am 15. Mai – ach so, das war nicht vor der Unterfertigung, sondern vor der Typenentscheidung 2003 –, also vor der Vertragsunterfertigung ist Saab Gripen noch einmal gekommen am 15. Mai und hat sich an den Minister gewandt mit der Idee, für den Preis von 18 Stück

Eurofighter bieten wir Ihnen zumindest 24 Stück Gripen auf Grundlage der vom Mitbewerb geforderten Bedingungen. Wie konnte vor der Vertragsunterfertigung SAAB die Bedingungen kennen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das müssen Sie SAAB fragen. Von mir haben sie es nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Beispielsweise sagen sie da unter Punkt 2: Sollten Sie sich im Fall des Gripen nur für 18 Stück entscheiden, würden Sie im Vergleich zum Mitbewerb etwa eine halbe Milliarde € einsparen. – Das heißt, die müssen ja im Grunde genommen das Anbot gekannt haben. Das heißt, aus dem Finanzressort sind vor Vertragsunterzeichnung keine Zahlen und Bedingungen an SAAB weitergegangen? Das können Sie sich schwer vorstellen oder?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, also das ist auszuschließen, absolut.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist auch an das Verteidigungsressort gegangen und aus meiner Sicht eine ziemlich eigenartige Vorgangsweise, dass sozusagen das Konkurrenzprodukt vor Vertragsunterzeichnung schon weiß, was im Vertrag drinstehen wird.

Herr Hillingrathner, wir haben erfahren, dass Sie auf Grund Ihres Werkvertrages Akten, die den Beschaffungsvorgang betreffen, mit nach Hause genommen haben und von zu Hause aus als Pensionist mit Werkvertrag das Projekt weiter betreut haben.

Jetzt frage ich Sie ganz einfach: Wie viel Ordner sind denn das in etwa?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ordner? (*Abg. Dr. Fekter: Ja!*) Habe ich nicht gezählt. Das wird so viel sein (*die Auskunftsperson macht eine Handbewegung, die eine Ordnerhöhe von etwa einem halben Meter vermuten lässt*) oder sonst etwas.

Ich möchte sagen, ich habe eine geschützte Staatsleitung gehabt, abhörsicher und konnte sowohl bei mir zu Hause auf meinem Computer und auch im Computer des Büros arbeiten und umgekehrt, da ich ja oft sehr unter Termindruck gestanden bin und auch in der Nacht gearbeitet habe.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, Ihnen standen die Akten elektronisch zur Verfügung?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, elektronisch nicht, sondern das, was ich konzipiert habe. Es hat ja damals noch nicht den ELAK gegeben. Diese Geschäftsstücke sind nicht elektronisch eingespeichert gewesen. Und da das im Büro nicht gerade Tonnen waren, habe ich das im Büro gelassen, weil mein Kreuz ist nicht so gut und ich soll auch nicht schwer tragen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, die Akten sind im Finanzministerium auf CD gespeichert worden, und dann haben Sie nur die CD mit heimnehmen müssen und zu Hause in den Computer und haben sie dadurch verfügbar gehabt. – Oder wie muss ich mir das vorstellen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe ja nicht viel gebraucht für gezielte Expertisen. Wenn ich zum Beispiel die Haftung gehabt habe, das Problem, na gut, das waren vielleicht fünf, sechs Papiere vom Vertragstext, die ich dazu gebraucht habe, sonst hätte ich es ja nicht machen können. Ich bin ja da genauso unter Verschwiegenheitspflicht gestanden.

Ich war auch sehr viel im Büro und, wie gesagt, ich konnte diese Erledigungen im Computer direkt von zu Hause auch in mein Büro spielen. Ich habe eine eigene Staatsleitung bekommen von unserer EDV-Sektion.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Da wir an und für sich uns das so vorstellen anhand der Akten, die wir bekommen haben, und das ist in Laufmetern zu bemessen, weil das ist ja wahnsinnig viel.

Dr. Herbert Hillingrathner: Bei mir läuft da gar nichts von dem. Die Akten, die jetzt sind, da nehme ich, wenn ich Einblick nehme, besonders meine ehemaligen Abteilung dazu, die sind so gestapelt in meinem ehemaligen Arbeitszimmer, das Zimmer ist versperrt und der Schlüssel ist im Safe. Also es kann niemand alleine dazu.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ah so muss man sich das vorstellen. Das ist ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich bin auch gar nicht an Papieren interessiert, erstens belasten sie und zweitens hat man ja zu Hause keinen Platz, dass man da diese Berge archiviert. Also nur das unbedingt Notwendige. Natürlich, wenn ich jetzt versuche, für den Ausschuss etwas vorzubereiten – das habe ich mir von zu Hause mitgenommen. Aber ich war auch sechs Stunden im Büro letzte Woche zum Beispiel.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das ist jetzt sozusagen durch Vorbereitung auf die Befragung.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, ich wäre froh gewesen, mit dem Thema nichts mehr zu tun zu haben. Ich habe viele andere Interessen, glauben Sie mir das, und mich holt die Vergangenheit wieder ein.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das sei Ihnen auch gegönnt, ich meine, nach so vielen Dienstjahren. Und Ihre erste Stellungnahme hat ja beinhaltet, dass Sie der Republik schon Hunderte Millionen sparen geholfen haben, und inzwischen haben wir uns ja vergewissern können, dass das wirklich der Fall ist. Sie waren ja – unter Anführungszeichen – „lästig“ im Verteidigungsressort, was das Sparen betroffen hat.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich möchte nur sagen, ich habe nach zwei oder drei Jahren – ich habe ja alle Aktenzahlen, ein Verzeichnis gehabt – die Ersparnisse aufgeschrieben. Das ist alles dokumentiert. Und die Ziffer, die ich genannt habe, kann ich nachweisen. Und das hat bisher noch keiner zustande gebracht. Darum habe ich das hier gesagt. Ich nehme das auch nicht einfach.

Ohne meinen sogenannten – hier vielleicht persiflierten – technischen Hausverstand hätte ich dies nicht machen können. Ich könnte auch erzählen, wo ich mit Diplomingenieuren der Wehrtechnik gestritten habe, und letztlich habe ich recht gehabt. Ich habe gewisse Erfahrung. Mein Schwiegervater hat einen eisenverarbeitenden Betrieb gehabt, also ich habe als Student in solchen Betrieben gearbeitet, ich war in Möbelfabriken, ich kann drehen, fräsen, schweißen, ich kann mauern, ich mache mir alle Elektrosachen selbst, auch Wasserinstallationen, sogar Verstärker repariere ich mir. Also ich weiß, wovon ich rede. Entschuldigung, ist atypisch für einen Juristen des Finanzministeriums.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aber loblich, aber loblich. – Herr Ministerialrat, im Nachhinein gesehen. Sie haben sich ja immer für ein anderes Gerät ausgesprochen, Sie wollten ja eher MiG oder eben dann die F-16, Sie haben für die Eurofighter aktenmäßig sozusagen nur in zweiter Linie votiert und dann einen Vermerk dazu gemacht: „wenn Geld keine Rolle spielt“.

Im Hinblick auf Ihre Spargesinnung und das, was im Vertrag letztendlich ausverhandelt wurde, kann man sagen, dass Österreich hier ein gutes Geschäft abgewickelt hat?

Dr. Herbert Hillingrathner: Erstens möchte ich sagen: „Wenn Geld keine Rolle spielt“!, diesen Vermerk gibt es offiziell nicht, das wurde rausgenommen. Zweitens

habe ich hier im Ausschuss schon einmal erklärt, dass unter diesen Bedingungen ich diese Entscheidung für die richtige halte, weil der Eurofighter mit Abstand das weit bessere technische Gerät ist und auch von der Preis-Qualitätsrelation, und wenn man davon ausgeht – das wird die Zukunft zeigen –, ist das Flugzeug ja auch in Bezug auf die Wartung so konzipiert, dass es weit billiger kommen müsste als nach früheren Konstruktionen, weil eben gerade die Betriebskosten in allen Armeen eine große Rolle spielen. Ich nehme an, es ist die richtige Entscheidung unter den gegebenen Umständen.

Es ist für mich interessant, der Gripen ist zweimal ausgeschieden worden und ist jetzt wieder der komplette Konkurrent mit dem Eurofighter, der der Einzige ist, der nicht ausgeschieden wurde. Ich versteh das nicht, und ich habe es ja schon hier deponiert, die F-16 wurde nicht mehr ins Spiel gebracht, obwohl es einen Brief gibt, dass wir sehr wohl auch die Moving Map bekommen hätten dann. Das ist halt so. Da gibt es eben Konstellationen, mit denen man leben muss.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Also die Konstellation hat sich ergeben, weil im Verteidigungsressort eine ziemliche Gripen-Lastigkeit, Schwedenfreundlichkeit vorhanden war, die immer wieder durchgebrochen ist.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Eine kurze Frage hätte ich, wenn Sie gestatten. Gut, wir haben es jedenfalls vernommen, dass es auch heute gesagt wurde. Frau Kollegin Fekter treibt diese „Koketterie“ mit der „Gripen-Lastigkeit“, sodass das ihrer Ansicht nach immer im Raum stehen bleiben soll.

Ich wollte Sie fragen: Diese Konstruktion, die Sie uns da jetzt heute dargestellt haben, wo der Käufer mehr oder weniger auf alles, was ihm nur an Rechten denkbarerweise zustehen könnte, verzichten muss, auch auf die Anfechtung eines Vertrages aus Nichtigkeit, und im Wesentlichen habe ich Sie ja so verstanden, dass Sie auf Grund der Faktizität, nämlich wer da aller beteiligt ist, darauf vertrauen, dass das ja ohnedies, wovor wir uns fürchten, dass irgendwann einmal vielleicht nicht geliefert werden kann, schlecht geliefert oder vielleicht ein Konkurs kommt, dass das alles nicht eintritt.

Dieses Modell, wäre das auch bei den anderen Flugmodellen anwendbar gewesen, diese riesige Einsparung – oder ist das etwas, was für Eurofighter typisch war und nur auf diesem Modell?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das kann ich überall anwenden, das hat sich im Laufe der Verhandlungen halt so ergeben.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Also Sie hätten dann bei einem anderen Flugmodell einen entsprechend hohen Einsparungspreis in Prozenten auch erzielt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich nehme an, ja.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Okay. – Ich frage Sie nur, weil das so dargestellt wird, als wäre das ein Spezifikum für Eurofighter.

Dr. Herbert Hillingrathner: Nur eines möchte ich sagen: Es ist nicht wahr, dass wir uns der Rechte begeben haben. Ich kann nur nicht kompensieren, aber ich kann alle Forderungen, die ich habe, aus einer unpünktlichen oder fehlerhaften oder sonst nachlässigen Lieferung oder Nichtlieferung gerichtlich einfordern. Gerichtlich wird es ja nur dann, wenn EADS das nicht berücksichtigt. Alles! Und wenn eine Firma in Konkurs geht, ist es ziemlich egal, ob man da oder dorthin zahlen muss.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das ist nur teilweise richtig, was Sie da sagen (**Dr. Hillingrathner:** Das Letzte vielleicht!), da in der Finanzierungsstruktur drinnen steht: Im Hinblick – nämlich das ist also hier Vertragstext, da kann ich nichts daran rütteln –, im Hinblick auf die Erfordernisse der günstigen Finanzierung, steht

dann da, sind die Leistungen, also die Geldleistungen zu erbringen, und zwar ohne Rücksicht auf Ansprüche und Einreden gegen die Gültigkeit und die Fälligkeit der Zahlungsverpflichtung dem Grunde als auch der Höhe nach.

Dann gibt es also die Käufer, wenn die aus welchem Fall auch immer auf Grund des Vertrages oder gesetzlicher Bestimmungen, insbesondere aus Nichtigkeit des Vertrages und Anfechtungsgestaltung und Rücktrittsrechte geltend machen wollen oder auch geltend machen und wenn sie Gewährleistung und Schadenersatzansprüche geltend machen wollen, dann ist unabhängig davon in jedem Fall die Zahlung zu leisten, was natürlich insofern völlig atypisch ist, aber Sie haben sich ja mit diesem tollen Modell, das aber auf alle anderen auch anrechenbar gewesen wäre, erklärt, weil die Zurückbehaltung beziehungsweise die Gegenauflaufrechnung und all diese Rechte typischerweise der Durchsetzung der Ansprüche im Rahmen eines Kaufvertrags dienen.

Eine Frage: Sie haben heute gesagt, welche Nachteile Sie in dieser Transaktion sehen würden, und ich darf Sie vielleicht noch einmal fragen: Wo wären die Nachteile, die Sie sehen? Konkurs, glaube ich, haben Sie gesagt, nicht.

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, ich habe eine Erschwernis. Ich habe erklärt, ich kann nicht direkt kompensieren, indem ich sage, ich zahl dir nichts, du hast mir das nicht geliefert, aber ich kann alles einfordern, und dazu habe ich auch die Garantieerklärung der vier Core-Nations, wenn EADS das nicht kann und man die Firma in Konkurs gehen lassen sollte, was ja unvorstellbar ist, aber bitte. Es sind immerhin vier Staaten dahinter: Italien, Spanien, Großbritannien und Deutschland. Daher ist das ein Null-Risiko. Es ist nur erschwert, diese Forderungen dann einzubringen vielleicht.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Bei den Verhaltensregeln betreffend die Geschäftstätigkeit gibt es eine – ich weiß nicht, ob Sie darüber Bescheid wissen – eher merkwürdige Entwicklung, und zwar wird dort dargestellt, was die Verkäuferseite alles zu unterlassen sich verpflichtet – das sind diese ganzen Geschichten mit Geschenkannahme oder Geschenkgewährung für Beamte. Und da gibt es auch eine Passage drinnen, da steht:

Von Bieterseite wird ausdrücklich zugesagt, dafür zu sorgen, dass auch durch Rechtsgeschäfte, die aus oder im Zusammenhang – ich kann Ihnen das dann gerne geben – mit Gegengeschäften durchgeführt werden, keine Vorteile gewährt werden durch Dritte.

Und dann gibt es eine Ziffer 4, in der steht: Die Ziffer 3, die ich Ihnen jetzt gerade vorgelesen habe, gilt nur insofern, als das Rechtsgeschäft durch Eurofighter selbst abgeschlossen werden muss. – Was de facto ja jegliches Kompensationsgeschäft ausschließt.

Wissen Sie vielleicht, wie diese Klausel zustande gekommen ist?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das war eine Forderung von EADS, denn die muss ja auch irgendwo eine Schadensbegrenzung gegenüber ihrer Firma machen. Es kann nicht so sein, dass vielleicht ein dritter Unterlieferant, der aus Gegengeschäften jetzt geschäftlich zum Zug kommt und der meint, er muss irgendwo eine großzügige Parteispende machen oder nicht, dass dann Eurofighter hier zum Handkuss kommt durch eine Nichtigkeit des Vertrages. Also ich verstehe das schon. Also das war eine ***Conditio sine qua non*** von der Firma Eurofighter GmbH.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sagen Sie: Wer hat überhaupt diese Verhaltensregeln getextet? – Vielleicht nur zur Information: Die Ziffer 4 hebt die Ziffer 3 zur Gänze auf. Also das ist nicht eine Einschränkung von Interessen, sondern das ist eine Aufhebung, aus meiner Sicht.

Wer hat denn den Vertrag getextet, diese Verhaltensregeln?

Dr. Herbert Hillingrathner: Es gibt zwei Sachen. Ich weiß nicht, meinen Sie den Code of Business Conduct?

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ja, Commercial in Confidence, Code of Business Conduct.

Dr. Herbert Hillingrathner: Der wurde meines Wissens importiert von einem Rechtsanwalt oder einem Wirtschaftsanwalt, der da Erfahrung hatte. Es war der Wunsch unseres Ministers, dass so etwas hineinkommt. Die letzten Feinheiten sind dann gemeinsam mit dem Verteidigungsministerium in den Vertrag so aufgenommen worden.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das heißt, der Vertrag, diese Passage ist ursprünglich von der Käuferseite, sprich von Österreich, getextet worden?

Dr. Herbert Hillingrathner: Diese Passage, glaube ich, nicht; die ist erst dazugekommen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Nein, die dazugekommen ist von Eurofighter, der Absatz 4.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, die haben das gefordert (*Abg. Dr. Jarolim: Das heißt aber ...*), meiner Erinnerung nach. Bitte schön, erschlagen Sie mich nicht ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Also wenn ich Sie richtig versteh'e: Österreich hat diese Verhaltensregeln getextet, und dann ist Eurofighter gekommen und hat eine Ziffer 4 dazugestellt als Ergänzung, die allerdings eine andere Ziffer komplett ausgehebelt hat.

Dr. Herbert Hillingrathner: Daran kann ich mich gar nicht mehr erinnern. Ich glaube, das habe ich gar nicht mehr weiter gemacht.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich frage Sie nur deshalb, weil die Kompensationsgeschäfte für unsere gegenständlichen Rechtsfragen relativ bedeutsam sind, also das ist ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Wir haben einen Schimmel gehabt, der im internationalen Geschäftsleben üblich ist und den eben Wirtschaftsanwälte verwenden. (*Abg. Dr. Jarolim: Das heißt, Sie haben ...*) Der ist hier modifiziert worden: natürlich auf Wunsch des Vertragspartners.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Also Sie haben nicht nur im rechtlichen Bereich gegenüber den Üblichkeiten, die sonst herrschen, eine Sonderregelung gefunden, sondern Sie haben eigentlich auch da gegenüber dem Schimmel, den Sie gehabt haben, eine weitere Ziffer eingefügt, die eigentlich den Schimmel wieder unwirksam gemacht hat ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, so war es offenbar.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Ministerialrat! Ich komme zurück auf den Zusammenhang zwischen Liefertermin und Preisentwicklung. Sie erinnern sich an die Besprechung vom 29. April 2003 abends, um zirka 20.40 Uhr, also in den Abendstunden hat es eine Besprechung gegeben, an der Sie offensichtlich teilgenommen haben, Herr Faltthauser und Herr Löbbert. – Erinnern Sie sich an diesen Vorgang?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ehrlich gesagt, über den ... – Wann war das?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Am 29. April 2003.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich schaue, vielleicht habe ich da etwas drinnen. (*Dr. Hillingrathner blättert in seinen schriftlichen Unterlagen.*) – Nein, habe ich leider hier nicht erfasst. 29.4., da habe ich nur eine Ministerinfo über das Verhandlungsergebnis.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, eine Verhandlung muss es da gegeben ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Der 29. April? (*Abg. Mag. Stadler: Ja!*) – Die Problembereiche Finanzministerium und Verteidigungsministerium sind offen geblieben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Richtig. – So: Jetzt haben wir hier eine Aufstellung, die dort offensichtlich gemacht wurde – ich lasse sie Ihnen dann gerne auch zuleiten, wenn Sie sich an die Aufstellung ... (*Dr. Hillingrathner: Ich glaube, die habe ich!*) – Die haben Sie; sehr gut.

Da ist zunächst einmal von der ersten Lieferung im Jänner 2006 die Rede, dort wird dann eine Summe, eine Kaufsumme, von 2 090 Millionen angegeben. (*Dr. Hillingrathner: Ja!*) Wenn man aber den Liefertermin auf Mai 2007 verschiebt, dann ist die Summe bei 1 991 Millionen – die ist dann weiter noch reduziert worden. Das heißt, es hat klipp und klar einen Zusammenhang gegeben, der zum Zeitpunkt der Typenentscheidung **nicht** aufgedeckt wurde, zwischen späterer – wesentlich später! – Lieferung und Preisentwicklung. – Ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich glaube, da ist ein Missverständnis. (*Abg. Mag. Stadler: Nämlich?*) Die erste Ziffer, Ratenzahlung: 18 (*Abg. Mag. Stadler: Das ist klar, das bleibt gleich!*), ist vom 30. November – das kann nicht stimmen, „04“ steht da nämlich, da ist ein Fehler. Das muss wahrscheinlich heißen: 30. November 02, denn wir gehen hier noch – das war der Angebotspreis, ja, man kann nicht genug aufpassen, von 24 Prozent ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das kann aber nicht 02 sein, weil ja 02 erst die Typenentscheidung gefällt wurde, aber der Vertrag ja erst 03 abgeschlossen wurde.

Erste Rate kann wirklich in dem Zusammenhang nur – ja, ich weiß, die Besprechung hat am 29. April 03 stattgefunden, also kann nicht 02 die erste Rate fällig sein, das ist ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich glaube, Sie haben doch ein anderes Papier.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich lege es Ihnen gerne vor.

Dr. Herbert Hillingrathner: Könnte ich es sehen?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich lege es Ihnen kurz vor, dann können Sie es sich anschauen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Die Schwierigkeit ist ja, dass Kolonnen selbstständig nebeneinander gestellt werden zu Vergleichszwecken. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*) – Ja, danke, kann man wieder zurückgeben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): So, können wir jetzt über dieses Papier reden? Es dürfte mit dem Papier, das Sie haben, identisch sein. – Ist das richtig? (*Dr. Hillingrathner: Ja!*) – Bei dieser Aufstellung fällt auf, dass es, so wie Herr Mag. Wall es darstellt, einen Zusammenhang gibt zwischen der Preisentwicklung und den Lieferterminen, das heißt, jene Liefertermine, die man zum Zeitpunkt der Typenentscheidung ins Auge gefasst hat, jedenfalls einen Preis bedeutet hätten von über 2 Milliarden Schilling. (*Dr. Hillingrathner: Ja!*) Das geht daraus hervor.

Das heißt, die Annahme, die man zum Zeitpunkt der Typenentscheidung im Ministerrat getätigt hat, war hinsichtlich des Preises und des Zusammenhangs mit den Lieferzeiten, die gefordert waren, vollkommen falsch, nämlich um zirka 200 Millionen daneben. – Ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, zum damaligen Zeitpunkt waren das die ausgewiesenen Kosten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja schon, aber dort ist man davon ausgegangen, dass man mit 1,8 Milliarden das Auslangen finden wird.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das verstehe ich jetzt nicht – wieso sollen sie falsch sein? Wir haben uns bemüht, von diesen 2 167 – oder welcher Betrag das war – herunterzukommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Über das reden wir sowieso noch später, da gibt es auch einen sehr interessanten Vorgang, da müssen Sie sich ein paar Minuten gedulden; darauf komme ich noch zu sprechen.

Ich will damit nur sagen, dass die Preisentwicklung entscheidend davon abhing, wann, um wie viel später erst geliefert werden kann.

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, das Einzige, was mehr gekostet hat, die spätere Zahlung, haben wir dann mehr Zinsen zahlen müssen. Da gibt es auch eine genaue Zahl.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das habe ich jetzt akustisch nicht verstanden. Was ist das Einzige?

Dr. Herbert Hillingrathner: Dass wir durch die Verschiebung der Zahlung ... – Natürlich ist valorisiert worden, und durch die Verschiebung der Zahlung hat sich eben eine höhere Zinsbelastung ergeben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das sind die Finanzierungskosten. (**Dr. Hillingrathner:** Ja!) – Aber in Bezug jetzt auf Eurofighter: Bei der Lieferfirma hat sich der Preis reduziert, je später der Liefertermin. Das geht zweifelsfrei aus dieser Unterlage hervor.

Dr. Herbert Hillingrathner: Er hat sich reduziert, weil wir a) eben günstigere Finanzierungen gehabt und also erwirtschaftet haben, b) die Eskalation reduziert wurde, c) auch das Mengengerüst reduziert wurde.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das sind jene 26 Millionen €, auf die ich dann gleich noch zu sprechen komme. Aber hier ist der Zusammenhang zwischen erste Lieferung, Jänner 2006 bei jenseits der 2 Milliarden €, zum Mai 2007 unter 2 Milliarden, wenn nicht 1 991 000. Das ist mit dem Herrn Vertreter von Eurofighter so besprochen worden.

Dr. Herbert Hillingrathner: Bitte noch einmal: Die 2 167 – Stand September 2002 – waren das Ergebnis der Vertragsverhandlungen des Verteidigungsministeriums. Und von dieser Zahl weg haben wir verhandelt. Und trotz Verschiebungen nach hinten haben wir es fertiggebracht, dass es wesentlich billiger geworden ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es ist umgekehrt: Je weiter man nach hinten verschoben hat, desto billiger ist es für Eurofighter geworden. Das ist hier herauszulesen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, die Aussage ist, dass wir von den 2 167 auch runtergekommen sind – im Preis.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist schon richtig. Aber bitte noch einmal: Warum kommt man dann bei der Liefervariante Mai 2007 auf 1 991 000,9?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist ja hier in der Tabelle dargestellt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja! Das bedeutet aber, wenn ich das jetzt mit der ersten Kolonne vergleiche, dass Eurofighter wesentlich mehr verlangt hätte, wenn man im Jänner 2006 hätte liefern müssen. (***Dr. Hillingrathner: Nein!***) – Sondern?

Dr. Herbert Hillingrathner: Sie hätten eine teurere Finanzierung gehabt, denn die haben nur 24 Prozent – mehr oder minder – Zinssatz gehabt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Da ist von einer Finanzierung ***keine Rede!***

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist ja alles abgeleitet vom Barwert!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darf ich noch einmal sagen: Ich beziehe mich jetzt nur auf das, was Eurofighter dann verlangt hätte! Hier sind die Reduzierungen aufgelistet (***Dr. Hillingrathner: Ja!***), und diese Plus und Minus sind hier ganz klar dargestellt. Und hier geht zweifelsfrei daraus hervor, dass die Firma Eurofighter umso günstiger liefern kann, je später sie liefern kann.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich hab ohnehin schon gesagt, wie ich konfrontiert worden bin, dass die 18 Stück teurer sind, sie sind nach meiner Erinnerung billiger, aber ich hab das nicht im Einzelnen untersucht. Für mich sind das Gesamtergebnisse aus Daten, die sich täglich manchmal fünfmal gedreht haben!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ach so? Es hat nämlich auch eine Besprechung gegeben – und zwar war das, glaube ich, am 10.9.2002 –, an der Sie auch teilgenommen haben, wo dieses Thema schon releviert wurde. Da wird Herr Hauptmann Barnet zitiert – ich lese Ihnen das vor –:

Welcher späteste Zeitpunkt wurde bis jetzt von Eurofighter genannt, bis zu dem sie den Preis halten können? – Also er geht davon aus, dass die den Preis nicht halten können, was sich dann als Irrtum herausgestellt hat. –

Brigadier Wolf: Der Preis kann nur unter einem späteren Auslieferungszeitpunkt gehalten werden. – Da sagt Wolf jetzt zum ersten Mal, der Preis ist genau umgekehrt, der Preis kann nur dann gehalten werden, wenn die später liefern können! Sagt der Militär, der in Wirklichkeit ein Interesse hätte haben sollen, ***sofort*** Flugzeuge zu haben, damit er keine Zwischenlösung braucht!

Barnet: Eurofighter hat im Kabinett des Bundesministeriums gesagt, dass 18 Monate durch Eurofighter vor Auslauf benötigt werden.

Wolf: Hat Eurofighter bei uns aber nicht gesagt.

Knoll: Wer hat das im Kabinett gesagt?

Barnet: Rauen. Eine längere Frist wäre günstiger, bis Mitte 2005 wäre somit ein Abruf möglich. Her Bundesminister hat gesagt, dass es möglich ist, eine Lücke einzugehen, aber entscheidend ist, dass der Preis beibehalten wird. – Ende des Zitats.

Verstehen Sie, das war also von vornherein klar, dass je später desto billiger! Das geht auch daraus hervor. Und damit war die Zwischenlösung erforderlich. – Ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Dazu kann ich leider nichts sagen. Ich kann mich an das nicht erinnern, und das war eigentlich für mich kein Thema. Für uns war nur wichtig, dass die Firma den Preis halten kann. Das ist bei Militärgeschäften sehr häufig der Fall, weil die Zuschlüsse sich meistens verzögern, meist lange über das Ende der

Angebotsfrist – da gibt es viele solche Vorgänge –, und dann die Firmen gezwungen werden, damit sie ein Geschäft machen, darauf einzugehen, dass der Preis auch ein halbes Jahr später hält. Manches Mal können sie es nicht mehr machen, wenn die Rohstoffe zu teuer werden. – Ich kann ehrlich gesagt dazu nichts sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich möchte Sie nur bitten, weil meine Fragezeit jetzt schon erschöpft ist, dass Sie sich dann diese Unterlage in Evidenz halten, weil ich Sie dann zur Frage V 1/V 2 in der nächsten Runde befragen möchte.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist eine wunderbare Idee. – Ich werde nun selbst ein paar Fragen stellen.

Am 27. Mai 2003 ist der Abänderungsantrag zum Budgetbegleitgesetz dem Nationalrat übermittelt worden. Der Systemaufwand für 18 Eurofighter beträgt zu diesem Zeitpunkt so, wie er dem Parlament gemeldet wird, 1 969 000 € – Ist Ihnen das bekannt? (**Dr. Hillingrathner:** Ja!) – Jetzt möchte ich mit Ihnen durchgehen, welche Anschaffungskosten dem Parlament mitgeteilt wurden. Sind die Anschaffungskosten – Preis, Grundausstattung, Logistik und Grundausbildung von Piloten und Technikern – in dieser Summe enthalten?

Dr. Herbert Hillingrathner: Meines Wissens ja, irgendwo gibt es sogar eine Aufstellung, was da drinnen ist. Es ist V 1 und V 2 enthalten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich möchte es Punkt für Punkt durchgehen. (**Dr. Hillingrathner:** *Irgendwo habe ich das, nur finde ich es nicht!*) Ich gehe aus von dieser schönen Übersicht vom 1. April 2003, auf die wir ja schon Bezug genommen haben. Diese Geschichte vom 1. April – Sie sind dazu noch nicht gefragt worden – mit dieser Anmerkung 3: HBMLV hat beauftragt, EADS-Nettbestellsumme nominell unter 2 000 Millionen € zu drücken – dieses Papier, sind Sie der Verfasser? (**Dr. Hillingrathner:** Ja!) – Das haben Sie persönlich verfasst? (**Dr. Hillingrathner:** Ja!) – Okay.

Jetzt gehen wir es durch: Also da haben wir Spalte 1, 18 Stück, wo unten steht 2 167. Diese 18 Stück sind Teil der Summe, die dem Nationalrat bekanntgegeben wurde. Ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist die Ausgangs-, die Verhandlungsausgangsbasis gewesen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich sage jetzt nicht die Zahl unten, sondern nur von der Qualität her: Also die 18 Stück sind auf jeden Fall drin – klarerweise – in den 1,969 Milliarden €.

Dr. Herbert Hillingrathner: Die sind drinnen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Die Spalte 2, die zwingende Option von EADS – ist die auch drin in der Zahl, die dem Nationalrat vorgelegt wurde?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich glaube, fünf oder sechs Optionen sind drin.

Obmann Dr. Peter Pilz: Die sonstigen zwingenden Systemkosten – sind die drin?

Dr. Herbert Hillingrathner: Die sind drin.

Obmann Dr. Peter Pilz: Die sonstigen Investkosten – sind die drin?

Dr. Herbert Hillingrathner: Es sind all jene Kosten nicht drinnen, die **nicht** Eurofighter erbringt. (**Obmann Dr. Pilz:** Aha!) Weil ich habe ja einen Vertrag nur mit einer Firma, und ich kann ja nur das vereinbaren, was sie liefert oder liefern kann.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir haben viele Male im Nationalrat nachgefragt – in erster Linie den Finanzminister –, haben gefragt: Sind dem Budgetausschuss des Nationalrates die gesamten Investitionskosten von Eurofighter zwecks Beschlussfassung im Budgetbegleitgesetz übermittelt worden?

Und ich frage Sie jetzt, ebenfalls einige Jahre später: Sind die gesamten Investitionskosten Eurofighter dem Nationalrat und dem Budgetausschuss am 27. Mai 2003 übermittelt worden? Die gesamten Investitionskosten für Eurofighter?

(*Die Auskunftsperson blättert in ihren schriftlichen Unterlagen.*)

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich hab dazu nichts ... – An sich war das Aufgabe des BM für Landesverteidigung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Entschuldigung, jetzt versteh ich nicht.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich sage ja, den Ministerratsvortrag und so weiter hat ja das BM für Landesverteidigung gemacht – die Unterlagen. Liege ich da falsch?

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, wir haben einen Abänderungsantrag zum Budgetbegleitgesetz übermittelt bekommen. Das kommt **nicht** aus dem Landesverteidigungsministerium.

Dr. Herbert Hillingrathner: Der Finanzminister hat das transportiert.

Obmann Dr. Peter Pilz: Also was im Ministerrat passiert ist, das geht uns nichts an. Uns interessiert, was ist vom Finanzministerium als Vorlage Budgetbegleitgesetz gekommen, und das waren am 27. Mai – und auf Basis dessen mussten wir dann verhandeln – 1,969 Milliarden €

Ich frage Sie: Sind die gesamten Investitionskosten Eurofighter in dieser Summe enthalten?

Dr. Herbert Hillingrathner: Natürlich nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Natürlich nicht! – Das halten wir einmal fest.

Welche Investitionskosten sind **nicht enthalten**?

Dr. Herbert Hillingrathner: Der Betrag, den Sie nennen – noch einmal –, ist jener Vertrag, der verbindlich mit Eurofighter GmbH abgeschlossen wurde. Die anderen Verträge, die noch nicht abgeschlossen worden sind oder die das Militär selbst bedecken kann, scheinen da nicht auf.

Obmann Dr. Peter Pilz: Waren die sonstigen Systemkosten zu diesem Zeitpunkt bereits bekannt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Die Systemkosten sind natürlich dargestellt worden und waren auch Gegenstand der Besprechung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wie hoch waren diese?

Dr. Herbert Hillingrathner: Die Zahlen divergieren.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wie hoch waren sie zum damaligen Zeitpunkt, denn meines Wissens nach hat es damals bereits eine genauso endgültige Zahl wie die Zahlen für V 1 und V 2 gegeben? – Können Sie sich daran erinnern?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich kann mich nur an eine Zahl in der Größenordnung vielleicht von 260 Millionen € erinnern.

Obmann Dr. Peter Pilz: Waren es nicht 233 Millionen €?

Dr. Herbert Hillingrathner: Dann waren es 233. Ich weiß es nicht jetzt, und der Rechnungshof hat ja dann eine andere Zahl festgestellt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ist es richtig, dass zum Zeitpunkt der Übermittlung des Budgetbegleitgesetzes noch kein einziger Vertrag unterschrieben war – also nein, kein einziger Vertrag in Rechtskraft erwachsen war?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, das kann er nicht gewesen sein, sondern wir mussten budgetäre Vorsorge treffen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Klar. Genau. Es geht darum, budgetäre Vorsorge zu treffen, und zwar für V 1, für V 2 und für die sonstigen Systemkosten. Ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist nur für V 1, V 2 und, glaube ich, für die Betriebskosten gemacht worden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Hat es eine Vereinbarung gegeben, wer die sonstigen Systemkosten trägt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Die Vereinbarung lautet, das BM für Landesverteidigung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Hat diese Vereinbarung auf 233 Millionen € gelautet? Wenn Sie wollen, ich suche es Ihnen auch in den Akten raus.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich kann hier jetzt keine Summe nennen. Es war Sprachregelung, für das Finanzministerium existieren diese Kosten nicht – egal, wie hoch sie sind –, weil sie das Verteidigungsministerium aus seinen Mitteln zu tragen hat. – Also diese Frage kann nur das Verteidigungsministerium beantworten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir haben immer wieder im Budgetausschuss damals die zuständigen Minister, Finanzminister und Verteidigungsminister gefragt: Gibt es noch einen sonstigen Systemaufwand in etwa dieser Höhe: ja oder nein? – Die Antwort war nein, bis wir dann viel später das Papier vorlegen konnten! – Und: Sind uns alle Investitionskosten Eurofighter in den Budgetausschuss übermittelt worden?

Ich frage Sie noch einmal: Wer ist dafür verantwortlich, dass der sonstige Systemaufwand dem Budgetausschuss des Nationalrates nicht bekanntgegeben worden ist?

Dr. Herbert Hillingrathner: Jetzt muss ich beschuldigen?!

Obmann Dr. Peter Pilz: Es geht nur um Verantwortung. Das ist ja ein wichtiger Punkt, **Verantwortung** zu klären.

Dr. Herbert Hillingrathner: Sicher die politische Ebene.

Obmann Dr. Peter Pilz: Die politische Ebene in welchem Ministerium ist dafür verantwortlich?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das kann ich an sich nicht beurteilen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wer legt im Budgetausschuss ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Formal der Finanzminister.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ist also der Finanzminister dafür verantwortlich, dass im Budgetausschuss der sonstige Systemaufwand dem Nationalrat nicht bekannt gegeben worden ist?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich weiß nicht, ob er der allein Verantwortliche ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich frage nicht, ob er **allein** Verantwortlich ist, ich frage, ob er dafür **verantwortlich** ist.

Dr. Herbert Hillingrathner: Er ist von der Kompetenz her der zuständige Minister, das dem Parlament vorzulegen, die Budgetbegleitgesetze eben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wissen Sie, warum der Finanzminister dem Budgetausschuss des Nationalrates gegenüber den sonstigen Systemaufwand **nicht** vorgelegt und damit verheimlicht hat – trotz Fragen der Abgeordneten?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, ich muss gestehen, ich habe mich mit diesem Gesetz nicht befasst. Das war unsere Abteilung II/1, Ministerialrat Pichler.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. Ich stelle einmal fest: An diesem Punkt konnten wir klären, der sonstige Systemaufwand ist dem Nationalrat trotz Fragen der Abgeordneten **nicht** bekannt gegeben worden. – Ich war übrigens einer dieser Abgeordneten, die damals gefragt haben.

Dr. Herbert Hillingrathner: Anzunehmen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich nehme an, Sie können sich daran erinnern. Ich kann mich jedenfalls sehr gut daran erinnern – erstens. Zweitens: Der politisch Ressortverantwortliche dafür ist der Finanzminister.

Jetzt noch meine ergänzende Frage: Haben Sie irgendeine Wahrnehmung – über so etwas wird ja gesprochen, man kennt die Zahlen, man diskutiert die Zahlen mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung –, warum dem Nationalrat diese Zahl verheimlicht, vorenthalten wurden? Wissen Sie, warum?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein. Ich weiß, die Zahl 233 ist existent. Ich muss sagen, ich habe leider wirklich keine Zeit gehabt, zu tratschen oder herumzuhören. Ich weiß es nicht. Nein, sicher nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gehen wir einer Möglichkeit nach. Diese Möglichkeit haben Sie genannt. Sie haben gesagt – wenn ich richtig mitgeschrieben habe –, am 19. März 2002 sind Sie informiert worden, die nach außen dargestellte Summe soll auf jeden Fall **unter 2 Milliarden** liegen. – Ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nicht die nach außen gestellte, sondern die **vertragsverbindliche Bestellsumme** bei Eurofighter GmbH.

Obmann Dr. Peter Pilz: Also bei V 1 und V 2.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das hat mit den anderen Kosten nichts zu tun!

Obmann Dr. Peter Pilz: Das Spannende ist ja Folgendes, dass genau das dann passiert, nämlich ... – Sagen wir einmal andersrum: Hätte der Finanzminister dem Nationalrat auch die sonstigen Systemkosten im Rahmen der Beratungen des Budgetausschusses übermittelt, wäre die Gesamtsumme dann unter den anvisierten 2 Milliarden gelegen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Na, sicher nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sicherlich nicht. Okay.

Dr. Herbert Hillingrathner: Bitte noch einmal zu sagen, für uns war Sprachregelung, für uns existieren diese Zusatzkosten nicht: Das ist Sache der **Landesverteidigung**. Die muss das von ihrem Budget bedecken, und wenn sie einen Überschreitungsantrag dazu braucht, dann muss sie zu uns kommen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es ist Ihnen schon bekannt, dass der Nationalrat nicht Einzelbudgets beschließt, sondern ein Bundesbudget?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nach der Verfassung ein Jahresbudget.

Obmann Dr. Peter Pilz: Richtig, ein Jahresbudget. Haben Sie schon jemals erlebt, dass der Nationalrat getrennt an einem anderen Tag ein Budget für das Bundesministerium für Landesverteidigung beschlossen hat? – Ich habe das noch nicht erlebt. Haben Sie es schon erlebt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Bei Budgetüberschreitungsgesetzen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist etwas anderes, bei Budgetüberschreitungsgesetzen. Das war aber keines. Das war ein ganz normales Budget und eine budgetäre Ermächtigung.

Meine Zeit ist vorbei. Ich werde dann später an diesem Punkt noch ein paar ergänzende Frage stellen.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Also die Frage ist relativ interessant, denn wenn man zum 2. Juli geht und sich die Wirtschaftszeitung anschaut, dann redet man noch von 24 Eurofightern, die man zum Anschaffungspreis von 1,8 Milliarden € auf dem Verhandlungspapier stehen hatte.

Können Sie sich an das noch erinnern, dass 24 Eurofighter nur 1,8 Milliarden gekostet haben? Wie kam es zu dieser Summe?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich kann mir das nur vorstellen, dass das aus dem seinerzeitigen Ministerratsvortrag stammt, wo diese 1 791 oder welcher Betrag genannt wurde, und wir das als Finanzministerium dann releviert haben und daher die Probleme gehabt haben: Woher kommt diese Zahl? Wie ist sie überzuleiten und so weiter? Wir haben eben dann die Auskunft bekommen – das sind dann die Papiere in der Besprechung –, dass das eben der nackte Flieger war, die Position 1 bis 8 und so weiter – sonst nichts, die Nettopreise.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Dr. Hillingrathner, ich haben dem Bundeskanzler eine Frage gestellt, und nachdem Sie der Finanzierungsexperte sind und uns auch vorgerechnet haben, wie viel sie eingespart haben: Ich sage Ihnen ein Beispiel, aus dem Leben gegriffen.

Sie kaufen Ihrem Kind ein Auto. Auto A kostet beispielsweise 20 000 €, und Auto B kostet 22 000 €. Ihr Kind meint, wir kaufen Auto B, weil in 18 Halbjahresraten Auto B billiger ist als Auto A. Jetzt sage ich Ihnen, was der Ex-Bundeskanzler Schüssel gesagt hat: Er hat das Computerprogramm nicht geschrieben, aber der Computer hat genau für diese Zeit, die er sich vorgestellt hat, für die 18 Halbjahresraten, den Flieger B, obwohl dieser höhere Barzahlungskonditionen gehabt hat, als den in diesem Finanzierungszeitraum billigeren gewertet. Was sagen Sie als Finanzexperte dazu? – Ich habe das noch nicht erlebt.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich muss wiederholen: Da muss ich passen, mir ist das entgangen. Ich habe immer von vorgegebenen Zahlen weg gearbeitet. Es gibt das Verhandlungsergebnis vom September 2002, Bundesministerium für Landesverteidigung, und von da weg haben wir verhandelt. Diese Schlüsse, dass es billiger ist, je länger man die Lieferung hinauszieht, das höre ich heute zum ersten Mal. – Entschuldigung, das ist mir entgangen.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Haben Sie in Ihrer Wahrnehmung in den vielen Finanzierungsrechnungen, die Sie gemacht haben, schon einmal festgestellt, dass ein Vergleichsangebot, das in der Barzahlungsvariante teurer war, in einer Finanzierungsvariante billiger geworden ist?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist kein Kunststück. Wenn jemand eine teurere Finanzierung hat, kann das durchaus passieren. (*Abg. Faul: Ich rede schon von gleichen Finanzierungskonditionen!*) Nein, das waren die Angebotspreise, und

Schweden war in der Finanzierung wesentlich teurer. Anders wäre das nicht möglich gewesen.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Dr. Hillingrathner, da kommen wir zu diesem für mich entscheidenden Punkt. Sie und die ehemalige Bundesregierung ziehen sich immer zurück auf die Finanzierungsvarianten, die Ihnen von Gripen oder von Schweden oder von EADS, von Eurofighter, angeboten worden sind. In Wirklichkeit ist es aber so – wir haben heute schon über das Problem BAWAG geredet –, dass das ohnehin eine Bank hat finanzieren müssen. Ich verstehe auch Ihre Überlegungen zu Maastricht, das ist mir schon klar, dass wir das nicht auf Schulden haben finanzieren können, aber ich frage Sie: Warum hat man als Staat Österreich, als Finanzministerium, bei einem Barkaufpreis, der für eine Type hätte entscheidend sein müssen, nicht eine Finanzierung gesucht, die die günstigste für den Staat Österreich gewesen wäre, anstatt sich auf Varianten einzulassen, die – was ich in meinem ganzen Leben noch nicht erlebt habe – bei gleichem Finanzierungsangebot etwas billiger gemacht hätten, was am Anfang im Barzahlungskonditionspreis teurer war? Sie können mir diese Rechnung nicht widerlegen, wenn ich sage, das eine ist um 200 000 € besser, aber wenn man es langfristig zahlt, ist das teurere dann billiger. Sagen Sie mir einmal, warum Sie das nicht anders betrachtet haben.

Das heißt, der Staat hat angekauft, Summe X – das sind 1,9 Milliarden –, und jetzt finanzieren wir das mit den besten Konditionen. Jetzt schreiben wir es aus. Letztlich haben wir es dann ja auch über die BAWAG finanziert. Warum kommen wir dann zu diesen unterschiedlichen Ergebnissen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich muss sagen, da komme ich, glaube ich, vergaberechtlich in Schwierigkeiten. Dann schreibe ich künftig überhaupt nur mehr Barwerte aus und suche für die Firma erstens die besten Konditionen zur Produktionsfinanzierung und zweitens die besten Konditionen zur Finanzierung von Jahresraten, also Ratenzahlungen. – Das geht praktisch nicht. Es sollten die Angebote so bewertet werden, wie sie gekommen sind, und dann haben wir verhandelt. Ich habe noch keinen anderen Vorgang gesehen, ehrlich gesagt. Das ist nur eine Ausnahme, dass das erfolgt ist – das könnte man überhaupt bei jeder Lieferung machen, auch bei ein paar Schuhen –, und es ist im Hinblick auf Größe und Bedeutung des Geschäfts verständlich, dass das so gemacht wurde, weil 24 Prozent oder noch mehr Verzinsung doch sehr hoch zu sein schienen.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Dr. Hillingrathner, nur für mich zum Verständnis: Haben die Konditionen die Firmen Eurofighter oder SAAB Gripen gestellt, oder sind die Konditionen, die Finanzierungsvarianten, von Ihrem Ministerium ausgegangen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Die Firmen waren angehalten, Finanzierungsmodelle dafür zu suchen und anzubieten. Das war der Anbieter, wir haben damit überhaupt nichts zu tun. Wir haben auch jetzt, genau genommen, nichts damit zu tun. Wir haben jetzt, wie das in der Öffentlichkeit immer dargestellt wird, auch kein Schuldverhältnis. Wir haben Eurofighter halt angeboten, wir hätten eine Bank, die es billiger machen kann. – Sie hätten es nicht nehmen müssen.

Ich kann außerdem von vornherein nicht feststellen, welche Konditionen wir erzielen. Meiner Erinnerung nach sind wir ursprünglich von etwa 5,5 Prozent ausgegangen, die wir statt der 7,44 Prozent erreichen können, also viel geringer. Diese 4,088 Prozent sind ja ein Glücksfall, weil ein sehr tiefes Zinsniveau war. Hätten wir zwei Wochen früher ein Fixing gehabt, hätten wir, glaube ich, noch ein paar Millionen weniger gezahlt; heute unerreichbar dieser niedrige Zinssatz.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Dr. Hillingrathner, kehren wir zurück zu dem Beispiel des Ankaufes von einem Neuwagen (*Dr. Hillingrathner: Ich verstehe es schon!*), den Sie zu bewerkstelligen haben! Zwei Angebote – würden Sie es der Autofirma überlassen, die besten Konditionen zu suchen, oder würden Sie als zukünftiger Eigentümer oder als derjenige, der zahlen muss, sich die Konditionen aussuchen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Es gibt Leasingangebote oder Ratenkaufangebote von den Firmen, die ich durchaus vergleichen kann. Das ist genauso üblich. – Ich kann das wirklich schwer vergleichen, das ist ein Riesensystem, das dann 35 bis 40 Jahre halten muss.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Aber Sie sind ein Finanzfachmann, ich bin nur ein ganz einfacher Mensch, der nachdenkt. Warum hat es genau – das ist für mich signifikant ... Ich sage immer noch, es war ein Bieter-Sprung; es war so. Bei allen anderen Zahlungsvarianten, bei Barzahlung, in 10 Jahresraten, in 15 Jahresraten, war der Gripen immer billiger, und genau bei den 18 Halbjahresraten war der Eurofighter billiger. Jetzt hat man sich auf diese Raten festgefressen und das wahrscheinlich im Nachhinein dort hingetrimmt, dass es so war, weil man nur dort hat feststellen können, dass er billiger war – nur zu dem Zeitpunkt und mit diesen Konditionen! Und das ist mir unverständlich, Herr Dr. Hillingrathner! Es ist mir unverständlich, dass Ihnen als Finanzfachmann nicht auffällt: dass in allen Varianten, die man gerechnet haben, immer der eine billiger ist, nur in dieser einen Variante ist der andere billiger. – Und daher nehmen wir den oder suchen die Varianten aus.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich verstehe Ihren Gedankengang. Wenn ich das vielleicht als Privatier mache, gehe ich hin und frage überhaupt: Wer ist am billigsten? – Nur, bitte, noch einmal: Es war ursprünglich angedacht, 18 Halbjahresraten zu nehmen. Über meinen Wunsch kam diese Barpreis-Variante hinzu, damit wir die Zinsen berechnen können, die drinstecken, sonst können wir das nie ermitteln, und vergaberechtlich geht das gar nicht anders. Jede Firma hat die Chance gehabt, sich eine günstige Finanzierung zu suchen.

Ich möchte Ihnen sagen, Eurofighter war **nicht** in der Lage, aufzusplitten, wie sie zu ihrem angebotenen Zinssatz kommt. Da sind so viele Vorproduktionsteile drinnen und Zulieferanten und in jedem Staat andere Konditionen. Das ist so ein komplexes Thema, das geht einfach nicht. Laut Rechnungshof – und die haben wirklich x-Varianten oder Bemessungen durchgerechnet – war, wenn ich mich richtig erinnere, der Eurofighter sowohl bei der Fünf-Jahres-Version als auch bei der Neun-Jahres-Version der Bestbieter. (*Abg. Faul: Ich habe nur die neun Jahre erinnerlich, aber okay!*) Nein, in beiden Versionen, wobei ich noch einmal sagen muss, mich wundert überhaupt, dass er im Rennen war; er ist zwei Mal ausgeschieden worden, weil er **nicht** Angebot gelegt hat. Aber sei's drum. Nur vergaberechtlich ist das nicht zu machen, da sind wir überfordert. Da können wir überhaupt keine Beschaffung machen. Dann kann ich gleich sagen: Ich als Staat diktieren den Firmen ihre Finanzierungskosten.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Letzte Frage: Einrede-Verzicht. Ich habe schon den Fragen von Herrn Mag. Stadler gelauscht, und was mir nicht klar gewesen ist – ich sehe das als echtes Manko für den Auftragnehmer, also für uns, für den österreichischen Staat –: dass einem, wie Kollege Jarolim gesagt hat, einfach die Hände gefesselt sind. Sie haben gesagt, dieser Einrede-Verzicht hat aus Ihrer Sicht 160 Millionen € (*Dr. Hillingrathner: Nein, 127 Millionen!*), 127 Millionen € gebracht.

Frage, Herr Dr. Hillingrathner: Wer trägt diese Millionen? Ist das jetzt die Eurofighter GesmbH in einem Preisnachlass, oder ist das wiederum nur ein Finanzierungsspiel, oder hat die Bank da bessere Konditionen geben können?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, das ist schlicht die Differenz, die die Finanzierungsmöglichkeit von EADS zu der Finanzierungsmöglichkeit der BAWAG ergeben hat. Auch Finanzierungskosten sind ja erhebliche Produktionskosten (*Abg.*)
Faul: *Alles klar!* – die haben sich um diesen Betrag verringert und werden netto an uns weitergegeben.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Herr Dr. Hillingrathner, anschließend an die Frage von Kollegem Faul möchte ich versuchen, erneut – wie schon zuletzt bei einer Auskunftsperson, wo es genau um diese Zahlungsvarianten gegangen ist – ein bisschen Licht ins Dunkel zu bringen, erneut – an Sie zum ersten Mal, aber erneut in diesem Fragenkomplex – die Frage an eine Auskunftsperson zu richten, ob diese kostspieligere Finanzierungsvariante von SAAB damit hat zusammenhängen können, dass SAAB in vier Währungen fakturiert hat, das heißt, dass das Wechselkurs-Risiko von vier Währungen – nämlich Schwedenkrone, Britischer Pfund, US-Dollar und Euro – mit einzurechnen war und dieses Wechselkurs-Risiko auf 18 Halbjahresraten oder neun Jahre dieses Angebot einfach insofern verteuft hat, dass es dann plötzlich doch zu einem Unterschied zu dieser Barpreis-Variante gekommen ist.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe das gelesen, dass das eine Argumentation von SAAB ist, aber die ist völlig irrelevant. Das ist ein Preisgestaltungs-Faktor. Wenn zum Beispiel eine Firma durch Zufall die Triebwerke um den halben Preis bekommt und die andere nicht, dann ist die eben um 50 Prozent billiger auf diesem Sektor. – Das sind Fakten des Wirtschaftslebens; ich weiß nicht, warum die Struktur so ist. Wenn einer produktiver arbeiten kann als der andere, ist er eben auch billiger.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sie haben gerade gesagt – etwas untergehend hier im Raum –, dass das ein Argument von SAAB war. Stimmt das?

Dr. Herbert Hillingrathner: Eine Rechtfertigung, warum sie da so teuer gewesen sind.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Eine Rechtfertigung – aber von SAAB selbst? Von der Firma SAAB selbst war das eine Rechtfertigung dafür, dass ihr Preis über diesen Zeitraum teurer war?

Dr. Herbert Hillingrathner: Na, sicher, sie müssen ja irgendeine Aussage dazu machen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Aber Sie sind Finanzexperte – es ist ja nachvollziehbar –: Über einen langen Zeitraum ist es schwer einschätzbar, wie sich vier Währungen zueinander verhalten können. Im Unterschied dazu hat Eurofighter zum Großteil in Euro angeboten und nur einen kleinen Teil Britische Pfund dabei gehabt. Die tun sich ja viel leichter beim Berechnen auf diesen langen Zeitraum hinaus. – Ist das nicht denklogisch?

Dr. Herbert Hillingrathner: Es gibt ja nicht nur Zulieferanten aus Europa. Jeder hat Währungs-Risiken, sonst bräuchten wir keine Kontrollbank, die das zum Beispiel abfedert. Das ist so vernetzt, und das nachzuvollziehen wird sehr schwierig sein.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Ja, aber es ist ein Wechselkurs-Risiko zwischen vier Währungen über einen Zeitraum von neun Jahren schwieriger zu berechnen, um das für sich praktisch abzusichern. Das heißt, man muss einen höheren Preis ansetzen, um nicht das Risiko einzugehen, sein Produkt viel zu billig auf den Markt zu werfen, weil die Währungen im Zeitraum von neun Jahren so sehr ins Schwanken geraten können, dass man ein absolutes Negativ-Geschäft hat!

Dr. Herbert Hillingrathner: Sicher ergibt sich dadurch ein höheres Währungs-Risiko, ja.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Gut. Ich glaube, damit ist das auch für Kollegen Faul klargestellt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Ministerialrat, ich werde Ihnen jetzt den Vertrag vorlegen – persönlich; ich komme diesmal persönlich vor, weil ich Ihnen das erläutern möchte –, und ich bitte auch den Verfahrensanwalt, das vielleicht mit einzusehen, weil ich dann die Fragen daran knüpfen möchte. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück zur Einsichtnahme vorgelegt.*)

Ich möchte dem Ausschuss jetzt gerne vortragen, was ich Herrn Dr. Hillingrathner nur persönlich vortragen konnte. Ich erkläre es noch einmal: Ich habe hier den gesamten Vertrag, der mit 30.6.2003 seitens des Bundesministeriums für Landesverteidigung abgeschlossen wurde. In diesem Vertrag ist ein eigener Anhang A 8 beinhaltet. In diesem Anhang A 8 sind dem Vertrag die Verhaltensregeln betreffend die Geschäftstätigkeit angeschlossen und bilden einen integrierenden Bestandteil dieses Vertrages – das, was wir unter „Business Code“ kennen.

Diesem Vertrag wurde das unterfertigte Exemplar, das Vertreter der Firma Eurofighter GmbH am **22.1.2002** unterfertigt haben, angeschlossen – fälschlich ist das Datum noch mit 22.1.2001 angegeben, aber das ist ein Schreibfehler.

Dieses Exemplar, das dem Vertrag beigegeben wurde und einen integrierenden Bestandteil des Vertrages bildet, beinhaltet das, was Kollege Jarolim releviert hat, nämlich den Punkt 4, mit dem die Bestimmungen in Punkt 3 ausgehebelt werden. Dieser Punkt 4 ist in dem vom Finanzministerium entwickelten, von Herrn Ministerialrat Hillingrathner mit Frau Dr. Schwarzenbacher abgesegneten Text nicht enthalten.

Es gibt jetzt aber merkwürdigerweise ein von Eurofighter unterfertigtes Exemplar vom **12.9.2002** – das heißt, acht Monate später unterfertigt –, das kurioserweise diesen Punkt 4 **nicht beinhaltet**, daher voll dem Vertragstext entspricht, der vom Finanzministerium gemeinsam mit einem Anwalt und einem Universitätsprofessor entwickelt wurde, der aber jetzt kurioserweise hier nicht dem Vertrag angeschlossen wurde, sondern dort wurde das von Eurofighter eigenmächtig abgeänderte Exemplar mit der Einschränkung unter Ziffer 4 zu Lasten der Rechtsstellung der Republik Österreich aufgenommen.

Haben Sie, Herr Ministerialrat, eine Erklärung dafür, wieso man hier die Republik Österreich dermaßen schlechter gestellt hat?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich möchte bekennen: Ich habe teilweise in sehr schmalen Segmenten geistig delegiert, weil ich physisch nicht in der Lage war, alle Fragen führend gründlich zu behandeln. Ich habe Kollegin Schwarzenbacher gebeten, diesen **Code of Business**, der uns zugesandt wurde, aus unserer Sicht zu begutachten, und daraufhin haben wir das Verteidigungsministerium ersucht, diesen Code aufzunehmen. Die weiteren Änderungen dieses Codes sind vom Verteidigungsministerium erfolgt. Also ich würde bitten, hiezu vielleicht Herrn Ministerialrat Wall zu befragen. Ich kann dazu wirklich keine Auskunft geben. Das war für mich kein Thema mehr.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das werden wir tun! (*Abg. Dr. Jarolim: Man hätte die Regel 3 durchstreichen können!*) Das wäre konsequenter gewesen, aber die Regel 3 gilt ja, zumindest einschränkend, auch für Eurofighter selbst, aber nicht eben für beauftragte Dritte – zum Beispiel für Herrn Steininger, zum Beispiel für Frau Rumpold gilt dieser Punkt 3 jetzt nicht mehr.

Was mich jetzt interessiert, ist Folgendes: Welcher Eindruck sollte bei wem mit dem am 12.9. unterschriebenen Exemplar erweckt werden?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich kenne diese Exemplare nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, diese Exemplare sind Ihnen nicht mehr vorgelegt worden?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, ich kenne das nicht. (*Abg. Mag. Stadler: Bei der Vertragserrichtung, bei der Sie ja maßgeblich mitgewirkt haben?*) Noch einmal: Dieser „Code of Business Conduct“ ist über Wunsch meines Ministers hineingekommen. (*Abg. Mag. Stadler: Eben!*) Das haben wir gemacht, und das Militär hat es aufgenommen – aber weiters habe ich mich nicht ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber das Militär hat es genau in der Fassung aufgenommen – und das ist ja mit dem Verteidigungsministerium hin und her kommuniziert worden –, die nicht vom Finanzministerium erarbeitet wurde, sondern wo ein Zusatzpunkt aufgenommen wurde zu Lasten der Rechtsstellung der Republik Österreich, sodass der Wille des Finanzministers ins genaue Gegenteil verkehrt wurde.

Dr. Herbert Hillingrathner: Na, ganz ins Gegenteil hoffe ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ganz nicht, aber zu 90 Prozent.

Dr. Herbert Hillingrathner: Wir haben das nicht mehr verfolgt, und wie wir dann 800 Seiten zweimal bekommen haben, haben wir uns nur mehr auf sozusagen ***Gravamina*** gestürzt, wo Mängel sein könnten, die ins Auge gehen, finanziell. Wir waren ja physisch gar nicht dazu in der Lage, das alles im einzelnen zu lesen. Und, was ich „per tratschando“ erfahren habe, das war eben der Wunsch von Eurofighter, weil sie eben nicht für alles geradestehen wollten, was Dritte, Vierte, Fünfte in der Kette anstellen. – Mehr weiß ich nicht. Ich kann wirklich dazu nichts sagen. (*Obmann Dr. Pilz übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es haben die anderen Bieter diese vom Finanzministerium erarbeitete Fassung so unterschrieben. Ich habe sie hier, zum Beispiel kann ich Ihnen das bei SAAB vorlegen. SAAB hat das genauso unterschrieben, wie das vom Finanzministerium erarbeitet wurde. (*Dr. Hillingrathner: Ja!*) Eurofighter GmbH hat im September 2002 auch diese Fassung unterschrieben, hat aber im Jänner 2002 eine andere Fassung eben auch noch davor unterschrieben. Und genau diese findet sich interesseranterweise zu Lasten der Rechtsstellung der Republik Österreich im Vertrag wieder – das versteh ich nicht –, wo man doch ein unterschriebenes Exemplar hatte, das die Rechtsstellung der Republik Österreich voll gewahrt hätte, etwa wenn sich bei Frau Rumpold oder bei Herrn Steininger oder bei sonstigen irgend etwas herausstellen sollte.

Dr. Herbert Hillingrathner: Herr Abgeordneter, ich habe erklärt, wir waren vom September 2002 bis praktisch April 2003 nicht eingebunden. Ich kenne die Vorgänge nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber bei der Abfassung des Vertrages ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Das kann sein, aber das war sicher keine Muss-Forderung, dass der Text so lauten musste. (*Abg. Dr. Jarolim: Er ist schon unterschrieben!*) Das war ja keine Vertragsunterzeichnung. Unterschrieben ist erst, wenn der Vertrag ausverhandelt ist, und bis dahin ist er nicht unterschrieben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Diese Vereinbarung, diese Verhaltensregeln wurden auf Grund der Verweisungsbestimmung vorne in der Haupturkunde zum integrierenden Bestandteil des Vertrages. (*Dr. Hillingrathner:*

Ja!) – Daher hätte man ja auch, wenn man jetzt die Interessen der Republik im Auge hätte, die bessere Variante von diesen zweien in den Vertrag aufnehmen sollen, nämlich jene, die dem Text des Finanzministeriums entspricht und die Rechtsstellung der Republik **nicht** einschränkt (*Abg. Dr. Jarolim: Das war ganz massiv!*), und zwar massiv. Sie hebt sie in Wirklichkeit auf! EADS wird ja nicht selber mit dem Koffer herummarschiert sein. Also: Sie hebt sie im Effekt auf.

Das heißt: Selbst wenn sich morgen herausstellte, dass der Herr Schmauswaberl als Beauftragter der Agentur Sowieso mit dem Geldkoffer herummarschiert ist und damit die Entscheidung erwirkt hat, für Eurofighter den Vertrag abzuschließen, dann ist das Eurofighter nicht mehr vorzuwerfen und ist kein Vertragsausschließungsgrund mehr, weil genau die schlechter stellende Variante in den Vertrag aufgenommen wurde.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich möchte nur eines sagen: Wir haben uns primär auf die **finanziellen Folgen** des Vertrages gestützt – und nicht auf strafrechtliche Momente oder sonst etwas.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir sind immer noch im Bereich ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Noch einmal: Ich habe erklärt, wir haben das dem Heer geschickt – und seither habe ich mich mit diesem Thema nicht mehr auseinandergesetzt. Ich war einfach überfordert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich will nur zur Aufklärung sagen, Herr Ministerialrat, wir sind noch nicht im Strafrecht, sondern das ist immer noch Vertragsrecht, nämlich ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Das weiß ich schon, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): ... Auflösung ipso facto.
(*Dr. Hillingrathner: Ja!*) – Das heißt: Diese Variante ist wieder eine der vielen Camouflagen, die hier stattfinden, aber diesmal ist sie eine besonders harte und besonders augenscheinliche, dass nämlich zwei Dokumente unterfertigt werden, die sich im Grunde inhaltlich decken bis auf einen Punkt, nämlich diesen Punkt 4, der aber von entscheidender Bedeutung ist zur Interpretation des Punktes 3; er hebelt ihn nämlich im Ergebnis aus. Und genau dieses erste Dokument mit dem Aushebelungspunkt 4 wird dem Vertrag ein Jahr später angeschlossen, während der ebenfalls unterfertigte Entwurf ohne diesen Punkt 4, identisch mit der Textierung des Finanzministeriums, ignoriert wird. Das erklären Sie jetzt einmal jemandem!

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe schon gesagt: Vertragsführend für diesen Teil war das Bundesministerium für Landesverteidigung, und ich habe davon keine Kenntnis. Mir ist das nicht bewusst – mag sein, dass das ein Fehler ist, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir werden Herrn Magister Wall zu diesem Thema eingehend befragen müssen, weil es von wirklich grundlegender Bedeutung ist, wie hier vorgegangen wurde. Das ist in einer solchen Deutlichkeit wie alle anderen Dinge, die wir bisher ermittelt haben, noch nicht zutage getreten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich **unterbreche** die Sitzung für ein paar Minuten.

*(Die Sitzung wird um 18.46 Uhr **unterbrochen** und um 18.54 Uhr **wieder aufgenommen.**)*

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich **nehme** die unterbrochene Sitzung **wieder auf**. Wenn mich nicht alles täuscht, wollte ich gerade beginnen, ein paar Fragen zu stellen.

Wir haben vorher die Übermittlung der Unterlagen an den Budgetausschuss besprochen. Das haben Sie beantwortet. Dazu interessiert mich jetzt die Vorgeschiede. Sie haben ganz am Anfang Ihrer heutigen Befragung festgestellt – aber ich hätte das gerne noch etwas genauer, nämlich die Fortsetzung interessiert mich –, wenn ich richtig mitgeschrieben habe, am 19. März 2002 sind Sie in Ihrem Ressort über die Ziele der kommenden Verhandlungen zwischen Finanzministerium und Verteidigungsministerium informiert worden. Ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, in dem Sinn nicht über das Ergebnis, mehr oder minder über den Stand der Vertragsverhandlungen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Da haben Sie gesagt, da sind Sie informiert worden, was die beiden zuständigen Fachminister wollen. Sie haben auf eine Vereinbarung der beiden Minister verwiesen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das war eine politische Vereinbarung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wissen Sie, wann es zu dieser politischen Vereinbarung gekommen ist?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das muss nahezu zu diesem Zeitpunkt gewesen sein, weil meines Wissens hat es vorher kaum Gespräche gegeben. Es hat ja später noch einmal ein Gespräch zwischen Platter und Grasser stattgefunden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das war am 20. März, am 20. März hat mit Sicherheit eines stattgefunden. Das kann ich den Akten entnehmen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Dann ist es so. Da sind eben dann einmal die ersten Linien skizziert worden. Das hat sich natürlich immer wieder leicht geändert.

Obmann Dr. Peter Pilz: Da kommt es – dazu hat Kollege Kogler schon zu fragen begonnen, da wollte ich nur ein paar Sachen ergänzend fragen – am 24. März zur ersten Besprechung Landesverteidigungsministerium – Finanzministerium zur Ermittlung der Gesamtkosten, Folgekosten, Einsparungspotentiale und über die weitere Vorgangsweise. Hier steht in einer Zusammenstellung: Keine aktenmäßigen Aufzeichnungen im BMF, höchste Geheimhaltung!

Hat es da den Auftrag gegeben, über diese Gespräche mit dem Landesverteidigungsressort keine Aufzeichnungen zu führen?

Dr. Herbert Hillingrathner: An das kann ich mich gar nicht erinnern. Ich nehme an, das war eine Weisung. Es wurde außerdem vom Verteidigungsministerium ein Protokoll gemacht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Richtig. Das Protokoll ist Ihnen übermittelt worden?

Dr. Herbert Hillingrathner: Jawohl, das haben wir bekommen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann sehe ich da nicht wirklich ein Problem. Dann kennen Sie auch die Protokollierung für das Treffen, für die Besprechung am 24. März. Ich zitiere jetzt:

Hillingrathner: Es wird kein eigenes Finanzierungsgesetz kommen, sondern ein Gesetz über den Ankauf der Abfangjäger, somit wird das Parlament in die Pflicht genommen und nicht nur der Minister. – Zitatende.

Wie ist das zu verstehen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Es ist doch eindeutig, wenn das Hohe Haus so ein Ankaufsgesetz beschließt, dann ist die politische Verantwortung natürlich auf breiterer Basis, als wenn das nur zwei Minister machen. Mehr sollte das nicht zum Ausdruck bringen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, ich verstehe das schon. Das heißt, wenn ich das jetzt richtig verstehе, ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Das war eine Anmerkung so von mir halt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wenn ich das richtig verstehе, wollte man das Parlament in die politische Verantwortung einbinden, hat aber gleichzeitig dem Parlament nicht die vollständigen Zahlen übermittelt. Das hatten wir ja vorher. Das müssen wir uns dann natürlich anschauen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, noch einmal: Für uns war nur V 1, V 2 ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich weiß, das haben wir ...

Dr. Herbert Hillingrathner: ... und das andere war, die Marschrichtung war nicht existent für uns.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ersparen Sie mir jetzt die Frage, wie das Finanzministerium mit zwei zu bezahlenden, aber, wie Sie sagen, nicht existenten Kosten in der Höhe von 233 Millionen € umgeht.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, die haben wir schon aufgeschlüsselt bekommen, bitte.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, aber im gleichen Protokoll sagen Sie:

Es müssen alle Kosten auf den Tisch gelegt werden. – Und jetzt kommt für mich der wichtige Satz. – Im Gesetz soll der Betrag so gering wie möglich sein.

Was heißt das, dass er gerade im Gesetz so gering wie möglich sein soll? Es steht nicht da, er soll überhaupt so gering wie möglich sein, sondern es steht da, *im Gesetz* soll der Betrag so gering wie möglich sein.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich glaube, Herr Dr. Pilz, die Frage können Sie besser beantworten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, aber ich bin keine Auskunftsperson. (*Abg. Dr. Jarolim: Da hat er Recht!*) Ich möchte auch nicht mit Ihnen darüber streiten, wer von uns beiden das besser beantworten kann, aber mir wäre es lieber, wenn **Sie** das beantworten.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich würde sagen, jeder Verkäufer wird natürlich seine Ware möglichst günstig darstellen, und da muss ich halt politisch das größte Geschäft der Republik verkaufen und da ist halt vielleicht erwünscht, dass nicht solche Horrorzahlen dann im Raum stehen. Ich kann es nur so deuten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Was wäre eine Horrorzahl gewesen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Vielleicht 2,8 Milliarden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das sind ja Zahlen, die in einer anderen Aufstellung durchaus vorkommen, die uns ja bekannt sind von der Luftzeugabteilung, Vertrag Option 1, Option 2: 2,24, plus sonstigem Systemaufwand. 2,448 – da sind wir schon ein bisschen höher –, dann Betriebsaufwand dazu nur für die zehn Jahre: 2,999,9, also eigentlich 3 Milliarden. Diese Zahlen waren Ihnen ja bekannt.

Ich nehme an, dieses Papier der Luftzeugabteilung haben Sie gekannt. (**Dr. Hillingrathner: Ja!**) – Können Sie dieses „Ja“ ganz deutlich sagen. Wir brauchen es beim Protokoll.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, es ist bekannt, und ich habe es auch hier. Das war die Primär-Information des Verteidigungsministeriums.

Obmann Dr. Peter Pilz: Also diese Zahlen, würden Sie unter dem Begriff ***Horrorzahlen*** zusammenfassen? Der Ausdruck stammt von Ihnen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Der Begriff, wie gesagt, vielleicht dem geneigten Staatsbürger gegenüber. Ich weiß es nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Jetzt kommen wir noch einmal zu dem Satz: Im Gesetz soll der Betrag so gering wie möglich sein. Das heißt, war am 24. März 2003 bereits der politische Wille klar, keine Horrorzahl, sondern eine Zahl gegenüber dem Parlament und damit auch der Öffentlichkeit unter 2 Milliarden €?

Dr. Herbert Hillingrathner: Noch einmal: Der politische Wille war, das EADS-Paket unter 2 Milliarden € zu drücken. So muss ich es präzise ausdrücken. Dass da Parallelkosten sind, das wussten alle Beteiligten.

Obmann Dr. Peter Pilz: In diesem Sinn war der Nationalrat offensichtlich kein Beteiligter. Er sollte zwar in die Pflicht genommen werden, aber in diesem Sinn war er offensichtlich kein Beteiligter.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, das sind politische Entscheidungen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sagen Sie – ich frage jetzt, weil Sie Zeit Ihrer Tätigkeit ein sehr genauer Beamter waren –, hat Sie das eigentlich gestört, dass es da eine Vorgabe gibt, die eigentlich von den Gesamtinvestitionskosten gegenüber dem Nationalrat einen falschen Eindruck erweckt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Bitte, darf ich diese Frage nicht beantworten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wenn Sie das nicht beantworten wollen, weil es ja nicht um tatsächliche Wahrnehmungen geht, sondern wie Sie das aufgenommen haben, müssen Sie es selbstverständlich nicht beantworten.

Dr. Herbert Hillingrathner: Schauen Sie, sie haben das genauso gewusst wie andere auch, was die Mehrkosten sind. Ich bin halt ein anderer Mensch, ich lege das auf den Tisch. International gesehen sind ja das fast Nebbich-Beträge bei solchen Beschaffungen. Ja, aber das ist nicht meine Betrachtungsweise, und die zählt hier nichts.

Obmann Dr. Peter Pilz: Noch zur Anmerkung drei: HBMLV – Herr Bundesminister für Landesverteidigung – hat beauftragt, die EADS-Nettobestellsumme nominell unter 2 Milliarden € zu drücken.

Damals war ja bereits Günther Platter Verteidigungsminister. – Ist das richtig? (**Dr. Hillingrathner:** Ja!) – Er kann – das ist auch klar – natürlich nicht Sie beauftragt haben, sondern nur jemanden aus dem Bundesministerium für Landesverteidigung. Wen im Bundesministerium für Landesverteidigung hat er beauftragt, die Nettobestellsumme nominell unter 2 Milliarden € zu drücken?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich bitte, vielleicht kann das Generalleutnant Spinka beantworten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ist es richtig, dass Generalleutnant Spinka die Person war, die Sie über diese Weisung des Ministers informiert hat?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das kann ich aus meiner Erinnerung nicht sagen, denn mir ist wirklich eine hohe Zahl von Herren gegenübergesehen. Es kann sein – Spinka hat das natürlich geführt –, dass es ein Einleitungsstatement war, aber ich kann nicht sagen, ob er es wirklich gesagt hat. Also diese Wahrnehmung kann ich hier nicht

dekretieren unter Wahrheitsaussage, da muss ich sagen, ich weiß es nicht. Es ist wahrscheinlich, aber ich weiß es nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es ist wahrscheinlich, dass es Spinka war.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, aber ich weiß es nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wenn Sie sich nicht im Detail erinnern können, ist es auch gescheiter, wenn Sie das so beantworten.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich weiß es nicht. Da sind wir wieder so wie beim Hochwasser.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja eben. Das heißt, das Einzige, woran Sie sich mit Sicherheit erinnern können, ist, dass Sie aus dem Kreis Ihrer Verhandlungspartner und Besprechungspartner aus dem Bundesministerium für Landesverteidigung über diese Weisung des Verteidigungsministers, die Nettobestellsumme EADS unter 2 Milliarden € zu drücken, informiert worden sind.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist perfekt formuliert. Ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Hillingrathner, ich komme noch einmal zurück zu den Systemkosten, wo Sie gesagt haben, die Sprachregelung für uns war, dass es sie nicht gibt, diese Systemkosten. Der Kollege Pilz hat dann im Budgetausschuss immer nachgefragt: Wo sind denn diese Kosten? Wo sind denn diese Kosten?

Hier im Vergabeakt sind sie nämlich aufgeschlüsselt im Detail, aber die beginnen erst im Jahr 2005 mit 31 Millionen €, steigen dann auf über 60 Millionen €. Das heißt, im Jahr 2003, bei Vertragsabschluss, und im Jahr 2004 gab es budgetrelevant ja gar keine Systemkosten. (*Ruf: Und keine Flieger!*) Es gab es auch keine Fliegerkosten in dem Sinne.

Obmann Dr. Peter Pilz: Entschuldigen Sie, Frau Kollegin Fekter, das ist ein falscher Vorhalt, der wie folgt zu korrigieren ist: 1. April, Bundesministerium für Landesverteidigung, Abteilung Luftzeugwesen, Beilagen für dritte Besprechung, Abfangjäger Eurofighter, System- und Folgeaufwand, Systemaufwand Sonstiges – das ist also über V 1 und V 2 hinaus –: ohne Abgaben 205 Millionen €, mit Abgaben 246 Millionen €. Das ist detailliert ausgewiesen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das, wo die Steuer noch vorhanden war, das war im April. Ich spreche ja vom Vergabeakt, sprich vom Vertragsakt im Juni. Das heißt, das, was Sie ihm vorgehalten haben, war ja eine überholte Geschichte, denn die Systemkosten, nämlich diese 233 Millionen €, die ja auch im Rechnungshof angeführt sind, die beginnen erst im Jahr 2005.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, auch das ist ein falscher Vorhalt. Im nächsten Akt, ich habe sie der Reihe nach alle. (*Abg. Dr. Fekter: Im Akt vom 29.Juni 2003!*) Der nächste ist 25. April, BMF ...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Na eben! Der April-Akt ist ja heillos überholt, denn da ist ja dann noch nachverhandelt worden, und dann kam im Juni der Vertragsakt, und ich muss mich nach dem Vertragsakt halten. Und wenn natürlich die Frage an ein Regierungsmittel ist: Was ist mit den Systemkosten, sind die nicht budgetrelevant?, und das Regierungsmittel sagt im Jahr 2004: Nein, sie sind nicht budgetrelevant!, dann war das korrekt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich möchte das mit Ihnen jetzt nicht diskutieren, weil Sie in einem Punkt natürlich Recht haben. Der Vertragsaufwand für EADS beinhaltet

natürlich nicht die sonstigen Systemkosten. Das war ja der Kern des Täuschungsmanövers. Da haben Sie völlig Recht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Nein, das ist schon klar. Ich rede von jenem Verschlussakt, der sozusagen die Vergabe an die Eurofighter Jagdflugzeug GmbH vorbereitet hat, sprich nicht irgendwelche Unterlagen während der Verhandlungen, sondern das Verhandlungsergebnis.

Das Verhandlungsergebnis hat eine ähnliche Tabelle wie jene im April, aber halt vier Monate später, nämlich am 29. Juni 2003. Da ist der sonstige Aufwand von 233 Millionen € auch im Detail aufgeschlüsselt, er beginnt aber erst im Jahr 2005 budgetwirksam zu werden.

Daher ist es mir unverständlich, wie Sie antworten können: Na ja, da gab es eine Sprachregelung, die sind für uns nicht vorhanden. War das im Hinblick auf die Budgetwirksamkeit für das Jahr 2003 und 2004, oder wie ist das zu verstehen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich muss da leider wieder meine Aussage relativieren. Finanzminister Grasser hat interessiert, was kostet ihn das zusätzlich an Budgetmitteln, die er außerhalb des Heeresbudgets zu Verfügung stellen muss. Das war V 1 und V 2 und im Prinzip die Betriebskosten. Es war noch eine Abmachung wegen Grenzeinsatz und so weiter. Alle anderen Aufwendungen sind im Militärbudget gedeckt. Daher ist es für eine Budgetüberschreitung irrelevant von Seiten des Finanzministers. Denn aus dem normalen Budgetvollzug brauche ich das nicht. Es wird bei Budgetverhandlungen das Anforderungsprofil besprochen, er bekommt dort ein bestimmtes Budget und damit muss er auskommen. Wenn er nicht auskommt, dann muss er eben mit einer Überschreitung kommen, und dann muss man auch ins Parlament gehen. Aber so lange das so ist, ist der Finanzminister nicht befasst. Vielleicht dann mit Einzelgeschäftsstücken, wenn ich zum Beispiel eine Halle bestelle, die den finanziellen Wirkungsbereich überschreitet, weshalb daher das Finanzministerium mit einzubinden ist. Das war unsere Betrachtungsweise. Natürlich, die Gesamtkosten waren immer Thema – ich glaube, das geht ja genügend hervor –, aber in diesem Zusammenhang nicht. Da hat sich alles eben nur fokussiert auf diesen V 1 und V 2

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Kollegin Fekter, nur – und dann lasse ich es schon – damit das mit dem Vorhalt wirklich passt. Sie haben schon Recht, die sonstigen Systemkosten werden später budgetwirksam, aber V 1 und V 2 werden auch später budgetwirksam. Nichts von dem Ganzen wird sofort budgetwirksam, sondern die sonstigen Systemkosten werden sogar früher budgetwirksam als die Kosten aus Vertrag 1 und Vertrag 2. Das nur der Richtigkeit des Vorhalts halber.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Der Richtigkeit des Vorhalts halber, Herr Vorsitzender, hat uns ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Es ging um eine Budgetermächtigung für eine sehr große Summe über 18 Halbjahresraten, das heißt über einen Zeitraum von neun Jahren. Es ging da um kein Jahresbudget, sondern um eine Ermächtigung, Verträge abzuschließen, die das Budget über neun Jahre belasten. Und da hätten – das ist zumindest meine persönliche Auffassung – auch die sonstigen Systemkosten, die parallel dazu mitbelasten und die Belastung deutlich über 2 Milliarden bringen, ausgewiesen werden müssen.

Das nur dazu. Aber es ist Ihr gutes Recht das auch anders zu sehen. Entschuldigung. Bitte, die Zeit einzurechnen, die ich jetzt unterbrochen habe.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Vorsitzender Pilz, Sie haben gerade jetzt wirklich korrekt und richtig gesagt, es ging um die Verträge für die

18 Halbjahresraten Budgetermächtigung. Das heißt, die Verträge V 1 und V 2 waren ausverhandelt und unterschriftsreif. Uns hat vor zwei Tagen der Ministerialrat Hofer im Detail erläutert, dass die Systemkosten derzeit erst verhandelt werden.

Das heißt, man hatte die ganz genauen Zahlen und Details ja zum damaligen Zeitpunkt nicht verfügbar, weil diese ganzen Systemkosten mit dem GPS und was da alles ist, ja derzeit verhandelt werden. Der Hofer hat ja dann gesagt, sie bemühen sich intensiv, dass es billiger wird. Daher konnte das in das Ermächtigungsgesetz nicht im Detail aufgenommen werden. Eine Schätzung hätten wir aufnehmen könne, aber nicht vertragsrelevante Beträge, weil die damals noch gar nicht zu Verfügung gestanden sind.

Ich meine, Herr Vorsitzender, das muss man korrekterweise schon dazusagen, weil die systemrelevanten Beträge derzeit gerade im Verhandlungsstadium im Verteidigungsressort sind.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wollen Sie dazu Stellung nehmen? Das war jetzt nicht direkt eine Frage, aber Sie haben immer das Recht, dazu Stellung zu nehmen, denn sonst fragt Kollegin Fekter einfach weiter.

Dr. Herbert Hillingrathner: Faktum ist, dass man gewisse Sachen erst ausverhandelt in der Hoffnung, das man es billiger bekommt. Man hätte auch einige bei EADS bestellen können, auch IKT-Kosten und so weiter. Faktum ist, dass es noch nicht Gegenstand einer Ermächtigung sein kann, so lange ich keine vertragliche Verpflichtung habe. Wir haben hier nur das hineingenommen, was effektiv eine vertragliche Verpflichtung ist, denn eine Å-fonds-perdu-Ermächtigung bringt ja nichts.

Aber das eine Thema hat, glaube ich, mit dem anderen nichts zu tun. Sie wollten halt als Parlament eine Gesamtdarstellung haben, und das andere sind rein die Niederungen des Budgetvollzugs oder der Budgeterstellung und der parlamentarischen Einbindung von konkreten Einzelprojekten; in dem Fall war es V 1 und V 2.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): In größter Kürze noch ein bisschen etwas. Also diese Horrorzahlen, die eigentlich bekannt waren, wollten Sie der Bevölkerung nicht zumuten auf der einen Seite, auf der anderen Seite haben Sie aber – und das ist meine Frage – den Einredeverzicht im Wesentlichen zu verantworten. – Ist das so richtig? So habe ich das vorhin verstanden.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, das Finanzministerium hat das ausgehandelt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie haben selbst gesagt, bei Ihnen ist da der Kaufmann durchgegangen oder so ähnlich.

Dr. Herbert Hillingrathner: Na sicher, bitte, 127 Millionen Schilling Preisreduktion sind ja kein Lercherl. Ich weiß, dass ich schon meinen Job verloren habe und alles, wenn ich den Aussagen gewisser Anwälte folge, nur: Jede Zeile, die dort steht, jedes Wort ist das Ergebnis harter tagelanger Verhandlungen; das möchte ich sagen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Darf ich Sie fragen, welche kaufmännische Praxis oder Ausbildung Sie haben, wenn Sie sagen, der Kaufmann in Ihnen hat da sozusagen gewirkt.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist vielleicht so mein Hobby wie Technik. Erstens möchte ich schon sagen, ich habe zwei Bilanzbuchhaltungsprüfungen und Steuerbilanzen Erstellen gemacht, sogar mit Auszeichnung, ich habe ein Pelzgeschäft kaufmännisch betreut für eine alte Tante, die nicht mehr dazu fähig war, mein Schwiegervater hat einen Betrieb gehabt, für den habe ich sogar Prozesse geführt, und ich habe, glaube ich, ein gutes kaufmännisches Verständnis. Und da ich 30 Jahre hier arbeite, mit sehr vielen Verträgen, da ich Erfahrungen mit der Wirtschaft habe – ich war

sogar bei Sanierungen eingesetzt von CA und Steyr von Minister Vranitzky; bei den Banken bin ich auch Hunderte Stunden gesessen, wo solche Sachen diskutiert wurden –, glaube ich schon, dass ich ein bisschen ein Gefühl habe.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Kann man sagen, Sie waren einerseits Hobby-Techniker und andererseits Hobby-Kaufmann? An sich waren Sie ja Beamter.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich war kein Kaufmann, weil ich kein Geschäft habe. Leider, wäre schöner. Vielleicht verdient man da mehr.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Jetzt ist halt für mich irgendwie frappierend: Ein Kaufmann möchte die Ware dann prüfen, aber durch den Einredeverzicht kann in Wirklichkeit Eurofighter liefern, was immer sie gerade für richtig halten.

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, Moment, das stimmt nicht. Das Heer hat eine begleitende Produktionskontrolle, und bisher ist alles fehlerlos abgenommen worden. Also bevor das Flugzeug nach Österreich kommt, ist jedes Detail von den Fachleuten des Heeres und Technikern kontrolliert, dass das okay ist, und zwar schon bereits in der Einbauphase, denn nachher gibt es viele Dinge, die kann ich gar nicht mehr anschauen und beurteilen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ist der Einredeverzicht so zu interpretieren, dass es grundsätzlich egal ist, in welchem Zustand Eurofighter irgendetwas liefert, weiterhin zu bezahlen sind die Raten jedenfalls? Ist das der Kern des Einredeverzichts?

Dr. Herbert Hillingrathner: Wenn ich es so trivial bezeichne, sicher, ja.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wissen Sie, wer für die Güteüberprüfung zuständig ist?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich nehme an, das sind die entsprechenden Abteilungen im Luftbereich, die Logistiker. Die Herrschaften sind ja extra abgestellt, die sind vor Ort. Mehr im Detail weiß ich nicht, aber das ist üblich bei allen Waffensystemen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Könnten Sie sich vorstellen, wenn aus dem Herstellerland diese Güteprüfung erfolgen würde, dass dann ein Einredeverzicht natürlich nicht besonders gescheit und sinnvoll wäre.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das verstehe ich jetzt nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wenn die Güteprüfungen der Flugzeuge, die nach Österreich geliefert werden, von deutschen Stellen, vom Herstellerland vorgenommen werden würden, würden Sie dann einen Einredeverzicht noch immer verantworten?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das eine hat mit dem anderen überhaupt nichts zu tun, bitte. Der Einredeverzicht ist deshalb, dass ich diese Dreieckskonstruktion machen kann und keine Staatsschuld entsteht. Das hat mit dem überhaupt nichts zu tun. Natürlich könnte ein deutsches Institut gegen Entgelt die Abnahme machen, aber ich mache mir das lieber selbst, bitte, denn ich mache doch nicht den Bock zum Gärtner.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das glaube ich auch. Man sollte nicht den Bock zum Gärtner machen und selbst diese Übernahme ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Daher ist es üblich, dass unsere Leute dabei sind.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Was meinen Sie mit „dabei sind“ bei der Übernahme?

Dr. Herbert Hillingrathner: Also, was ich bisher gehört habe, in der Produktion bereits. Wir sind ja noch nicht in der Übernahmephase.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Darf ich noch einmal konkret fragen: Hätten Sie diesen Einredeverzicht in dieser Art und Weise gestaltet und verantwortet, wenn Sie gewusst hätten, dass die deutsche Bundeswehr für die Übernahme zuständig ist?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das hat keinen Konnex, Entschuldigung, das hat überhaupt keinen Bezug zum Einredeverzicht. Das wäre für mich völlig irrelevant, wer das macht. Wenn es die deutsche Armee, die mehr Erfahrung hat damit, für mich günstiger macht oder die Firma ESL oder was es da alles gibt, dann ist das auch okay. Das hat keinen Zusammenhang, bitte, mit dem Einredeverzicht. Das ist eine Sache der Gewährleistung allenfalls oder so wie beim Bau eine Bauaufsicht, der seine Verantwortung exakt ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, aber wenn die Bauaufsicht dann der Baumeister, der den Bau ausführt, macht und das kontrollieren soll, haben Sie dann kein Problem damit? Wenn der, der es macht, das dann kontrolliert?

Dr. Herbert Hillingrathner: Bitte noch einmal: Sie haben gesprochen von der deutschen Bundeswehr, aber nicht von EADS. Das macht niemals die Firma selbst. Die Firma hat eine Qualitätskontrolle und ein Qualitätsmanagement, aber diese Sachen muss immer ein Externer machen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber als Kaufmann müssten Sie doch wissen, dass es natürlich eine ganz andere Voraussetzung ist, dass da die Interessenlage eine völlig andere ist, wenn aus dem Herstellerland die Bundeswehr das macht als wenn eine österreichische Stelle das kontrolliert.

Darum noch einmal meine Frage: Hätten Sie dann den Einredeverzicht trotzdem so gestaltet, wenn Sie gewusst hätten, man kann dann bei der Übernahme aus Österreich gar nicht mitreden?

Dr. Herbert Hillingrathner: Für mich – noch einmal –, hat das keinerlei Zusammenhang. Ich sehe keinen. Das Flugzeug muss in Ordnung sein, und ich habe alle Gewährleistungsansprüche, die sind ja vertraglich festgelegt. Das hat mit Eurofighter, mit dem Einredeverzicht überhaupt nichts zu tun.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Probieren wir es noch einmal mit dem Haus. Der Baumeister stellt das Haus fertig.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Kräuter, mich würde es persönlich ja auch freuen, aber es deutet alles darauf hin, dass der gewünschte Satz nicht kommt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich habe gedacht, wenn ich mit einem Kaufmann rede, haben wir diese logische Ebene.

Obmann Mag. Dr. Peter Pilz: Wir verfügen über keinerlei Zwangsmittel, um aus Herrn Hillingrathner den gewünschten Satz herauszuholen. Wenn er ihn nicht sagen will, ist das sein gutes Recht.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, ich weiß auch nicht, welcher gewünscht werden soll. Das ist meine Überzeugung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Da haben Sie auch vollkommen Recht.

Dr. Herbert Hillingrathner: Sie bekommen das um 127 Millionen billiger, das sind fast 2 Milliarden Schilling oder 1,8.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, aber egal was, entschuldigen Sie, ich sage das natürlich auch als Kaufmann. Wenn man das kaufmännisch betrachtet, kann nicht eine Einsparung dazu führen, dass ich mir die Ware dann überhaupt nicht mehr anschauen muss.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das stimmt ja nicht. Das wird doch vom Heer abgenommen und geprüft, auch schon während der Produktion, habe ich gesagt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich habe Ihnen gerade erklärt, dass das die deutsche Bundeswehr macht.

Dr. Herbert Hillingrathner: Wenn es die deutsche Bundeswehr macht, ist das nicht EADS, sondern auch ein Militär, ist das der Staat dort. Das hat dieselbe Qualität, als wenn unsere Leute das machen, vielleicht sogar eine bessere Qualität.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, dann wollen Sie und können Sie den Unterschied nicht verstehen, dass das ein Herstellerland ist und nicht wir selbst als Österreich, wo wir die Käufer sind, diese Güteabnahme durchführen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist eine Ansichtssache.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Ministerialrat, ich möchte Ihnen jetzt eine Einsichtsbemerkung vorhalten lassen, und zwar in der Originalfassung von Ihnen, damit Sie sich vielleicht an den Vorgang erinnern, und mit handschriftlichen Anmerkungen, wo ich Sie erteile, mir mitzuteilen, von wem diese Handschrift sein könnte. Ich lasse Ihnen das nach vor bringen. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück zur Einsichtnahme vorgelegt.*)

Können Sie mir sagen, von wem diese handschriftlichen Anmerkungen auf dem gefaxten Exemplar sind? Ist es möglich, dass diese Handschrift von Herrn Spinka sein könnte? Er ist leider nicht abgezeichnet, aber der Schriftvergleich deutet darauf hin.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das war ein Fax an das Verteidigungsministerium?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, das war ein Fax, das jedenfalls im Verteidigungsministerium hin und her gefaxt wurde, aber es handelte sich um ein Exemplar, das Sie bei einer Besprechung auf den Tisch gelegt haben als Tischvorlage.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich möchte sagen, von mir ist die Schrift erstens nicht und zweitens schließe ich aus dem Inhalt, dass es aus dem Bereich des Verteidigungsministeriums stammt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das ist richtig. Von Ihnen ist der Akt als solcher, die Einsichtsbemerkung ist von Ihnen, die ist von Ihnen verfasst worden. Wenn Sie mir bitte beides wieder zurückgeben, damit ich dann die Fragen dazu stellen kann. Sie haben die Handschrift nicht erkannt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, also normalerweise verkehren wir schriftlich mit Schreibmaschine oder Computer oder ähnlich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das dürfte ein Sitzungsteilnehmer verfasst haben. Wissen Sie noch, wer an dieser Sitzung teilgenommen hat? Die Sitzung hat augenscheinlich bei Sektionschef Dr. Steger stattgefunden. – Ist das richtig?

Dr. Herbert Hillingrathner: Da habe ich jetzt nicht geschaut. Welches Datum ist das?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das betrifft den Vorgang am 26. April 2003.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich schau nur, vielleicht habe ich da etwas. (*Die Auskunftsperson blättert in ihren schriftlichen Unterlagen.*) – Nein, sorry, das entzieht sich meiner Kenntnis.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hier steht: Steger, bis 21 Uhr. Daraus habe ich geschlossen, dass diese Besprechung bei Sektionschef Dr. Steger stattgefunden hat. Jedenfalls wurde von Ihnen diese Einsichtsbemerkung dort vorgelegt. Nun ist davon die Rede, dass bei den Systemkosten eine Reduktion um 26 Millionen € stattgefunden hat, herausverhandelt wurde.

Erinnern Sie sich an diesen Vorgang?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das wird so gewesen sein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nun schreibt Herr Ministerialrat Mag. Wall dazu Folgendes:

Zunächst einmal Zielerreichung der Vorgabe BMF 1 978,3 Millionen. Das BMLV hat, um die vom BMF – ich muss da langsam lesen, weil das die Handschrift vom Herrn Wall ist – vorgegebenen Eckdaten zu erfüllen, bereits einschneidende Leistungsreduktionen vorgenommen und somit auch die Flugstundenproduktion deutlich gesenkt. Die 26 Millionen € sind somit zwingend wieder zur Auffüllung der erzwungenen Verringerungen zu verwenden und nicht zur nochmaligen Veränderung der Eckdaten des BMF nach unten. – Zitatende.

Können Sie mir deuten, was der Herr Ministerialrat Wall hier gemeint hat?

Dr. Herbert Hillingrathner: Er hat gemeint, dass wir allenfalls einen höheren Kaufpreis akzeptieren beziehungsweise diese Verminderungen nicht erzwingen wollen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das liest sich hier aber anders. Ist es möglich, dass man, so wie Sie auch in Ihrem Vermerk, der ja öffentlich bereits diskutiert wurde, im Grunde versucht hat, die Preisreduktionen durch die Reduktion der Flugstunden herzustellen? Willkürlich?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, das ist ja aktenkundig und war natürlich sowohl Gesprächsgegenstand und hat auch zu einer massiven Reduzierung der Flugstunden geführt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Herr Verfasser dieser handschriftlichen Anmerkung schreibt nämlich auf der Seite zwei: Unterschreitung – als Ergebnis, als Konsequenz daraus –: 1 800 Flugstunden. – Ich halte für den Ausschuss fest, dass die schon weiter herunterreduzierten 1 800 Flugstunden jetzt noch einmal unterschritten werden müssen, damit man einigermaßen auf die Kosten kommt. – Unterschreitung: 1 800 Flugstunden. Dann steht dort: 1 Prozent Eskalation hält nicht.

Was bedeutet das: 1 Prozent Eskalation hält nicht?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das weiß ich nicht. Die ist im Raum gestanden, die ist nur einmal vergessen worden hinzuzurechnen, und diese Eskalation findet statt oder hat stattgefunden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie muss man das verstehen? Was ist das genau?

Dr. Herbert Hillingrathner: Eurofighter hat sich vorbehalten durch Verteuerung von Material einen 1-Prozent-Zuschlag zu machen zum Preis. Ursprünglich waren ja 4 Prozent vorgesehen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und jetzt schreibt dieser Herr: 1 Prozent hält nicht.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was hat das jetzt mit den Flugstunden zu tun? Was hat das mit den hier relevierten 26 Millionen Einsparungen bei den Systemkosten zu tun?

Bitte klären Sie uns auf! Sie sind der Fachmann.

Dr. Herbert Hillingrathner: Da kann ich nichts aufklären. Ich habe keine Ahnung, warum das in diesem Zusammenhang steht. Die Eskalation hat überhaupt nichts zu tun mit den Flugstunden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat das etwas mit dem Systemaufwand zu tun?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, das ist ein ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Verstehen Sie, wenn man den Systemaufwand reduzieren will, dann muss man am besten weniger fliegen. Das ist logisch, das versteht der Laie auch (**Dr. Hillingrathner: Ja!**); das verstehe sogar ich.

Es schreibt der Verfasser dieses handschriftlichen Zusatzes hin: Das bedeutet eine Unterschreitung von 1 800 Flugstunden.

Dann schreibt er im nächsten Absatz dazu: 1 Prozent Eskalation hält nicht. Und ich sage gleich dazu, unten schreibt er noch dazu: Kein Einvernehmen BMLV.

Das heißt, das BMLV ist wieder einmal überhaupt nicht gefragt worden.

Ich frage mich nach dem allen, warum nicht überhaupt von vornherein das Finanzressort das Flugzeug angeschafft hat und dann einfach dem BMLV zur Verfügung gestellt hat: Da habt ihr, und nehmt es! – Verstehen Sie, das ist das Ergebnis dieses ganzen Vorganges.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich war auch nicht „amused“, dass ich diese Preisverhandlungen dann machen musste. Also gemeinsam mit Traumüller zum Teil.

Ich kann nur wieder sagen, diese Eskalation, die Eurofighter gefordert hat, war 4 Prozent. Es war der erste Schritt, dass wir zuerst 0 Prozent haben wollten, aber das war nicht erreichbar. Also 1 Prozent haben wir Eskalation drinnen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bis Sie das geklärt haben, geht mir zu viel Fragezeit drauf. (**Dr. Hillingrathner: Das ist eine Wertanpassung nach oben, sozusagen!**) – Darauf kommen wir später zurück.

Sagen Sie, wozu legen wir fest, dass wir zuerst in der Ausschreibung über 4 000 Flugstunden drinnen haben; dann reduzieren wir die Flugstunden auf 2 100 und irgendetwas Flugstunden; dann sagt man: gut, obwohl die politische Entscheidung zur Änderung dieses ganzen operativen Gerüstes überhaupt nie getroffen wurde, gehen wir eben auf 1 800 herunter, dann kommt es schon irgendwie hin mit den Kosten für den Eurofighter!?

Jetzt hält aber auch das nicht, sondern man muss, um diese 26 Millionen an Systemaufwand-Einsparung zustande zu bringen, noch unter die 1 800 Flugstunden gehen! Obwohl uns alle gesagt haben: Das ist das absolute Minimum, darunter können wir nicht mehr! Das sagt jeder Militär, der da herinnen gesessen ist.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das sind Fragen, die das Finanzministerium nicht tangieren, sondern das muss das Heer vertreten. Die ursprüngliche Flugstundenzahl war sicher weit überzogen. Vielleicht haben sie es auf 30 Stück und täglichen Flug kalkuliert; ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, nein! (*Abg. Faul: Auf 24 waren die ...!*) Auf 24 ist das kalkuliert gewesen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, gut, war es auf 24! Jedenfalls haben selbst die Militärs bei diesen Besprechungsrounden im April – oder waren diese drei Besprechungsrounden noch im März? – zugeben müssen, dass diese Zahlen überzogen sind. Die 1 800 Stunden dann hat man eben als realistische Größe gesehen. 2 800 ist das Endziel.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bei uns saß Herr Brigadier Bernecker, und er hat gesagt: Das war die politische Vorgabe dafür, was in der Luftraumüberwachung und in der Luftraumsicherung geschehen muss, daraus haben wir operationell diese Flugstunden errechnet; die politischen Vorgaben wurden nie geändert, die Flugstunden wurden willkürlich geändert, ohne dass man die politischen Vorgaben geändert hat. – Das klingt plausibel, das ist nachvollziehbar.

Jetzt ist man aber, um die Systemkosten und die Betriebskosten noch weiter zu reduzieren, auf 1 800 Flugstunden für 18 Eurofighter heruntergegangen. Nun sagt man aber, dass nicht einmal die 1 800 – und schon da hat jeder gesagt: Das ist die absolute Untergrenze, darunter geht es gar nicht! Darunter geht es, glaube ich, sogar nicht einmal mit den Bewilligungen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das sind die berühmten 100 Stunden pro Flugzeug.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Untergrenze? (*Dr. Hillingrathner: Ja!*) – Nun sagt der Verfasser dieser handschriftlichen Zusätze, dass man diese 26 Millionen € an Einsparung im Systemaufwand nur dann erreichen kann, wenn man unter die 1 800 Flugstunden heruntergeht!

Verstehen Sie mich: Wenn man sagt, wir müssen mindestens 100 Flugstunden pro Flieger erreichen, aber rechnerisch gehen wir einfach sozusagen unter die 1 800 Flugstunden, damit sich mit dem dargestellten Systemaufwand eine Einsparung von 26 Millionen ausgeht, dann ist das die nächste Rosstauscherei! Das werden Sie mir doch nicht abstreiten können?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das mag sein. Aber ich kenne diese Anmerkung nicht.

Noch einmal: Das ist wirklich im Verantwortungsbereich der Verteidigung. Wenn es absolut notwendig sein wird, dann werden sie auch mehr Stunden fliegen, und man wird ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dann ist aber der Systemaufwand wieder höher? Oder?

Dr. Herbert Hillingrathner: Na sicher! Je mehr ich fliege, desto höhere Aufwendungen habe ich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sehen Sie! Daher ergibt Ihre Anmerkung, die öffentlich diskutiert wurde – dass also sozusagen die Preisreduktion, damit man schön darunter kommt, beim Betriebsaufwand zu suchen ist und dort herumgetrickst wurde –, jetzt wirklich einen deutlichen Sinn! Das ist der erste Beleg dafür, dass das, was Sie hier geschrieben haben, tatsächlich stimmt.

Dr. Herbert Hillingrathner: Na ja, die Flugstundenanzahl ist an sich beim Verbrauch. Das sind ja keine Investitionskosten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, ich rede von Betriebskosten. Ich rede von den ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Betriebskosten, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das schreiben Sie auch hier (*Abg. Dr. Haimbuchner: Die muss ja das Heer selber finanzieren!*):

Herr Bundesminister für Landesverteidigung beauftragt, die EADS-Nettosumme nominell unter 2 Milliarden zu drücken und den Restbedarf unter dem Titel Betriebsaufwand zu verbuchen.

Das heißt, wenn man dort die Kosten hineinsticken musste, dann musste man bei dem Betriebsaufwand tatsächlich herunter, damit man noch einigermaßen auf die Obergrenze von 50 Millionen kommt. (*Abg. Murauer: Aber das wird bei jedem so sein! Je mehr ...!*) – Das ist schon klar; du hast mich nur nicht verstanden.

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, ich glaube, da sitze ich auf der ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, ich erkläre es Ihnen noch einmal: Wenn ich also genötigt bin, Investitionsaufwand in den Betriebsaufwand zu stecken, dann muss ich, um dort Pouvoir zu schaffen, den tatsächlichen Betriebsaufwand durch die Reduktion der Flugstunden reduzieren, damit ich die Pouvoir-Obergrenze nicht überschreite. Das ist doch logisch.

Dr. Herbert Hillingrathner: Na, die Logik endet insofern, als in V1 und V2 die Ausstattung so ist, dass das Flugzeug ordnungsgemäß betrieben werden kann. Natürlich sind gewisse Goodies nicht dabei.

Nur: Das Verteidigungsministerium hat überhaupt keinen Grund dazu – und könnte das auch nicht –, Investitionskosten in den Betrieb zu verschieben, weil es die Kosten der Investitionen dann selbst zu tragen hätte, die ja so der Finanzminister abgilt. Wir hätten ja 100 Millionen heruntersetzen und sagen können: Das Heer muss es zahlen. – Das kann es nicht! Der Betriebsaufwand, das bringt budgetär gar nichts fürs Verteidigungsministerium; sie könnten es dort ja nicht zahlen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Eben! Weil sie es eben nicht können und weil es daher ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Daher ist es auch nicht hineingeschoben worden! Ich meine, so dumm ist ja das Heer auch nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, es ist schon hineingeschoben worden! Man hat einfach nur den tatsächlichen Betriebsaufwand weiter reduziert, indem man die Flugstunden reduziert hat.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich kann ja reduzieren! Bitte, ich kann zum Beispiel mit dem Simulator mehr fliegen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Damit hat man Pouvoir geschaffen oder, noch trivialer ausgedrückt: Platz geschaffen, um Investitionsaufwand in den Betriebsaufwand zu stecken.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das waren jetzt fast 27 Minuten. (*Abg. Murauer: Und auch 27 Mal das Gleiche gefragt!*) Nein, nein, das waren sehr abwechslungsreiche Fragestellungen, die uns allen ein Vorbild sein können. (*Abg. Mag. Stadler: Ich habe keine einzige Frage wiederholt!*) Kollege Stadler – ich stelle das ausdrücklich fest – hat keine einzige Frage wiederholt, außer der einen (*Abg. Murauer: Die in einer Wiederholung bestanden hat!*), die er aber nicht wiederholt hat. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Haimbuchner.*) Nein, das war alles sehr in Ordnung.

26. April 2002 – ich fahre in der Chronologie fort –: Dr. Hillingrathner stellt für das Bundesministerium Finanzen in einer Einsichtsbemerkung fest – ich zitiere –:

„Das BMF ist bereit, die mit der Eurofighter GmbH ... zu vereinbarenden Systemkosten in Höhe von 1,952 Mio. €... zu bedecken. Die bei sonstigen Vertragspartnern anfallenden Systemkosten in Höhe von 233 Mio. € sowie die gesamten Betriebskosten und Kosten für ein allfälliges Überbrückungspaket hat das BMLV aus seinem Budget bereitzustellen.“

Dazu habe ich zwei Fragen. War nicht ursprünglich vereinbart, dass einen wesentlichen Teil der Betriebskosten das Finanzministerium übernimmt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Dazu kann ich nur sagen: Das war ein Pokerspiel. Ich kann nichts dafür, das hat sich täglich geändert. Ursprünglich wurde vom Heer verlangt, dass es V2 aus seinen Mitteln trägt. Ich kann es nur so wiedergeben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie sagen, zwischen wem die Auseinandersetzung um die Betriebskosten ein „Pokerspiel“ war?

Dr. Herbert Hillingrathner: Offenbar waren das politische Vorgaben, die Traumüller umgesetzt hat, ursprünglich. Ich habe manchmal an einem Tag fünf Tabellen gehabt, wo halt sich das Heer gewehrt hat, und dann hat man eben 80 Prozent gesagt, und dann 50 Prozent. Es war so.

Hier war man eben in einer Phase, als noch versucht worden ist, die Betriebskosten herauszureklamieren. Ich kann es Ihnen nur so sagen. Nur: Der Verteidigungsminister hat sowieso darauf bestanden, und darum sind sie jetzt auch wieder drinnen, in der zusätzlichen Abdeckung. – Aus! Sonst ist dazu nichts zu sagen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gehe ich richtig in der Annahme, dass der Finanzminister das Erscheinen des neuen und nicht so mit den ursprünglichen Vereinbarungen befassten Verteidigungsministers nützen wollte, um ihm die Betriebskosten – entgegen den alten Vereinbarungen – doch wieder „umzuhängen“?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich kenne die Gedankengänge des Herrn Finanzministers nicht, weil ich – wie ich schon erklärt habe – in diesem Zeitraum kaum Kontakt mit dem Minister hatte. – Vielleicht weiß da Kollege Traumüller mehr.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich glaube, der ist auch da dann die Person, die wir fragen müssen.

Ich frage Sie aber noch Folgendes. Da kommt auch die Formulierung „Kosten für ein allfälliges Überbrückungspaket“ vor.

Seit wann haben Sie gewusst, dass doch ein Überbrückungspaket – oder, wie man es sonst genannt hat, eine Zwischenlösung – notwendig wird?

Dr. Herbert Hillingrathner: Da wir den Draken 2005 endgültig ausscheiden wollten, weil er bereits so horrende Kosten verursacht hat, war zu Beginn dieser Verhandlungen klar, dass wir eine Zwischenlösung brauchen und, wie eben politisch festgelegt wurde, die erste Lieferung im Mai 2007.

Obmann Dr. Peter Pilz: Warum hat man nicht gesagt: Na ja, wenn Eurofighter nicht rechtzeitig liefern kann, dann sollen die die Kosten für die Zwischenlösung tragen!? Warum hat ohne jeden Widerstand – zumindest ist aus den Akten keiner erkennbar – die Republik Österreich die Kosten für die Zwischenlösung übernommen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Na, erstens hätte das kein Lieferant übernommen.

Zweitens habe ich hier schon erklärt: Wir haben eine äußerst kostengünstige Lösung gefunden, die vermutlich billiger kommt, als wenn wir die Eurofighter bereits jetzt geliefert bekommen hätten und diese den Luftbetrieb oder die Luftraumüberwachung übernehmen. Denn wir haben sehr gute Konditionen mit billigerem Gerät und ersparen

uns die Abnützung der Flugzeuge. Sie sind dann eben um drei Jahre neuer, und kaufmännisch habe ich keine Amortisation darauf. Wenn ich die rechne, dann ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Trotzdem – ist das richtig: Wenn aus Schuld der Eurofighter GmbH, nämlich nicht vereinbarungsgemäß zum vereinbarten Zeitpunkt liefern zu können, eine Zwischenlösung notwendig wird, warum soll die daran schuldlose Republik Österreich die Kosten übernehmen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das kann ich so nicht sehen. Erstens haben die einen rechtsgültigen Vertrag, der die Lieferungen erst 2007 vorsieht.

Zweitens war auch die Republik schuld daran. Sie hätten sicher auch 2005 geliefert, aber das wollten wir ... Es hat ja Verzögerungen um nahezu ein Jahr gegeben in der ganzen Geschichte, und das ist eben in die Richtung verhandelt worden. Daher kann ich Eurofighter hier wirklich nicht in die Pflicht nehmen. (**Obmann Dr. Pilz:** Gut!)

Es war auch keine Verpflichtung. Es war eine freiwillige Handlung von beiden Seiten, von der Republik Österreich aus gesehen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sind die Kosten der Zwischenlösung dem Budgetausschuss genannt worden?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich weiß gar nicht, ob zum damaligen Zeitpunkt ... – Oder sind die da schon geflogen?

Obmann Dr. Peter Pilz: 75 Millionen: Die Zahl gibt es bereits zu dem Zeitpunkt, ja. (**Dr. Hillingrathner:** Ja, okay!) – Sind sie dem Budgetausschuss genannt worden?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, weil das keine Beschaffungskosten im Sinne des Vertrages V1 und V2 waren.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt, die Kosten der Zwischenlösung sind dem Parlament auch verheimlicht worden?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich weiß nicht, ob sie verheimlicht worden sind. Wenn die Draken weitergeflogen wären, hätten wir die Kosten auch nicht genannt. Es war wirklich nicht Gegenstand.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir können, glaube ich, im Einvernehmen ausschließen, dass nur irgendwer geglaubt hätte – auch damals, 2003 –, dass der Draken noch dann wesentlich weiterfliegen wird. Man hat ja gewusst: Wir brauchen eine Zwischenlösung.

Wenn man gewusst hat, dass wir eine Zwischenlösung brauchen, und gewusst hat, dass diese etwa 75 Millionen € kostet, sagen Sie mir doch bitte: Warum hat man dieses Wissen nicht dem Nationalrat mitgeteilt?

Dr. Herbert Hillingrathner: Bitte, ich bin der **unzuständige Adressat** dieser Frage. Ich kann es nicht sagen. Früher haben wir sogar mit 200 Millionen an Kosten für die Übergangslösung gerechnet. Also da sind wir sehr billig dran.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann sagen Sie mir wenigstens: Wer ist politisch dafür verantwortlich, dass dem Nationalrat die Kosten der Zwischenlösung im Mai 2003 nicht genannt worden sind? (**Abg. Dr. Fekter:** Herr Vorsitzender!)

Diese Frage ist zulässig! Ich frage von mir aus den Vorsitzenden, ob sie zulässig ist. – Ja, diese Frage ist zulässig.

Bitte, sie zu beantworten.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich kann sie nicht seriös beantworten. Es tut mir Leid. (**Abg. Dr. Fekter:** Beweisthema!)

Obmann Dr. Peter Pilz: Ob die Kosten der Zwischenlösung dem Parlament zum Zeitpunkt des Budgetbegleitgesetzes bekannt gegeben worden sind, also am 27. Mai 2003, ist mit Sicherheit vom Beweisthema umfasst. (*Abg. Dr. Fekter: Die Kurve war gut!*) – Danke für die Bestätigung meiner Kurven-Technik. Ich habe aber von Anfang an so gefragt.

Wer hat denn im Rahmen der Bundesregierung die politische Verantwortung dafür getragen, dass das Parlament am 27. Mai 2003 nicht über die Kosten der Zwischenlösung informiert worden ist?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich kann das wirklich nicht sagen! Ich war ja nicht auf diesen politischen Ebenen eingebunden und war bei keiner Besprechung, bei der politisch diese, sagen wir, Strategie gegenüber dem Parlament oder wem immer festgelegt worden ist. Ich kann aus eigener Wahrnehmung hier nichts sagen, es tut mir Leid.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gut, das akzeptiere ich. – Hat der Finanzminister gewusst, dass eine Zwischenlösung notwendig wird?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das kann man mit ja beantworten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Hat er gewusst, dass diese Geld kostet?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ihn nicht, weil das aus dem Heeresbudget tragbar ist.

Obmann Dr. Peter Pilz (mit Heiterkeit): Herr Hillingrathner, ich frage nicht nach dem Mascherl des Geldes, sondern: Hat der Finanzminister gewusst, dass diese etwa 75 Millionen € kostet?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das weiß ich nicht, ob er Beträge gewusst hat.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay, das können wir ihn ja auch selbst fragen. Das passt schon.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich nehme an, ihn hat es nur dann interessiert, wenn er zahlen muss.

Obmann Dr. Peter Pilz: Die wesentlichen Fragen haben Sie mir beantwortet, nämlich: Die Zwischenlösungs-Notwendigkeit war zum damaligen Zeitpunkt bekannt. Wir haben gemeinsam festgehalten: 75 Millionen € war die Größenordnung. Und dem Finanzminister war die Notwendigkeit der Zwischenlösung und selbstverständlich auch die Größenordnung bekannt. Über die politische Verantwortung – da haben Sie Recht – müssen wir uns mit ihm persönlich und eventuell mit dem Dr. Traumüller in seiner nächsten Umgebung unterhalten.

Das sind jetzt einmal die Fragen von meiner Seite. Gibt es noch Fragewünsche von Seiten der ÖVP? – Kollegin Fekter, bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist es richtig, dass zu dem Zeitpunkt, nach dem der Vorsitzende Pilz jetzt gefragt hat, nämlich dem Mai 2003, die Zwischenlösung noch gar nicht verhandelt war, weil diese erst im August verhandelt wurde?

Dr. Herbert Hillingrathner: Da muss man trennen. Wir haben natürlich seit Anfang April die Zwischenlösung diskutiert. Nur wusste man nicht, wie man sie angeht; es gab ja viele Lösungen. Es war ein Verdienst des Ministers Platter, in die Schweiz geschaut zu haben, wo wir, aus unserer Sicht zu sensationell günstigen Konditionen – auch im Hinblick darauf, dass die Schweiz die Wartung nach ihren eigenen Kriterien macht –, zu dieser Lösung gekommen sind. Das war ein Glücksfall. Alles andere wäre viel teurer gekommen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt aber, die Verheimlichungstheorie von Herrn Vorsitzenden Pilz ist nicht aufrechtzuerhalten, wenn der eigentliche Vertrag und die tatsächlichen Kosten erst im August verhandelt wurden?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist eine Frage, die ich nicht zu bewerten habe, bitte. Die Frage inkludiert natürlich die Antwort. Es ist vielleicht eine ... ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, im Mai hatte man nur Vermutungen. Also zum Zeitpunkt des Budgetbegleitgesetzes konnte man nur vermuten, aber vertraglich ausverhandelt ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Man hat überhaupt keine Idee oder Ahnung gehabt, wie viel das wirklich kostet und welche Lösung letztlich stattfindet.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie haben schon Zahlen. (**Dr. Hillingrathner: Bitte?**)

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt also, verheimlichen konnte man zum damaligen Zeitpunkt nichts.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, Zahlen schon. Nur ist ...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aber das wäre dann Kaffeesudlesen gewesen. (**Dr. Hillingrathner: Bitte?**) Das wäre Kaffeesudlesen gewesen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, als wir vom Heer mit dieser Lösung konfrontiert wurden, habe ich sofort – ich kann mich noch erinnern, das war, glaube ich, Anfang April, als die Idee gekommen ist – Dr. Traumüller angerufen und gesagt: Bitte schön, sagt nicht sofort nein! Das ist für Österreich sicher eine Super-Lösung; hört euch das einmal an!

Bei uns stieß ja alles, was etwas kostet, sofort auf Ablehnung. Wir wurden dann davon überzeugt, dass das eine gute Lösung ist.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Um noch einmal auf die „Verheimlichung“ der Systemkosten zurückzukommen: Wenn jetzt erst Systemkosten ausverhandelt werden – was uns ja vor zwei Tagen Ministerialrat Hofer bestätigt hat –, wie kann man dann zu der Erkenntnis gelangen, dass bereits im Jahr 2003 das, was jetzt erst verhandelt wird, verheimlicht worden ist?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich glaube, das geht irgendwo vorbei. Das eine ist eben die rein budgetäre oder haushaltsrechtliche Frage: Wofür brauche ich konkret eine finanzgesetzliche Ermächtigung?

Die zweite Frage betrifft den Wissensdurst von Abgeordneten: Was sind die gesamten Systemkosten? – Die haben wir ja auch seit Jahren wissen wollen. Ich glaube, darin liegt die Diskrepanz.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aha, jetzt kommen wir der Sache schon näher! Das heißt, Peter Pilz ad personam oder Abgeordnete wollten vom Finanzminister etwas wissen. Das konnte dieser aber im Detail so nicht sagen, weil es ja noch nicht ausverhandelt war. – Das ist das eine Paar Schuhe.

Das zweite Paar Schuhe ist, dass man ein Budgetbegleitgesetz gebraucht hat für die Verträge V1 und V2 und die Betriebskosten, die damals ja bekannt waren, aber **nicht** die Systemkosten, die erst ausverhandelt werden mussten.

Dr. Herbert Hillingrathner: Haushaltsrechtlich waren die nicht Gegenstand des Budgetbegleitgesetzes. Das ist klar. Da haben wir uns ja hineingehängt, weil dieses Gesetz sowieso geplant war.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Der Vorsitzende Pilz hat somit Finanzminister Grasser eine bewusste und vorsätzliche **Täuschung des Nationalrates** vorgeworfen. – Sehen Sie das auch so?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich weiß nicht, was Herr Dr. Pilz dem Finanzminister vorwirft, ob er eine Täuschung oder eben eine schlechte Informationspolitik vorwirft. Denn Herr Abgeordneter Pilz, nehme ich an, hat die Zahlen gewusst. Und zwar, glaube ich, sogar sehr genau gewusst.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das kann ich nur bestätigen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das ist jetzt sehr interessant. Sie nehmen an, Herr Dr. Hillingrathner, der Abgeordnete Pilz hätte die Zahlen gewusst. (Abg. Mag. **Stadler:** Der Abgeordnete Pilz hat es bestätigt!) Und der Abgeordnete Pilz hat bestätigt, dass er es gewusst hat.

Woraus haben Sie angenommen, dass der Pilz derart vertrauliche Informationen hatte? (*Heiterkeit bei Dr. Hillingrathner.*)

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich kann nur aus langjähriger Beobachtung sagen – und ich habe das fast 30 Jahre lang gemacht, ich glaube, schon zu einer Zeit, da war Dr. Pilz noch nicht so eingebunden –, dass Dr. Pilz eben immer sehr gut informiert war.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aus dem Finanzressort? (Abg. **Murauer:** Gehören immer zwei dazu!)

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe hier Dr. Pilz schon einmal gefragt, ob er von mir je eine Auskunft oder eine Unterlage bekommen hat. – Ich glaube, Sie haben es verneint. (*Obmann Dr. Pilz: So ist es!*)

Daher kann ich sonst aus eigener Wahrnehmung nicht bestätigen, woher diese Informationen kommen. Vom Finanzministerium, glaube ich, fast überhaupt nicht, weil wir auch nicht die Allwissenden waren.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das kann ich nicht bestätigen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Also Pilz gibt zu, die Unterlagen aus dem Finanzressort bekommen zu haben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das kann ich wieder **nicht** bestätigen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Da werden wir dann nicht weiter ... – Herr Dr. Hillingrathner! Wie hat man zum damaligen Vertragszeitpunkt auch jene Systemkosten, die **derzeit**, also doch vier Jahre später, vom Verteidigungsressort verhandelt werden, schon kennen können, wenn jetzt erst verhandelt wird?

Dr. Herbert Hillingrathner: Es gibt doch über die Systeme – ob das jetzt Radar oder sonst etwas ist, was wir extra bestellen, IKT-Sachen oder auch bauliche Maßnahmen – auch Preise, die andere Luftwaffen gezahlt haben. Die Firmen geben Preise an, Richtpreise natürlich, und daraus kann man schon kalkulieren, was das ungefähr kosten kann.

Daher, würde ich sagen, kann man schon halbwegs, in einem gewissen Rahmen von vielleicht plus/minus 10 Prozent, abschätzen, was das kosten wird. Welche Mengengerüste endgültig realisiert werden, das wird natürlich in der letzten Phase bestimmt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Hillingrathner, ist Ihnen **Opus-10-Tool** ein Begriff? (*Dr. Hillingrathner: Nein!*) – Sie wissen nicht, dass die anbietenden Firmen nach diesem Tool die Betriebskosten berechnet haben?

Dr. Herbert Hillingrathner: Keine Ahnung.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das ist aber schon sehr eigenartig: Wenn Sie einerseits sagen, dass man die Kosten im Detail hätte nennen können – plus/minus 10 Prozent, das sind schon 20 Prozent Differenz –, dann kennen Sie jedoch das entscheidende Tool, wonach das berechnet worden ist, nicht?

Dr. Herbert Hillingrathner: Moment, das sind Missverständnisse. Ich kann nur sagen, dass wir mit dem Verteidigungsministerium bezüglich Kostenberechnungen oder Plausibilität immer auseinander gelegen sind; das hat sich ja hier schon mehrmals gezeigt. Ich kann nur von mir reden, wie ich es machen würde. Wie das Militär zu seinen Berechnungen kommt, weiß ich nicht. Ich habe jedenfalls nie nachvollziehbare Unterlagen in dem Sinn oder in der notwendigen Aufschlüsselung bekommen.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Dr. Hillingrathner, nur eine kleine Nachfrage zum Einredeverzicht.

Aber vorher muss ich mir noch eine Bemerkung erlauben. Es ist schon interessant, Frau Kollegin Fekter, dass Sie aus der Tatsache, dass man nicht genau weiß, was ein Eurofighter verbraucht, ableiten, dass man hätte denken können, er verbraucht überhaupt nichts, und dass man das gar nicht hätte darstellen müssen. Das wäre lustig, wenn Sie sagen würden: Ich kaufe mir zwar ein Auto, und ich weiß nicht, ob es 10 oder 12 Liter braucht, aber ich nehme einmal an, es braucht nichts, damit ich es nicht darstellen muss. – Ihre Argumentation in der Frage ist also schon sehr verwunderlich.,.

Aber etwas anderes, Herr Dr. Hillingrathner: Einredeverzicht und Ersparnisse. Sie haben noch nicht dargestellt, woraus unter dem Titel Einredeverzicht dieses Ersparnisvolumen geschöpft werden kann. Waren diese 120 Millionen € ein echter Betrag, der Eurofighter betroffen hat? Oder war es ein Betrag, der aus der Bankbewirtschaftung heraus geflossen sein sollte?

Dr. Herbert Hillingrathner: Wir haben Triple-A-Konditionen bekommen, also die Konditionen, die wir bekommen, wenn der Staat eine Schuld aufnimmt. Dadurch haben wir so eine billige Finanzierung erhalten.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Aber jetzt muss ich Folgendes feststellen, Herr Dr. Hillingrathner. EADS hat einen für uns, ich sage es so, fast frevelhaften Einredeverzicht genehmigt bekommen und hat eigentlich nichts dafür geben müssen. Das heißt, die haben so ein Instrument in die Hand bekommen, ohne dass sie selbst 1 € hätten lassen müssen. Jetzt frage ich Sie: Hätten wir uns diese Konditionen nicht auch selbst holen können?

Da kommt immer wieder diese Urfrage durch, dass ich sage: Auf der einen Seite schenken wir EADS so einen Vertragsgegenstand, der ihnen dort – ich möchte ja nicht noch einmal den Juristen nachreden, aber so stellt es sich dar – alle Trümpfe in die Hand gibt und uns alle wegnimmt. Das kostet die nicht einmal 1 €, und wir sind die großen Verlierer! Das müssen Sie mir auch einmal erklären.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das kann ich schon erklären. Wir dürfen in keinerlei Kontraktbeziehungen oder Geschäftsbeziehungen verbindlicher Natur zu irgendeiner Bank eintreten. Die Bank wollte ja von uns zuerst eine Erklärung, dass wir die Zession besichern und eine Ausfallhaftung übernehmen. Das geht nicht – damit brauche ich ein Gesetz und begründe ich eine Staatsschuld! Ich darf juristisch in keiner Beziehung ... Die einzige Beziehung zur Bank ist, dass sie für uns eine **Zahladresse** ist.

Wir haben das 20 Jahre lang diskutiert: Wie kann ich überhaupt die Zession akzeptieren, mit welchem Wortlaut, damit ja nicht der Geruch einer Finanzschuld entsteht? – Daher nehmen wir es nur formell zur Kenntnis – oder von der Zession Kenntnis.

Wir bestätigen ja auch gar nichts. Wir haben einen Schrieb bekommen: Sie zahlen jetzt schuldbefreiend an die Bank. – Und das war es!

Die Verpflichtungen, die Zahlungsverpflichtungen, bestehen ja gegenüber EADS als Vertragspartner. Und EADS hat ja nichts davon, die brauchen nur irgendwie ihr Geld. Und auf dem ist ihre Kalkulationsbasis, also es ist kein Grund da für EADS, aus diesem Titel einen Preisnachlass zu erzielen – also, zu geben.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Aber Herr Dr. Hillingrathner, jetzt sage ich noch einmal: Wenn Sie das so darstellen, dann hätte ja der Staat an und für sich als Pfandnehmer oder als Verpflichteter gegenüber der Bank und natürlich als Partner für EADS für die Triple-A-Konditionen auch ohne diesen Einredeverzicht gut genug sein müssen. (**Dr. Hillingrathner:** Nein!)

Ich stelle es noch einmal so dar: EADS hat auf der einen Seite von uns einen Einredeverzicht bekommen, also ein unheimliches Instrumentarium, das uns nahezu machtlos gegenüber allen Bedingungen macht, die sie uns diktieren werden – und das werden Sie noch miterleben; also wir sind da in einer sehr, sehr schwachen juridischen Position –, und auf der anderen Seite hat EADS für solch einen Trumpf in der Hand nichts zahlen müssen. Das verstehe ich nicht.

Da hätte ich den Einredeverzicht nicht abgegeben. – Ich sage Ihnen das ganz ehrlich.

Dr. Herbert Hillingrathner: Dann wäre der Vertrag so nicht zustande gekommen. Dann hätten wir eben die Finanzierungskonditionen von EADS übernommen und hätten die 127 Millionen mehr gezahlt – ganz einfach.

Es geht nicht anders, denn aus Banksicht braucht die Bank auch eine Sicherheit, und die können wir ihr nicht geben. Wenn ich jetzt – das, was Sie wollen – gegenüber der Eurofighter GmbH ein Kompensationsrecht und so weiter habe, dann zahle ich natürlich der Bank diese zedierten Forderungen nicht. Und dann kommt die Bank nicht zu ihrem Geld. Die Bank hat ja alles vorfinanziert, nahezu alles bereits! Und die Bank dürfte solch einen Kontrakt mit EADS gar nicht abschließen auf Grund der Bestimmung von eben dem Bankwesengesetz und so weiter und von der Finanzmarktaufsicht-Seite, wenn diese Sicherheiten nicht gegeben wären, nämlich dass auf jeden Fall bezahlt wird.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Dr. Hillingrathner, zwei Dinge: Ich bitte Sie auch um eine Beurteilung der Situation betreffend diesen Einredeverzicht.

Wer war aus Ihrer Sicht der einzige Nutznießer dieses Einredeverzichts?

Dr. Herbert Hillingrathner: Die Republik Österreich.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Ach so? (*Heiterkeit des Redners.*) – Und Eurofighter ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Na, vielleicht noch die BAWAG, weil sie das Finanzierungsgeschäft gemacht hat.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Dr. Hillingrathner, in welchem Größenausmaß hat die BAWAG das eigentlich vorfinanziert? Wissen Sie den Kaufpreis?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, Moment! Ich weiß es nicht. Die Militärs müssen das wissen, oder vielleicht Ministerialrat Wall.

Es sind 60 oder 80 Prozent abberufen, da ja alle wesentlichen Teile bereits bestellt sind: Vier Eurofighter sind ja nahezu fertig, und für die anderen sind die Rümpfe und die Flügel, alles schon in der Fertigung.

Es geht hier natürlich auch um die Finanzierung der Produktion. Die Deutschen haben es anders gemacht: Die bekommen monatlich von Eurofighter eine Rechnung gelegt für den Produktionsbedarf, also die haben nahezu einen Barwert, und das wird bezahlt. Damit braucht sich die Firma nicht zu refinanzieren; da gibt es keine Ratenzinsen und da gibt es auch keine Produktionsvorfinanzierungszinsen.

Wenn man davon ausgeht, dass mindestens 30 Monate oder 31 Monate Vorlauf ist, müsste ja die Firma alle Zulieferungen bezahlen und finanzieren.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Alles klar.

Dr. Herbert Hillingrathner: Also, mit den 50 Millionen € des Stammkapitals, wie sie das dort nennen, können die das niemals finanzieren. Sie müssen das alles bankmäßig aufnehmen. Und da liegen ja die Kosten drinnen! – Wie gesagt, die Deutschen ersparen sich das, indem sie sagen: Ich zahle es! Wenn du jetzt eine Zulieferung von Triebwerken oder von Flügeln oder Rumpfteilen brauchst, dann bezahle ich das, und das kann fristgerecht gezahlt werden, also um den Barkauf-Preis.

Das haben wir nicht. Das haben wir auch erwogen, aber das leistet man sich nicht. Zusätzlich ...

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Dr. Hillingrathner, aber jetzt kommen wir wirklich auch zur Beschlusslage, warum Eurofighter Bestbieter war. Ich möchte Sie selbst zitieren. Sie haben heute gesagt, es gibt die zwei Knackpunkte. Sie haben gesagt, das sind diese zehn Jahresraten, die 18 Halbjahresraten – beziehungsweise die fünf Jahre und die neun Jahre sind es genau gewesen –, warum Eurofighter Bestbieter gewesen ist.

Jetzt frage ich Sie: Wohin ist dieser Vorteil verschwunden? Wenn beispielsweise die BAWAG schon nahezu den gesamten Kaufpreis bezahlt – Sie haben es jetzt argumentiert, warum das so ist –, dann ist ja der gesamte Vorteil beziehungsweise dieses Bieterangebot von EADS eigentlich hinfällig, weil man zwar auf der einen Seite das so vereinbart hat und man daraus auch den Bestbieter ermittelt hat, aber in Wirklichkeit ist man nicht mehr EADS verpflichtet, man ist ja schon der BAWAG verpflichtet, und die BAWAG hat schon nahezu alles ausbezahlt. – Das ist ja die Crux!

Ich werfe Ihnen ganz vehement vor, dass Sie das in Wirklichkeit bei diesen Konditionen auch selbst in die Hand hätten nehmen können und sich nicht auf ein Finanzierungsspiel von EADS einlassen hätten dürfen – mit Raten, die Ihnen von dort aus angeboten worden sind –, und dann nachher kommen und das ganze Geld zahlen.

Wie erklären Sie mir das?

Dr. Herbert Hillingrathner: So ist es bitte nicht! Die Republik Österreich zahlt meines Wissens seit 15. Jänner das erste Mal überhaupt einen Teil des Kaufpreises. Und bereits jahrelang vorher muss die Bank vorfinanzieren.

Wir zahlen auf neun Jahre verteilt den Kaufpreis, und zwar einen Fixpreis, und darin sind Finanzierungskosten enthalten. Und die Zahlungsverpflichtung besteht ausschließlich gegenüber EADS und nicht gegenüber der Bank. Ich möchte das noch einmal sagen.

Und wenn eine Bank in Konkurs geht – was auch sein kann, nicht? –, dann bekommt Eurofighter das Geld, und ich zahle an eine Adresse, die nicht existiert. – Es ist so, und eine andere Lösung ist nicht denkbar in diesem Zusammenhang.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Dr. Hillingrathner, noch einmal:

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich kann mit der Bank keinen ...

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Eine Frage noch: Können Sie uns sagen, wie viel Prozent des Kaufpreises – sind es 60, 70, 80 Prozent? –, oder in Summe, wie viel ist von der BAWAG bereits an Eurofighter ausgezahlt worden?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe gesagt, da müssen Sie das Heer fragen. Das ist eine Sache des Vollzugs, damit sind wir nicht mehr befasst – in keiner Weise! (Abg. Dr. Kräuter: *Das stimmt ja nicht! 60 bis 80 Prozent, haben Sie gesagt!*) – Na, ich weiß nicht, ich kann nur sagen – ich bin, bitte schön, jetzt ein dreieinviertel Jahre in Pension, ich kann nur sagen, was ich gehört habe –, es ist schon relativ viel abberufen. Das heißt, ... (Abg. Dr. Kräuter: *Das sind 1,6 Milliarden €, ungefähr!*) – Ich weiß es nicht! Aber die sind offenbar bereits abgerufen! (Abg. Dr. Jarolim: *Aber welcher Barwert wurde ausbezahlt?*)

Ich verstehe es nicht: Wir zahlen im Jahr 2015 die letzten Raten, oder wann das ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wenn Herr Hillingrathner mit dieser Abwicklung nichts zu tun hatte (Dr. Hillingrathner: *Absolut nicht!*), dann kann er uns auch nicht aus erster Hand genaue Auskunft geben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich komme noch einmal auf Ihre Bemerkung zurück, wo es um den Betriebsaufwand geht.

Die Darstellung dieser 26 Millionen gekürzter Systemaufwand korrespondiert nämlich auch mit diesen Zahlen, die Sie hier haben: Wenn man hier die Systemkosten addiert, diese 210 Millionen plus die 49 Millionen – das ergibt nach Adam Riese 259 Millionen –, und die dann um diese 26 Millionen reduziert, so sind wir bei den 233 Millionen, die der Ausschussvorsitzende genannt hat. Das heißt, die Zahlen wären bezifferbar gewesen, und zwar sozusagen brutto und netto.

Nun habe ich hier ein interessantes Schreiben von Ihnen entdeckt, das Sie augenscheinlich dem Herrn Bundesminister geschickt haben. Ich lese es Ihnen vor – und dann lege ich es Ihnen auch vor –:

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Dr. Christl, Mag. Kocher konnten durch günstige Finanzierung eine weitere Zinsersparnis von 26 Millionen € beim Vertrag Abfangjäger lukrieren.

25. 4., 15.30 Uhr

Da das BMLV mit arbeitsintensiven Aufsplitterungen der Verträge und Festlegung der umfangreichen Mengengerüste fertig ist, wird diese Preisreduktion gemäß persönlicher Weisung des Herrn Bundesministers für Landesverteidigung nicht mehr berücksichtigt, da dies eine Neubearbeitung der diversen Einzelpreise bedeuten und das BMLV mit der Aktenerstellung in Verzug geraten würde.

Die Preise gemäß Verhandlungsergebnis vom 22. 4. 2003 bleiben daher unverändert. (V 1 plus V 2) – Dann kommt ein Betrag, den Sie unten korrigiert haben, nämlich auf 1 978 Millionen. (Dr. Hillingrathner: Ja!)

Mehrmalige telefonische Interventionen meinerseits fanden kein Gehör. Änderungen allenfalls nur mehr über Ministerbefehl.

Mit besten Grüßen, Dr. Hillingrathner. – Zitatende.

Erste Frage: Heißt das, dass der in den beiden Verträgen – zusammengeführt – angegebene Preis in Wahrheit der falsche Preis ist?

Dr. Herbert Hillingrathner: Der Preis des Kaufvertrages ist okay, und da ist das alles eingearbeitet worden. Es wurden am 30. April, wenn ich mich richtig erinnere, die Verträge gesiegelt, und es waren nur mehr Änderungen durch Zinsfixing gegeben, was auch erfolgt ist. Nur: Das Heer war nicht in der Lage, in zwei Tagen hunderte Positionen neu zu machen in V 1 und V 2; das war physisch nicht möglich. Und daher hat sich das Heer geweigert, das zu tun, und hat das erst in der endgültigen Fassung eingearbeitet. – So ist das.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, in der endgültigen Fassung sind dann die richtigen Zahlen eingearbeitet worden?

Dr. Herbert Hillingrathner: Da ist das eingearbeitet worden, freilich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und das ging nur über Weisung des Ministers?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, die Weisung wäre nur gewesen, dass sie das innerhalb von zwei Tagen machen bis zum Tag der Siegelung, und das war physisch nicht möglich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, das, was Sie hier als Ministerbefehl verlangt haben, hat nur die beiden V 1, V 2-Entwürfe, aber nicht den endgültigen Vertrag betroffen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Na, dass man diese Preisreduktion, die inzwischen eingetreten ist, hier noch einarbeitet. Nur: Die bezieht sich ja auf hunderte Einzelposten des Bestellmengengerüsts, nahezu auf alles muss ich das umlegen. Und allein das Ausdrucken von so einem Vertrag hat fast einen Tag gedauert. Es gibt halt Unmögliches, was prompt erledigt wird, aber alles geht nicht, und so sind wir halt gescheitert daran. Es wäre schön gewesen, aber es war eben physisch nicht möglich. Das hat sonst keine Relevanz.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat keine Relevanz?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein. Das ist später eingearbeitet worden. Wir haben ja dann nach der Siegelung noch einmal eine Verbilligung gehabt, weil wir ein günstiges Fixing gehabt haben; das ist natürlich auch eingearbeitet worden. Die endgültige Ziffer, aufgeteilt auf alle Vertragspositionen von V 1 und V 2, sind eben diese 1,59 Milliarden €

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nun geht aus den Unterlagen hervor, dass diese ganze Reduktion nur über die Reduktion der Flugstunden möglich ist.

Bei dem Vollakt, der im Finanzministerium zu dieser Einsichtsbemerkung, die Sie gemacht haben, existiert, ist hinten ein Dokument des Verteidigungsministeriums angeschlossen, gefertigt von Katter, 25. April 2003. Und dort ist bereits die Anmerkung dabei – dort sind aber die Flugstunden noch mit 2 160 angenommen –, da schreibt er als Anmerkung dazu:

Auf Grund der erfolgten Reduktion des Vertragsvolumens von 2 243 000 000 € auf 1 978 000 000 € überwiegend zu Lasten des Logistikanteils sind maximal 2 160 Jahresflugstunden möglich. – Zitatende.

Das hat aber nicht genügt. Jetzt ist man noch einmal um 26 Millionen heruntergegangen und musste noch einmal unter die bereits fixierten und diesen Berechnungen zugrunde gelegten 1 800 Flugstunden gehen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das hatten wir jetzt sieben Mal.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein. Ich habe es nur mit ihm thematisiert. Die Frage ist jetzt: Wie kann das Finanzministerium in Kenntnis, dass man, wenn man unter diese Flugstunden geht, die Lizenz verliert und damit überhaupt nicht mehr fliegen dürfte, noch mit Budgetzahlen herumoperieren, im Wissen, dass man das im Grunde nach der geltenden internationalen Rechtslage gar nicht halten kann?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe schon einmal erklärt: Das ist eine Sache, die das Verteidigungsministerium verantworten muss, und ich nehme an, sie werden einen Weg finden, dass die Piloten, die wir bekommen, keine Lizenz verlieren. Und außerdem und überdies haben wir sicher nicht die vollständige Pilotenanzahl, wenn die Flugzeuge kommen. Und das ist auch eine Erfahrung aus früheren Beschaffungen. Auch für den Draken hat es lange Zeit nicht einmal so viele Piloten gegeben, wie die Flugzeuge sind. Ich nehme an, die Flugfähigkeit der Piloten und die Lizenz werden erhalten bleiben. (*Abg. Mag. Stadler: Das gilt einfach nur so und die werden ...! Das ist unglaublich!*)

Das sind halt Fakten. Aber noch einmal, das ist eine Frage: Unsere Forderung war, das System muss fliegen und so weiter, und wie die das intern schichten, das muss primär das Ministerium verantworten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das entspricht genau dem, was hier an Duktus aus Ihrer Anmerkung Nummer 3 zu den von Ihnen aufgelisteten Zahlen herauskommt. Genau diese Einstellung schimmert hier durch.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich kann es ja nicht diktieren, bitte. Wenn das eine politische Zielsetzung ist, die der eigene Minister übernimmt – das muss das Heer umsetzen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Doktor Hillingrathner, wie wäre es denn einfach umgekehrt? – Wissen, was notwendig ist, was nicht unterschritten werden kann, und dann danach kalkulieren und dann einfach dem Parlament und der Öffentlichkeit fair und offen sagen, was das wirklich alles kostet. Wie wäre es denn damit gewesen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Moment, das haben wir schon diskutiert. Das ist eine rein politische Sache oder Entscheidung, was ich der Öffentlichkeit vortrage. Aber gerade bezüglich der Flugstundenzahl bin ich überzeugt, dass die Piloten auf ihre Stunden kommen, weil das dauert ziemlich lange, bis wir alle haben. Das sind Erfahrungen von früher.

Abgeordneter Jakob Auer (ÖVP): Herr Doktor Hillingrathner, Sie haben ausgeführt, Sie waren Staatskommissär in verschiedenen Banken. – Ist das richtig? (*Dr. Hillingrathner: Ja!*) – Sie haben daher eine gewisse Erfahrung, welche Notwendigkeiten und Vorschriften einerseits das BWG, die Eigenmittelvorschriften et cetera einer Bank vorschreiben?

Dr. Herbert Hillingrathner: Eigenmittel ist eine Frage, Risiko-Management ist eine andere Frage.

Abgeordneter Jakob Auer (ÖVP): Wenn ein Kredit in dieser Höhe von einer Bank – nehmen wir an, von der BAWAG – ohne Sicherheit vergeben worden wäre, und Sie wären in dieser Bank Staatskommissär, hätten Sie da die Pflicht gehabt, darauf

aufmerksam zu machen? (*Abg. Mag. Stadler: Ist das zum Thema? Was hat das mit dem Ausschuss zu tun?*)

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, a) ist es nicht Thema, aber b) hätten sie wahrscheinlich eindeutig gegen Kreditvorschriften verstößen. Ich habe heute schon gesagt, die BAWAG hat sich ja großteils refinanziert und das Risiko gestreut. Und da gibt es ja Versicherungsmöglichkeiten und so weiter.

Abgeordneter Jakob Auer (ÖVP): Die Zwischenfinanzierung von der BAWAG wurde aber zu einem Fixpreis – oder besser gesagt: Die 18 Halbjahresraten, die hier zu leisten sind, die in neun Jahren abzugelten sind, sind zu einem fixen Preis, also gleichen Jahresraten, abgeschlossen worden.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist ein Missverständnis. Wir zahlen unseren Kaufpreis an die Firma EADS in 18 Halbjahresraten.

Abgeordneter Jakob Auer (ÖVP): Zu gleichen Fix-Halbjahresraten, unabhängig von der Entwicklung der Zinslandschaft?

Dr. Herbert Hillingrathner: Auch das Zinsfixing ist erfolgt, darum sage ich ja: Das Risiko kann die BAWAG alleine nicht auf sich nehmen, sondern hat das, nehme ich an, international abgedeckt. Aus, basta, Schluss.

Abgeordneter Jakob Auer (ÖVP): Die BAWAG hat es tatsächlich übernommen. Sie wird sich durch Swaps oder andere Möglichkeiten ihr Zinsrisiko abgedeckt oder abgesichert haben.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ja, das ist nicht mehr hier meine Aufgabe, und ...

Abgeordneter Jakob Auer (ÖVP): Das verstehe ich schon. Meine Frage ist noch einmal: Zahlt die Republik an die Firma EADS den Kaufpreis zu gleichen 18 Halbjahresraten?

Dr. Herbert Hillingrathner: Im Budgettakt steht genau drinnen, wie ...

Abgeordneter Jakob Auer (ÖVP): Ich wollte es ja von Ihnen wissen.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ungefähr 150 Millionen jährlich, und heuer kostet es halt 450 Millionen, das andere sind halt 195 Millionen oder etwas – ich habe es jetzt nicht da, da steht das genau drinnen –, und das wird bezahlt. Das beinhaltet den Kaufpreis. Aus, basta, Schluss. Wir haben einen Fixkaufpreis, und da wird kein Cent davon abgewichen.

Abgeordneter Jakob Auer (ÖVP): Worauf ich hinauswill, ist etwas anderes. Einer der Kollegen von der SPÖ hat ja gefragt, wenn man das selber finanziert hätte, also direkt, dann hätte man sich verschiedene Bereiche ersparen können. Dann hätte man aber selber, wenn man ein Darlehen aufnimmt, wo immer, unter Umständen bei der Bank, nicht eine Fixzinsgarantie oder eben unterschiedlicher Art erhalten, denn die Bank muss ja auf neun Jahre im Vorhinein kalkulieren. Sie weiß ja nicht, wie sich die Zinslandschaft entwickeln wird.

Dr. Herbert Hillingrathner: Da muss man anders denken, ein bisschen. Das Bankrisiko ist das Problem der Bank.

Abgeordneter Jakob Auer (ÖVP): So weit kenne ich mich aus.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das andere ist: Dadurch, dass wir so gute Konditionen bekommen haben ... Solange wir ein Budgetdefizit haben und keinen Überschuss, muss der Bund gewisse Beträge jährlich bei Banken aufnehmen und verzinsen. Und ob ich jetzt hier Zinsen zahle oder da Zinsen zahle, es kann einmal sein, wenn die

Zinslandschaft weiter so steigt, dass wir da billiger aussteigen, als wenn dann der Bund sich selbst über Anleihen oder sonst etwas verschulden muss.

Abgeordneter Jakob Auer (ÖVP): Könnten Sie – anders gefragt – unter Umständen darstellen, um wie viel höher die Finanzierungskosten wären, würde **jetzt** diese Vereinbarung getroffen werden, denn 2002, oder besser gesagt 2003, als diese Vereinbarung getroffen wurde, war die Zinsenlandschaft international relativ niedrig.

Dr. Herbert Hillingrathner: Das wird erheblich höher sein, viele Millionen €, aber bitte hier den Mag. Kocher zu befragen. Das ist sein tägliches Geschäft, die Zinssituation zu beurteilen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Herr Ministerialrat, es gab diese ursprüngliche Kalkulation von drei Zahlungsmodellen, und das Modell mit den neun Jahren, mit den 18 Halbjahresraten war dann letztlich ausschlaggebend. Wenn wir dieses Modell vollzogen hätten, dann hätten wir ab einem Tag X halbjährlich etwas bezahlt. Nunmehr ist es so, dass wir eine Finanzierung über die BAWAG durchgeführt haben, und die BAWAG offensichtlich einen Betrag ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, Einspruch: Wir haben über die BAWAG keine Finanzierung vorgenommen!

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Also nicht. Tatsache ist, es gibt ...

Dr. Herbert Hillingrathner: Wen sich die Firma Eurofighter als Financier nimmt, ist ausschließlich Sache der Firma, die kann das an 100 Institute geben.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Nein, wir zahlen jetzt diese Raten, so wie vereinbart worden ist, direkt an die BAWAG P.S.K., stimmt das?

Dr. Herbert Hillingrathner: Nein, vereinbart war, wir zahlen an die Firma Eurofighter GmbH. Ich habe hier schon erklärt, nach zivilrechtlichen Vorschriften kann jede Firma eine Forderung an ihre Bank zedieren. Das ist ein täglicher Vorgang. Was glauben Sie, wie viele Firmen so arbeiten? Das hat Eurofighter GmbH gemacht, und das kann ich nicht verhindern. Das muss ich zur Kenntnis nehmen. Ich habe gesagt, die BAWAG sozusagen ist nichts anderes als eine Zahladresse, aber gezahlt wird inhaltlich an die Firma Eurofighter GmbH.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber wir zahlen jedenfalls den Betrag, den wir im Vertrag vereinbart haben?

Dr. Herbert Hillingrathner: Auf Heller und Pfennig wird das bezahlt, ja.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Halbjahresraten genauso.

Dr. Herbert Hillingrathner: Es gibt nur diese Zahlungen, sonst gibt es keine.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Jetzt ist meine Frage: Wissen Sie den Refinanzierungs-Zinssatz, den die BAWAG P.S.K. in ihrer Zusammenarbeit mit Eurofighter angesetzt hat?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das sind diese berühmten 4,8444 – da muss ich nachschauen. Der liegt ja den Berechnungen zugrunde. (*Die Auskunftsperson blättert in ihren schriftlichen Unterlagen.*) – 4,4888 Prozent. Der wird sozusagen ... (*Abg. Faul: Die Raiffeisenbank hat einen billigeren Kredit gegeben damals!*)

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Darf ich noch zwei Fragen stellen, auch wenn der Herr Obmann schon etwas indigniert schaut?

Erstens: Können Sie uns kurz noch einmal sagen, wie die 127 Millionen Einsparung auf Grund dieses komplizierten Zahlungsvorganges zu Stande kommen?

Zweitens: Habe ich richtig gehört, dass die Flugstunden, die vorhin Thema waren – ich glaube, vom Herrn Mag. Stadler gefragt –, immer reduziert wurden und Sie gemeint haben, dass wissen Sie ja sowieso noch aus der Draken-Anschaffung, wir haben sowieso die Piloten nicht? Wie ist das zu verstehen?

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich kann da viele Zahlen nennen. Ich habe das hier. 24 Prozent Finanzierungskosten EADS. Laut Angebot vom September 2002 waren es 419 Millionen €, und laut Vertrag betragen die Zinsen 292 Millionen € – Die Differenz sind 127.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Sie haben heute schon einmal gesagt, dass Sie all diese Einsparungen, die Sie bewirkt haben, dokumentieren können.

Dr. Herbert Hillingrathner: Ich habe es gerade vorgelesen, bitte.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Können wir dieses Dokument haben? Können Sie uns das schriftlich geben?

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist mein handschriftlicher Vermerk, bitte.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Es sind ja mehr Sachen gewesen. (Abg. Dr. Mitterlehner: Gut, und die Pilotenzahlen jetzt noch!)

Dr. Herbert Hillingrathner: Die Pilotenzahlen: Man muss zur Kenntnis nehmen, dass in Österreich sehr hohe Anforderungen an Piloten gestellt werden, auch militärärztlich, was mir aus früheren Erfahrungen bekannt ist: dass 80 Prozent von den HSNS-Sportlern nicht genügend körperliche Voraussetzungen hätten, um Pilot für einen Jagdfighter zu sein. (Abg. Mag. Gaßner: Dann haben wir zu viele Maschinen!)

Das heißt, es wird so streng selektiert, dass – ich weiß nicht – ein sehr hoher Prozentsatz von vornherein ausscheidet und man schon einmal angeregt hat, vielleicht das Niveau herunterzusetzen, dass wir ausreichend Piloten bekommen. Wie der Draken beschafft wurde, hat mir Bernecker damals versprochen, Piloten haben wir hunderte Anmeldungen, das ist kein Problem. Fragen Sie einmal, wann da je der Soll-Pilotenstand da war. Das sind Fakten. Ich kann das aus der Erfahrung sagen. Vielleicht gibt es jetzt Wunder und wir haben dann 200 Piloten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Jetzt sehe ich mit Sicherheit keine weiteren Fragewünsche mehr. Die Befragung ist beendet. Ich danke wieder einmal für Ihr Kommen und wünsche eine gute Heimfahrt! – Danke schön.

(Die Auskunftsperson **Dr. Hillingrathner** verlässt den Sitzungssaal.)

20.26

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich bringe zunächst den **Antrag** der Kollegen Kräuter, Fekter, Kogler, Stadler, Darmann bezüglich Verschiebung der Ladung der Auskunftsperson Hoeveler zur **Abstimmung**. Er liegt Ihnen allen vor.

Wer für diesen Antrag ist, den bitte um ein Zeichen mit der Hand. – **Einstimmig angenommen.**

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

Antrag

der Abgeordneten Dr. Kräuter, Dr. Fekter, Mag. Kogler, Mag. Stadler, Mag. Darmann, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Ladung von Auskunftspersonen gemäß § 3 VO-UA

Die für die Sitzung des Untersuchungsausschusses am 27. 2. 2007 geladene Auskunftsperson Wofdierich HOEVELER hat der Parlamentsdirektion mitgeteilt, an diesem Datum verhindert zu sein.

Daher wird auf die Ladung an diesem Datum verzichtet und die genannte Auskunftsperson am 27. 3. 2007 zu Beweisthema 4 (Vorgänge nach Vertragsabschluss) inklusive der Beweisthemen 3 (Vertragsverhandlungen und Budgetbeschluss), 2 (Typenentscheidung) und 1 (Vorbereitung der Nachfolgebeschaffung von Luftraumüberwachungsflugzeugen) gemäß dem nach § 2 Abs. 1 VO-UA am 9. 11. 2006 beschlossenen Beweisbeschluss geladen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Weiters lasse ich über den **Antrag** der Abgeordneten Kräuter, Kogler, Stadler, Fekter, Darmann bezüglich Ladung des Herrn Ott für den 27. 2. 2007 abstimmen.

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Ebenfalls **einstimmig angenommen**.

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

Antrag

der Abgeordneten Dr. Kräuter, Mag. Kogler, Mag. Stadler, Dr. Fekter, Mag. Darmann, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Ladung einer Auskunftspersonen gemäß § 3 VO-UA

Zusätzlich zu den bereits für die Sitzung des Untersuchungsausschusses am 27. 2. 2007 geladenen Auskunftspersonen wird zu Beweisthema 3 (Vertragsverhandlungen und Budgetbeschluss) inklusive der Beweisthemen 2 (Typenentscheidung) und 1 (Vorbereitung der Nachfolgebeschaffung von Luftraumüberwachungsflugzeugen) gemäß dem nach § 2 Abs. 1 VO-UA am 9. 11. 2006 beschlossenen Beweisbeschluss folgende Auskunftsperson geladen:

Datum: 27. 2. 2007

Name: OTT, Peter

Obmann Dr. Peter Pilz: Die Sitzung ist **unterbrochen**.

(Die Sitzung wird um 20.27 Uhr **unterbrochen** und um 20.49 Uhr **wieder aufgenommen**.)

Obmann Dr. Peter Pilz nimmt – um 20.49 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Generalleutnant Mag. Wolfgang Spinka** in den Sitzungssaal zu bitten.

(Die Auskunftsperson **Mag. Wolfgang Spinka** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Der Obmann begrüßt **Generalleutnant Mag. Spinka** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen vor dem Ausschuss, weist diesen ausdrücklich auf die Wahrheitspflicht und die strafgerichtlichen Folgen falscher Aussagen hin – eine allenfalls vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe geahndet – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Generalleutnant Mag. Wolfgang Spinka (Bundesministerium für Landesverteidigung; Generalstabsdirektion): Mein Name : Wolfgang Spinka; geboren am 5. 7. 1946; Anschrift: 1190 Wien; Beruf: Berufsoffizier.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie sind öffentlich Bediensteter. Gemäß § 6 Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei Ihrer Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheitspflicht berufen.

Ihre vorgesetzte Dienstbehörde, das Bundesministerium für Landesverteidigung, wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe Ihrer Meinung nach auf eine konkrete Frage hin schlagend werden, bitte ich Sie, sich an den Verfahrensanwalt oder an mich zu wenden. Wir besprechen dann die weitere Vorgehensweise.

Nach der Verfahrensordnung haben Sie auch diesmal vor Eintritt in die Befragung das Recht zu einer persönlichen Erklärung zum Beweisthema. Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen? (**Mag. Spinka:** Ja, bitte!) – Dann ersuche ich Sie um Ihre Erklärung.

Mag. Wolfgang Spinka: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Hoher Ausschuss! Es wurden in den vergangenen Sitzungen von unserer Seite so viele missverständliche Äußerungen zur **Frage der Betriebskosten** gemacht, dass ich mir erlaube, hierzu ein Einleitungs-Statement zu geben, weil es sowohl das Beweisthema 3 als auch das Beweisthema 2 berührt. Die Betriebskosten sind ein Thema sowohl bei der Typenentscheidung als auch beim Vertragsabschluss. Für die Typenentscheidung wurden sie in der Bewertung so weit wie möglich berücksichtigt. Vor Vertragsabschluss wurden sie im Rahmen der Ermittlung der Gesamtkosten in **vollem** Umfang berücksichtigt.

Dabei ist zunächst zwischen den **Fixkosten** für das herstellerabhängige Unterstützungssystem für den Betrieb des Luftfahrzeugs und den **variablen Kosten** für seinen Betrieb zu unterscheiden. Leider konnten diese Zusammenhänge bisher nicht ausreichend verständlich gemacht werden. Sie sind aber sowohl für das Beweisthema 2 als auch für das Beweisthema 3 von Bedeutung.

Zu den bewerteten **Fixkosten** für den Betrieb zählten beispielsweise die Werfeinrichtungen, Werkzeugsätze, Ersatzteilstock für ein Jahr – das ist der Erstvorrat –, Umlaufteile, Ausbildung für Techniker und Logistiker, Flugsimulator, Ground-Support-System und vieles andere mehr im Gesamtumfang von zirka 500 Millionen €. Diese fixen Aufwendungen für den Betrieb **wurden bewertet**.

Die **variablen Betriebskosten** – dazu zählen vor allem die flugstundenabhängigen Fremdleistungen, Verbrauchsteile, Treibstoffe, Betriebsstoffe, Munition und Sonstiges im Umfang von abgeschätzt zirka 50 Millionen € jährlich, das ist, zusammengefasst, der so genannte In-Service-Support – sowie die Personalkosten wurden aus der Bewertung **ausgeklammert**. Die variablen Betriebskosten **eignen sich nicht** für die **Bestbieterermittlung**, weil sie von der in der Zukunft liegenden Nutzung des Systems

und dem Materialerlangskonzept – das laufend optimiert wird – abhängen, die zum Zeitpunkt der Bewertung nicht ausreichend bestimmbar sind.

Die Betriebskosten sind ein Teil der Gesamtkosten des Vorhabens, die vor Vertragsabschluss in ihrer Gesamtheit abzuschätzen sind und als finanzielle Folgen des Vorhabens Gegenstand der Budgetplanung sind, wofür – den haushaltsrechtlichen Bestimmungen entsprechend – das Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen herzustellen ist.

Das Kabinett beziehungsweise das **Bundesministerium für Finanzen** verlangte diesbezügliche Abschätzungen schon zu einem Zeitpunkt, zu dem diese noch nicht seriös gemacht werden konnten, nämlich bereits 2002. Aus dieser Zeit stammen viele heute unverständliche Zahlen. Die finanziellen Folgen des Vorhabens konnten tatsächlich erst 2003 im Zuge der Vertragsverhandlungen in ihrer Gesamtheit ermittelt werden und wurden Ende April 2003 dem Bundesministerium für Finanzen übermittelt.

Ich darf noch kurz auf meine Rolle in der Phase des Beweisthemas eingehen. Anfang Dezember 2002 endete meine Tätigkeit als Leiter der Gruppe Feldzeug-/Luftzeugwesen. In der Folge konzentrierte ich mich auf die Herstellung des Einvernehmens mit dem Bundesministerium für Finanzen – speziell nämlich Ministerialrat Dr. Hillingrathner –, soweit dies die Erfassung der finanziellen Folgen des Vorhabens in meiner neuen Funktion als stellvertretender Generalstabschef betraf. – Danke für die Möglichkeit, ein Statement abzugeben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke auch. – Die ÖVP beginnt mit der Befragung; ich nehme an: Frau Kollegin Fekter. – Bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Generalleutnant! Wir haben in den Akten einen handschriftlichen Vermerk von Ministerialrat Mag. Wall gefunden, der zu Ihren Handen gegangen ist, datiert vom 26. 4. 03, das heißt in der zweiten Phase der Verhandlungen. Es hat ja einmal ein Verhandlungsergebnis im September gegeben, dann ist aber das Parlament aufgelöst worden und kam es zu Neuwahlen. Dann hat es im März wieder Verhandlungen gegeben, und anlässlich dieser Verhandlungen gibt es diesen handschriftlichen Vermerk. Ich darf Ihnen den ersten Teil einmal übermitteln. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Für mich ist dieses Schreiben von Wall ein bisschen eine Kritik daran, dass das Finanzministerium so enorm Druck gemacht hat im Hinblick auf die Kostensenkung und darauf, dass alle möglichen, ich sage jetzt einmal, Vorgaben aus dem Finanzressort kamen, um die Kosten massiv zu senken. Irgendwie habe ich durch dieses Schreiben den Eindruck gewonnen – obwohl es dort nicht so steht –, dass Wall damit ausdrücken wollte: Jetzt reicht's! (*Abg. Prähauser: Von wann ist das?*) – Vom 26. April.

Vielleicht können Sie uns diesbezüglich etwas mitteilen

Mag. Wolfgang Spinka: Frau Abgeordnete, ich kann mich nur mehr ganz grob an den Vorgang erinnern. Tatsache ist, dass wir unsere Gesamtkostenabschätzung am 25. April dem Bundesministerium für Finanzen vorgelegt haben. Dieses Schreiben stammt daher von genau einem Tag nach dieser Vorlage an das Finanzministerium.

Herr Ministerialrat Wall – davon gehe ich aus, weil er ja bei den Besprechungen mit dem Finanzministerium auch dabei war – ist von dem Ergebnis dieser Gesamtkostenerhebung ausgegangen und hat sich dann natürlich bemüht, Mittel für das Bundesministerium für Landesverteidigung zu sichern, um – ich weiß nicht, für welchen Zweck er es vorgesehen hatte, aber wahrscheinlich auch dafür – einen Spielraum für die Abwicklung zu haben.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es ist ja so, dass das Finanzressort dem Verteidigungsressort die Eckdaten für Preise und Finanzierung vorgegeben hat. Ist das richtig?

Mag. Wolfgang Spinka: Aus meiner Erinnerung muss ich es einmal so sagen: In der ersten Phase – 2002, als diese nicht nachvollziehbaren Zahlen, von denen ich gesprochen habe, verfasst worden sind – war ich mit der Erstellung dieser Berechnungen überhaupt nicht befasst. Ich habe erst jetzt im Zuge des Ausschusses Teile dieser Papiere gesehen, die ja auch heute nicht wirklich nachvollziehbar sind.

Ich war in der Phase der ersten Vertragsverhandlungen nicht befasst. Ich habe dann, als Bundesminister Platter sein Amt angetreten hat, ihn ersucht, die Verbindung mit dem Finanzministerium aufnehmen zu dürfen, um a) Frieden herzustellen und b) das, wozu wir verpflichtet sind und worauf das Finanzministerium Anspruch hat, nämlich die Gesamtbelastung, die zukünftige Belastung, also die Folgen des Vorhabens zu ermitteln, gemeinsam mit dem Finanzministerium durchführen zu dürfen, was wir ja auch parallel zu den Verhandlungen, in die ich unmittelbar nicht eingebunden war, getan haben.

Natürlich sind die Ergebnisse dieser Verhandlungen, also der Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Finanzen, auf der Sachebene in die Verhandlungen mit der Firma eingeflossen. Und mit der Verhandlung mit der Firma Eurofighter GesmbH war, soviel ich weiß, nicht nur unsere kaufmännische Abteilung befasst, sondern da ist immer auch das Finanzministerium mit am Tisch gesessen.

Ob jetzt die Leute, die in den Verhandlungen mit der Firma drinnen waren, andere, schärfere, sonstige, zusätzliche Forderungen zur Reduzierung des Umfanges gestellt haben oder nicht, weiß ich nicht. Wir haben jedenfalls mit dem Finanzministerium – auf der Ebene der Arbeitsgruppe unter meiner Leitung mit Hillingrathner – ein Bestellmengengerüst entwickelt, mit dem wir guten Gewissens davon ausgehen konnten, dass man die Aufgaben der Luftraumüberwachung in den nächsten zehn Jahren wird erfüllen können.

Ich weiß nicht, ob ich damit die Frage beantwortet habe.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Im Rahmen dieser Verhandlungen – weil Sie eben die Luftraumüberwachung der nächsten zehn Jahre ansprechen – ist aber dann ein sehr wesentlicher Schritt passiert: Es sind nämlich die Lieferfristen und Zahlungsfristen verschoben werden. Von wem ging das aus?

Mag. Wolfgang Spinka: Wie das mit den Lieferfristen war, weiß ich nicht mehr so genau. Vorgesehen war eine Lieferung 2005 – ursprünglich einmal –, und ich kann mich nur daran erinnern, dass dann aus den Gründen Maastricht-relevante Kriterien oder sonst irgendetwas das Finanzministerium gesagt hat: Zumaldest das, was Maastricht-relevant ist, darf gemäß dem Regierungsübereinkommen nicht in dieser Legislaturperiode passieren.

Das heißt, der Lieferzeitpunkt für die Flieger war sicherlich nicht von uns bestimmt, sondern das war eine Forderung von der Seite des Finanzministeriums aus fiskalischen Gründen, denen wir zustimmen konnten, weil wir für die Entwicklung der fliegertechnischen und der fliegerischen Infrastruktur sowieso ein paar Jahre gebraucht haben.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, das Verteidigungsressort hat das im Hinblick auf die Vorbereitungsphase ohnehin akzeptiert, weil man logistisch noch nicht so weit war? – Das ist die eine Frage.

Die zweite Frage, die ich habe, bezieht sich darauf, dass diese Lieferfristen verschoben wurden, weil Eurofighter **nicht lieferfähig** gewesen war. Was sagen Sie zu diesem Vorwurf?

Mag. Wolfgang Spinka: Frau Abgeordnete, darf ich zunächst einmal einen Sprung zurück machen, weil das entscheidende Dokument für den ganzen Vergabevorgang der Akt aus dem Jahr 2001 ist. Der heißt: Abfangjäger – Einleitung zur Beschaffung. (*Abg. Dr. Fekter: September!*) September, ja.

Das ist der Akt, in dem alle Eckpunkte einschließlich der Leistungsbeschreibung für die Angebotseinhaltung festgelegt sind, die von allen relevanten Stellen abgezeichnet und genehmigt worden sind: von der Luftabteilung, vom Generaltruppeninspektor, von mir, vom Leiter Sektion IV, Kontrollsektion – das ist heute die Revision –, Kabinett, Budgetabteilung und so weiter; also alle, die damit befasst waren, einschließlich Finanzministerium. Denn ohne Einvernehmen mit dem Finanzministerium kann man nicht damit anfangen, Angebote einzuholen.

Da steht genau drin, wie der Zeitplan vorgesehen war, und zwar: Vertragsabschluss Anfang 2002, also Frühjahr 2002, und LRÜ-Dienst mit, wie es damals geheißen hat, Zwischenlösungs-Flugzeugen von 2005 bis 2008. Das waren damals unsere Planungen, und da steht auch ausdrücklich drin, warum: Mit diesen Flugzeugen soll die Luftraumüberwachung mit österreichischen Piloten weitergeführt und gleichzeitig die Vorbereitung für die Betriebsaufnahme der neuen Abfangjäger sichergestellt werden können. Sie sind nicht Teil der in Teil A und B genannten Leistungen.

Das heißt also, lange, bevor da irgendeine Rede von Eurofighter oder davon war, wer da etwas gewinnen konnte, war dieser Zeitplan genau festgelegt. Er hat sich dann natürlich mit der Verzögerung der Auftragsvergabe verschoben, aber parallel verschoben. – Das war die eine Frage.

Die zweite Frage war die nach der Lieferfähigkeit der Eurofighter. Ich wüsste nicht, warum ich an der Lieferfähigkeit der Eurofighter zweifeln sollte. Wenn eine Firma anbietet, zu einem bestimmten Zeitpunkt eine Leistung erbringen zu können, dann liegt das Risiko, diese Leistung auch tatsächlich erbringen zu können, voll bei der Firma und nicht bei uns. Daher: Warum sollte ich daran zweifeln?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich möchte Sie jetzt gerne die zweite Seite auch noch lesen lassen, auf der es eben um diese Lieferfristenverschiebung geht und auf der Wall seinen Unmut darüber kundtut, dass diesbezüglich sozusagen das BMF ohnehin schon Druck gemacht hat. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Ganz zum Schluss steht dann ein Satz, dass im Mai 2007 die Tranche 2 geliefert wird, also braucht man diese Tranche nicht umzurüsten. (*Die Rednerin versucht, aus dem Schriftstück vorzulesen:*) So wirkt sich das nachteilig ... Eskalation oder (englisch ausgesprochen:) Escalation oder ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Kollegin Fekter, alles ohne Mikrophon! Da werden wir jetzt überhaupt nichts bei Protokoll haben!

Können Sie die Frage noch einmal kurz wiederholen?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP) (zu ihrem Sitzplatz zurückkehrend): Die zweite Seite dieses handschriftlichen Vermerkes von Wall an Sie direkt, worin er eben seinen Unmut darüber äußert, dass vom Finanzressort ohnehin schon alle Eckdaten vorgegeben wurden, worin er auch Bezug auf diese Verschiebung der Lieferfristen nimmt. Im unteren Drittel erwähnt er, dass die Lieferung im Mai 2007

den Vorteil hätte, dass wir dann schon die Tranche 2 bekommen und daher nicht Tranche 1 umrüsten müssen.

Dann steht da in dem Satz, das hätte also Vorteile auf Finanzierung und (*Mag. Spinka: Eskalation!*) „Eskalation“, haben wir gelesen, aber ... (*Abg. Mag. Stadler: Im Original steht es auch! Mit c geschrieben!*) Nein, es könnte auch ein x sein. (*Mag. Spinka: Nein, nein, Escalation, das ist ...!*) Aber vielleicht ist es ein militärischer Fachausdruck. Und wir wissen nicht, was gemeint ist.

Mag. Wolfgang Spinka: Ich bitte einmal um Verständnis dafür, wenn ich sage, dass ich dieses Schriftstück nicht in Erinnerung habe. Es kann aber durchaus sein, dass ich damit konfrontiert wurde. Ich kann mich aber an dieses Schriftstück nicht erinnern.

Zweitens tue ich mir ziemlich schwer damit, einen Mitarbeiter zu interpretieren. Das heißt, ich würde bitten, dass man die Frage an Ministerialrat Wall direkt stellt. Ich weiß nur, dass „Eskalation“ ein Begriff aus der Finanzwissenschaft ist; hängt irgendwie mit Abschreibungsrechnungen oder sonst irgendetwas zusammen. Aber ich bin da ein Laie und kann das leider nicht erläutern. Es ist jedenfalls etwas Finanztechnisches.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Diskutiert worden sind die Vorgaben des Finanzressorts intensiv, und die Auffassung von Wall, dass man das 2007 akzeptieren könnte – das haben Sie ja vorhin schon gemeint –, teilen Sie? – Mit der Verzögerung der Lieferung!

Mag. Wolfgang Spinka: Das ist schon diskutiert worden, aber nicht mit mir, Frau Abgeordnete. Ich war damals bereits stellvertretender Generalstabschef und war also nicht mehr unmittelbar mit diesen Angelegenheiten befasst.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Dann habe ich vorerst einmal keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich habe einige wenige Fragen zur Güteprüfung der zu liefernden Flugzeuge. (*Abg. Dr. Fekter begibt sich zur Auskunftsperson und lässt sich ein Schriftstück reichen.*) – Sie stören meine Kreise, Frau Kollegin Fekter! (*Abg. Dr. Fekter: Ich gehe Ihnen gleich aus der Sonne!*) – Gut.

Zur Güteprüfung: Da war doch ursprünglich im Vertrag vorgesehen, dass das das Bundesministerium für Landesverteidigung bewerkstelligt?

Mag. Wolfgang Spinka: Daran kann ich mich nicht erinnern, Herr Abgeordneter, weil wir von vornherein davon ausgegangen sind, dass wir nicht in der Lage sein werden, die Güteprüfung im vollen Umfang durchzuführen.

Das heißt nicht, dass wir nicht die Firma und die Produktion auditieren können, dass wir nicht den Produktionsprozess begleiten können, um festzustellen, ob auch tatsächlich das alles eingebaut wird, was bestellt wird. Aber die gesamte Systemfunktionalitätsgüte zu prüfen, liegt außerhalb der Möglichkeiten des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Daher haben wir von vornherein gesagt, wir müssen uns dafür eine Luftwaffe suchen – ein Ministerium suchen –, die uns dabei unterstützt und diese Abnahmen durchführt.

Wir machen das im Übrigen nicht nur bei dem Luftfahrzeug, sondern wo immer es möglich ist, übertragen wir die Güteprüfung den Streitkräften eines Bestellerlandes, um Kosten insbesondere auch in unserer Wehrtechnik zu sparen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): War das von vornherein klar? Oder hat es da einmal eine Änderung gegeben? – Mit dem Ablauf.

Mag. Wolfgang Spinka: Meiner Erinnerung nach war das von vornherein ... Also von mir zumindest war es nie anders angedacht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Da hat es nie den Wunsch von EADS auf eine Änderung gegeben?

Mag. Wolfgang Spinka: Das ist ja nicht Angelegenheit von EADS, sondern das ist unsere Angelegenheit. Aber mir ist nie etwas darüber bekannt geworden, dass jemand etwas in der Richtung wollte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich wollte nur wissen, ob Sie da etwas wissen.

Bei der Umrüstung von Tranche 1 auf Tranche 2: Gibt es da überhaupt ein Konzept?

Mag. Wolfgang Spinka: Die Umrüstung von Tranche 1 auf Tranche 2 fällt in die Verantwortung der Lieferfirma, und wir sind dabei kostenfrei zu halten. Darauf werden wir achten.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Hofer hat gemeint, dass diese Kosten im Kaufpreis inkludiert sind. Er hat gesagt, das ist alles andere als kostenfrei.

Mag. Wolfgang Spinka: Das schon! Wir haben Luftfahrzeuge gekauft mit den Leistungen eines Flugzeuges – wie man heute weiß – von Block 8. Den Begriff hat es damals noch gar nicht gegeben, weil wir nicht eine Type gekauft haben, sondern wir haben ja Leistungen ausgeschrieben. Irgendwann hat sich herausgestellt, dieses „Trumm“, dass wir hier ausgeschrieben haben, heißt beim Eurofighter Block 8.

Natürlich sind diese Leistungen im Preis enthalten, weil sonst die Lieferfirma so nicht angeboten hätte. Daher müssen wir davon ausgehen – und gehen auch davon aus, so steht es im Vertrag drin –, dass alles, was erforderlich ist, um diese Luftfahrzeuge in den Zustand des Leistungsumfangs eines Tranche-2-Fliegers zu bringen, durch die **Firma** zu tragen sind.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber die Aussage „Das ist kostenfrei“ ist ja nicht zu halten! Denn in Wirklichkeit ist das schon mitbezahlt, im gesamten Kaufpreis ... (**Mag. Spinka: Natürlich!**) – Ich möchte es Ihnen jetzt so nicht vorwerfen, aber Sie haben ja auch soeben gesagt: Das ist kostenfrei. So wird es auch öffentlich immer dargestellt, nach dem Motto: EADS sagt, macht euch da keine Sorgen, das machen wir. – In Wirklichkeit wird das natürlich bezahlt!

Mag. Wolfgang Spinka: Es ist im Preis enthalten.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das ist ja ein wesentlicher Unterschied! Es wird immer gesagt: Diese Nach- und Umrüstung macht die Firma kostenfrei. Aber in Wirklichkeit muss es natürlich bezahlt werden.

Mag. Wolfgang Spinka: Ja, da gebe ich Ihnen Recht. Das ist natürlich nicht geschenkt, sondern bereits mit dem Angebot, diese Leistung zu erbringen, hat Eurofighter gewonnen. Daher ist es im Preis drinnen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich könnte Ihnen jetzt wahrscheinlich Aussagen von 25 Personen ausdrucken, dass das gratis nachgerüstet wird. Aber das ist eben nicht den Tatsachen entsprechend.

Mag. Wolfgang Spinka: Man kann es auch so sagen ... (**Abg. Murauer: Weil eben mehr bestellt worden ist!** – Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Zum Beispiel Herr Kollege Murauer ist so einer, der das immer behauptet. (**Abg. Murauer: ... was so schwer zu begreifen ist!**)

Mag. Wolfgang Spinka: Darf ich es aufklären? – Es fallen durch diese Umrüstung, zu der die Firma verpflichtet ist, keine weiteren Kosten für die Republik Österreich an.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Keine *weiteren*, klar! Weil man es schon *bezahlt hat!* (Abg. *Murauer*: Aber wenn ich weniger bestellt habe, dann muss ich ...! – Weitere Zwischenrufe.)

Mag. Wolfgang Spinka: Ich glaube, das ist eine semantische Frage.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nein, das ist es nicht! Es wird immer wieder behauptet: Die Nachrüstung auf die Tranche 2 ist *kostenfrei!* – So ist es im Protokoll nachzulesen, auch Herr Spinka hat das gerade so formuliert. Aber es ist in Wirklichkeit in der Form nicht ganz richtig, weil es nicht kostenfrei ist, sondern Kosten verursacht, die allerdings schon bezahlt wurden. (Abg. Mag. *Stadler*: Vorausbezahlt wurden!) Vorausbezahlt wurden! – Danke.

Nächste Frage, zur **Pilotenausbildung**: Die war doch ursprünglich im Vertrag inkludiert und vereinbart? (*Rufe und Gegenrufe zwischen Abgeordneten von ÖVP und FPÖ.*)

Mag. Wolfgang Spinka: Es war im Vertragsteil 2 ein Ausbildungspaket drinnen, das aber nicht die Ausbildung zum militärischen Piloten umfasst hat, sondern nur die Typeneinweisung. Das heißt, ein Pilot, der bereits ein ausgebildeter Jagdflugzeugpilot ist, wird dort in der Type eingewiesen, ausgebildet. Das heißt aber nicht, dass er nach dieser Ausbildung bereits militärische Aufträge mit diesem Luftfahrzeug durchführen kann.

Das ist in etwa so – beim Auto ist es einfach –: Ich bin bisher einen Käfer gefahren und steige jetzt auf einen Mercedes um, und da weist mich einer ein, wie das zu bedienen ist.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Hat man aus Preisreduktionsgründen – weil es natürlich das Ziel war, möglichst sparsam abzuschneiden – auch einmal die Pilotenausbildung herausgenommen?

Mag. Wolfgang Spinka: Nein. Es war ja von vornherein die Verpflichtung für die Firma drinnen, dass sie dafür sorgen muss, eine Referenz-Luftwaffe aufzutreiben, die bereit ist, unsere Piloten militärisch auszubilden.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): War nicht ursprünglich geplant, dass sie *im Inland* ausgebildet werden? (Mag. *Spinka*: Nein!) – War das immer in Deutschland geplant?

Mag. Wolfgang Spinka: Nein, Deutschland nicht. Wir haben nur eine Referenz-Luftwaffe verlangt. Es hätte genauso Spanien oder Großbritannien sein können.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wie ist es dann dazu gekommen, dass es Deutschland geworden ist?

Mag. Wolfgang Spinka: Ich gehe davon aus – aber das kann ich nicht beweisen –, dass die Lieferfirma, die die Verpflichtung gehabt hat, die Bereitschaft einer Referenz-Luftwaffe sicherzustellen, sich an die deutsche Luftwaffe gewendet hat und diese sich schließlich bereit erklärt hat, diesen Verpflichtungen nachzukommen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber die österreichischen Stellen als Käufer des Ganzen werden da ja auch mitgeredet haben! Es hat ja eine Arbeitsgruppe gegeben, deren Leiter Herr Erich Wolf war, was die Pilotenausbildung betrifft.

Mag. Wolfgang Spinka: Richtig, ja. Er war eine Zeit lang für die Pilotenausbildung, für die Vorbereitung verantwortlich. Das stimmt, ja.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Stimmt es – das hat Herr Hofer hier gesagt –, dass Air Chief Wolf mit dem deutschen Air Chief initiiert hat, dass die Pilotenausbildung in Deutschland stattfindet?

Mag. Wolfgang Spinka: Schließe ich nicht aus. Zweifellos ist es für uns zweckmäßig, wenn wir als Referenz-Luftwaffe die deutsche Luftwaffe zur Verfügung haben. Ich brauche nur zu sagen, allein schon aus sprachlichen Gründen ist das das Einfachste für uns.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich wollte nur wissen, ob in dieser Frage der Air Chief Wolf sachlich zuständig war, was die Pilotenausbildung betrifft, und dass dann eben so entschieden wurde, das in Deutschland zu machen.

Mag. Wolfgang Spinka: Er war jedenfalls bis Ende 2002 als Leiter der Luftabteilung dafür verantwortlich. Dann ist die Luftabteilung aufgelöst worden – ja, so war das –, dann war eine Zeit lang das Kommando Luftstreitkräfte mangels fliegerischer Kapazität im Bundesministerium für Landesverteidigung verantwortlich.

Ich habe dann das **Führungsgrundgebiet 7** – das ist die für die Ausbildung zuständige Gruppe im Führungsstab – dafür verantwortlich gemacht, und die haben dann den stellvertretenden Leiter der Ausbildungsabteilung A dafür frei gemacht, sich um die Ausbildung der Piloten anzunehmen. Der hat das bis vor ganz kurzer Zeit auch tatsächlich verantwortlich wahrgenommen. Das war ein gewisser Oberst des Generalstabsdienstes Janisch.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Hillingrathner hat vorhin gesagt, die Reduktion von zwei Standorten, wie es ursprünglich geplant war, auf einen hat – wörtlich hat er das gesagt – „massive Einsparungen“ mit sich gebracht. „Massive Einsparungen“: In welcher Größenordnung muss man sich diese vorstellen?

Mag. Wolfgang Spinka: Es war zunächst auf der Grundlage der 24 Abfangjäger vorgesehen, diese – wie bisher die Draken – in Zeltweg und in Graz zu betreiben. Mit der Verkürzung auf 18 ist natürlich die Frage aufgetaucht, ob sich da ein zweiter Standort noch rechnet, und man hat sich dann aus Kostengründen oder Sparsamkeitsgründen dazu entschieden, die Luftfahrzeuge von **einer** Basis – der so genannten Main Operating Base – aus zu betreiben und verlegbares Equipment für einen zweiten Betriebsstandort zu beschaffen, sodass man, je nach Wahl, in Graz – aber in erster Linie war da an Hörsching gedacht – den Flieger auch betreiben kann.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nur die Reduktion kann es nicht gewesen sein. Denn als schon klar war, dass nur 18 Flugzeuge kommen sollen, hat Minister Platter noch gesagt: Nein, Graz **und** Zeltweg werden Standorte! Das hat er bei einem Steiermark-Besuch sogar außer Streit gestellt. (**Mag. Spinka:** Ja!) Dann war es noch einmal anders.

Also die Reduktion kann es nicht sein. (**Mag. Spinka:** Na ja, schon!) Es waren eben finanzielle Erwägungen, nehme ich einmal an. Man wollte ja um jeden Preis, auch jeden militärischen Preis, auf jeden Fall auf einen bestimmten Level kommen und hat daher einen Standort ...

Mag. Wolfgang Spinka: Nein. Die Kürzung eines Standorts war lange in Diskussion; sagen wir einmal so. Aus welchen politischen Gründen immer, ist erst zu einem bestimmten Zeitpunkt freigegeben worden, dass man das tatsächlich weiterverfolgt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Militärisch ist ja klar geworden, dass das eine weitere massive Einschränkung ist, überhaupt von der Operationsmöglichkeit, von der Einsatzmöglichkeit her, weil man nur **eine** Wettersituation hat, nicht?

Mag. Wolfgang Spinka: Die Flieger haben so argumentiert, dass sie dann nicht ausreichend Slots zur Verfügung haben; das ist die Möglichkeit, vom Boden in den Luftraum zu gelangen. Das mag für bestimmte Situationen zutreffen, aber dafür haben wir eben das Equipment, um tatsächlich von einem zweiten Standort aus diese Flugzeuge betreiben zu können.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Eine letzte Frage, ganz zurückgeblendet in das Beweisthema 1: Sind Sie schon im Jahr 2000 einmal mit Herrn Wolff zusammengekommen, dem mit Doppel-f, mit Herrn Wolff von der Firma EADS? (*Mag. Spinka: Wolff?*) – Ja.

Mag. Wolfgang Spinka: Kenne ich nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Er war einmal bei Herrn Bernecker, um sich vorzustellen. Kennen Sie Herrn Wolff, mit Doppel-f, nicht?

Mag. Wolfgang Spinka: Kenne ich nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Vom BZÖ ist niemand da. – Kollege Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich bitte nur, es im Protokoll festzuhalten. Denn wir haben im anderen Ausschuss das Theater gehabt, dass sie sich darüber aufgereggt haben, dass sie nicht gleich in Doppelbesetzung herinnen sein dürfen.

Ich komme zunächst zu folgender Frage: Haben Sie mit der Vertragsabfassung oder mit der Vertragserrichtung irgendetwas zu tun gehabt?

Mag. Wolfgang Spinka: In keiner Phase.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe das angenommen, daher wollte ich es nur klarstellen. Wir werden mit Herrn Wall darüber reden müssen.

Ich darf Ihnen jetzt ein Schriftstück vorlegen, von dem ich glaube, dass darauf Ihre handschriftlichen Anmerkungen sind.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Wenn Sie das bitte ansehen und schauen, wessen Handschrift das sein könnte. Aber ich vermute, es ist Ihre Handschrift.

Mag. Wolfgang Spinka: Es ist sicher meine Handschrift. Ob ich jetzt noch sagen kann, was ich damit gemeint habe, ist die Frage. Aber ich werde mich bemühen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn Sie es mir dann wieder zurückgeben, weil ich auf die einzelnen Anmerkungen, die Sie getroffen haben, eingehen möchte. – Wenn Sie es sich vielleicht durchschauen.

Mag. Wolfgang Spinka: Es heißt sicherlich: „Luftzeugwesen: Bedeckung unter 2.2“. Das bezieht sich vermutlich auf den ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir gehen es dann der Reihe nach durch. Ich möchte es nur ...

Mag. Wolfgang Spinka: Ja, aber ich muss es jetzt anschauen, sonst weiß ich das dann nicht. (*Abg. Mag. Stadler: Ja!*)

Ja, es bezieht sich offensichtlich auf den Akt, mit dem wir die finanziellen Folgen des ... (*Abg. Mag. Stadler: Ja!*)

„Bedeckung unter 2.2 und Betriebskosten-Reduktion“.

„Einkauf: Kommerzielle Angelegenheiten“.

„Luftstreitkräfte: Überbrückung“.

„Entgegen Ministerratsbeschluss und Regierungsprogramm“ – dürfte ein Kommentar dazu sein, dass diese Einsichtsbemerkung sich offensichtlich nicht mit damaligen politischen Entscheidungen gedeckt hat.

Das Nächste heißt dann:

„Unterschreitung 1 800 Flugstunden“.

„1 Prozent“, das ist also wieder die „Eskalation“ – da weiß ich aber nicht mehr, was das ist –, „hält nicht“.

Und dann der Hinweis darauf, dass im Kreditvertrag zwischen Eurofighter GesmbH und dem Kreditinstitut eine Option vorzusehen wäre, die es ermöglicht, den tatsächlichen Zahlungsbeginn auf Jänner 2007 zu verschieben: Ist außerhalb des „Einflusses BMLV“ – no na! –, habe ich dazugeschrieben.

Das kann ich nicht mehr entziffern, was das bei „2200“ Uhr heißt.

„Nebenkosten“, „Überbrückungspaket“.

Es sind sicherlich Anmerkungen zu einzelnen Punkten dieser Kostendarstellung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Auf diese möchte ich jetzt der Reihe nach eingehen.

Diese Anmerkungen stammen aus einer Besprechung, in der Herr Ministerialrat Dr. Hillingrathner diese Einsichtsbemerkung vorgelegt hat. Ich vermute, dass diese Besprechung bei Herrn Sektionschef Steger stattgefunden hat. Erinnern Sie sich an den Vorgang?

Mag. Wolfgang Spinka: An eine Besprechung bei Sektionschef Steger erinnere ich mich *nicht*.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): 26. April 2003?

Mag. Wolfgang Spinka: An Steger erinnere ich mich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Denn hier heißt es: „Steger bis 21 Uhr“.

Mag. Wolfgang Spinka: Ja. Aber das heißt ja nicht, dass ich da bei einer Besprechung war. (*Abg. Mag. Stadler: Ach so!*) Vielleicht wollte Steger irgendetwas bis 21 Uhr.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dass der bis 21 Uhr dabei war?

Mag. Wolfgang Spinka: Nein, nein! Dass allenfalls eine Besprechung im Finanzministerium war und Steger irgendwelche Informationen bis dahin haben wollte. (*Abg. Mag. Stadler: Aha!*) Aber ich war sicher ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Jedenfalls haben Sie das dann an Herrn Katter weitergefaxt. Und offensichtlich auch ans Militärkommando Tirol, wo der Kabinettschef des Verteidigungsministers war.

Mag. Wolfgang Spinka: Das könnte sein. Weiß ich aber nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich nehme es an, weil das hier steht: „2200 MilKdo T“, 22 Uhr Militärkommando Tirol. – Gut.

Mag. Wolfgang Spinka: Ah, es könnte sein, dass der Minister in Tirol war!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Jetzt gehen wir der Reihe nach vor.

Hier wird davon gesprochen, dass der Systemaufwand um weitere 26 Millionen reduziert wird. Dann schreiben Sie hinten – völlig zu Recht, weil das schon aus früheren Anmerkungen hervorgeht, die Katter gemacht hat –, dass diese Reduktion

des Vertragsvolumens, worüber früher – das kann ich Ihnen später vorhalten – noch andere Beträge in Rede waren, nur möglich ist, wenn das Ganze überwiegend zu Lasten des Logistikanteils geht, sodass also die Jahresflugstunden heruntergesetzt werden müssen. Und Sie schreiben hier:

„Unterschreitung 1 800 Flugstunden“.

Das heißt also, diese Reduktion des Systemaufwandes bedeutet eine Unterschreitung von 1 800 Flugstunden. Ist das richtig?

Mag. Wolfgang Spinka: Na ja, es steht so da. Aber ich kann das jetzt nicht zuordnen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das würde aber bedeuten – korrigieren Sie mich, wenn ich falsch liege –, dass bei 18 Eurofightern die 100 Flugstunden unterschritten würden?

Mag. Wolfgang Spinka: Man müsste jetzt wissen, welchem Punkt das zugeordnet war. Denn ich weiß jetzt nicht mehr, woher ich das abgeleitet habe.

Tatsache ist, dass wir bei den Kostenerhebungen ausgegangen sind von aufwachsend auf 2 160 Flugstunden. (*Abg. Mag. Stadler: Ja!*) Und offensichtlich ist dann auf 1 800 Flugstunden reduziert worden, ist gleich 100 Flugstunden pro Pilot.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und auf Grund der Reduktion der Betriebskosten, die notwendig ist, droht jetzt noch eine Unterschreitung unter die 1 800 Flugstunden. Das würde doch bedeuten – korrigieren Sie bitte den Ausschuss –: Wenn 1 800 Flugstunden bei 18 Fliegern unterschritten werden, würde man unter die Hundertergrenze kommen; damit wäre doch die Lizenz hin!

Mag. Wolfgang Spinka: Es ist ja in dem Fall um etwas anderes gegangen. Es ist in dieser Phase darum gegangen: Wer zahlt was von dem Ganzen?

Ich gehe davon aus, dass es dabei um die Betriebskosten und um die Anerkennung der Betriebskosten in der vollen Höhe – in Ergänzung zu den bisher laufenden Betriebskosten – gegangen ist. Das kann sich nur darauf beziehen. Jetzt müsste ich aber den Passus in der Einsichtsbemerkung von Dr. Hillingrathner lesen, der sich auf die Betriebskosten ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Damals ist aber schon festgestanden, dass das ...

Mag. Wolfgang Spinka: Darf ich das vorlesen? – Das steht da:

„Die jährlichen Betriebskosten sind mit Beträgen zwischen 51,8 und 60,6 Mio. € ausgewiesen. Laut Vorgabe des BMF wäre der Betrieb so zu organisieren, dass diese Betriebskosten den Betrag von 50 Mio. € unterschreiten.“

Darauf – nehme ich jetzt an – bezieht sich meine Bemerkung: Es droht die Unterschreitung der Flugstundenproduktion unter die 1 800.

Tatsache ist, dass wir ja in der Zwischenzeit – und das ist eben ein Prozess, der zunehmend an Treffsicherheit gewinnt – wissen, dass wir mit 50 Millionen diese 1 800 Flugstunden sehr wohl produzieren können. Aber damals habe ich eben befürchtet – weil das Finanzministerium die von uns angeführte Höhe nicht anerkannt hat –, dass das nicht möglich ist.

Dass das lediglich eine Befürchtung ist, lässt sich leicht nachvollziehen an der Aufstellung, die wir damals für die Folgeaufwendungen Betrieb unter Punkt 3 gemacht haben, von denen wir in der Zwischenzeit wissen, dass das Grob-Abschätzungen waren, die sich mit unserem heutigen Wissensstand nicht mehr decken. Vielleicht hat Hillingrathner damals schon mehr als wir gewusst; das weiß ich nicht.

Tatsache ist also, dass wir – aber das ist nicht Wissen von damals, sondern Wissen von heute (*Abg. Mag. Stadler: Aha!*) – mit den Forderungen des Finanzministeriums unseren Auftrag der 1 800 Stunden abdecken können.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist das Einzige, was für mich jetzt relevant ist, denn damit erübrigen sich alle weiteren Fragen dazu. Das heißt: Sie können jetzt mit dieser festgesetzten Aufwandsobergrenze die 1 800 Flugstunden gewährleisten.

Mag. Wolfgang Spinka: Produzieren.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dann ist die zweite Frage: Was ist hier gegen den Ministerratsbeschluss und gegen das Regierungsprogramm gerichtet? Das ist nicht unerheblich. Ein Ministerratsbeschluss ist eine interessante politische Größenordnung, genauso wie das Regierungsprogramm.

Mag. Wolfgang Spinka: Da müsste man jetzt das Regierungsprogramm hernehmen oder den Ministerratsbeschluss. Ich habe das ja alles ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Im Regierungsprogramm steht dazu sinngemäß Folgendes: Wir wollen ein Draken-Nachfolgeobjekt haben, und es soll ein neues sein, und es soll möglichst kostengünstig sein. – Das war alles, was im Regierungsprogramm stand.

Was richtet sich hier gegen das Regierungsprogramm und gegen den Ministerratsbeschluss?

Der Ministerratsbeschluss hat festgelegt, so und so viele Flugzeuge zu einem ... (*Ein Mitarbeiter des FPÖ-Klubs teilt Abg. Stadler etwas mit.*) – Ach so, das könnte sein, ja. Mein Mitarbeiter macht mich darauf aufmerksam: Ein Element war noch im Regierungsprogramm, nämlich dass die Zusatzkosten nicht zulasten des BMLV gehen dürfen.

Mag. Wolfgang Spinka: Die Kosten für den Liefervertrag – also V 1 und V 2 – nicht zulasten ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein. Im Regierungsprogramm stand nur drinnen, dass es kostenneutral sein muss für das BMLV.

Mag. Wolfgang Spinka: Richtig, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist das möglich, dass das hier der Punkt ist?

Mag. Wolfgang Spinka: Das könnte sein, dass sich das auf diese 233 Millionen bezieht, weil in der Angelegenheit habe ich einmal eine heftige Auseinandersetzung mit dem Herrn Dr. Traumüller vom Finanzministerium gehabt, der uns das in dieser Sitzung schon nicht zubilligen wollte, wofür es von meiner Seite kein Einsehen gegeben hat.

Ich habe immer gemeint, dass auch dieser Teil vom Finanzministerium im Wege einer Budgetaufstockung bereitzustellen wäre, natürlich im Gesamtzusammenhang, dass wir immer zu wenig Geld haben. Natürlich muss ich aber auch zugestehen, dass der Eurofighter oder das Jagdflugzeug ein Teil des so genannten Luftpakets war und dass natürlich in der Phase im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts das Schwergewicht in diesem Bereich zu sehen war. Dass daher natürlich ein Teil dieser Aufwendungen für das Luftpaket von uns selbst zu tragen ist, war auch klar.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist jetzt hochinteressant, was Sie da sagen.

Mag. Wolfgang Spinka: Wir wollten nur verhindern, dass dieser Anteil zu groß war, weil wir wussten, dass wir eine Erneuerung der Goldhaube brauchen, des Flugfunks, dass wir eine Lebensdauererlängerung für die Hubschrauber brauchen und für die SAAB 105 und ja daneben das restliche Bundesheer auch noch weiter auszurüsten hatten, und haben daher natürlich versucht, soweit als möglich Zusagen vom Finanzministerium zu bekommen, dass eben die Beschaffung des Jagdflugzeuges von dort tatsächlich auch finanziell sichergestellt wird.

Und daher bin ich jetzt sicher, dass sich meine Bemerkung da auf diese 233 Millionen lieferfirmaunabhängige Folgekosten bezogen hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist sehr interessant, was Sie jetzt sagen, Herr General. Das heißt, Sie haben dann erreicht, dass das BMLV nur einen Teil dieser 233 Millionen Systemkosten tragen muss.

Mag. Wolfgang Spinka: Es sind nicht Systemkosten, sondern wir haben ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Steht hier!

Mag. Wolfgang Spinka: Die einen bezeichnen es als herstellerabhängige Folgekosten beziehungsweise da haben wir es Systemaufwand mit sonstigen Vertragspartnern genannt, also jedenfalls nicht mit der Lieferfirma.

Diese 233 Millionen beziehen sich auf den Systemaufwand, Unterpunkt 2.2, mit sonstigen Vertragspartnern. Das sind Bauaufwendungen, zum Beispiel für den Simulator, die natürlich nichts mit der Eurofighter GmbH zu tun haben. Und all diese Kosten ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist das der systemspezifische Folgeaufwand?

Mag. Wolfgang Spinka: Richtig. Und die hat das Finanzministerium nicht als Systemkosten anerkannt und hat daher gesagt, die müssen wir aus unserem laufenden Budget tragen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie noch eine Erinnerung, wie hoch in etwa der Anteil an diesen Kosten von zirka 233 Millionen € für das BMLV jetzt wirklich ist?

Mag. Wolfgang Spinka: Zur Gänze, 233 Millionen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Sie haben sich nicht durchgesetzt, zur Gänze gehen die jetzt zulasten des BMLV.

Mag. Wolfgang Spinka: Richtig. Also „zulasten“, ich meine, jedes Geld kommt vom Finanzministerium.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Natürlich. Aber das ist deswegen nicht unerheblich ...

Mag. Wolfgang Spinka: Sagen wir so: Es ist aus unserem laufenden Budget zu tragen. Es ist nicht bedeckt durch die später dann erfolgte gesetzliche Regelung für die Verträge 1 und 2, die es ja damals noch nicht gegeben hat. Damals war die Frage, was kommt dazu? Wir haben natürlich so lange als möglich, so lange, bis der Minister gesagt hat, er anerkennt das, um diese 233 Millionen gekämpft.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, das ist nicht unerheblich, weil das eine entscheidende Frage auch im Zusammenhang mit der Informationspflicht des Finanzministers an den Nationalrat eine Rolle spielt. Deswegen ist das nicht unerheblich gewesen. – Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ein paar kurze Fragen von meiner Seite. Uns hat Herr Hillingrathner erzählt, da hat es ja auf Ministerebene die Vereinbarung gegeben, im März 2003 eine interministerielle Arbeitsgruppe zu bilden, und praktisch die Leiter von beiden Seiten waren Sie und Hillingrathner. Ist das richtig?

Mag. Wolfgang Spinka: Das ist richtig.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann erzählt Hillingrathner – und wir haben ihn heute dazu befragt und er hat das bestätigt – über ein Schriftstück, in dem er über die Nettopreise Eurofighter in Millionen € auf 18 Halbjahresraten berichtet. Und da gibt es jetzt diese schon öffentlich bekannte Anmerkung 3:

Herr Bundesminister für Landesverteidigung hat beauftragt, die EADS-Nettobestellsumme nominell unter 2 000 Millionen € – also 2 Milliarden € – zu drücken und den Restaufwand unter dem Titel „Betriebsaufwand“ zu verbuchen. Eine Verbilligung ergibt sich daraus nicht. – Zitatende.

Wir haben Hillingrathner heute befragt, und er hat gesagt, ja, bei eben dem Treffen dieser interministeriellen Arbeitsgruppe sei er von teilnehmenden Beamten der Landesverteidigung über diese Weisung des Verteidigungsministers informiert worden.

Was wissen Sie darüber?

Mag. Wolfgang Spinka: Das soll Anfang 2003 gewesen sein?

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein. Sein Vermerk ist vom 1. April 2003, also muss das wenn, dann sicherlich nach Bildung der interministeriellen Arbeitsgruppe, so etwa später März 2003 gewesen sein.

Mag. Wolfgang Spinka: Ich schließe nicht aus, dass die 2-Milliarden-Grenze irgendwo eine magische Grenze war, die man nicht überschreiten wollte. Aber Tatsache war, dass wir uns ja nicht an den 2 Milliarden orientiert haben – ich weiß nicht, was Ministerialrat Hillingrathner gesagt hat –, sondern wir haben das gesamte Bestellmengengerüst, das aus der Scheibner-Amtszeit vorgelegen hat, unter die Lupe genommen und auf das reduziert, was für die Einführungsphase erforderlich ist.

Und da ist dann etwas herausgekommen, und dann hat noch einmal das Finanzministerium ein paar hundert, oder, ich weiß nicht, 200 Millionen mit irgendwelchen Finanzierungsmethoden heruntergedrückt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich weiß. Auf das könnten wir noch kommen, aber da geht es konkret darum: Hillingrathner berichtet, nachdem er keine Weisung in dem Sinn von seinem Minister erhalten hat, ihm sei von einer Weisung des Verteidigungsministeriums berichtet worden, die Nettobestellsumme ***nominell*** unter 2 Milliarden € zu drücken, also offensichtlich den Eindruck zu erwecken, es kostet ohnehin nicht mehr als 2 Milliarden €.

Mag. Wolfgang Spinka: Es kostet tatsächlich nicht mehr.

Obmann Dr. Peter Pilz: Die Frage ist nur, was „es“ ist.

Mag. Wolfgang Spinka: Nicht „den Eindruck zu erwecken“. Wieso den Eindruck? Tatsache ist, es kostet 1 995 oder so etwas, nicht? Oder 1 975.

Obmann Dr. Peter Pilz: V 1 plus V 2. Der Kollege Stadler hat ja bereits auf die sonstigen Systemkosten verwiesen, die – das ist ja richtig – nicht Teil dieser etwas mehr als 1,9 Milliarden € sind.

Mag. Wolfgang Spinka: Richtig. Und das sind keine Leistungen, die die Firma Eurofighter zu erbringen hatte, sondern das sind alles andere Firmen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das wissen wir. Das hilft dem Budget gar nichts.

Mag. Wolfgang Spinka: Nein, das hilft dem Budget nichts, das ist aber Peripherie des Fliegers.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, aber für das Budget und die Darstellung der Kosten gegenüber dem Nationalrat ist ja das letzten Endes unerheblich, mit wem der Vertrag abgeschlossen wird.

Mag. Wolfgang Spinka: Deswegen haben wir es ja auch zur Gänze in dieser Information an das Finanzministerium erfasst.

Obmann Dr. Peter Pilz: Schon ans Finanzministerium, aber wir im Parlament haben nichts davon erfahren. Das war ja unser Problem. Aber das haben wir ohnehin schon begonnen, dem Finanzministerium vorzuwerfen.

Trotzdem noch einmal, dann haben wir es gleich: Es gab ja von der Typenentscheidung bis zur Vertragsunterzeichnung eine Auseinandersetzung mit dem Finanzministerium, wer bestimmte Kosten übernimmt.

Gehen wir es einmal durch: Der sonstige Betriebsaufwand, was war über den ursprünglich vereinbart? Wer hätte den ursprünglich übernehmen sollen?

Mag. Wolfgang Spinka: Wir sind von der Regierungserklärung ausgegangen, die war aber die Regierungserklärung 2003, und in der steht, dass aus der Beschaffung der Jagdflugzeuge **keine zusätzliche Belastung** für das Verteidigungsbudget erwachsen soll oder möge oder so irgendetwas.

Das Finanzministerium hat diese Regierungsvereinbarung eben anders interpretiert als wir.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja. Da gibt es eine ganze Reihe von Differenzen. Wo sich für mich nur die Frage gestellt hat: Da gibt es ja eine Zusammenfassung am 25. April 2003, da haben Traumüller, Christl und Kocher die Differenzen BMLV – BMF festgehalten.

Das einzige, wo sie einer Meinung waren, war, wer hat V 1 plus V 2 zu bezahlen. Dann kommt es bei V 2 schon zu einer Differenz: Standpunkt BMF: 80 Prozent BMF oder mehr; Standpunkt BMLV: 100 Prozent BMF, angeblich vom Herrn Bundeskanzler zugesagt. Wie ist das gelöst worden?

Mag. Wolfgang Spinka: 100 Prozent BMF; wir hätten uns die 20 Prozent aus dem geringen laufenden Budget ja nie leisten können. Das hat auch der Finanzminister gewusst.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist zugunsten des BMLV gelöst worden, im Sinne des BMLV? (**Mag. Spinka:** Ja!)

Betriebskosten – lese ich wieder vor –: Standpunkt BMF: 50 Millionen € Finanzierung durch BMLV aus Beendigung Grenzeinsatz plus Betriebskosten Draken; Standpunkt BMLV: geringer als 72 Millionen € – also eine Deckelung der Betriebskosten –, zwischen 51,8 und 60,6 Abdeckung durch BMF, soweit Betriebskosten Draken von 12 Millionen € überstiegen werden. – In welchem Sinn ist das gelöst worden?

Mag. Wolfgang Spinka: Im Endeffekt haben wir die Zusage, dass wir 32 Millionen ersetzt bekommen und der Rest aus unserem Budget – also aus dem laufenden Budget – zu tragen ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt, gegenüber der ursprünglichen Absichtserklärung vom 2. Juli vom Ministerratsbeschluss ist die Landesverteidigung in welchem Ausmaß schlechter davongekommen?

Mag. Wolfgang Spinka: Das ist eben die Interpretationsfrage. Das war ja ein Beamtenstreit. Wir haben einen anderen Standpunkt vertreten als das Finanzministerium, die Minister haben dann irgendwann entschieden, und wir haben das zur Kenntnis genommen und haben das in unseren Budgetplanungen berücksichtigt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann zum sonstigen Systempaket, das waren die 246 Millionen €, netto laut BMLV 233 Millionen €. Standpunkt BMF: Kostentragung im Zuge der Budgetverhandlungen für 2007 festlegen, eventuell Sideletter im Detail; und Standpunkt BMLV: Teile des Systempakets müssen ab 2005 durch BMF finanziert werden. – In welchem Sinn ist das gelöst worden?

Mag. Wolfgang Spinka: Diese Aufwendungen sind aus dem laufenden Budget zu tragen. Also natürlich, was heißt laufendes Budget? – Wir gehen davon aus, dass ein laufendes Budget ein Budget ist, das bereits genehmigt worden ist und jährlich indexiert wird, also dass man eben den Kaufkraftschwund auf das Budget draufkriegt, und daraus – aus diesem Budget – war dann eben dieser Systemaufwand mit sonstigen Vertragspartnern zu decken, und das konnten wir auch in unserer Budgetplanung darstellen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das Finanzministerium schlägt hier einen Sideletter im Detail vor. Hat es so etwa gegeben? (**Mag. Spinka:** Sideletter?) – Ja.

Mag. Wolfgang Spinka: Nein. Ich glaube, das **war** der Sideletter, dass sie die 32 Millionen übernehmen, oder?

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich weiß es nicht, deswegen frage ich ja.

Mag. Wolfgang Spinka: Ich kenne den Sideletter auch nicht, aber ich nehme an, dass das irgendwo ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Na, wenn ich wo **Sideletter** lese, dann werde ich immer sehr neugierig.

Mag. Wolfgang Spinka: Ich nehme an, dass diese Vereinbarung für die Zukunft, wie die budgetären Mittel zur Verfügung gestellt werden, in den Budgetverhandlungen irgendwo auf Kabinettsebene festgelegt worden ist, aber nachweisen kann ich nichts, und ich weiß auch nichts.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und dann gibt es noch die Zwischenlösung. Da hat es ja auch Diskussionen gegeben. In wessen Sinn ist das gelöst worden?

Mag. Wolfgang Spinka: Die Zwischenlösung wird aus dem laufenden Budget BMLV getragen. Da muss man natürlich fairerweise dazusagen, nach der Ausphasung des SAAB 35 war es logisch, dass die Aufwendungen, die wir bisher mit dem System gehabt haben, jetzt in die F-5 Überbrückungslösung hineingehen. Das hat uns also nie wirklich aufgereggt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Jetzt möchte ich bei diesem Punkt kurz bleiben: Der wesentliche neue Punkt bei der zweiten Phase der Angebotseinhaltung war der Verzicht auf die Zwischenlösung. Können Sie sich erinnern?

Mag. Wolfgang Spinka: Stimmt, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Mit Lieferterminen ab 2005. Ist das damals ernst genommen worden? (**Mag. Spinka:** Absolut!) – Erklären Sie das noch einmal, denn die Verzögerung des Vertragsabschlusses kann das ja nicht ganz erklären, denn der Vertragsabschluss ist ja nicht um zwei Jahre verzögert worden.

Mag. Wolfgang Spinka: Ich darf da noch einmal auf unseren Einleitungsakt aus 2001 hinweisen. Aus dem geht eindeutig und klar hervor, dass wir in jedem Fall die Überbrückungslösung gebraucht hätten, weil wir uns ja nicht in einen Flieger in dem Moment, wo er angeliefert wird, reinsetzen und Luftraumüberwachung machen können. Das geht ja nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann verstehe ich einen Punkt nicht: Warum erklärt man der Öffentlichkeit, dem Nationalrat, allen, Zwischenlösung ist gefallen, es wird keine Zwischenlösung geben, weil die Flugzeuge 2005 geliefert werden, und Sie sagen uns, eigentlich haben wir ja immer gewusst, dass es eh eine Zwischenlösung geben muss.

Also **wir** haben es nicht gewusst. Uns ist ständig erzählt worden, die tolle Neuigkeit ist, ab 2005 werden die Eurofighter da sein und wir brauchen keine Zwischenlösung. Für mich ist das vollkommen neu, dass Sie jetzt sagen, Sie hätten eh immer gewusst, dass es eine Zwischenlösung geben wird.

Mag. Wolfgang Spinka: Ich kann nur sagen, es ist immer in dem Akt aus 2001 drinnengestanden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie müssen sich einmal unsere Situation vorstellen: Wir sind nicht die ganze Zeit mit diesem Akt im Parlament gesessen.

Mag. Wolfgang Spinka: Ich kann das schon unterscheiden. Natürlich ist die Zwischenlösung, nachdem keiner die ... – Als Eurofighter gesagt haben, sie liefern 2005, haben wir gesagt, von Eurofighter brauchen wir dann keine Zwischenlösung. Aber wir haben ja immer noch gehofft, dass wir den Anschluss mit dem Draken finden, was wir ja dann auch ohne Erfolg versucht haben.

Obmann Dr. Peter Pilz: War es nicht so, dass Sie den Schweden bereits einige Zeit vorher mitgeteilt haben, dass sie die Materialerhaltung Draken einstellen können?

Mag. Wolfgang Spinka: Stimmt, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Also wie konnten Sie, wenn auf Grund Ihrer Mitteilung die Materialerhaltung Draken eingestellt worden ist, darauf hoffen, dass trotz der von Ihnen eingestellten Materialerhaltung die weiter funktionieren kann? Ich habe es jetzt nicht mit. Ich habe mir seinerzeit den gesamten Schriftwechsel zwischen BMLV und den beiden schwedischen Stellen besorgt, und der ist schon sehr eindeutig.

Mag. Wolfgang Spinka: Ja, aber ich kann mich nicht erinnern, dass dieser Schriftwechsel damals – ich meine, ich kenne ihn jetzt, aber damals – zwischen BMLV und Schweden gelaufen ist, sondern das waren Schreiben oder Ankündigungen einer nachgeordneten Dienststelle, von der wir erst wesentlich später erfahren haben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es waren Schreiben erstens einer ausgelagerten Materialerhaltungsstelle und zweitens auch des schwedischen Verteidigungsministeriums.

Mag. Wolfgang Spinka: Richtig, ja. Nur im Ministerium hat man davon nichts gewusst.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ist egal, das ist ein Detail, zu dem ich jetzt meine persönlichen Unterlagen nicht mithabe. Es ist ja jetzt nicht so entscheidend. Aber das Versprechen, die Ankündigung, auch das Lob in Bezug auf EADS und Eurofighter war, die können uns 2005 die Flieger hinstellen, und deswegen brauchen wir keine Zwischenlösung. – War es dann in der Praxis so, oder war es nicht so?

Mag. Wolfgang Spinka: Wie in der Praxis? Das Jahr 2005 ist ja schon vorbei.

Obmann Dr. Peter Pilz: Haben sie sie uns hingestellt oder nicht?

Mag. Wolfgang Spinka: Wir wollten sie ja offensichtlich 2005 gar nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Warum? Wer ist „wir“? (*Mag. Spinka: Österreich!*) – Ich gehöre auch zu Österreich, und ich habe mich da nicht eingemischt, weil mir hat niemand diese Frage gestellt. Erstens wollte ich es überhaupt nicht ...

Mag. Wolfgang Spinka: Nein, die Zuständigen. Die Republik Österreich wollte es offensichtlich 2005 dann nicht, aus welchen Gründen auch immer, die sicherlich nicht bei uns gelegen sind, sondern die man woanders suchen muss und die irgendwas mit Maastricht zu tun haben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja schon, aber ich glaube, ein hoher verantwortlicher Militär gibt sich nicht damit zufrieden, dass irgendetwas woanders gelegen ist. Sie werden ja Ursachenforschung betrieben haben. War es jetzt wirklich so, dass Eurofighter dasteht und sagt, ihr könnt die Dinger 2005 haben, Sie hätten es eigentlich gerne gehabt, und irgendwo im Finanzministerium gibt es Leute die sagen, nein, wollen wir nicht?

Mag. Wolfgang Spinka: Na ja, also, ich meine, natürlich hätten wir – muss ich ganz ehrlich sagen – Schwierigkeiten bekommen, wenn die Flieger tatsächlich 2005 gekommen wären, diese auch für die Luftraumüberwachung zu nutzen, weil wir aller Voraussicht nach – und wir kennen jetzt den Prozess, den wir seit 2003, seit Vertragsabschluss laufen haben – in so kurzer Zeit nicht mit dem Eurofighter die Luftraumüberwachung übernehmen hätten können.

Es mag sein, dass die Fachleute das damals optimistischer beurteilt haben, als es sich im Endeffekt herausstellt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Meine Zeit ist jetzt vorbei. Ich werde dann da fortsetzen.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Herr General, zwei kurze Fragen. Zum einen: Ist Ihnen das Tool „*Opus 10*“ bekannt?

Mag. Wolfgang Spinka: Ich habe davon gehört, dass das ein Rechenprogramm ist, das international verwendet wird, um Life-Cycle-Costs abschätzen zu können.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Das heißt, man war in der Lage, durchaus Betriebskosten und auch Life-Cycle-Costs zu errechnen.

Mag. Wolfgang Spinka: Aus meiner Sicht nicht, weil die Parameter dafür ja zu dem Zeitpunkt, als man das machen wollte, noch nicht zur Verfügung gestanden sind. Wir wissen heute, dass wir im Endeffekt ja einen anderen Umfang beschafft haben als im Einleitungsakt ursprünglich vorgesehen waren. Wir haben nicht 24, sondern 18 gekauft. Wir haben also nicht zwei Betriebsstandorte, sondern einen. Wir haben nicht 3 600 Flugstunden, sondern 1 800 Flugstunden im Jahr, und, und, und. Das heißt, jede Rechnung, die man damals gemacht hätte, wäre falsch gewesen.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Das heißt, das System ist zur Verfügung gestanden, aber die Fakten, die zu einer seriösen Errechnung geführt hätten, haben gefehlt oder waren seriöserweise nicht feststellbar.

Mag. Wolfgang Spinka: So ist es, und damit da kein Irrtum herauskommt (*Abg. Murauer: Ab wann wären die feststellbar gewesen?*): Für die Bestbieterermittlung, für eine Bewertung zum Zwecke der Bestbieterermittlung, wären sie in keinem Fall geeignet gewesen, weil sie immer auch Daten enthalten, die zukunftsprognostisch sind, was die Nutzung des Systems anbelangt, beziehungsweise auch, was die Organisation der Materialerhaltung betrifft.

Das heißt, man kann damit vielleicht irgendwelche Life-Cycle-Costs für Budgetplanungen prognostizieren, jedenfalls nicht, um einen Bestbieter ermitteln zu können.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Das heißt, man hat die Life-Cycle-Costs nicht deshalb ausgespart und nicht errechnet, um dann einen bestimmten Flugzeugtyp zu bekommen, die Entscheidung auf Eurofighter zu richten, sondern weil man tatsächlich auch nicht die Fakten zur Verfügung hatte, obwohl es mit „*Opus 10*“ ein System zum Errechnen gegeben hätte.

Mag. Wolfgang Spinka: Ich darf das noch einmal sagen: Ich kann ja nur in die Bewertung einbeziehen, was ich tatsächlich auch überprüfen kann. Das heißt, es ist der normale Vorgang, dass alles das, was fix ist und was vergleichbar ist, in die Bewertung eingeht. Und daher haben wir den größten Teil dessen, was man zum Betrieb dieses Luftfahrzeugs braucht, was sich schließlich und endlich dann zum Großteil niederschlägt ... – Also „zum Großteil“: Es ist alles drinnen im V 2, aber es sind im V 2 noch ein paar weitere Positionen drinnen, was ich beziffert habe mit ungefähr 50 Millionen € für den Unterhalt, das ist ja alles in der Bewertung erfasst worden. Das ist das, was ich tatsächlich bewerten kann.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Das sind aber eher Betriebskosten.

Mag. Wolfgang Spinka: Sicher, Betriebskosten sind ein Teil der Life-Cycle-Kosten. (*Abg. Murauer: Sind ja mehr, ja!*) Zu den Life-Cycle-Costs gehört zum Beispiel, wenn irgendjemand einmal auf die Idee kommt; dass er einen Aufklärungsbehälter für den Flieger kauft, weil er ihn auch als Aufklärungsflugzeug nutzen will. Das kann ich doch nicht in eine Bewertung einrechnen, wenn ich gar nicht weiß, ob ich das jemals machen will!

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Oder ob einer herunterfällt, zum Beispiel.

Mag. Wolfgang Spinka: Zum Zeitpunkt der Angebotseinhaltung war – und ist bis heute – ein Luftfahrzeug für die ***Luftraumüberwachung*** im Auge.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Haben Sie eine Ahnung, ob in anderen Ländern die Beschaffung beziehungsweise die Nichteinbindung in die Typenentscheidung von Life-Cycle-Costs ebenso gehandhabt wird?

Mag. Wolfgang Spinka: Ich habe mich ja wirklich viele Jahre lang mit Vergabeverfahren und mit Bewertungsmodellen beschäftigt. Wir haben die auch immer optimiert, aber ich kenne kein Beispiel – sonst hätten wir es übernommen! –, wo man in der Lage war, für die Typenentscheidung Life-Cycle-Costs heranzuziehen, aber ...

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Also nicht einmal von Schweden (*Mag. Spinka: Nein!*), obwohl es dort über Jahrzehnte enge Kontakte gegeben hat.

Mag. Wolfgang Spinka: Ich muss aber natürlich sagen, dass die Verfahren dort insofern andere sind, weil die ja nicht wie wir Luftfahrzeuge kaufen, die irgendwer produziert, sondern die vergeben ja Entwicklungsaufträge. (*Abg. Murauer: Das ist wieder etwas anderes, nicht?*) Wenn ich einen Entwicklungsauftrag gebe, dann werden sie halt hineinschreiben, es sollen die Life-Cycle-Costs möglichst niedrig sein, aber zu dem Zeitpunkt, wo die an irgendeine Firma einen Entwicklungsauftrag geben, wissen sie noch gar nichts. – Das ist ein Faktum.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Es ist mir nur sehr wichtig, weil diesbezüglich immer wieder in Schweben ist oder von den Gegnern des Flugzeuges bestimmte Argumente dafür kommen, dass man diese Kosten ausgespart hat, um die Entscheidung für den Eurofighter Typhoon zu erreichen. Deswegen frage ich das so dezidiert.

Mag. Wolfgang Spinka: Ich darf sagen, schon gar nicht den Eurofighter Typhoon, weil der bei der Festlegung dieser Systematik ja eigentlich gerade ins Blickfeld kam. Für uns war ... oder wir haben es damals so beurteilt, dass es zu einem Wettbewerb

zwischen F-16 und Gripen kommen wird. Das heißt also, bei der Erstellung der Unterlagen – und die stammen alle aus den Jahren 2001 und Anfang 2002 – war der Eurofighter sicherlich kein Kandidat, der irgendwo seinen Niederschlag in den Papieren gefunden hat, und er konnte daher auch nicht berücksichtigt werden.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Meine zweite Frage ist die Reduzierung der Flugstunden, die, wie man meinen könnte, deswegen passiert sei, damit man mit den Betriebskosten herunterkommt, um ebenfalls eine kostengünstigere Darstellung zu haben, obwohl die tatsächlichen Kosten höher seien.

Mich interessiert jetzt ganz genau: Wie kommt man von diesen 4 200 auf die 1 800? (*Mag. Spinka: Ja, das ist leicht gesagt!*) Welche Kriterien sind ausschlaggebend? Warum hat man grundsätzlich auf 1 800 reduziert, und wie kam man von dieser höheren Ziffer auf diese 1 800?

Mag. Wolfgang Spinka: Das leitet sich ab aus dem Luftkonzept, wo man davon ausgegangen ist, dass wir mit der Beschaffung eines neuen Jagdflugzeuges auf eine Luftraumüberwachung übers ganze Jahr, über 24 Stunden am Tag umsteigen, und man ist daher davon ausgegangen, dass man dafür 36 Piloten und ich weiß nicht wie viele tausend Flugstunden im Jahr produzieren muss.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): „Man“ ist das österreichische Militär? Oder ist es EADS?

Mag. Wolfgang Spinka: Nein, das war die Luftabteilung, die zuständige Abteilung für die Luftkonzepte.

In der politischen Diskussion hat man dann die Luftraumüberwachung, die ursprünglich von der militärischen Seite her konzeptiv vorgeschlagen worden ist, eben auf den Umfang reduziert, den wir bisher mit dem Draken aufrechterhalten haben, nämlich im zeitlichen Umfang.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Also die 1 800 sind eine Anlehnung an die Erfahrungen mit dem Draken? (*Mag. Spinka: So ist es!*) Und die 4 000 im Pflichtenheft sind eine Optimalvorstellung?

Mag. Wolfgang Spinka: Das ist die militärische Forderung, wenn ich rund ums Jahr die Luftraumüberwachung (*Abg. Murauer: Oder Worst-Case-Annahme?*) lückenlos hundertprozentig sicherstellen muss. Das ist ja normalerweise der Auftrag, und die Abstriche davon kann nur die politische Führung machen, aber nicht das Militär von sich aus.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Die 1 800 sind aber eine realistische Zahl, die man aus der Vergangenheit unseres Flugbetriebes in Österreich ableiten konnte. Die hat man jetzt einmal übernommen. Wenn es in dieser Betriebsform, wie wir es bis jetzt hatten, weitergeht, kommt man mit diesen 1 800 aus.

Mag. Wolfgang Spinka: Der Zusammenhang ist ein bisschen komplizierter. Entscheidend dafür ist nämlich nicht die Anzahl der Einsätze, die ich mit dem Luftfahrzeug durchführe, sondern die Anzahl der Piloten, die ich einsatzfähig halten muss. Die brauchen Flugstunden (*Abg. Murauer: Das noch dazu, ja!*), und ob die diese dann im Rahmen von Einsätzen oder im Rahmen von Übungsflügen abfliegen, tut nichts zur Sache.

Da gibt es eben bestimmte Mindestgrenzen (*Abg. Murauer: Das ist mir klar, ja!*) und auch bestimmte Höchstbelastungen für einen Piloten. Weil ich nur 18 Piloten habe, kann ich eben die Luftraumüberwachung nicht rund um die Uhr sicherstellen, brauche aber dann dafür auch weniger Piloten und damit auch weniger Flugstunden. So hängt das zusammen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ganz kurz nur: Der heutige Tag war nicht schwach an überraschenden Erkenntnissen und besonderen Aussagen, aber ich glaube, Sie haben den Gipfelsieg errungen. Sie haben nämlich gerade gesagt: 2005 hätte Eurofighter die **Luftraumüberwachung nicht sicherstellen** können. – So ist das im Protokoll.

Mag. Wolfgang Spinka: Nein, **wir** hätten es nicht sicherstellen können! Eurofighter hätte liefern können.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nein, Sie haben gesagt: Eurofighter.

Mag. Wolfgang Spinka: Nein, nein, da bin ich missverstanden worden (*Abg. Dr. Kräuter: Aha?*) und korrigiere das auf der Stelle! Der Zusammenhang ist ein anderer.

Wann ist der Vertrag abgeschlossen worden? – 2003. Also wenn die 2005 liefern: Vielleicht hätten wir es zusammengebracht. Aber sicher bin ich mir **nicht**, dass wir es zusammengebracht hätten, den Flieger dann auch bereits für die Luftraumüberwachung nutzen zu können.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): War das bei der Typenentscheidung schon bekannt? (*Mag. Spinka: Was?*) – Dass das bis 2005 nicht zu schaffen ist, mit **unseren** Möglichkeiten? – Also man ist davon ausgegangen: Eurofighter kann liefern, aber wir selber – Anführungszeichen – „derheben“ es nicht.

Mag. Wolfgang Spinka: Na ja, das ist insofern nicht diskutiert worden, weil wir ja in dem gesamten Vergabevorgang nur vom grundlegenden Akt ausgehen können. Und der sagt: Vertragsabschluss Frühjahr 2002, Lieferung 2005.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, da kommt der Ministerrat zusammen und beschließt diese Anschaffung. Aber in Wirklichkeit wissen die Militärs: Das kann 2005 einfach nicht hinhauen?

Mag. Wolfgang Spinka: Na ja, so sicher bin ich mir da nicht. Wir haben eine Verschiebung von einem Jahr gehabt, haben aber nicht das Problem gehabt, dass wir unsere Luftzeugführer ... – das weiß ich jetzt nicht, wie ich das ... – Ja: unsere Luftzeugführer zwischendurch auf ein anderes Modell hätten ausbilden müssen. (*Abg. Dr. Kräuter: Aber man hat ja ...!*) – Ich weiß schon, ich habe den Faden jetzt wieder.

Wir haben den Draken letztlich bis 2005 für die Luftraumüberwachung doch erhalten können – das war zwar mühsam, aber wir haben es geschafft – und hätten praktisch diese Zeit nutzen müssen, um unsere Piloten auf den Eurofighter vorzubereiten, und hätten vielleicht – da dilettiere ich jetzt aber, weil ich kein Flieger bin – uns dieses Jahr ersparen können, das sich durch die Verzögerung im Ablauf ergeben hätte, weil wir nicht irgendein anderes Modell dazwischen gehabt hätten. Aber sicher bin ich mir nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber, entschuldigen Sie, man hat aller Welt erklärt: 2005 kommen die Eurofighter, wir brauchen keine Übergangslösung, und daher diese tolle Entscheidung! – Das ist ja das, was man der Öffentlichkeit mitgeteilt hat.

Wenn man sich jetzt das, was Sie da berichten, vor Augen führt, war von Anfang an klar, dass das überhaupt **nicht funktionieren kann!**

Mag. Wolfgang Spinka: Ich bin mir jetzt nicht mehr so klar, ob ich da nicht ein Durcheinander hineingebracht habe, Herr Abgeordneter, weil ich natürlich von unseren Planungen ausgehe, von den ursprünglichen Planungen, und da war eine Zwischenlösung unvermeidlich. (*Abg. Murauer: Eh klar! Und da hat sich eine*

Zeitverschiebung ergeben!) Aus meiner Sicht ist ja die Zwischenlösung erst wieder erforderlich geworden, indem der Zulauf auf 2007 verschoben worden ist.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): War zum Zeitpunkt des Ministerratsbeschlusses gesichert, dass 2005 die Eurofighter kommen, dass man keine Zwischenlösung braucht und dass es von uns ganz normal bedient werden kann?

Mag. Wolfgang Spinka: Zum Zeitpunkt des Ministerratsbeschlusses **muss** das sicher so gewesen sein, weil der ja auf der Grundlage der Angebote zustande gekommen ist. – Sie meinen die Typenentscheidung? Den Ministerratsbeschluss?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber Sie sagen ja gerade selbst, dass es überhaupt ... Das haben Sie ja wörtlich gesagt: 2005 hätten wir die Luftraumüberwachung mit Eurofightern nicht sicherstellen können!

Mag. Wolfgang Spinka: Ja, aus meiner Überlegung jetzt, weil es bei den Umschulungen ein bisschen knapp geworden wäre. Aber ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, und dann sind wir auf einem ganz entscheidenden Punkt! Weil ja dann dieser **Ministerratsbeschluss** auf vollkommen **fehlender Grundlage** gefasst worden ist!

Mag. Wolfgang Spinka: Nein – ich verstehe jetzt die Brisanz meiner Aussage, und damit man sie wirklich halten kann, müsste man sie überprüfen, nämlich dahin gehend, ob es möglich gewesen wäre – 2003 beginnend –, die Pilotenausbildung für die Betriebsaufnahme 2005 sicherzustellen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber das war ja gar nie angedacht! (**Mag. Spinka:** Ja, aber das ...) Das ist jetzt ein Modellspiel, das Sie ansprechen, vielleicht im Nachhinein könnte man das machen. Aber das war ja gar nie geplant! Es war von Anfang an beim Ministerratsbeschluss – und das ist ja das Frappierende! – klar, dass das 2005 gar nicht klappen kann.

Mag. Wolfgang Spinka: Da bin ich mir eben nicht so sicher! Heute wissen wir das, aber da haben wir nicht 2005 im Kopf, sondern 2007, und deswegen ist auch die Überbrückungslösung wieder logisch.

Aber ob unsere Organisation das eine Jahr an Verzögerung hätte einsparen können oder nicht, wage ich jetzt a) nicht zu behaupten, und ob das damals überlegt worden ist oder ob man davon ausgegangen ist, dass man **auf jeden Fall eine Überbrückungslösung** braucht, auch wenn 2005 geliefert wird, das kann ich jetzt nicht wirklich mit Sicherheit sagen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Zumindest – wenn ich das abschließend so zusammenklauben darf – war es zum Zeitpunkt des Ministerratsbeschlusses unklar, ob 2005 die Eurofighter von uns überhaupt bedient werden können. Das kommt heraus.

Mag. Wolfgang Spinka: Man muss da tatsächlich die Zuständigen in der Ausbildung fragen, ob sie das hätten bewerkstelligen können oder nicht. Da bin ich jetzt überfragt. (**Abg. Murauer:** Auch die Einrichtungen, ob wir die hingebracht hätten!) Ja. (**Abg. Murauer:** Flughafen et cetera!)

Ich meine – ich sage es ehrlich –, ich kann es mir nicht wirklich gut vorstellen, noch dazu, da wir im ersten Jahr ja nur **vier Flieger** bekommen hätten. Mit vier Fliegern kann ich nicht 25 SAAB-Draken ersetzen. Das heißt also, bevor wir einen Mindestumfang von wenigstens zwölf Fliegern zusammengebracht haben, war jedenfalls das Jahr 2008 erreicht. Schon aus dieser Sicht erschien es mir sehr plausibel, dass man jedenfalls eine Überbrückung braucht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt – da können Sie überhaupt nichts dafür, Ihre Bemühungen in Ehren –, Regierungsverantwortliche haben einen ***riesigen Schmäh*** erzählt! – Danke. (Abg. Dr. **Fekter**: Stimmt nicht, Herr Kollege Kräuter!)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gehen wir zunächst noch einmal kurz zurück zu diesem ***Opus-10-Tool***. Das ist ein Modell – hat uns Herr Hofer sehr eindringlich und sehr kompetent geschildert –, mit dem man ein Jahr später jedenfalls sehr genau, sehr detailliert und mit einer relativ geringen Schwankungsbreite die Betriebskosten errechnen konnte. Ich nehme Herrn Hofer ernst; er hat uns das hier berichtet: Im Jahre 2003 konnte man das. Er hat uns auch berichtet, dass beide Anbieter, SAAB ***und*** Eurofighter/EADS, ihre Betriebskosten nach dem System Opus 10 errechnet hätten. – Ich berichte nur, was er vorgestern hier im Ausschuss ausgesagt hat.

Herr Hofer hat uns außerdem gesagt, dass es jedenfalls möglich gewesen wäre, diese beiden Betriebskostengrößen zueinander sozusagen ... Diese würden sich bei einer Änderung der Parameter proportional nach oben und nach unten bewegen, sodass also – um einen Sukkus zu bringen, und dieser Sukkus stammt jetzt von mir – eine proportionale Vergleichbarkeit, unabhängig von 18 oder 24, unabhängig von 4 320 oder 1 800 Flugstunden, möglich gewesen wäre. (Mag. **Spinka**: Falsch!) – Warum?

Mag. Wolfgang Spinka: Weil – ich darf es noch einmal sagen – diese Berechnungen wirklich lauter Milchmädchenrechnungen waren, die durch nichts nachgewiesen werden können und nicht haltbar sind.

Ich sage nur ein Beispiel. Ich habe mir im Zuge des Ausschusses auch diesen Zettel ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr General, darf ich nur einen Einwand machen: Mir geht es nicht um die absolute Größenordnung der Zahlen.

Mag. Wolfgang Spinka: Ja, ja, das weiß ich schon! Habe ich schon verstanden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mir geht es um die Proportionalität – 1 : 2, 1,5 : 1 –, verstehen Sie, die Proportionalität!

Mag. Wolfgang Spinka: Ich versuche, kurz zu sagen, wo offensichtlich schon einmal ein gravierender Rechenfehler ist. Wenn Sie sich den Zettel anschauen, dann finden Sie bei den Personalkosten beim Eurofighter die dreifache Anzahl von Technikern, die Sie zum Unterhalt dieses Flugzeuges brauchen. Tatsache ist, dass in der Berechnung, die da gemacht worden ist, in einem Fall das Personal der Fliegerwerft und der technischen Kompanie mit hineingerechnet worden ist und im anderen Fall nicht. Ich kann nur sagen, das Papier ist sicherlich unbrauchbar.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Welches Papier meinen Sie jetzt?

Mag. Wolfgang Spinka: Das ist sicherlich auch ein Grund, warum all diese Papierln nie von irgendwem beglaubigt worden sind. Bitte, das sind doch reine Schmierzettel, und die werden da immer wieder vorgeführt! Ich verstehe das nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Welches Papier meinen Sie jetzt? – Sie meinen jetzt das Papier mit ...

Mag. Wolfgang Spinka: Ich meine das mit der Gegenüberstellung, in der auf der einen Seite 30 Millionen und auf der anderen Seite 71 Millionen steht. (Abg. Mag. **Stadler**: Ja!) An dem Zettel ist ja ***nichts*** dran!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sind diese Größenordnungen nach dem System Opus 10 errechnet worden?

Mag. Wolfgang Spinka: Das weiß ich nicht. Aber sie sind mit Sicherheit falsch, weil da sonst nicht die dreifachen Personalkosten drinstehen könnten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dieses Papier, das Sie meinen, ist eine Unterlage, die vor der Typenentscheidung errechnet wurde? (*Mag. Spinka: Ja!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Hofer hat uns aber berichtet, dass ein Jahr später, vor Vertragsunterfertigung, eine Hochrechnung nach der Methode Opus 10 erfolgt ist. (*Mag. Spinka: Ja!*) Und da seien, mit einer relativ geringen Schwankungsbreite, in etwa die 50 Millionen an Betriebskosten errechnet worden.

Mag. Wolfgang Spinka: Ja, das ist nicht ganz falsch. – Nur, wenn man die Zahlen anschaut, sind das in Wirklichkeit auch Grobschätzungen, die nicht stimmen können. Nur in der Größenordnung nähern sie sich schon einigermaßen an.

Wir haben das da in den finanziellen Folgen, und heute kann einem niemand mehr wirklich erklären, wieso wir im Jahr 2007 für die Nutzwerterhaltung – das ist nämlich die Materialerhaltung – 44 Millionen brauchen und in den Folgejahren nur noch 19 Millionen beziehungsweise 10 Millionen. Die haben da also Abschätzungen gemacht, da waren sie zwischen 50 und 60 Millionen, nämlich Opus 10 folgend – wahrscheinlich, nehme ich an, ich war nicht dabei –, als sie eine einigermaßen brauchbare Größenordnung getroffen haben. (*Abg. Mag. Stadler: Aber wenn Sie zwei ...!*)

In Wirklichkeit – darf ich diesen Satz zu Ende sagen – ist Herr Ministerialrat Hofer, den ich sehr schätze – ich lasse also nichts über ihn kommen, aber da hat er seine Macken – jetzt in Verhandlungen über den In-Service-Support. Und der In-Service-Support deckt die Materialerhaltung – das heißt, den Betrieb – im erforderlichen Umfang ab, abgestimmt auf die 1 800 Flugstunden, auf die Anzahl der Piloten und was weiß ich, was alles; und auf die Materialerhaltungs-Infrastruktur. Da ist es das erste Mal zutreffend unter den 50 Millionen.

Das heißt, in Wirklichkeit weiß er es jetzt erst. Da ist wieder ein Jahr dazwischen. Zwischen den Zahlen aus dem Jahr 2003 und jetzt ist noch einmal ein Jahr vergangen, bis er tatsächlich sagen kann, was wir an Betriebskostenaufwand haben werden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Worauf ich hinaus möchte, Herr General, ist Folgendes: Hätte man von allem Anfang an die Entscheidung getroffen – die **politische** Entscheidung, nicht Sie –, es gibt eine Entscheidungsebene 1, Kosten-Nutzwert-Analyse, es gibt eine Entscheidungsebene Nummer 2, möglichst präzise proportionale Vergleichbarkeit der Betriebskosten nach diesem Rechenmodell, und es gibt dann, wenn dort eine Gleichwertigkeit herauskommt, Entscheidungsebene Nummer 3, das sind dann die Gegengeschäfte! Wir haben Entscheidungsebene Nummer 2 **ausgelassen**. (*Mag. Spinka: Nein!*) Das ist ein Mangel, das sehe ich so.

Mag. Wolfgang Spinka: Herr Abgeordneter, ich muss ehrlich sagen, entweder bin ich **völlig** unfähig, mich verständlich zu machen – aber ich habe jetzt zum **dritten** Mal erklärt, warum das **nicht geht!**

Ich kann nur tatsächlich erfassbare Aufwendungen gegenüberstellen und bewerten, aber nicht solche, die vielleicht eintreten oder vielleicht auch nicht. Die **variablen** Betriebskosten sind **nicht** für die Bestbieterermittlung heranzuziehen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr General! Wenn ich bei **allen** Modellen die gleichen „Vielleicht“ annehme oder auch nicht annehme, dann habe ich wieder eine Vergleichbarkeit.

Mag. Wolfgang Spinka: Haben wir auch diskutiert! Ich könnte – das ist aber vielleicht die Idee dahinter – ein Modell davon entwickeln, wie ich beabsichtige, das Luftfahrzeug zu nutzen. (Abg. Mag. **Stadler:** Ja!)

Das ist überhaupt das Tödlichste! Nutze ich das System dann in irgendeiner Abweichung von dem Modell, wird mir einer nachrechnen, dass ich die Karten für einen der Bieter gezinkt habe! (Abg. Mag. **Stadler:** Nein, das habe ich ...!) Hundertprozentig! (Zwischenruf des Abg. **Murauer.**)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Entschuldigen Sie, das ist für die Frage der Entscheidung, welches mich im Verhältnis zu den anderen mit den Betriebskosten voraussichtlich wie hoch belasten wird, unerheblich, ob es dann wirklich so sein wird. Aber die Abschätzbarkeit und die Vergleichbarkeit ist gegeben.

Mag. Wolfgang Spinka: Nein! Ich sage es noch einmal: Dann bekomme ich nachher den Vorwurf, dass ich schon vorher gewusst habe, was die Betriebskosten bei dem Flieger ausmachen, setze in meinem Modell die Nutzung im einen Fall sehr weit herunter und begünstige damit ein Modell. Aber sicherlich! (Abg. Mag. **Stadler:** Alle Parameter gleich annehmen!)

Darf ich noch etwas dazu sagen? – Ich sage Ihnen ein Beispiel. Wir haben also im Pflichtenheft die 4 300 Flugstunden oder so ähnlich pro Jahr drinnen gehabt. Wenn wir so ein Modell angewendet hätten und dann hineingeschrieben hätten, dass wir das aber nur auf 1 800 Flugstunden berechnen, hätte man uns in **dem** Ausschuss garantiert vorgeworfen, dass wir für den Eurofighter die Karten gezinkt haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn Sie es für alle gleich berechnen, nicht!

Mag. Wolfgang Spinka: O ja, genauso! Warum? (Abg. Mag. **Stadler:** Nein!) – Noch einmal: Die Entscheidung, wie ich das Luftfahrzeug nutze, fällt irgendwann. Sie ist also nach der Bestbieterentscheidung gefallen – Gott sei Dank! Man hätte uns den Vorwurf gemacht: Wir rechnen jetzt mit 1 800 Flugstunden, damit der Eurofighter gewinnt.

Ich kann Ihnen nämlich sagen, dass der Rechnungshof, als er das nachgerechnet hat, festgestellt hat, dass mit diesem Flugstundenprofil, das dann herausgekommen ist – ich glaube, bei der Fünf-Jahres-Variante –, auch der Eurofighter gewonnen hat. Irgendetwas von dieser Art haben sie ausgerechnet. (Abg. Mag. **Stadler:** Das will ich ja nicht ausschließen!)

Ich sage: Das ist **nicht seriös!** Daher werden wir das nie machen. Solange also ich da etwas zu vertreten habe, werden wir das sicherlich nicht machen, dass wir über die Betriebskosten die Bestbieterermittlung zinken, manipulieren, verfälschen!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut, ich möchte dieses Kapitel abschließen. Ich bin unter dem Eindruck der vorgestrigen Einvernahme von Ministerialrat Hofer noch immer nicht so leicht zu überzeugen. Sie mögen mir das verzeihen, aber das ist so.

Ich komme zu einem anderen Thema. Dieser von Kollegin Fekter Ihnen vorgehaltene handschriftliche Vermerk des Herrn Ministerialrats Wall ist Ihnen zugegangen; ich habe hier die Faxbestätigung.

Mag. Wolfgang Spinka: Ja, habe ich gesehen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich glaube, 17, 017 ist Ihre Faxkennung. (Mag. **Spinka:** Stimmt, ja!)

Jedenfalls schreibt Wall da drinnen, dass die im Mai 2007 zugehenden Flugzeuge der Tranche 2 geliefert werden. Es müssen daher keine Tranche-1-Flugzeuge, wie bei Lieferung November 2005, hochmodifiziert werden.

Das bestätigt doch das, was auch Bernecker hier gesagt hat: dass, wenn man diese ursprünglich bei der Typenentscheidung ins Auge gefasste Form der Bestellung und das, was das Flugzeug können muss, mit den in Planung befindlichen Lieferterminen auch tatsächlich übernommen hätte, man tatsächlich eine Hochrüstung hätte bezahlen müssen – und zwar in einem erheblichen Ausmaß –, und zwar hätte **vorausbezahlt müssen!** Das hat ja Kollege Kräuter richtig herausgearbeitet: Bezahlen müssen wir es auf jeden Fall.

Das heißt, wir hätten eine Zeit lang ein Flugzeug gehabt, das nicht das kann, was wir bereits bezahlt hätten. Ist das richtig?

Mag. Wolfgang Spinka: Ich verstehe die Frage nicht wirklich. Natürlich muss man die Leistung, die man bestellt, zahlen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, wir hätten dann zwar die Leistung bestellt und auch bezahlt, aber wir hätten sie noch nicht bekommen, weil es Tranche-1-Flugzeuge gewesen wäre. (*Abg. Dr. Haimbuchner: Wir wären vorleistungspflichtig gewesen!*) Verstehen Sie mich? – Wir wären vorleistungspflichtig gewesen: Wir hätten das bezahlt, wir hätten das auch bestellt, aber wir hätten das nicht bekommen und hätten dann später hochrüsten lassen müssen – hochmodifizieren lassen müssen, schreibt Wall hier. Das habe ich nicht erfunden, das schreibt hier Wall.

Mag. Wolfgang Spinka: Ich bin nicht in der Lage, das ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das bestätigt Bernecker, das haben andere auch bestätigt, dieses Problem.

Mag. Wolfgang Spinka: Ich bin nicht in der Lage, das Papier von Wall zu interpretieren. Ich würde Sie wirklich bitten, ihn selbst zu fragen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich schon! Nach dem, was ich bisher im Ausschuss gehört habe, bin ich in der Lage, das zu verstehen. Ich verstehe auch Bernecker jetzt viel leichter, den man hier im Zusammenhang mit dieser Aussage etwas despektierlich bewertet hat. Ich verstehe das jetzt, und ich muss sagen, dass jetzt immer deutlicher wird, warum in Wirklichkeit niemand mehr ein Interesse daran hatte, dass die 2005 liefern.

Vor zwei Tagen habe ich das noch eher als lustig empfunden. Ich habe mir gedacht, das darf ja wohl nicht wahr sein: Eurofighter wollte liefern, und wir haben nicht abgenommen, sondern haben gesagt: nein, jetzt wollen wir, bitte, nicht!

Mittlerweile sehe ich: Der Finanzminister wollte nicht, weil er die Maastricht-Kriterien erfüllen wollte. Das Bundesheer wollte auf einmal nicht mehr, weil sie dort gesagt haben: Wir sind ohnehin noch nicht in der Lage dazu. – Sie haben nicht einmal die Piloten dazu gehabt!

Mag. Wolfgang Spinka: Nein, wir haben nur zugestimmt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das ist schon klar. Aber Sie waren im Grunde auch froh! Sie wären ja peinlich berührt gewesen, wenn Ihnen die Flugzeuge 2005 vors Haus gestellt worden wären, das garantiere ich Ihnen!

Alle waren im Grunde froh, alle haben das im Grunde eigentlich auch von Anfang an einschätzen können, und alle haben gesagt ... (*Abg. Dr. Kräuter: Kostet Zwischenlösung!*) Natürlich!

Alle haben gesagt: Aber wir entscheiden uns trotzdem für den Eurofighter, weil wir keine Zwischenlösung brauchen.

Mag. Wolfgang Spinka: Ich habe die Frage nicht verstanden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Die Frage wurde nicht verstanden. (*Abg. Dr. Fekter: Es war keine Frage! Es war eine Feststellung!*) Ich wiederhole nur, dass die Frage nicht verstanden wurde. Wenn es nur eine Feststellung war, dann konnte auch keine Frage verstanden werden. (*Rufe und Gegenrufe zwischen Abgeordneten von ÖVP und FPÖ.*)

Dann frage ich noch kurz etwas, anschließend an den Punkt, an dem wir stehen geblieben sind. Ich habe Sie danach gefragt, dass irgendwo im Finanzministerium entschieden wird: Auch wenn sie 2005 geliefert werden können, ist uns das egal, wir wollen das später.

In welcher Art und Weise hat das Finanzministerium das durchgesetzt?

Mag. Wolfgang Spinka: Wie die Verschiebung zustande gekommen ist, das – muss ich ehrlich sagen – weiß ich nicht mehr.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wer kann uns da Auskunft geben?

Mag. Wolfgang Spinka: Wann ist das geschehen? Das war vor Vertragsabschluss?

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja. Eindeutig, deutlich vor Vertragsabschluss. (*Abg. Dr. Fekter: Im April!*)

Mag. Wolfgang Spinka: Das war also im Zuge der Vertragsverhandlungen?

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja. Im Frühjahr 2003 war schon klar: 2007!

Mag. Wolfgang Spinka: Dann muss es Wall wissen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann werden wir Wall fragen. – Ich habe keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Herr Generalleutnant, nur kurze Fragen.

Sie haben so im Vorbeigehen gesagt und auch plausibel erklärt, warum man Life-Cycle-Costs nicht so ernst mit einberechnen konnte oder dass das zu diesem Zeitpunkt nicht seriös gewesen wäre, weil man ja noch nicht wusste, was das Flugzeug alles soll.

Eigentlich sollte es ein Überwachungsflugzeug sein. Danach stellt sich für mich schon die Frage, ob wir nicht mit dem Tranche-1-Flieger, der uns natürlich die Zwischenlösung erspart hätte, für uns das Auslangen gefunden hätten – natürlich wohl wissend, dass im Hinterkopf schon die Aufrüstung für den Tranche-2-Flieger gewesen wäre und die Kosten vorher zu erbringen gewesen wären; das ist ein anderes Kapitel.

Aber ist es nur daran gescheitert, dass die Infrastruktur noch nicht so weit war und dass man das mit der Flugwerft in Zeltweg noch nicht hätte betreiben können? Mag das der Grund gewesen sein, warum man gesagt hat: nein, bitte, jetzt lieber nicht, auch wenn es ginge! – Warten wir lieber, sagen wir noch aus, wir wollen Tranche-2-Flieger, das schaut besser aus, damit brauchen wir uns nicht zu schämen oder zu blamieren, und wir kümmern uns um eine Schweizer Lösung. Denn die Kosten der Schweizer Lösung hätten natürlich die Gesamtkosten eher wieder heruntergedrückt, und es hätte besser ausgeschaut.

Ich verstehe also das Ganze nicht wirklich. Ich frage aber, nachdem Sie selbst gesagt haben: wir haben ohnehin noch nicht gewusst, was wir mit dem Flieger eigentlich wollen, außer zu überwachen: Warum hat man sich dann so sehr auf die Tranche 2 verstieft und es in Kauf genommen, eine Zwischenlösung suchen zu müssen? – Es hat ja zu dem Zeitpunkt keiner gewusst, ob das wirklich gelingt.

Mag. Wolfgang Spinka: Wir haben mit Sicherheit zunächst einmal keine Tranche oder Block oder sonst irgendetwas im Sinn oder im Kopf gehabt, sondern wir haben die Leistungen eines Luftraumüberwachungsflugzeuges beschrieben, das die Nachfolge des Draken abdecken sollte.

Es hat sich dann, nachdem der Bestbieter festgestellt war, herausgestellt, dass der Flieger eben bei der Eurofighter GesmbH einer Tranche 2 zugeordnet wird. Aber in keiner unserer Unterlagen steht drin: Wir wollen einen Tranche-2-Flieger kaufen.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Herr Aloysius Rauen hat uns aber hier zum Beispiel gesagt: Tranche-1-Flieger wären zur Verfügung gestanden, Österreich hätte keine Zwischenlösung gebraucht. – Das hat er hier herinnen gesagt.

Wir sagen: Nein, wir warten auf die 2, wir holen uns Schweizer Flugzeuge als Übergangslösung.

Heute wissen wir aber – wie Sie das gesagt haben –, dass der Tranche-1-Flieger locker schon das gekonnt hätte, was wir gebraucht haben.

Mag. Wolfgang Spinka: Ich habe das nicht gesagt. Aber ich schließe es auch nicht aus. Ich habe es sicher nicht gesagt!

Nein, ich kann nur sagen: Wir konnten nur von den beschriebenen Leistungen ausgehen, die in einer Leistungsbeschreibung drinstehen; und die zielt auf keine Typenbezeichnung oder irgendetwas ab, die ist ja typenneutral. Wie die Lieferfirma das dann bezeichnet, ist nicht unsere Angelegenheit.

Abgeordneter Stefan Prähauser (SPÖ): Da ja für 2005 eigentlich nur vier Flieger vorgesehen gewesen wären: Hätten wir für vier Flieger auch nicht das Betreiberpersonal und die Voraussetzungen gehabt, um sie betreiben zu können?

Mag. Wolfgang Spinka: Ich weiß jetzt nicht, was für Lieferpläne man in der Phase der Vertragsverhandlungen im Auge hatte, weil das dann wirklich Verhandlungsgegenstand auf der entsprechenden Ebene war. Und damit war ich nicht befasst.

Ich kann nur von den Papieren ausgehen, die mir zugrunde liegen und an deren Zustandekommen ich beteiligt war. Da ist man davon ausgegangen, dass eben jährlich vier Flieger geliefert werden, und damit wären 2005 nur vier da gewesen. Was für Möglichkeiten dann in der Verhandlung angeboten worden sind, das entzieht sich meiner Kenntnis. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben vielleicht von diesem Schreiben Kenntnis erlangt, das der Chef des Generalstabes Ertl im April 2003 an den Herrn Bundesminister weitergeleitet hat, das von Brigadier Dipl.-Ing. Andreas Knoll verfasst wurde. Kennen Sie das? Haben Sie das noch in Erinnerung?

Mag. Wolfgang Spinka: Weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich halte es Ihnen kurz vor, damit Sie es sehen können. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*) – Haben Sie dieses Schreiben zu Gesicht bekommen?

Mag. Wolfgang Spinka: Ich nehme es insofern an, als draufsteht, dass es am 3. 4. durch mich persönlich übergeben worden ist. Also muss ich es gekannt haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Eben! Wir haben Herrn Wolf auf dieses Schreiben angesprochen; er hat gemeint, Herr Knoll hat sich immer wichtiggemacht.

Glauben Sie, dass das, was Herr Knoll hier zusammengetragen und zusammengeschrieben hat, ernst zu nehmen ist und nicht nur Wichtigerei ist? – Ich

nehme das an, weil Sie es sonst nicht, über Weisung Ihres Chefs, dem Minister vorgelegt hätten.

Mag. Wolfgang Spinka: Warum wir das vorgelegt haben, weiß ich, ehrlich gesagt, heute nicht mehr. Da müsste ich mich eingehend damit beschäftigen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es geht mir um eine ganz bestimmte Passage in diesem Schreiben. (**Mag. Spinka:** Ja!) Ich lese sie Ihnen dann vor. Ich brauche es nur für die Argumentation. Sie können es aber – das ist der angestrichene Teil – auch selbst in Ruhe durchlesen.

Mag. Wolfgang Spinka: Beginnend mit: „Bei einer Reduktion auf 27 Piloten“, oder? (*Abg. Mag. Stadler: Ja!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben den Text gelesen. Ich möchte es für den Ausschuss und fürs Protokoll kurz vortragen:

Aus dem Text wird ersichtlich, dass das System – eine volle Nutzung dieses Systems – 36 Piloten erfordere, schreibt der Herr Knoll hier. Und er sagt, bei einer Reduktion auf 27 Piloten kann das System langfristig nicht in der erforderlichen Qualität aufrechterhalten werden. Zitat:

Eine weitere Reduktion des Auftrages (wie LRÜ nur acht Stunden anstelle von 24) wäre erforderlich. Eine weitere Einschränkung des Auftrages, in welcher Form auch immer, stünde in krassem Widerspruch zu den getroffenen Aufwendungen, die durch die Einführung des Systems Eurofighter zur Qualitätsverbesserung der Luftraumüberwachung und Luftraumsicherung getätigten werden. – Zitatende.

Das, was ich hier herauslese, ist Folgendes: dass wir die Piloten nicht haben. Wir haben derzeit, glaube ich, überhaupt nur 18 Piloten. Ist das richtig?

Wir stellen also einen Supervogel, haben die Infrastruktur nicht, zu dem vertraglich bedungenen Übernahmezeitpunkt können wir nicht übernehmen, weil wir einfach nicht dazu in der Lage sind, dieses System zu betreiben, und stellen fest, wir haben die Piloten dafür nicht.

Jetzt frage ich Sie: Wenn ich jetzt einen Summenstrich ziehe, sage ich, gut, in Ordnung, wenn das so ist, dann wäre es aber wirklich gescheiter gewesen, wir hätten einen gebrauchten Flieger genommen, wenn es nur darum geht, ein bissel herumzufliegen.

Mag. Wolfgang Spinka: Nein, so ist es ja nicht. Ich kann ja so viele Piloten zur Verfügung stellen, wie als erforderlich erachtet wird, um die Intensität, die wie auch immer festgelegt ist, sicherzustellen. Das bedeutet aber natürlich (*Abg. Mag. Stadler: Wir zahlen es ja!*) eine Erhöhung der Flugstunden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja eben! Aber das dürfen wir ja jetzt nicht, weil wir es nicht mehr zahlen können! (**Mag. Spinka: Richtig!**) – Ja eben!

Mag. Wolfgang Spinka: Daher hat man irgendwann die Entscheidung getroffen – und ich kann mich noch erinnern, die Diskussion hat ja in einem Saal, ganz ähnlich dem da, oder war es ohnehin dieser, stattgefunden –, wo man dann im Beschaffungsprozess gesagt hat, wir wollen in der Einführungsphase im Umfang – nämlich in der Dauer der Verfügbarkeit – jedenfalls nicht mehr als das erreichen, was wir mit dem Saab 35 erreicht haben. Das ist die Tageszeit bis zur bürgerlichen Dämmerung oder so irgendwie.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darf ich Ihnen als Politiker in aller Form sagen: Wenn ich weiß, ich kann mir die Piloten nicht leisten, die ich aber für den Vollbetrieb dieses Systems bräuchte ...

Mag. Wolfgang Spinka: Nein, nein, nein! Das hat mit dem System nichts zu tun! Wir reden da von der Luftraumüberwachung. Wird die 24 Stunden am Tag gemacht, 12 Stunden am Tag, 14 Stunden am Tag oder wie lange? Das hat mit dem Flieger überhaupt nichts zu tun. Das ist unabhängig davon und trifft für jeden beliebigen Flieger zu. Wenn ich 18 Flieger habe, kann ich das machen, was ich jetzt kann. Ich habe eine Luftraumüberwachung während der Tageszeit.

Ich kann die bis zu sechs Wochen auf zwei Standorten verdichten und all das, was in unserem Konzept drinnen ist, aber ich kann nicht eine lückenlose Luftraumüberwachung über 24 Stunden das ganze Jahr sicherstellen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber wenn jetzt die Luftraumüberwachung mit einem im Betrieb billigeren – nehmen wir einmal die Pilotenkosten heraus – Flugzeug gewährleistet ist, dann kann ich mir mehr Piloten leisten, um kostenneutral zu sein. Das ist doch eine fadengerade Geschichte! Aber wenn ich ein sehr teures ...

Mag. Wolfgang Spinka: Aber, Herr Abgeordneter, jetzt reden wir, was wäre wenn, und da bin ich nicht in der Lage ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Entschuldigen Sie bitte, das ist aber jetzt genau die Überlegung, die man hätte anstellen müssen, wenn man sich überlegt, dass man sich nach der Decke strecken muss! Das war ja der Grund, warum Sie bei Ihren Einsichtsbemerkungen seinerzeit gesagt haben, na das ist ja furchtbar, das können wir uns ja nicht leisten, daher sind wir ja für SAAB! (*Abg. Dr. Haimbuchner: Er hat es ja selber prophezeit!*) Sie selber haben es ja in Wirklichkeit ...

Mag. Wolfgang Spinka: Nein, nein, nein! Bitte, das muss ich richtigstellen! Für SAAB war ich gar nicht, sondern: Wir haben die Entscheidung auf die politische Ebene getragen, indem wir die Empfehlung für den Eurofighter durch das Gegenstatement unwirksam gemacht haben. Aber das ist ein anderes Kapitel, und das ist, glaube ich, schon erledigt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie waren für den SAAB. Da steht klipp und klar drin, dass Sie für den SAAB sind.

Mag. Wolfgang Spinka: Nein. Die Entscheidung, die dafür relevant ist, dass ein neuer Flieger herausgekommen ist, ist im Jahr 2000 getroffen worden, wo ja die Frage war, werden alte – also gebrauchte – Flieger beschafft, oder neue. Und da hat der Minister entschieden, dass den Planungen entsprechend schon seit 1985 der Einstieg in die vierte Generation vorzusehen ist, also ein neuer Flieger. Das hat mit der Typenentscheidung dann überhaupt nichts zu tun, und auch nicht mit der Nutzung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, nein, langsam, langsam! Im Regierungsübereinkommen stand drinnen, ein Nachfolgemodell, möglichst kostengünstig, ohne zusätzliche Belastung des Heeresbudgets. Da stand nicht drinnen, ob neu oder gebraucht, sondern ...

Mag. Wolfgang Spinka: Nein, deswegen sage ich ja, es war eine Minister-Entscheidung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja. Der Minister entscheidet das aber nicht alleine, sondern die Vorbereitung für diese Entscheidung trifft zwar der Minister, aber letztlich entscheidet der Ministerrat.

Mag. Wolfgang Spinka: Ja, aber *wir* nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Schon. Ich will ja von Ihnen nur wissen, ob ich als Politiker in Folgendem falsch liege: Wenn ich davon ausgehe, dass ich mir ein bestimmtes Gerät nicht leisten kann, weil die Betriebskosten so hoch sind, dass ich mir

die zusätzlichen Piloten, die ich brauche, nicht leisten kann, kann ich nie sagen, jetzt kaufen wir es trotzdem, irgendwie werden wir es schon zusammenbringen.

Mag. Wolfgang Spinka: Woher hätte ich im Jahr 2000 wissen sollen, was der Finanzminister im Jahr 2007 für die Betriebskosten ausgeben will?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein. Entschuldigen Sie bitte, es war klar, dass das ohne zusätzliche Belastungen erfolgen muss. Das stand im Regierungsübereinkommen drinnen, und zwar schon im Jahr 2000. Da stand das klipp und klar drinnen.

Das heißt also, die Vorgabe war klipp und klar, dass kein zusätzlicher Aufwand entstehen darf. Wenn ich das von vornherein weiß, dann weiß ich, dass ich mir so einen teuren Vogel wie den Eurofighter nicht leisten kann. – Das weiß ich dann schon. Und dann wird trotzdem dieser Vogel bestellt. Es wird die Typenentscheidung getroffen, dann wird bestellt, und **alle** wissen – alle, ohne Ausnahme! –, dass wir uns das Gerät im Grunde nicht leisten können.

Mag. Wolfgang Spinka: Nein, so ist das nicht. Wir sind jetzt wieder beim Beweisthema 1 – Vorbereitungsphase. Ich habe damals ausgeführt, dass wir in der Vorbereitungsphase beide Wege vorbereitet haben, entweder nach dem Draken mit einem gebrauchten Flugzeug fortzusetzen – da war angeboten F 16; MLU –, oder mit einem neuen Luftfahrzeug, mit einem neuen Abfangjäger. Der gebrauchte Flieger hat ausschließlich, würde ich jetzt einmal salopp sagen, militärischen Nutzen. Ein neuer Flieger hat darüber hinaus ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Wollen wir wirklich wieder von vorne anfangen? Wir sind jetzt wieder vorne im Beweisthema 1. Das ist zulässig, aber ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe mich nur auf eine Unterlage aus dem Jahr 2004 gestützt. Zum Zeitpunkt der Vertragsverhandlungen kommt der Herr Knoll ...

Mag. Wolfgang Spinka: Nein, aber deswegen sage ich, die Entscheidung dafür ist 2000 gefallen!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein. **Dafür** nicht.

Mag. Wolfgang Spinka: Oja, dass wir neue Flieger kaufen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, noch einmal ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist jetzt schon eine wirklich spannende Diskussion, aber nicht mehr wirklich eine Befragung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist völlig klar. Dem trete ich heftig entgegen. Das rechtfertigt sozusagen dieses Papier nicht mehr.

Obmann Dr. Peter Pilz: Aber das könnten wir dann im Zusammenhang der Bewertung machen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Verstehen Sie, dann frage ich mich, wieso der Herr Knoll wirklich das Papier produziert, warum dann Herr Ertl sagt, bitte tragen Sie das zum Minister.

Obmann Dr. Peter Pilz: Die Redezeit ist jetzt vorbei. Da kann man überhaupt nichts machen. Es ist sonst eigentlich niemand mehr zu weiteren Fragen zu Wort gemeldet. (*Abg. Mag. Stadler: Eine hätte ich schon noch!*) – Es müsste dazwischen jemand anderer reden, dass ich dir wieder das Wort erteilen kann. (*Abg. Mag. Stadler: Du redest ja!*) – Nein. Ich sage kein Wort mehr. – Na von mir aus; eine winzige; letzte Frage, aber mehr er dulde ich nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie von dem Vorgang, dass der Militärattaché in Berlin ***vor*** der Typenentscheidung – noch präziser, bereits vor der Zusammenführung der Kosten- und Nutzwerte – in dieser Sitzung vom 24. respektive 25. 6. 2002 beauftragt wurde, in Deutschland zu sondieren, wie man zusammenarbeiten kann, wenn wir den Eurofighter kaufen?

Mag. Wolfgang Spinka: Weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie nichts davon gewusst? (**Mag. Spinka**: Nein!) Es deckt sich nämlich genau damit, dass man ***nicht*** in Stockholm nachgefragt hat, ***nicht*** in Washington nachgefragt hat, sondern man hat ***nur*** in Berlin nachgefragt. Daraufhin hat der Militärattaché Moser sofort einen Termin beim Herrn Staatssekretär Stützle bekommen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Er weiß ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, ich will damit nur sagen ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Du willst ihn jetzt aufklären.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Auch nicht, sondern sagen, dass da Abmachungen über Kooperationen getroffen wurden. Und jetzt frage ich Sie ...

Mag. Wolfgang Spinka: Wer hat denn den Moser beauftragt?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Minister. – Und jetzt frage ich Sie: Ist es nicht vielmehr so, dass bereits da die Abmachung getroffen wurde und nicht erst der Herr Wolf – so wie der Kollege Kräuter gefragt hat – dann durch seine guten Kontakte zu wem auch immer in Deutschland diese weitreichenden Entscheidungen getroffen hat?

Mag. Wolfgang Spinka: Na ja, also dass die deutsche Luftwaffe sich als Referenz-Luftwaffe angeboten hat, ist für mich einfach so logisch, dass es ja nicht die Frage sein kann, wer auf die Idee gekommen ist. – Das ist einfach die auf der Hand liegende Lösung: Das ist ein Nachbar, dort liegt die Erzeugerfirma, und Deutsch reden sie auch noch. – Also, warum soll man da noch einen anderen suchen?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Warum haben wir dann überhaupt ausgeschrieben?

Mag. Wolfgang Spinka: Nein, nein, nein!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Na ja, verstehen Sie, das ist ja kein Argument.

Mag. Wolfgang Spinka: Nein, nein, nein! – Das hat ja nichts mit der Bestbieter-Ermittlung zu tun, sondern wenn ich mich für den Eurofighter entschieden habe, dann ist das Logische, dass ich mir die deutsche Luftwaffe suche.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Na, wir haben ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Besteht eine zwingende Notwendigkeit, dass wir alle noch dieser Diskussion zwischen einem, der über den Vorgang nichts weiß, und einem anderen, der es ihm erklären will, beiwohnen müssen?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir haben zu dem Zeitpunkt noch gar nichts entschieden gehabt, Herr General! Zu dem Zeitpunkt haben wir noch gar nichts entschieden gehabt!

Mag. Wolfgang Spinka: Also, ich kann mir da gar nichts erklären – ich bedauere das sehr.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich glaube, das war eine spannende letzte Frage und eine wunderbare Aufklärung durch die Auskunftsperson, der ich dafür und auch für das Kommen und die Geduld herzlich danke und gute Heimfahrt wünsche!

Ich ***schließe*** die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 22.41 Uhr